

Sebastian Chwala Frank Deppe
Rainer Rilling Jan Schalauske (Hrsg.)

Die gekaufte Stadt?



**Der Fall Marburg:
Auf dem Weg
zur »Pohl-City«?**

Sebastian Chwala / Frank Deppe /
Rainer Rilling / Jan Schalauske (Hrsg.)
Die gekaufte Stadt?
Der Fall Marburg: Auf dem Weg zur »Pohl-City«?

Sebastian Chwala / Frank Deppe /
Rainer Rilling / Jan Schalauske (Hrsg.)

Die gekaufte Stadt?

Der Fall Marburg: Auf dem Weg zur »Pohl-City«?

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die in diesem Band abgedruckten Fotos stammen von Godela Linde und Rainer Rilling.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: Alte und neue Macht – das Marburger Schloss
und der Finanzmarktkonzern
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-683-1

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
--------------------------------------	----------

Reinfried Pohl, die DVAG und Marburg – ein Glücksfall?

Jürgen Nordmann Anerkennung für Geld, Geld gegen Anerkennung	15
Reinfried Pohl und die Stadt Marburg	
Frank Deppe Der »Homo politicus«.	
Prof. Dr. jur. Dr. h.c. mult. Reinfried Pohl (1928-2014)	77
Christian Christen Die DVAG-Erfolgsgeschichte: Ein Familienkonzern	
als Wohlstandsquelle	111
Christian Schönholz Ein Besuch in der DVAG-Ausstellung	134
Oder: Erfolg als unternehmerische Selbststilisierung	
Bernd Albert/Ralf Schrader Die DVAG in der Schule – Unterricht mit Dr. Pohl	152
Nico Biver Gestückelt an die Spitze	165
Die Parteispenden der DVAG	
Nico Biver Braucht Marburg die DVAG-Millionen?	172
Finanziell gesund dank Pharmaprofiten und Riesterrente	
Georg Fülberth Warmer Regen – Landschaftspflege in Marburg	178
»Als wäre in Marburg ein UFO gelandet«	189
Interview der Herausgeber mit Henning Köster-Sollwedel	

Großes Geld und bürgerliche Ordnung – kein Einzelfall

Rainer Rilling	
Besuch im Reichland	195
Christoph Ehlscheid	
Raus aus der rentenpolitischen Sackgasse!	229
Von der Privatisierung zur sozialstaatlichen Erneuerung der Alterssicherung	
Kai Eicker-Wolf/Achim Truger	
Kommunal Finanzen in Hessen:	
Weiterhin keine Lösung der Finanzprobleme in Sicht	245
Anhang	264
Die Autoren	270

Vorwort

Dieses Buch verdankt seine Entstehung einem kommunalpolitischen Konflikt, der der Stadt Marburg im Jahre 2012 auch in der überregionalen Presse (Frankfurter Rundschau, TAZ) zu Aufmerksamkeit verhalf. Der reichste Bürger der Stadt, Ehrenbürger und Ehrenprofessor, Dr. jur. und Dr. hc. mult. Reinfried Pohl, Gründer und Chef der Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG), hatte – nach Absprache mit dem Oberbürgermeister (OB) – der Stadt vier Millionen Euro gespendet, um einen Schrägaufzug zum Marburger Schloss zu finanzieren, in dessen Nachbarschaft sich ein von Pohl übernommenes – historisch renommiertes – Restaurant (»Bückingsgarten«) befindet. Es kam wegen der Spende und vor allem des Nichteinbezugs des grünen Koalitionspartners durch den SPD-OB zu einem kurzzeitigen Konflikt innerhalb der »rot-grünen Koalition«, die Marburg regiert. Die Zweckbindung der Spende wurde schließlich aufgehoben. Der Spender war jedoch angesichts des öffentlichen Disputes gekränkt. Schließlich beschloss die »Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg« (gegen die Stimmen der LINKEN): Sie »nimmt die Spende an und dankt dem Marburger Ehrenbürger Herrn Dr. Reinfried Pohl ausdrücklich für den mit der Spende zum Ausdruck gebrachten Bürgersinn und das soziale Engagement, ohne das vieles in unserer Stadt und an der Philipps-Universität nicht möglich wäre«. Die Spende wurde für verschiedene Zwecke verwandt, ein Aufzug gehörte nicht dazu.¹

In diesem Zusammenhang titelte die TAZ (18.2. 2012): »Ein Mann kauft eine Stadt.« Der neue Gebäudekomplex der DVAG (sowie das Fünfsternehotel »Rosenpark«) im Norden der Stadt erhielt im Volksmund den

¹ Im November 2015 sorgte diese Spende erneut für Schlagzeilen. Die *Oberhessische Presse* meldete, dass die Erben des verstorbenen Mäzens hinter den Kulissen das gespendete Geld von der Stadt zurückfordern würden, um es für andere gemeinnützige Zwecke zu spenden, weil der Schrägaufzug noch immer nicht realisiert worden sei. Wenige Tage später hieß es, der scheidende Oberbürgermeister Egon Vaupel hätte sich mit den Pohl-Erben darüber geeinigt, dass die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Nachtragshaushalts 2016 über die genaue Verwendung entscheiden solle. Bedacht werden sollen demnach Flüchtlinge, ältere Menschen und die »Reinfried-Pohl-Stiftung zur Förderung der Krebsforschung«. Die CDU beklagte, dass SPD und Grüne das Projekt Schrägaufzug nicht im Spendersinne vorangetrieben haben, DIE LINKE kritisierte die Abhängigkeit vom Spenderwillen, in die sich die politische Führung der Stadt begeben habe.

Beinamen »Pohlhausen«. Für die TAZ »heißt ... Reinfried Pohl: ›Gott der Stadt‹«. Der Artikel nennt die zahlreichen Objekte, die Pohl und die DVAG in der Stadt besitzen bzw. saniert haben. In Marburg ist die DVAG »einer der größten Gewerbesteuerzahler«. Pohl unterstützt als freigiebiger Mäzen lokale Projekte, vor allem die Universität. Er spendet an Parteien – überregional und auch vor Ort. Schon im Jahr 1998 verlieh ihm sein enger Freund, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Philipps-Universität ernannte ihn zum Ehrensensator. Die Stadt Marburg würdigte ihn 2006 als »Ehrenbürger«. Der hessische Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) verlieh Pohl im Jahr 2007 (auf Antrag der Universität Marburg) den Titel eines Ehrenprofessors. Ein Jahr später wechselte Udo Corts in den Vorstand der DVAG und illustrierte damit jene Verquickung von Finanzgeschäften auf der einen, lokaler und nationaler Politik auf der anderen Seite, die für das Wirken von Pohl und der DVAG charakteristisch ist.

Dr. Reinfried Pohl starb im Juni 2014 im Alter von 86 Jahren und wurde als eine der bedeutendsten Unternehmerpersönlichkeiten der bundesdeutschen Geschichte nach 1945 gewürdigt. Altkanzler Kohl verfasste einen Nachruf für die *Bildzeitung*. Die Führung der Unternehmen ging reibungslos an seine beiden Söhne über. Für die politische Führung der Stadt, aber auch für weite Teile ihrer Einwohnerschaft sind Pohl und die DVAG in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler, Spender und Mäzene, auch als Arbeitgeber ein »Glücksfall«, der der Stadt seit etwa einem Jahrzehnt (vorher kannten die meisten Bürgerinnen und Bürger den Namen Pohl überhaupt nicht) im Vergleich vor allem zu den armen Kommunen im Lande Vorteile bringt. Marburg ist traditionell eine Mittelstadt, die durch die Universität und ihre Beschäftigten geprägt wurde. Die Industrie spielte mit Ausnahme der in zwei Vororten gelegenen Behringwerke und ihrer Nachfolgefirmen im Bereich der pharmazeutischen und biotechnischen Industrie, die heute als transnationale Konzerne auf dem Weltmarkt tätig sind, eher eine Nebenrolle. Durch die DVAG wurde Marburg zu einem »Unterzentrum« der Finanzwirtschaft; denn nach wie vor wird der größte Teil der Geschäfte der DVAG in Frankfurt am Main abgewickelt.

Reinfried Pohl war persönlich ein vergleichsweise bescheidener Mann, der mit seiner Familie seit Jahrzehnten in Marburg gelebt hatte. Er war niemals durch Skandale, Ausschweifungen, protzige Zurschaustellung seiner Milliarden oder gar durch kriminelle Machenschaften aufgefallen, die in der jüngsten Zeit prominente Vertreter der deutschen wirt-



Graffito in Marburg

schaftlichen Elite – von der Deutschen Bank über Siemens und VW bis zum DFB – ins Blickfeld der Staatsanwaltschaften gerückt hat. In anderen deutschen Städten wurden und werden immer wieder kriminelle Machenschaften und Korruption im Zusammenhang mit der Vergabe großer kommunaler oder landespolitischer Projekte aufgedeckt. Dr. Pohl legte hingegen stets Wert darauf, als »Wohltäter« der Stadt und ihrer Menschen wahrgenommen zu werden. Von seinen philanthropischen Aktivitäten, die für Marburger Verhältnisse bedeutend, im Vergleich zu anderen Milliardären eher gering waren, wurde vor allem die Förderung der Marburger Medizin geschätzt. Doch er verlor – als erfolgreicher Geschäftsmann – niemals das Interesse an den Augen, seiner DVAG Steuern zu sparen und Abschreibungsmöglichkeiten zu eröffnen. Daher ist naheliegend, dass die Verlegung des Firmensitzes eines Tochterunternehmens von Frankfurt nach Marburg der DVAG durch den niedrigeren Satz in Marburg dem Konzern ermöglicht hat, Millionen an Gewerbesteuern zu sparen. Ein Gutteil seiner »Spendenaktivitäten«, wie für die Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht oder die Fachhochschule für Wirtschaft, waren faktisch in beträchtlichem Umfang geschäftliche Investitionen, welche darüber hinaus den unternehmerischen Tätigkeiten der DVAG ein positives Image gegenüber ihren Kunden verschaffen sollten.

Bei der Planung dieses Buches hat daher die Absicht, solche Machtstrukturen quasi-kriminalistisch zu erforschen und aufzudecken, keine zentrale Rolle gespielt. Das Fragezeichen im Titel des Buches wird nicht im Text aufgelöst. Vielmehr stand das Interesse im Vordergrund, die Auswirkungen dieses »Glücksfalls« auf die kommunale Politik sowie auf die politische Kultur der Stadt zu thematisieren. Schnell wurde dabei deutlich, dass Marburg kein Einzelfall ist. Es gibt inzwischen viele

Gemeinden in Deutschland, in denen Reiche und »Superreiche« (Milliardäre) als »Wohltäter« (Steuerzahler, Mäzene und Spender an die politischen Parteien und Vereine) wirken und mit öffentlichen Ehrungen geradezu überschüttet werden. Die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland hat sich zwischen 1999 und 2014 von 8.000 auf 20.784 erhöht.² Dass innerhalb von Gemeinden Machteliten, Netzwerke der Macht und Seilschaften der Politik wirken, bei denen die großen Gewerbetreibenden neben Vertretern örtlicher Parteien, der lokalen Medien und der großen Vereine eine führende Rolle spielen, ist der Gemeindeforschung seit ihren Anfängen in den USA bekannt.

In der neueren Entwicklung – zumal in Deutschland und in Marburg – drückt sich zunächst einmal aus, wie sich allgemeine ökonomische, soziale und politische Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, die oftmals nicht sehr genau mit den Begriffen »Neoliberalismus« und »Finanzmarktkapitalismus« zusammengefasst werden, nicht nur global, sondern je sehr spezifisch im »kleinen Raum« einer Kommune ausbilden und durchsetzen. Die Zahl und Bedeutung der Milliardäre nimmt – vor allem im Finanzsektor – seit Jahren beständig zu.

Sozialwissenschaftler, Historiker und kritische Ökonomen kritisieren die Polarisierung von Reichtum und Armut nicht nur in globalen Dimensionen, sondern auch in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens (also in Nordamerika und Europa) selbst. Die Auswirkungen dieses Widerspruchs, der sich auf der Basis »entfesselter Finanzmärkte« und der »Austeritätspolitik« entfaltet, durchdringen weite Felder von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Er spiegelt sich im Ansteigen der Flüchtlingsströme ebenso wider wie in der Spaltung zwischen dem europäischen »Süden« und dem »Norden« sowie – innerhalb

² Matthias Holland-Letz: Scheinheilige Stifter. Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden, Köln 2015, S. 159. In diesem Buch (S. 40-46) findet sich auch ein Kapitel über die Dr.-Reinfried-Pohl-Stiftung. Holland-Letz will zeigen, »dass Stifter knallharte Interessen vertreten. Sie zielen darauf, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Soziales umzugestalten. Unternehmer gründen Stiftungen, um den Fortbestand ihrer Firma zu sichern, um Steuern zu sparen, um PR in eigener Sache zu betreiben. Vermögende Privatleute stiften, um ihre sozialen Netzwerke auszubauen. Was ihr Ansehen mehrt und ihren Einfluss erweitert. Ausgesprochen eigennützige Motive also. Dennoch sind deutsche Finanzämter schnell dabei, solche Stiftungen als gemeinnützig einzustufen. Und sie genießen viele Privilegien – etwa das Recht, auf Einnahmen keine Steuern zu zahlen. Hier wird privater Nutzen vom Fiskus mit vielen Millionen, womöglich sogar Milliarden Euro gefördert. Jahr für Jahr.« (S. 12)

Deutschlands und Hessens – zwischen boomenden Gemeinden auf der einen und dem Niedergang ganzer Regionen auf der anderen Seite.

Im politischen Raum wird seit geraumer Zeit – unter dem Stichwort der »Post-Demokratie« (Colin Crouch) – über den Zusammenhang zwischen den sozialen Spaltungen und der Krise der Demokratie diskutiert. Im Verfall des Ansehens der »politischen Klasse« und z.B. der sinkenden Wahlbeteiligung drückt sich einerseits die Abwendung von breiten Teilen der Unterschichten (und des »Prekariats«) von demokratischer Partizipation aus. Auf der anderen Seite nimmt der direkte Einfluss von Wirtschaftseliten und von milliardenschweren Oligarchen auf die politischen Entscheidungsträger und -verfahren zu. Schließlich fürchten viele Experten, dass nach der großen Krise von 2008 die Weltwirtschaft und das globale Finanzsystem – angesichts der riesigen Schuldenberge und neuer spekulativer Blasen – keineswegs vor neuen Einbrüchen geschützt ist. Die riesigen Vermögen der Akteure auf den Finanzmärkten können bei konjunkturellen Einbrüchen, privaten und staatlichen Insolvenzen, erzwungenen Schuldenschnitten, aber auch als Folge politischer Veränderungen und Krisen schnell entwertet werden. Gleichzeitig müssen die Kunden der Versicherungswirtschaft fürchten, dass ihre Anlagen in Lebensversicherungen und andere Vermögenswerte durch solche Krisen abgewertet oder gar »verbrannt« werden. Auch hier hat die Unsicherheit seit der großen Krise zugenommen.

Der »Fall Marburg« scheint auf den ersten Blick von solchen globalen Problemen und Widersprüchen weit entfernt. Er ist aber unvermeidlich in diese Entwicklungen eingebunden – schon deshalb, weil das DVAG-Imperium auf das Engste mit den Erfolgen und den Risiken der Finanzmärkte – vor allem der Versicherungswirtschaft – verbunden ist. Dennoch überwiegt bis heute der Eindruck der glücklichen Fügung für die kleine Stadt, die von ihrem Ehrenbürger, seiner Frau, seiner Familie und der Firma DVAG beschenkt wurde und wird.

Der Sozialwissenschaftler und Journalist *Jürgen Nordmann*, der in Marburg promoviert, aber in den letzten Jahren an einem ökonomischen Forschungsinstitut in Österreich gearbeitet hat, wirft gleichsam »von außen« einen Blick auf »Reinfried Pohl und die Stadt Marburg«. Nordmann will zeigen, wie die Projekte und Spenden von Pohl ihrerseits von breiten Teilen der Bevölkerung als positiv wahrgenommen werden und gleichzeitig die politische Führung der Stadt, aber auch die Spitzen der Universität und lokale Medien zu immer neuen Ehrungen und Huldigungen veranlassen. Für ihn hat sich da eine vom Geld bestimmte neoliberale politische Kultur etabliert, die kaum noch Kritik an der kommerziellen

Durchdringung des Alltagslebens üben möchte und deshalb auch keine breite Opposition gegen die Herrschaft des Geldes erträgt.

Die DVAG ist hinter der Fassade, vor der uns Helene Fischer, Jürgen Klopp, Otto Rehhagel, Michael Schumacher und viele andere als Werbeträger begegnen, ein hochpolitisches Unternehmen im konservativ-liberalen Feld deutscher Politik. Auch die Biografie des Firmengründers Dr. Pohl, die ebenfalls massiv zu Werbezwecken als grandiose Erfolgsgeschichte (»Der Sieger«) vermarktet wird, lässt – wie der Beitrag von *Frank Deppe* zeigt – diesen Zusammenhang zwischen dem Unternehmen, dem Chef und dem rechten Rand der »rechten Mitte« in der deutschen Politik nur allzu deutlich sichtbar werden. Es gibt auf jeden Fall einen Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis der regierenden politischen Kräfte in der Stadt (SPD, Grüne) und dieser ungewöhnlich klaren Verortung der DVAG und ihres Gründers in einem politischen Lager, das sich als konservativ, national, wirtschaftsliberal, streng antisozialistisch versteht.

Der Beitrag von *Christian Christen* über die »DVAG-Erfolgsgeschichte« lässt dann auch schnell erkennen, dass diese a) mit dem Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor allem im Bereich der Alterssicherung (Rentenpolitik seit der Schröder-Riester-Regierung), b) mit der staatlichen Förderung privater Vermögensbildung auch für die unteren und mittleren Einkommensgruppen und c) schließlich mit der »Goldgrube ehemalige DDR« für die Versicherungswirtschaft aus dem Westen verbunden war.

Eine gelungene Werbeinszenierung auf hohem professionellem Performance-Niveau (also sehr teuer gemacht!) – begegnet den Besuchern der DVAG-Ausstellung in Marburgs »Pohlhausen« auf Schritt und Tritt. Der Kulturwissenschaftler *Christian Schönholz* rekonstruiert, wie in dieser Ausstellung simple Werbebotschaften und Präsentationen eines extremen Persönlichkeitskultes mit der Ideologie verschmelzen, dass der pekuniäre Erfolg gesichert ist, sofern nur quasi-göttliche Gestalten wie Dr. Reinfried Pohl und Dr. Helmut Kohl (die »Sieger«) auf diesem Weg voranmarschieren.

Der Erfolg für alle Beteiligten muss durch eine korporative Unternehmenskultur gesichert werden, bei der – wie bei einer religiösen Sekte – der Zusammenhalt nach innen durch Anrufung der »Unternehmensfamilie« und die Verherrlichung des Chefs (des »Doktors«) und dessen Erfolgsversprechen immer wieder hergestellt wird. Schließlich wird immer wieder kritisiert, dass die Würdigung von Dr. Pohl und der DVAG weniger den Geboten journalistischer Objektivität als vielmehr den Vor-

gaben von Werbekampagnen für den Verkauf der Produkte der DVAG dient. Dass auf solchem Wege auch Einfluss auf Lehrer und Schüler im Fach »Wirtschaftskunde« oder »Politik und Wirtschaft« genommen werden soll, behandelt der Beitrag der ehemaligen Lehrer *Ralf Schrader* und *Bernd Albert*.

Niko Biver dokumentiert in diesem Band die Spendenpraxis sowie die Gewerbesteuerzahlungen der DVAG. Kommunalpolitiker der »Marburger Linken« – *Georg Fülberth* und *Henning Köster-Sollwedel* – zeigen darüber hinaus, dass es seit den ersten Auftritten von Dr. Pohl in der Marburger Öffentlichkeit immer auch kritische Fragen zur Abhängigkeit der Politik vom »großen Geld«, nach direkten Einwirkungen auf politische Entscheidungen, vor allem aber nach der engen Verbindung zwischen Dr. Pohl, der DAVG und führenden (ehemaligen) Landes- und Bundespolitikern (von Helmut Kohl über Friedrich Bohl bis zu Walter Wallmann und Udo Corts (sowie vielen anderen mehr) – zu mehr als 90% aus der Führung der CDU – gegeben hat.

Rainer Rilling befasst sich in seinem »Besuch im Reichland« mit einem noch weithin unerforschten Gegenstand nicht nur der Klassen- und Sozialstrukturanalyse, sondern analysiert auch die Frage, ob es gemeinsame Muster des Konsums (»conspicuous consumption« nach Thorstein Veblens Klassiker »Theory of the Leisure Class«), der Macht- und Kapitalakkumulation durch Philanthropie, der Ideologie und des Einflusses auf Politik und Kultur gibt und ob auch ein gemeinsames Bedürfnis nach öffentlicher Anerkennung vorliegt. Der Fall »Pohl-Marburg-DVAG« wird so von seiner Einzigartigkeit entlastet.

Christoph Ehlscheid hat zum Thema Rentenversicherung und Privatisierung der Altersvorsorge einen eigenen Beitrag aus der Sicht der IG Metall beigesteuert. Die hohen Spendenbeiträge, die von der DVAG an die Politik fließen, stehen mit solchen politisch-staatlichen Entscheidungen in einem engen Zusammenhang. Gleichzeitig unterscheidet sich das Geschäftsmodell der DVAG (als Vermarkterin und Vermittlerin, was Dr. Pohl mit »Allfinanz« und »Vermögensberatern« umschrieben hat) deutlich von dem von Industriekonzernen und von »normalen« Banken und Versicherungen, deren Produkte die DVAG verkauft. Die mehr als 30.000 im Nebenerwerb oder freiberuflich (16.000) tätigen Vermögensberater sind deshalb immer wieder als »Drückerkolonnen« (eben nicht als »normale« Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer) bezeichnet worden (meist kam diese Kritik aus dem Bereich von Sparkassen und aus der Versicherungswirtschaft selbst, soweit die DVAG nicht deren Produkte vertrieb). Kritisiert wurde auch immer wieder das Pyrami-

densystem der Prämienaufteilung, bei dem der Reichtum an der Spitze aus der Abführung der Prämien von unten resultiert. Der Düsseldorfer Informationsdienst »kapital-markt intern« stellte im Mai 2014 fest: »Die Gewinnausschüttungen an die DVAG-Anteilseigner erreichen Rekordstände, während der Durchschnitt der Berater immer weniger verdient.«³

Im abschließenden Beitrag, den *Kai Eicker-Wolff* und *Achim Truger* zur Entwicklung der Kommunalfinanzen in Hessen für dieses Buch verfasst haben, wird auch das Elend der armen Gemeinden beleuchtet. Das Marburger »Glücksgefühl« korrespondiert dem Abstieg solcher Gemeinden, denen noch kein Milliardär als Wohltäter erschienen ist, sondern die unter der Knute der »Austeritätspolitik« leiden!

Das Projekt wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen gefördert, der wir an dieser Stelle nachdrücklich danken.

Marburg, im Dezember 2015

Die Herausgeber

³ Zit. n. Holland-Letz, a.a.O., S. 41.

Jürgen Nordmann

Anerkennung für Geld, Geld gegen Anerkennung

Reinfried Pohl und die Stadt Marburg

»Mein ganzes berufliches Wirken ist auf Helfen ausgerichtet.«
Reinfried Pohl

Im Pohlschen Reich

Es kommt auf das Verkehrsmittel an. Wer mit dem Auto durch Marburg fährt, sieht auf dem Weg bis zur restaurierten Altstadt, der Oberstadt, die in jeder großen und mittelgroßen Stadt üblichen Funktionsbauten: Shopping-Malls, Geschäftspassagen, Großkinos, Supermärkte, Bürohäuser von Dienstleistern. In Marburg säumen zudem ein paar Bauten der Universität die Straßen. Alles im gleichen Stil aus Beton und Glas, wobei Glas für Geld steht. Die Bauten können als Ausdruck des speziellen Wirtschaftswachstums der vergangenen 20 Jahre gelten. Die altehrwürdige Universitätsstadt Marburg ist nicht weniger rund um den Hype um Konsum, Dienstleistungen und Finanzindustrie gewachsen als andere Städte. Die große Einfallstraße ist die Stadtautobahn mit ihren Zubringern und Abfahrten. Eine gewisse Ironie liegt darin, dass an der Stadtautobahn, dem klassischen Wachstums- und Infrastrukturprojekt der 1960er und 1970er Jahre, die maroden Hochhäuser der sozialwissenschaftlichen Fakultäten liegen. Sie bilden einen Kontrast zur schönen neuen Glaswelt. Die Wachstumsprojekte der 1970er Jahre stehen mehrheitlich vor dem Abriss – ausgenommen natürlich die Autobahn. Heute baut man in Marburg – wie überall in Deutschland und Europa – anders. Die Volkswirtschaften wachsen eben auch anders, und die Gewinne werden anders verteilt. Die Universität modernisiert sich gerade an anderer Stelle, rund um den botanischen Garten, mit Neubauten im verwechselbaren Stil der Zeit. Silicon Valley ist weltweit das Vorbild. Transparentes Arbeiten an Computern in vollverglasten Großraumbüros: So stellt man sich auch in Mittelhessen die Zukunft vor. Eine lange Dauer traut man der schönen neuen Beton- und Glaswelt trotzdem nicht

zu. Es wird zwar teuer gebaut, aber nicht immer mit den besten Materialien. Fake ist überall. Aber das macht nichts. Es muss stets neu gebaut werden, wenn es wirtschaftlich vorwärtsgehen soll. Wachstum muss irgendwo herkommen.

In »Pohl-City« oder »Pohlhausen«, wie das Areal ironisch genannt wird, das Reinfried Pohl und seine DVAG in der Nordstadt bebaute, kommt eigentlich der Bahnfahrer an. Der Bahnhof ist gerade auf das Feinste renoviert worden. Sogar eine McDonald's-Filiale gibt es jetzt, und in der vormals heruntergekommenen Unterführung zu den Gleisen sollen bunte Keramikbilder vor neuen Grafitti und Schmutz schützen. Den Bahnhof kann man in zwei Richtungen verlassen. Nach oben, Richtung Ortenberg, geht man über eine hoch vergitterte Fußgängerbrücke, die offensichtlich Leute davon abhalten soll, auf die Gleise zu springen, um sich von einem Zug überrollen zu lassen. Wer käme neben Langzeitstudenten, frustrierten Universitätsmitarbeitern und unglücklich Verliebten schon auf eine solche Idee? Vielleicht überforderte oder gescheiterte Versicherungsvertreter.

Denn direkt vor dem Bahnhof beginnt das Gebiet der Deutschen Vermögensberatung, oder bis vor einem Jahr direkter ausgedrückt: das Reich des Reinfried Pohl, intern wegen seiner Promotion in Jura nur »Der Doktor« genannt. Nach seinem Tod 2014 ist »Pohl-City« mit dem DVAG-Museum im Zentrum allerdings auch ein Mausoleum. Wie schon Jahre zuvor Bauten und eine Straße seiner verstorbenen Frau Anneliese, der »Mutter der Kompanie«, wie es Pohl liebevoll formulierte, gewidmet waren, so zieren heute Erinnerungstafeln an den hochverehrten Firmengründer die Gebäude.

Die Denkmäler, die sich Pohl seit dem Umzug eines Teils der DVAG in seine Heimatstadt Marburg errichtete, sind zwar auf Anerkennung besonderer Größe und Leistungen aus. Aber sie protzen nicht mehr als in solchen Firmenkreisen üblich. Der Mann trug Zeit seines Lebens auch eine bescheidene Attitüde zur Schau und wohnte selbst als Milliardär in dem Eigenheim, das er als Angestellter gebaut hatte. Auch wenn er so Einiges an und umbaute und das Haus in der ehemaligen Vertriebenensiedlung abschirmen ließ. Man muss auch in »Pohl City« in der Nordstadt sehr genau auf die Messingschilder an den Eingängen schauen, um zum Beispiel Gebäude am Bahnhofsvorplatz und auf der rechten Seite der Bahnhofstraße dem Pohl'schen Reich zuordnen zu können. Beim Hauptgebäude der DVAG am Lahnufer hat die Bescheidenheit natürlich ein Ende. Hier sieht man einen zu den Universitätsbauten weiter südlich konkurrierenden imposanten Glasbaukomplex, mit opulentem Museum,



Rechts und links der Elisabethkirche

schicken Bürohäusern und etwas entfernt und versteckt ein pompöses Fünfsternehotel im Residenzstil. Aber zurück zum Bahnhofsvorplatz.

Der Waldecker Hof ist ein traditionelles Gebäude auf dem Platz. Von der Straße aus kann man in den bucharmen Lesesaal schauen, der auch sonst recht leer wirkt. Früher, in den 1950er Jahren, als der Waldecker Hof noch florierte, soll der politisch engagierte Student Pohl hier mit seinen liberalen Gesinnungsgenossen debattiert haben. Der Kauf des Waldecker Hofes hat wie so vieles bei Pohls Aktivitäten in Marburg einen biografischen, zuweilen auch nostalgischen Hintergrund. Das Ausbildungszentrum ist erst 2013 von Mettmann in Nordrhein-Westfalen nach Marburg verlegt worden. Hier lässt jetzt die DVAG die künftigen Vermögensberater ausbilden, und zwar an der »Fachhochschule für Wirtschaft«. Die Aufwertung des Berufs des Vermögensberaters, den Pohl laut seinem Biografen Hugo Müller-Vogg mehr oder weniger erfunden hat, war ein Grundanliegen Pohls. Denn weder sollten seine Mitarbeiter sich als Vertreter, die von Haus zu Haus tingeln, noch als ausgebeutete Klopfer und Drücker eines Strukturvertriebes sehen. Pohl sieht den Vermögensberater wie einen Hausarzt in Gelddingen. Von der Ausbildung her soll er eher ein Betriebswirt oder Unternehmensberater sein. Letztlich ist er wie alle ein Manager von diesem und jenem, hier

ein Manager des Vermögens, der tatsächlich wie ein Hausarzt alles von seinen Klienten-Patienten wissen soll. Das sind schöne, verheißungsvolle Worte für Mitarbeiter, die in einem knallharten, von Kritikern als ausgeklügelte moderne Leibeigenschaft gezeißelten Pyramidensystem arbeiten müssen. Nur Abschlüsse bringen Geld, vor allem für die an der Spitze der Pyramide, die unten kräftig mit abkassieren. Die Aufregung ist zuweilen groß, aber natürlich ist ein solches System branchenüblich und legal. Wenn moderne Leibeigenschaft und postmoderne Sklaverei manchmal doch gegen geltende Gesetze verstoßen, kann man sicher sein, dass allenfalls selektiv verfolgt wird.

Ein Schulungszentrum für Finanzdienstleistungen ist sicher nichts Ungewöhnliches in einer Zeit, in der sich Regierungen unterschiedlichster Couleur auf die systemrelevante Bedeutung einer wachsenden Finanzindustrie eingeschworen haben. Seit ihrer Gründung am 1. Juli 1975 profitierten die DVAG (seinerzeit noch Kompass – Gesellschaft für Vermögensanlagen, dann ab 1976 Allgemeine Vermögensberatung, erst ab 1983 Deutsche Vermögensberatung) und die Finanzindustrie, insbesondere die Versicherungen, von dem leitenden Paradigma, sozialstaatliche Leistungen zu privatisieren. Schon die vermögensbildenden Maßnahmen der sozialliberalen Regierung unter dem Kanzler Willy Brandt waren ein Eldorado für Versicherungsunternehmen und Banken. Mit der Entwicklung zu gefördertem Privatvermögen der Mittelschicht sowie mehr privaten und privatisierten Sozialleistungen geht logischerweise ein erhöhter Schutz privater Vermögen, der auch in der Krise 2008 und den Folgejahren für die Regierungen weltweit im Vordergrund stand, einher. Ideologisch massenwirksam wird beim Vermögensschutz nicht zwischen großen und kleinen Vermögen unterschieden. Zur Mittelschicht zählt dabei laut einschlägigen Ministerien und Bundesämtern jemand, der ein Nettoeinkommen zwischen ca. 1.500 und 4.200 Euro bezieht und in der Regel abhängig arbeitet. Die Zahlen schwanken etwas. Pohl warb damit, 6 Millionen Kunden zu haben, den kleinen Mann reicher zu machen. Ein Einkommensempfänger aus der Mittelschicht hat in der Logik neoliberal orientierter Regierungen längst die gleichen privatisierten Interessen wie die großen Vermögenden.

Vermögen und darauf aufbauend Kredite gelten als Schmierstoffe des Wirtschaftswachstums im Kapitalismus und werden von Regierungen nicht nur geschützt, sondern auch umworben. Zudem werden private Vermögen sozusagen als maßgebliche Auszeichnung für Lebensleistung gesehen. Wer viel Geld hat und viel Geld verdient oder/und einen hohen Posten in einer Institution oder einem Unternehmen hat, hat dem

kapitalistischen System gut gedient. Anpassung und Leistung, zusammengekommen Anpassungsleistungen, werden honoriert und verdienen Anerkennung. Das Geschäftsmodell von Pohl war insofern ideal auf eine prosperierende Mittelschicht abgestellt, die ihre Vermögenswerte sichern und vermehren will. Er setzte auf das konservative Moment dabei, auf die altherwürdigen Lebensversicherungen – allerdings setzte er das amerikanische Prinzip der Fondsversicherungen durch – und die Bausparverträge, mit denen sich jedermann ein eigenes Häuschen finanzieren kann. Eingebettet wird diese Biederkeit im Stil der 1950er Jahre in die Dienstleistungsgesellschaft von heute. Die Wiedervereinigung öffnete die Tore zu einem riesigen Kundenreservoir. Privatversicherer machten das Geschäft ihres Lebens. Und die Privatisierung von Rentenleistungen durch die Regierung unter dem Kanzler Gerhard Schröder, die Riester-Rente, wurde zur zweiten Goldgrube der Finanzberater in der Nachwendezeit.

Der Waldecker Hof sieht wie eine private Managementschule aus, sehr modern und gediegen zugleich. Ganz in dem Stil, den Pohl bevorzugte. Er ist der Aufsteiger der Kohljahre, eng verbunden mit seinem »allerengsten Freund«, Helmut Kohl selbst. Von dem protzigen und neureichen Auftreten der Finanzbranche in den Schröderjahren, versinnbildlicht von Carsten Maschmeyers AWD, sind die Pohlschen Aktivitäten, seine Außendarstellung und auch seine Gebäude, weit entfernt. Und das, obwohl er mit knapp drei Milliarden Euro Vermögen ungefähr dreimal so reich war wie Maschmeyer. Pohl machte auch gute Geschäfte, weil er in einer Zeit der Spekulation und der schnellen Gewinne und Verluste, in der Zeit des entfesselten Finanzkapitalismus, auf Solidität oder zumindest deren Schein setzte.

Die Biederkeit seines Habitus zahlte sich aus. Sein Beratungsgeschäft warb erfolgreich mit Seriosität. Bis heute ist auch lange nicht so viel Unmut zu hören wie anderswo oder gar schwerwiegende medienwirksame Prozesse anhängig wie bei Maschmeyer. Er zockte in der Regel nicht mit den Vermögen. Er bot ausschließlich Produkte von Versicherungen (hauptsächlich AachenMünchner, die seit 2006 ihren gesamten Vertrieb über die DVAG abwickelt, und die Deutsche Bank, die einen beträchtlichen Teil des Privatkundengeschäfts an die DVAG ausgelagert hat) an, die etabliert sind und unter der Finanzaufsicht stehen. Er versprach den guten Bürgern nicht nur einen verdienten Vermögenszuwachs und damit einen Aufstieg innerhalb der bürgerlichen Mittelschicht. Er versprach ihnen ein komplettes bürgerliches Mittelschichtleben, wie er es sich vorstellte und vermeintlich symbolisch vorlebte. Er pflegte dabei

das Bild des rechnenden Kaufmanns, darin der Kaufmannstochter Margaret Thatcher nicht unähnlich.

An dieser Stelle ist ein kurzer Einschub nötig: Pohl polarisierte natürlich und war wie sein »bester Freund« Helmut Kohl zeitlebens Zielscheibe für scharfe Kritik und beißenden Spott. Tatsächlich ist der Name Pohl oft gefallen, als darüber spekuliert wurde, wer die nicht genannten Spender in der CDU-Spendenaffaire von 1999 sind. Interessant ist ja in dieser Affaire der Ehrbegriff von Helmut Kohl, den er anführt, um sein Schweigen zu begründen. Reden wäre Verrat an Freunden gewesen. Aufschluss gibt der Begriff Ehre in diesem Zusammenhang deshalb, weil Kohl wie auch Pohl in solchen Verhaltensweisen des Korpsgeistes und der Absprachen unter »ehrenhaften« Patriarchen vollkommen authentisch sind. Das wird von den Kritikern, die bei vielen Kritikpunkten, insbesondere beim Thema Privilegien, im Glashaus sitzen, vergessen. Das Thema hat eine besondere Tiefe dadurch, dass es sich bei Pohl nicht um einen Zyniker handelte, um eine Hedgefondsheuschrecke, die jedes Loch im Gesetz ausnutzt, um sich persönlich zu bereichern oder Karriere zu machen. Er war fest davon überzeugt, seinen Kunden, seinen Mitarbeitern, dem Land und eben auch der Stadt Marburg Gutes zu tun:

»Ich schaffe hier viele hundert Arbeitsplätze, ich beflügele die Stadt. Ich baue hier ein Kongresszentrum, ein Fünf-Sterne-Hotel und baue eine schöne Straße. Viele sagen: Mensch, wie toll.« (Oberhessische Presse, 7. März 2013)

Nur wenige Rechtgläubige sind in dem Kohl-Pohlschen Denken dazu berufen, die Republik auf den rechten Pfad zu bringen und dann gegen alle inneren und äußeren Feinde zu schützen. Die liberale Demokratie ist dabei eine politische Konstellation, die man beachten und deren Möglichkeiten man kennen muss, um Erfolg zu haben. Erfolg ist das Zauberwort. Und die Erfolgreichen bilden Freundeskreise. Das ähnelt von außen Geheimgesellschaften oder Freimaurerbünden. Zuweilen hat es etwas Sektenhaftes. Von innen ist dies allerdings wahrscheinlich bitter ernst gemeint. Die Freundschaften haben in der Kriegsgeneration viel von Kameradschaften. Pohl war an der Ostfront, stammt aus einer hitlertreuen Sudetenfamilie, und als Kind wurde er abgelenkt, als er dem »Führer« bei dessen Triumphfahrt durch das Sudetenland einen Blumenstrauß überreichte. Ob ein solches Foto, das einen durchs Leben begleitet, immer angenehm ist, auch wenn man nationalkonservativ gesinnt ist, kann allerdings bezweifelt werden. Wobei Kohl, der immer wieder die Gnade der späten Geburt betont, bei den Inkarnationserlebnissen des Krieges außen vor bleibt. In der Aussage der gnadenreichen späten



Das Ufo ist gelandet – das Hinterland

Geburt steckt, wenn man sie zweimal liest, auch, dass man wahrscheinlich nicht zum Widerstand gehört hätte. Der Korpsgeist half in der braunwässrigen Nachkriegsgesellschaft vor allem im kapitalistischen Wettbewerb. Pohl griff schon als junger Mann auf politische Netzwerke zurück. Er hatte sich in der sowjetischen Besatzungszone der antikommunistischen Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) angeschlossen und fand, nachdem er fliehen musste, in der damals rechtsliberalen westdeutschen FDP eine politische Heimat. In den 1950er Jahren waren die Liberalen ein Sammelbecken für Nationalkonservative, nicht selten mit brauner Vergangenheit. Die Vergangenheit und das Festhalten an deutschnationalen Zielen schweißten die Männer – Frauen gab es schlichtweg keine in diesem Milieu – zusammen.

Pohl und Kohl und Adjutanten wie Friedhelm Ost und Friedrich Bohl, der Ex-Kanzleramtsminister, der nach dem Ende der Kohl-Regierung zur DVAG wechselte, sind Kapitalisten oder in ihrer Begrifflichkeit Marktwirtschaftler aus Überzeugung. Es ist die Überzeugung, dass die Marktwirtschaft das beste System aller Zeiten ist (nachdem man mit den ultrarechten Alternativen nicht die besten Erfahrungen gemacht hat und linke Alternativen ohnehin außerhalb jeder Diskussion stehen). Das muss man ihnen abnehmen. Sonst denkt man in die falsche Richtung. Es ist ein geschlossenes Weltbild, das über Jahrzehnte gleich blieb.

Kohl, Bohl und Pohl sind auch im Sinne der bestehenden liberalen Demokratie Demokraten. Es muss allerdings eine Demokratie sein, die die Macht der erfolgreichen alten Männer (plus Margaret Thatcher) nicht einschränkt. Ein Chef ist Patriarch und General. Er hat das letzte Wort. Die Demokratie hat in Unternehmen, Parteien und Institutionen nichts oder wenig zu suchen. Vor allem darf es zwischen acht Uhr morgens und fünf Uhr nachmittags keine Demokratie geben. Die liberale Demokratie ist eine Feierabenddemokratie. Tagsüber zählt allein das Wort des Chefs. Basta. Pohl war in diesem Sinn der Antipode derjenigen, die Unternehmen und Institutionen, ja die Republik demokratisieren wollten, nicht der Antipode derjenigen, die eine hohe Stellung einnehmen oder einen Posten haben. Seien sie nun nach gängiger Lesart links oder rechts. Pohl konnte auch mit SPD-Politikern wie dem Marburger Oberbürgermeister Egon Vaupel oder vorher dem Marburger SPD-Urgestein Gerhard Jahn ganz hervorragend Kommunalpolitik betreiben. Der Knackpunkt war eher erreicht, wenn sein Erfolg und seine Großzügigkeit nicht anerkannt, schlimmer noch, wenn sozusagen von unten, von den Erfolglosen, Mitsprache eingefordert wurde. Noch einmal aber: Das hieße ja auch tatsächlich nicht nur eine andere Republik, sondern auch eine andere Gesellschaft.

Zurück zu Pohls DVAG. Ihre Seriosität soll sich in der Seriosität der Ausbildung zeigen. Der hässlichen Seite, dem Pyramidensystem der Betriebsstruktur, soll eine quasi universitäre Ausbildung entgegengesetzt werden. Deshalb ging es auch unter einer »Fachhochschule für Wirtschaft« nicht. Die Fachhochschule hätte nur halb so seriös und einladend ausgesehen, wenn der Bahnhofsvorplatz in seiner alten Hässlichkeit verblieben wäre. Er war zusammen mit dem Bahnhof ein verdreckter Verkehrsknotenpunkt, an dem seit Jahrzehnten nichts gemacht worden war. Bahnhof und Bahnhofsvorplatz haben die Bahn und die Stadt aufwendig saniert. Über den Bahnhofsvorplatz kann man jetzt ungestört bis zum Waldecker Hof schreiten, weil der Autoverkehr um den Platz herumgeführt wird. »Pohl-City« hat eine schmuckere öffentliche Umgebung. Nur das schlimmste Relikt der SPD-Betonpolitik in der Nachkriegszeit, die Stadtautobahn, von der aus man regelrecht in den Waldecker Hof hineinsehen kann, konnte Pohl nicht zum Verschwinden bringen. Oben die Autobahn und unten drunter eine stark befahrene Kreuzung – das ließ sich nicht ändern. Marburg liegt in einem Talkessel, ist eng und erstickt seit Jahrzehnten im Verkehr. Da hätte sich Pohl, wenn er es denn anders hätte haben wollen, schon mit den Marburger Grünen der 1980er Jahre verbünden müssen, um den Verkehr aus der Innen-

stadt und seinem Areal in der Nordstadt herauszubekommen. Wer es über die Kreuzung unter der Stadtautobahn geschafft hat, kann auf der Lahnbrücke kurz innehalten. Links sieht er das »Bettenhaus«, ein altes autonomes Wohnprojekt, von hinten so marode wie immer, stets gegen rechts und den eigenen Verfall ankämpfend. Aber auf der anderen Seite des Ufers, der Nordseite der Bahnhofstraße, strahlt ein großer verglaster Komplex, der Marburger Sitz der DVAG. Es ist kein herkömmlicher Bürokomplex. Das Lahnufer vor dem Haus ist fast bis zum Wehr, das die Lahn teilt, zur Promenade hergerichtet. Gleich neben der Brücke steht am Ufer eine Strandbar, von der man allerdings über die dort wenig heimelige Lahn auf die noch weniger schöne Stadtautobahn schaut. Nun ja. An der Promenade befinden sich besagtes Fünfsternehotel (das einzige in Marburg) und das Ausbildungs- und Verwaltungszentrum des Konzerns mit dem DVAG-Museum zu Ehren von Anneliese und Reinfried Pohl. Zur Bahnhofstraße hin, oberhalb der Strandbar, gibt es eine Eisdielen, so edel wie das Edelrestaurant in der Nähe, und zwei Häuser weiter ein Delikatessengeschäft, alles nach und nach ab 2009 gebaut. Die Straße zwischen den Gebäuden wurde auf Antrag des Oberbürgermeisters Egon Vaupel in Anneliese Pohl Allee unbenannt. Am Eingang des Delikatessengeschäfts stehen in großer Zahl Flaschen mit DVAG-Wein, die sich die Berater nach ihrem Besuch in der Zentrale zur Erinnerung kaufen können. Dem Vernehmen nach erfreuen sich Eisdielen und Delikatessengeschäft großer Beliebtheit. Sie sind ganz auf die Genuss- und Konsumbedürfnisse einer gehobenen städtischen Mittelschicht ausgerichtet. Wer auf Wohlfühlkapitalismus mit einem Biotouch steht, findet hier eine Oase, in der man sich vom stressigen Burnout-Kapitalismus der Officeworld erholen kann.

Im Pohl-Museum

An der Hinterseite erstreckt sich das Hauptgebäude mit dem Pohl-Museum.¹ In ihm wird über drei Etagen, die durch eine große freihängende Wendeltreppe verbunden sind, die Aufbaugeschichte der DVAG als Heldengeschichte des Reinfried Pohl und seiner Familie erzählt. Vom Kind aus dem Sudetenland, über den jugendlichen Flakhelfer, der in den letzten Kriegstagen an der Ostfront auf Fahrrädern gegen russische Panzer

¹ Zur Ausstellungskonzeption s.a. den Beitrag von Christian Schönholz in diesem Band.

kämpfte, dann in der SBZ Abitur machte und mit dem Rosinenbomber in den Westen flüchtete, zum jungen Mann, der in Marburg seine Heimat und seine geliebte Frau Anneliese fand, die ihm beim Aufstieg zum reichsten Mann Marburgs und einem der reichsten Männer Deutschlands den Rücken stärkte.

Wenn man auch im Vorfeld Einschlägiges über das Pohl-Museum gehört hat, und meint, gut vorbereitet zu sein, ist das tatsächliche Museum doch eine Überraschung. Bis auf das Bild, auf dem der zehnjährige Reinfried Adolf Hitler besagten Blumenstrauß überreicht, fehlt nichts in dem Museum. Das Private, die Familie, die Firma – alles ist eins, aus einem Guss und alles ist gut und richtig. Seine Frau trifft mit ihm die Entscheidungen, er arbeitet für die Familie, und die Firma ist eine große Familie. Eine exemplarische bürgerliche Mittelschichtfamilie, die im Erfolg die eigenen Ideale und Werte nicht verraten hat und sich treu bleibt. Eine All-Lebensform mit Allfinanz: Eigenheim, Vermögen, Familie, Vorsorge, Versicherungen, Auto und Urlaub. Die Familie Pohl lebt exemplarisch die Mittelschichtträume vor, die sie verkauft. Und erhebt sich in der Pose der Bescheidenheit zum Sinnbild für den Aufstieg der reichschaffenden, streb- und arbeitsamen deutschen Mittelschicht. Paten wie Otto Rehhagel oder Michael Schumacher (neuerdings auch Jürgen Klopp und Helene Fischer) singen das Hohelied auf Leistung, Arbeit, Freundschaft unter Leistungsträgern und allen voran auf den Erfolg in der Sport- und Geschäftswelt. Man grenzt sich bewusst von altem, geerbtem Geld und Kapital, aber auch Parvenus wie Maschmeyer, die ihre Herkunft verraten, ab. Hier zählt ehrliche Arbeit, die sich für Reinfried Pohl in besonderem Maß auszahlte, weil er mehr arbeitete als andere und immer weiter kämpfte.

Die größte Genugtuung, hier seinem Freund Helmut Kohl gleich, ist dann auch weniger das Milliardenvermögen, sondern dass zum Beispiel milliardenschwere Global Player wie die Deutsche Bank und Generali auf Pohl zukommen, um ihm Teile ihres Geschäftes anzutragen. In einem der im Museum zu sehenden Videos sagt Kohl, dass sie von allen am Anfang verspottet wurden, und dass dieselben Leute dann Jahre später angekrochen seien, um teilzuhaben und Abbitte zu leisten.

Anerkennung ist das Hauptthema und die Hauptantriebsfeder. Das sieht jeder, der die Verdienstorden in den Vitrinen anschaut, der die Lobeshymnen von bekannten Persönlichkeiten, Politikern, Sportlern etc. anhört. Alles war gut, alles war richtig. Reinfried Pohl ist erfolgreich, weil er in schwierigen Zeiten der Wohltäter der deutschen hart arbeitenden Mittelschicht war, weil seine Ideen genial sind, weil sie nur, wie

die Ausstellung suggeriert, mit wissenschaftlichen Revolutionen zu vergleichen sind. Wissenschaftstheoretiker wie Karl Popper werden bemüht. Das schwarz umrandete Großbild des verstorbenen Firmengründers ist durch Blumensträuße und eine brennende Kerze nach Vorbild von Heiligenbildern dekoriert.

Mit Sicherheit verdient jeder Mensch einen Ort der Erinnerung. Aber hier wird so dick aufgetragen, dass man sich ständig fragt, wo denn endlich das Haar in der Suppe ist. Nicht der kleinste Schatten fällt auf den Helden aller Helden der deutschen Mittelschicht. Das Ganze auf drei Etagen, verbunden durch die längste frei schwebende Wendeltreppe von irgendwo. Nichts ist hier ohne Superlative. Der Besucher wird an jeder Tafel mit Höchstleistungen bombardiert. Dazwischen einfache Ratschläge und Faustregeln des Meisters. Allfinanz wird mit gesundem Menschenverstand und Sekundärtugenden gleichgesetzt. Es ist schon längst weitaus mehr als ein Geschäftsmodell. Es ist der Schlüssel zum bürgerlichen Lebensideal. Der Schlüssel für Sicherheit – ein Wort, das in der Ausstellung ständig bemüht wird. Die Deutsche Vermögensberatung sorgt für Eigentum und Sicherheit des Mittelschichtbürgers. Wer fleißig arbeitet, braucht einen Hausarzt fürs Vermögen, einen Doktor. Und der Doktor, das ist Reinfried Pohl.

Man sieht solche durchgängige Heiligsprechung einer Person in vermeintlich weltlichen Arealen in westlichen Demokratien nur noch selten. Reinfried Pohl ist in der Ausstellung eine Person ohne jeden Makel. Er ist genial, bescheiden, moralisch integer, gut, besser, leistungsstark und vor allem erfolgreich. Er löst die Probleme der Menschen und seiner Firma, er lernt aus Niederlagen, er geht aus jedem wichtigen Kampf als Sieger hervor. Nichts konnte diesen Mann aufhalten, er war einer, der immer wusste, was er will, ein Genie, das ein Vertriebsystem für Versicherungen erfunden hat, ein treusorgender Ehemann, ein liebevoller Vater, ein fordernder, aber menschlicher und verständnisvoller Chef – einen solchen Mann und eine solch gute Frau hatten Marburg und die Welt noch nicht gesehen. Dabei stets bescheiden, wie immer wieder betont wird. Was natürlich gegen die Bescheidenheit spricht, ist das Museum selbst.

Der Besucher soll kein realistisches Bild von Pohl und seinem Konzern erhalten. Heilige dieser Art gibt es nur in Filmen und Büchern. Und in Ausstellungen wie dieser. Würde die Ausstellung rezensiert werden, würden die meisten professionellen Rezensenten wohl hart mit dem Gezeigten ins Gericht gehen. Aber man darf eben nicht vergessen, an wen sich die Ausstellung richtet. Sie ist zwar offen für jedermann. Man kann sich an-

melden und sie anschauen. Aber sie ist deutlich an die Mitarbeiter der DVAG adressiert. Es ist eine Feier der Familie Pohl und der DVAG als Berufsfamilie. Die Aus- und Fortzubildenden, die nach Marburg geladen werden, sollen in diese Idealfamilie der Leistungsträger hineinwollen, und sie sollen offensichtlich mit Hingabe und Überzeugung den DVAG-Mittelschichttraum an den Mann und an die Frau bringen wollen, egal wann, egal wo und, sofern Vermögen vorhanden, egal wem.

Die DVAG verkauft inzwischen den eigenen Mythos. Die Bilder der Mittelschichtfamilien und auch die Familienfotos der Familie Pohl wird es so millionenfach geben. Hier sind sie allerdings überdimensional groß. Sie sind ein Programm, das als Ideal verkauft wird. Es wird mit der schönen Eigenheimwelt der Deutschen geworben, aber auch immer mit dem erhobenen Zeigefinger gemahnt. Die Ängste sind immer präsent. Und dagegen hilft die DVAG mit Sicherheit, Sicherheit und Sicherheit. Sofern man bezahlt, aber das Bezahlen erfolgt nicht zuletzt mit einer Anerkennung der einen (kapitalistischen) Lebensform. Der enge Mief der Kleinstadt, der hier auch stets zu besichtigen ist, so hochglänzend die Bilder sind, darf nicht infrage gestellt werden. Erfolg in der Arbeit ist das Allerwichtigste, und Erfolg ist in Heller, Pfennig oder Cent messbar. Die Arbeitswelt wird sehr geschickt mit der Moral und den Träumen des Kleinbürgertums verschränkt. Willigere Arbeiter, willigere Knechte wird der Kapitalismus kaum finden.

Vor dem großen Patriarchen dieses Neobiedermeiers hat man sich ehrfürchtig zu verneigen. So bekommt man auch nur Fotos von Mitarbeitererevents mit stehenden Ovationen und überschwänglichen Lobesbezeugungen für Pohl zu Gesicht. Die Mitarbeiter fühlen sich als Teil einer großartigen Familie, sie sind Freunde, sie fahren gemeinsam in den Urlaub, mit der DVAG, in Ferienressorts der DVAG. Dass ein Unternehmen, das die Konkurrenz von Mitarbeitern durchaus zum Grundprinzip erhoben hat, ohne Konflikte auskommt, klingt nicht glaubhaft. Schließlich arbeitet man, wie erwähnt, in kaum geminderter Form nach einem berüchtigten Prinzip, das verlangt, dem Vorgesetzten stets etwas vom eigenen Gewinn und Erfolg abzugeben, bis man selbst die entsprechende Stufe erreicht hat. Die Probleme bleiben jedoch bei der DVAG meist hinter verschlossenen Türen. Das Hochglanzbild wirkt offensichtlich nach innen. Man muss hinzufügen, dass diejenigen, die kritisch sind, in der Regel auch schnell gehen. Denn die meisten Mitarbeiter arbeiten auf freier Basis. Problematisch wird es nur, wenn Leute aus der Pyramiden spitze, ausgestattet mit vielen Mitarbeitern unter sich und allzu guten Kenntnissen über die Geschäftspraktiken der DVAG, im Unfrieden ge-

hen. Die ZEIT berichtete 2009 über einen solchen Fall und zitierte den Anwalt Kai Behrens, der den erschöpften Aussteiger gegen die DVAG vertrat mit den Worten, dass er manche Arbeitsverträge der DVAG für moderne Leibeigenschaft halte.²

Hinter dem Museum steht sichtbar ein psychologisches Konzept. Vielleicht auch eine nicht ganz so ideelle und gute Absicht. Die DVAG betreut (und kontrolliert) die Arbeit und oft auch das Vergnügen, den Urlaub. Abends sind die Mitarbeiter ja am Arbeiten, am Wochenende nicht selten auch. Was hier Fleiß und der Wille, mehr zu arbeiten, genannt wird, würden Gewerkschaften Selbstaussbeutung nennen. Die Arbeit nach Geschäftsschluss ist der dezidierte Vorteil gegenüber den Banken und normalen Versicherungsbüros. Passierte einmal dem Mitarbeiter etwas, hatte er Probleme, kümmerte sich Pohl selbst um diesen Mitarbeiter, wie an jeder Ecke berichtet wird. Er rief auch am Wochenende oder spät abends an. Natürlich immer in bester Absicht. Man fragt sich da unwillkürlich, wo die Grenzen waren und sind? Gibt es für Vermögensberater ein Leben außerhalb der DVAG? Verpackt das Familienkonzept nicht sehr geschickt die Zwänge und den knallharten Wettbewerb zu einer naturhaften Sache? Das Leben besteht aus Kampf, die einzige kampffreie Zone ist die Familie, ließ der Meister verlauten. Aber ist diese Familie nicht eine einzige Kampfmaschine, um Geld zu machen? Und ist nicht die Rundumfürsorge Pohls eine besonders subtile Form der Kontrolle? In vielem erinnert das Pohlkonzept für die DVAG an japanische Firmen, die auch mehr oder minder eine familiäre Corporate Identity pflegten, um die Mitarbeiter möglichst eng an die Unternehmen zu binden. Der Unterschied ist nur, dass es sich in Japan, zumindest bis in die 1990er Jahre hinein, um sichere, festangestellte Mitarbeiter handelte, die in der Regel 40 Jahre und mehr für »ihr« Unternehmen arbeiteten. Bei der DVAG arbeiten die wenigsten Mitarbeiter auf festen Stellen. Das Prinzip Sicherheit, das die Versicherungen gewährleisten sollen, das sozusagen die DVAG als Produkt vertreibt, gilt süffisanterweise nicht für die Mitarbeiter. Hier zählt einzig und allein der Erfolg. Sonst ist man schnell raus aus der schönen DVAG-Familienwelt.

² www.zeit.de/2009/20/abzocker

Die Stadt in der Stadt

Abrunden kann man die Besichtigung der »Pohl-City« mit einem Gang an der Promenade entlang zum alten Wehr. Dort, in der hintersten Ecke, liegt Pohls erstes großes Bauprojekt in Marburg. Es ist das Fünfsternehotel, das den Namen Rosenpark trägt. Was man auf den ersten Blick aber nicht sieht. Denn links neben dem Hotel, das auch eine Residenz ist, verstellt eine Fabrik den betuchten und wichtigen Gästen den Ausblick. Sonderlich ruhig ist es auch nicht. Der Verkehrslärm der Straße nach Werda konkurriert mit dem des Wehrs. Auf den zweiten Blick werden weitere Details sichtbar. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Hotel Rosenpark wie ein gediegenes Altersheim aussieht. Geschmacklich im neobiedermeierlichen Stil gehalten, den die älteren Kleinbürger mit Luxus assoziieren. Pohl baute nicht gewagt. Das Hotel und die Residenz sind wie die anderen Freizeitressorts und gastronomischen Betriebe Pohls wohl nicht des Profits wegen gekauft oder gebaut worden. Sie sind eine Mischung aus Hobby und dem Rundumkonzept für die Mitarbeiter. Sie sollen nicht nur in Marburg konsumieren, sondern wenn möglich auch in Pohlschen Häusern. Damit es unvergesslich wird.

Wenn man von »Pohl-City« redet, meint man jenes Viertel in der Marburger Nordstadt, welches die zweieinhalb Straßenzüge rund um die Anneliese Pohl Allee, samt Museum, welches sich im Zentrum befindet, und den Hotelkomplex am Lahnwehr umfasst. Es ist eine kleine Stadt in der Stadt, fast so groß wie ein Universitätskomplex. Recht schick, mit lebendiger bürgerlicher Stadteilkultur, sauber, gekehrt und gebohnt, irgendwie die 50er in 2.0. Tatsächlich müssen sich die Kritiker des Pohlkomplexes sagen lassen, dass das Viertel eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Zumindest nach den derzeit gängigen Maßstäben. Wer sich noch an die Bahnhofstraße der späten 1980er und frühen 90er Jahre erinnert, wird »holla« sagen. Hier hat sich Einiges verändert. Die Nordstadt, insbesondere die nördliche Seite der Bahnhofstraße, sah vor der Wende wie ein Ableger des DDR-Verfalls aus. Die Landnahme der DVAG bezog sich in diesem Fall nicht auf ein Sahnestückchen städtischer Entwicklung. Der Vorwurf müsste sich, wenn schon, an die Stadt richten, die Teile der Nordstadt verrotten ließ.

Die kommunalen Stadtverwaltungen, die Bürgermeister, die Honoratioren, die Vorstände der Stadtwerke, die Präsidenten der Sportvereine etc. lassen sich gerne einladen, wenn es etwas zu eröffnen gibt, wenn man präsentieren kann, dass etwas gebaut wird, dass es sichtbar mit der

Stadt vorangeht. Ein Bürgermeister, der im Wachstumsland vom Glanz früherer Tage leben will, würde keine Legislaturperiode überstehen. Obwohl Marburg genau das zu bieten hat: Eine große Vergangenheit, in die jetzt auch Reinfried Pohl seit 2006 als Ehrenbürger eingeschrieben ist. Das ist eben die kaum zu bewältigende Herausforderung, gleichermaßen für die neuen Bauwerke, die neuen Mäzene, die neuen Bürgermeister und auch die neuen Professoren: Dass die historischen Schuhe sehr groß ausfallen. Man erinnert sich in Festreden an die heilige wohl-tätige Elisabeth von Thüringen und an den großen Kurfürsten Philipp, der die Reformation mit dem berühmten Marburger Religionsgespräch zwischen Martin Luther und Ulrich Zwingli auf dem Marburger Schloss förderte. Und mehr noch ist es die Tradition der von Philipp gegründeten Universität, die die Protagonisten der Gegenwart schon einmal erschlagen kann. Man erinnert sich an Robert Bultmann, Martin Heidegger und Hannah Arendt. Oder an Boris Pasternak, der 1912 hier studierte, und über das »mittelalterliche Dorf« Marburg ein romantisches Gedicht verfasste. Auch die Brüder Grimm, Otto Hahn, Wilhelm Röpke und Jürgen Habermas machten in Marburg ihren Abschluss. Die Nachkriegszeit hatte immerhin den Politologen Wolfgang Abendroth zu bieten. Das sind so einige der Größen, mit denen sich die Stadt nur allzu gerne schmückt. An Wirtschaftsgrößen fällt einem spontan nur Emil von Behring ein, der nicht nur die Behringwerke, lange Zeit Marburgs industrielles Aushängeschild, gründete, sondern auch nach seiner Frau Else einen Hügel benannte, auf dem er ein Familienmausoleum errichten ließ.

Behring, die industrielle Gründerfigur aus dem Kaiserreich, auch er kommunalpolitisch aktiv, ist eine interessante Vergleichsperson. Alle Dinge passieren eben mindestens zweimal. Vor dem Hintergrund Behrings wirken die Aktivitäten und das Gerede über die Aktivitäten Pohls merkwürdig profan. Wie ein endgültiger Abgesang auf eine rückwärts davon gespurtete Vergangenheit. Mit Pohls DVAG und den Hochglanzbauten der Universität bekommt Marburg ein neues Gesicht, wie es auch mit den Behringwerken und der industriellen Revolution und nach dem Krieg mit der Stadtautobahn und den Universitätstürmen ein neues Gesicht bekommen hatte. Vieles vom einstigen Kapitalismus verschwindet gerade. Man macht es rückgängig oder überbaut es.

Aber mit der neuen Konsum-, Finanz- und Dienstleistungsindustrie können sich in Marburg nicht alle wirklich anfreunden. Gerade die Älteren überfordert der neue computergestützte, wettbewerbsorientierte und zunehmend englischsprachige Kapitalismus. Die Tradition kommt dieses Mal noch nachhaltiger unter die Räder als zur Zeit der Betonpoli-

tik ab den 1960er Jahren. Man hätte vielleicht irgendwann auch in Marburg Nein sagen sollen. Aber dafür gab es, wie gerade die Ehrenbürgerschaft Pohls zeigt, keine Mehrheiten. Aber was heißt keine Mehrheit: keine Gegenstimme.

Wenn man will, kann man die Geschichte wie folgt erzählen – ohne damit in Zweifel zu ziehen, dass auch andere Erzählungen plausibel sein können:

Als Pohl sich Marburg ab den mittleren Nullerjahren intensiv zuwandte, kam er der Stadt gelegen. Sehr gelegen, denn Geld kann jede Stadt gebrauchen. Marburg ist zwar eine reiche Stadt mit einem Vermögen von knapp einer halben Milliarde Euro, aber was ist das, wenn ein einzelner Bürger über das Sechsfache verfügt? Der Strukturwandel von den 1970ern in die neoliberale Dienstleistungs- und Finanzindustrie war in Marburg Mitte der 90er Jahre eher sporadisch angekommen. Viele westdeutsche Kommunen ächzten unter der Verschiebung öffentlicher Gelder in den Osten. Marburg reihte sich ab und an in den Chor ein. Manche Probleme waren allerdings hausgemacht. Die Universität pflegte nicht mehr ihr sozialwissenschaftliches Erbe. Linke Professuren wurden im neokonservativen Klima geschliffen, und selbst die altehrwürdige evangelische Theologie war nicht viel mehr als eine Ausbildungsstätte für Dorfpfarrer. Aber der auch in Marburg proklamierte Trend der Zeit, die Ökonomisierung der Universität, fiel eher ins Wasser. Andere, vergleichbare Universitäten wie Tübingen, Heidelberg oder Göttingen stellten sich besser auf den neuen Wettbewerb ein. Sie setzten schon früh auf Elitecluster und Erhöhung des Drittmittelanteils durch so genannte Leuchttürme.

Wie man auch immer dazu stehen mag, Marburg blieb noch etwas länger ein Relikt der 1970er Jahre, mit einer Massenuniversität in heruntergekommenen Hochhäusern, mit marxistischen Gruppen, alternativen Wohnprojekten, Straßenkämpfen und Pädagogikstudentinnen in selbstgestrickten Pullovern. Ein Biotop vergangener Jahrzehnte. Mancher mag vielleicht sogar die Hoffnung gehabt haben, dass sich hier eine waschküchenwarme Insel in der kalten neoliberalen Welt erhalten möge.

Aber der aufstrebende, international ausgerichtete und konsumorientierte Teil der Mittelschicht sah eben, was es in Marburg alles nicht gab. Denn es war mit Sicherheit nicht so, dass die Mittelschicht und die Stadtregierungen aus politischen Gründen auf Glasbauten, Shoppingcenter, Edelboutiquen, schicke Restaurants, IT-Institute und Gewerbegebiete an jeder Ecke verzichtet hätten. Die Kritik am Leerstand in der Oberstadt und der Tristesse in den anderen Hauptstraßen, der Univer-

sitätsstraße, der Biegen- und Bahnhofstraße war allgegenwärtig. Von dem Strukturwandel hatte die Marburger Geschäftswelt bestenfalls eine überproportional große Anzahl an Eineuroläden sowie eine weiter zunehmende Verarmung in den sozialen Brennpunkten im Waldtal und auf dem Richtsberg vorzuweisen. Bei den Stadeliten ging es nicht darum, einen Gegenentwurf zum neoliberalen Modell zu schaffen. Das hätte eine Kommune auch materiell wie intellektuell überfordert. Man wünschte sich vielmehr die positiven Effekte des privatisierten Wirtschaftsmodells, also die Investoren, die Drittmittel, einen Bauboom, die gentrifizierten Stadtteile, die konsumorientierte Mittelschicht, die in gemütlichen hochpreisigen Straßencafés ihre Probleme beim aufgeschäumten Milchkaffee ausräumt.

In dieser Erzählung kam Pohl wie der weiße Ritter daher. Zumindest ab 2006, dem Jahr seiner Ehrenbürgerschaft. Er, der Ehrenbürger, der der Stadt hilft, ihre Probleme zu lösen. Und wie waren diese Probleme anders zu lösen als durch Geld. Man muss ihm durchaus glauben, dass er eine besondere Verbindung zu Marburg hatte. Sowieso durch seine Frau Anneliese, geborene Klingelhöfer, aus einer gutbürgerlichen Familie mit einem Traditionscafé in der Südstadt. Hier, inmitten von Gründerzeitvillen, in denen auch die Universitätsprofessoren gleich welcher Couleur sehr gern Quartier beziehen, regte man sich am meisten über den vermeintlichen Niedergang der Stadt auf. Man wünschte sich vor der eigenen Haustür nicht unbedingt Bürotürme und Shoppingcenter, aber man wünschte sich wieder eine geordnete bürgerliche Welt. So wie in den auch von Pohl verklärten 50er Jahren. Es war keine Welt der Neureichen, die da aufgebaut werden sollte, keine Maschmeyers, die nur Wein ab 7000 Euro die Flasche trinken (der DVAG-Wein kostete 2014 um die 14 Euro), sollten die ehrwürdigen Cafés und Villen bevölkern. Aber eben auch nicht rumhängende, zottelige Langzeitstudenten von einer Massenuniversität oder Hartz-IV-Bezieher aus der Vorstadt. Es ging allen Entscheidungsträgern darum, verstärkt ein finanziell potentes Mittelschichtpublikum nach Marburg zu locken. Im Prinzip ist das auch gelungen. Spätestens ab den mittleren Nullerjahren hat Marburg sein Gesicht verändert. Aschenputtel hat seinen Prinzen gefunden, auch wenn da eher das Geld zählte als andere Äußerlichkeiten.

Die Politik

»Ich habe in den vergangenen zwölf Jahren unter anderem 37 Vereine in Marburg und Umgebung unterstützt. An der Spitze steht der VfB Marburg. Seit Dezember 2011 waren schon mehr als 60 000 Vermögensberater in der Stadt, sie beflügeln das Marburger Leben.«

»Das letzte Hemd hat bekanntlich keine Taschen. Ich lebe allein, habe alles, was ich brauche. Ich habe mich in meiner Dankesrede zur Ehrenbürgerschaft verpflichtet, dass ich der Stadt helfe. Das ist die Ur-Ursache für meine Förderungsbereitschaft in jeglicher Hinsicht. ...«
beides Oberhessische Presse, 7. März 2013

Zunächst eine Auflistung von Pohls Aktivitäten und Projekten in Marburg (Quelle: Oberhessische Presse, 8. März 2013):

Hotel Rosenpark (Fünf Sterne Superior Kategorie, Restaurants

Rosenkavalier und Zirbelstube, Café Rosenpark)

Sitz der DVAG Holding

Zentrum für Vermögensberatung (Kongress-Zentrum mit Haus der Gründer, Café)

Aroma Bistro & Eisbar

Marburger Esszimmer

VITA essentials

Fachhochschule der Deutschen Wirtschaft Marburg (Waldecker Hof)

Bückingsgarten (Biergarten und Schlossrestaurant)

Hofgut Dagobertshausen (mit Waldschlösschen, Kulturscheune, Kleiner Kulturscheune, Schlafgut)

Bauten für die Stadt und Universität Marburg:

Anneliese Pohl Allee

Rosenpark-Brücke

Parkhaus Bahnhofstraße

Zentrum für medizinische Lehre (Lahnberge)

Anneliese Pohl-Kindertagesstätte (Lahnberge)

Förderung der Stadt:

4-Millionen-Euro-Spende an die Stadt mit dem Zweck: Bau eines Schrägaufzugs zum Schloss

Spenden an die Stadt und Stadtteile

Förderung der Schulen:

Altenpflegeschule Marburg

Brüder-Grimm-Schule

Emil-von-Behring-Schule

Erich-Kästner-Schule, u.a. Klassenfahrten

Landschulheim Steinmühle (u.a. Laptops, Außensportanlage)

Stiftungen:

Anneliese Pohl Stiftung (Psychosoziale Krebsberatung Marburg,
Anneliese Pohl-Krebszentrum, Da Vinci Krebsforschungspreis)

Dr. Reinfried Pohl Stiftung (Zentrum für Medizinische Lehre,
Stiftungsprofessuren und Forschungsprojekte)

Förderung der Philipps-Universität Marburg:

Erneuerung der Bestuhlung und Restaurierung der Orgel in der alten
Aula

Spenden an Fachbereiche Rechtswissenschaften (Kostenübernahme des
Hörsaals im Landgrafenhaus, jährliche Ausstattung der Bibliothek,
500 Laptops an die Forschungsstelle Rechtsinformatik, Forschungs-
stelle für Finanzdienstleistungsrecht, Partner-Uni Hermannstadt)

Vereine & Gemeinden:

Spenden an 37 verschiedene Vereine und Einrichtungen im Kreis (Sport,
Musik, Kultur, Kirche, Wohlfahrt, Selbst- und Entwicklungshilfe)

Pohl lebte seit Ende der 1940er Jahre in Marburg. Die DVAG hat bis heute ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main. Dort – und vorher in Bonn – arbeitete Pohl ab Ende der 60er Jahre. Er war zwar in den 1950er und 60er Jahren Stadtverordneter, aber worüber hier gesprochen wird, ist sozusagen eine Altersaktivität Pohls. Sie beginnt mehr oder weniger am 15. Oktober 2004. Da marschierte Pohl mit einer Mappe in eine Magistrats-sitzung der Stadt und verteilte Blätter mit seinem Lebenslauf und seinen Erfolgen. Seit ein paar Jahren hatte er Tochterfirmen und kleinere Teile der DVAG nach Marburg verlegt. Er gründete eine Dachgesellschaft, die DVAG-Holding, deren Hauptsitz er dann nach Marburg umsiedelte. Er zahlte pro Jahr zwischen vier und fünf Millionen Gewerbesteuer an die Stadt, Peanuts im Vergleich zu Nachfolgefir-men der Behringwerke, aber eine wichtige Einnahme. Pohl habe in der Sitzung darüber geklagt, zu wenig Anerkennung für seine Leistungen in seiner Heimatstadt zu bekommen. Stattdessen gäbe es politische Schikanen bei seinen Projekten.

Er habe gedroht, aus der Stadt wegzugehen. Die Stadträte seien mehrheitlich überrascht gewesen, weil sie tatsächlich den reichsten Bürger der Stadt nicht kannten oder ihn politisch nicht auf dem Zettel hatten. Das sollte sich gründlich ändern. Bei der Sitzung übergab der »Chef der Deutschen Vermögensberatung (früherer Stadtverordneter), Dr. Reinfried Pohl«, wie das Protokoll vermerkt, den Magistratsmitgliedern den Geschäftsbericht 2003 der Deutschen Vermögensberatung AG sowie Unterlagen zur Steuerentwicklung. Es wurden »einige Fragen zur Stadtentwicklung im Nordbereich der Stadt besprochen«. Konkret ging es um den Standort und das Umfeld des Rosenpark Hotels. Dann redete der Magistrat darüber, dass die Kontakte und die Kommunikation zu »den unterschiedlichsten Gruppen in der Stadt (hier z.B. zur Geschäftswelt und Wirtschaft mit ihren Vertretern) besser gehalten werden können«. Beschlossen wurde, dass der »hauptamtliche Magistrat im Rosenpark Hotel ein Gespräch führen wird, insbesondere mit Herrn Dr. Pohl«. Umständlicher hätte man die Annahme von Pohls Einladung des Magistrats in sein Hotel wohl nicht ausdrücken können.

Pohl wird sich in den Folgejahren mit seinen Anliegen, von der Bebauung der Nordstadt bis zum Schrägaufzug zum Schloss, der sein Restaurant Bückingsgarten zugänglicher gemacht hätte, direkt an die Stadtoberen wenden. Ab 2005 nahm sich der neue Oberbürgermeister Egon Vaupel der Sache an. 2006, kaum zwei Jahre nach Pohls Auftritt beim Magistrat, wurde er Ehrenbürger, und zehn Jahre später heißt zumindest die Nordstadt im Volksmund nur noch »Pohl-City«.

Marburg ist eine größere Mittelstadt, ein Oberzentrum im Regierungsbezirk Gießen mit 73.000 Einwohnern. Wichtigster Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor ist die Universität mit ca. 4.500 Mitarbeitern. Ungefähr noch einmal so viele arbeiten im privatisierten Uniklinikum auf den Lahnbergen. Größter Einzelarbeitgeber sind die Behringwerke (Pharmazie, Biotechnologie) und ihre neuen Eigentümer. 81,7% der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer arbeiten im Dienstleistungsbereich, 18,1% im produzierenden Gewerbe. Seit 2011 regiert eine Koalition aus SPD (22 Sitze) und Grünen (13 Sitze). Bei der Kommunalwahl 2011 erhielt die SPD 37,3, die CDU 23,0, die Grünen 22,6 und die Marburger Linke 7,4% der Stimmen. Die Parteien, die einst links der Mitte zuzuordnen waren, haben eine überwältigende Mehrheit. In dem für die Ereignisse entscheidenden Zeitraum, zwischen 2005 und 2015, war Egon Vaupel von der SPD Oberbürgermeister. Er wurde 2011 in direkter Wahl mit 59,3% der abgegebenen Stimmen bestätigt. Sein Stellvertreter war Franz Kahle von den Grünen.

Besonders ist an der Stadt nicht nur die Dominanz der Universität, sondern auch die Kneipendichte. Sie verfügt über ca. 300 Restaurants, Gastwirtschaften, Kneipen und Cafés. Sieben davon gehören Pohl. Wirte sind schlecht auf Pohl zu sprechen, weil sie ums Überleben kämpfen und ihnen das Personal ausgeht. Klar ist eben, dass Pohls Gastronomie auch Verluste machen kann, ohne dass es stört. Der Wettbewerb mit den anderen Kneipiers ist insofern natürlich nicht ganz fair. Pohl antwortete, dass er für die Vermögensberater die Gastronomie brauche. »Im Übrigen habe ich überall den Eigentümern, die verkauft haben, geholfen.« (OP-Interview 8. März 2013).

Reinfried Pohl kannte die Marburger Kommunalpolitik aus eigener Anschauung. Von 1954 an (bis 1962) war er Stadtverordneter für die FDP, in zwei Legislaturperioden, wobei er in der zweiten sogar stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher war. Stadtverordnetenvorsteher war in dieser Zeit Gerhard Jahn von der SPD, der spätere Justizminister. Vielleicht muss man das vorausschicken, um die Intensität und Beharrlichkeit, mit der er seine Beziehung zur Marburger Kommunalpolitik und den Gremien pflegte, zu verstehen. Er hielt sich mit Sicherheit für einen Insider der Marburger politischen Verhältnisse und fühlte sich wohl schon deshalb aufgerufen, sich einzumischen.

Die Koalition zwischen der SPD und den Grünen in der Marburger Stadtverordnetenversammlung wäre Anfang 2012 fast zerbrochen, heißt es. Grund war die im Dezember 2011 anonym eingegangene Spende von Pohl über vier Millionen Euro. Bezeichnend war, dass nicht die Annahme der Spende an sich der Grund für das zwischenzeitliche Zerwürfnis war, sondern die Informationspolitik von Bürgermeister Egon Vaupel. An der Geschichte um die Spende lässt sich gut ablesen, wie der Umgang mit Pohls Geschenken und Projekten war. »Am Gönner scheiden sich die Geister«, titelte der Hinterländer Anzeiger am 23. Februar 2012. Aber nur die Marburger Linken, die den »Zugriff des Kapitals auf die Kommunalpolitik« kritisierten, und die Marburger Bürgerliste sahen grundsätzliche Probleme. Dazu Hermann Uchtmann von der Bürgerliste im Hinterländer Anzeiger: »Bin ich noch frei in meinen Entscheidungen? Objektiv gesehen vielleicht, moralisch nicht. Ich kann nicht mehr unabhängig entscheiden, wenn Geld geflossen ist.«

Bezeichnend ist auch, dass es zunächst klare Absprachen zwischen Vaupel und Pohl bezüglich des Verwendungszwecks der Spende gab. Dazu muss man vorausschicken, dass die Stadt Marburg 1999 ihre defizitäre Gastwirtschaft Bückingsgarten unterhalb des Schlosses privatisierte. Aber auch der neue Pächter kam nicht mit den schwachen Win-



Das leidige Problem der Erreichbarkeit – Restaurant Bückingsgarten

termonaten klar, die man allgemein auf die schlechte Erreichbarkeit – nur zu Fuß über steile Treppen – zurückführte. Nach dem Scheitern des Pächters entschied sich der Magistrat gegen einen Rückkauf. Wie so oft war das die Stunde des großen Gönners und Ehrenbürgers Reinfried Pohl mit seinen weitaus größeren Geldmitteln. Er kaufte Bückingsgarten. Es liegt nahe, dass das leidige Problem der Gastwirtschaft mit einem Aufzug zum Schloss zu lösen wäre. Den konnte aber, weil er über öffentliches Gelände gehen musste, nur die Stadt selbst bauen. Pohl brauchte die Unterstützung der Stadt und des Oberbürgermeisters. Das Geld würde er spenden. In einem Interview mit der Oberhessischen Presse sagte Pohl, dass der Vorschlag zum Schrägaufzug vom Oberbürgermeister kam und er dann das notwendige Geld gespendet habe. Pohl zeigte sich nach dem Scheitern des Planes und den Querelen um Annahme und Verwendung der Spende gekränkt. Ein Auszug aus dem bereits zitierten Interview in der Oberhessischen Presse:

»OP: Sie geben Marburg viel, als Steuerzahler, Gönner, Mäzen. Bekommen Sie genug zurück?

Pohl: Ich habe den Eindruck, dass da keine Verhältnismäßigkeit besteht.

OP: Woran machen Sie das fest?

Pohl: Ich habe etwas erlebt, was mich persönlich berührt hat. Ich habe einen großen Bekanntenkreis und stehe unter großer Beobachtung. Und die sagen: Du bist ja dumm, spendest der Stadt so viel, obwohl du schon so viel gibst durch die Gewerbesteuer, die Arbeitsplätze, den Rosenpark – und dann musst du auch noch abwarten, ob man dir die Spende einmal abnimmt. Das ist so, als ob Sie einer Einladung folgen, zu diesem Anlass ein Geschenk überreichen und Ihnen der Gastgeber sagt, er wisse nicht, ob er es annimmt, er müsse erst noch einen anderen befragen.

OP: Hat Sie das gekränkt?

Pohl: Ja, stark.

OP: Würden Sie rückblickend noch einmal so spontan so viel spenden?

Pohl: Wenn ich wirklich die Gewissheit hätte, dass die Bitte, die mit der Spende verbunden ist, gewollt ist.«

Die Idee des Oberbürgermeisters, einen Schrägaufzug zum Schloss zu bauen, habe ihn begeistert. Ältere Menschen hätten es schwer, zum Schloss zu kommen »Deshalb habe ich Herrn Vaupel Ende 2011 gesagt, ich wäre bereit, vier Millionen Euro zu spenden.«

Und weiter:

»OP: Sind Sie einverstanden, wie die Stadt Marburg, wie das politische Marburg mit Ihrer 4-Millionen-Spende umgegangen ist?

Pohl: Ich fühle mich auch heute noch von einigen gekränkt. Seit Ende 2011 steht immer noch nicht fest, ob der Aufzug gebaut wird. ... Ich werde nie verstehen, wie man über meine Spende an die Stadt diskutieren konnte. Ein Aufzug zum Schloss wäre eine Bereicherung, das muss doch jedem Marburger klar sein. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob man mit Eseln dahin kommen möchte.« (Oberhessische Presse, 7. März 2013)

Das einschlägige Gespräch zwischen Vaupel und Pohl fand laut Informationen der Oberhessischen Presse am 18. Dezember 2011 statt. Geplant war die direkte Bindung des Geldes an den Schrägaufzug bei Anonymität des Spenders. Dass das ein Plan mit Fallstricken sein würde, war schnell klar. Dass der Koalitionspartner nicht in den Deal einbezogen wurde, erwies sich schon als Anfang vom Ende des Plans, mit der anonymen Spende den Schrägaufzug zu realisieren. Die Grünen fühlten sich übergegangen, als sie verwundert feststellten, dass vier Millionen Euro in den Haushalt eingestellt worden waren. Nach internen Streitigkeiten und nachdem die Spende auch in der Öffentlichkeit bekannt wurde, sah sich Vaupel gezwungen, am 27. Januar 2012 den Namen des Spenders preiszugeben.

Die Diskussion um das »katastrophale Verhalten«, das der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Dietmar Göttling, Vaupel attestierte, ging dann doch soweit in eine grundsätzliche Diskussion über den Einfluss des Spenders auf die kommunalpolitischen Entscheidungen über, dass an eine Kopplung des Geldes an den Schrägaufzug nicht mehr zu denken war. Jetzt hieß es, dass es rechtlich nicht möglich sei, das Geld dafür zu verwenden. Pohl konnte laut OP nur noch zum Ausdruck bringen, dass durch die Spende, die jetzt an gemeinnützige soziale Projekte gehen sollte, andere Mittel im Haushalt frei würden, um den Schrägaufzug doch noch zu bauen.

Die Spende ging letztlich an Schulen, hauptsächlich für die Gestaltung von Schulhöfen, für Projekte zur Intensivierung der Jugendarbeit in der Stadt und für Projekte in der Altenhilfe. Das Projekt Schrägaufzug wurde allerdings weiterverfolgt, wenn auch nicht mit der Dringlichkeit, die Pohl und Vaupel bei ihrem Gespräch über die Spende wahrscheinlich verabredet hatten.

Entscheidend bei den Auseinandersetzungen um die Spende ist allerdings, dass nur DIE LINKE und die Marburger Bürgerliste Einwände gegen die Spende erhoben. Die Marburger Linke stellte einen Alterna-

tivantrag, der das Spendengebaren grundsätzlich infrage stellte. Alle anderen Parteien waren offen dafür oder entschieden sich, wie die Grünen, nach kontroversen Diskussionen auf einer Mitgliederversammlung für die Annahme der Spende. Auf der Mitgliederversammlung Anfang 2012 zeichnete sich bei den Grünen ab, dass eine Spende für gemeinnützige Zwecke gerade noch mehrheitsfähig ist. Nach den Streitigkeiten wäre allerdings ein Bau eines Schrägaufzuges durch Pohlgeder mit ihnen nicht mehr durchzusetzen gewesen. Zur Informationspolitik des Koalitionspartners kamen grundsätzliche Argumente gegen einen Schrägaufzug hinzu. Schließlich hätte er die Oberstadt auch optisch verändert und hätte nah an denkmalgeschützten Häusern vorbeigeführt werden müssen.

Ganz offen für die Spende waren die bürgerlichen Parteien. Dazu Roger Pfalz (CDU): »Zum Wohle der Stadt kann man die Spende kaum ablehnen.« Geradezu grundsätzlich und über den Einzelfall hinausgehend stellte sich Vaupel auf die Seite des Spenders:

»Wer kennt Reinfried Pohl persönlich und maßt sich an, über seine Beweggründe für sein Engagement zu urteilen?«, fragte er rhetorisch im Stadtparlament. Die Gesellschaft brauche Mäzene, um die Herausforderungen zu bewältigen. Er wies auch jeden Vorwurf der Befangenheit weit von sich: »Ich bin dadurch nicht befangen, auch in Zukunft Entscheidungen nach Recht und Gesetz zu treffen. Wer diese Größe nicht hat, für den ist es schwierig, im politischen Raum zu arbeiten.«

Bei der Annahme der Spende beriefen sich die städtischen Gremien ausdrücklich auf die Stadt Frankfurt am Main und ihre Jahrhunderte lange Tradition der großen Stifter, die die Stadt erst zu dem gemacht hätte, was sie heute ist. Im Stadtratsbeschluss heißt es wörtlich:

»Stifter und Stiftungen gibt es seit Jahrhunderten. Sie sind Ausdruck einer sozialen und zukunftsorientierten Verantwortung Einzelner für das Gemeinwesen. Zur Idee, die Menschen bewegt, das Gemeinwohl zu fördern, hier einige grundsätzliche Anmerkungen. ›Groß wurde die Stadt Frankfurt durch die Kraft der Bürger, die Geist und Gut gemeinem Wohl weihten.« So heißt es in der Präambel des Frankfurter ›Goldenen Buchs der Stiftungen‹, das mehr als 1200 Jahre bürgerlichen Gemeinsinn dokumentiert.«

Man kann hier bei den Formulierungen anhand der kleinen Übertreibungen und groben Übergänge schön die Schwierigkeiten der Marburger Pohl-Politik sehen. Der Gemeinsinn der Bürger wird mit dem Stiftungswesen einfach mal kurz geschlossen, in Frankfurt wie auch in Marburg. Von 1200 Jahren Bürgersinn zu sprechen, basiert natürlich

auf grober historischer Unkenntnis. Aber es wird schon niemand so genau hinschauen. Man wäre mit dem engagierten Bürgersinn in der Zeit Karls des Großen angekommen. Dessen Kaiserreich ist auch bezüglich der Stadtgründungen nicht mit einer Bürgerrepublik zu verwechseln. Es verwundert allerdings, dass man nicht gleich die Griechen und Römer für die Legitimation des Pohlischen Stiftungswesens bemühte.

Weiter heißt es: »Das Stiftungswesen ist alt, nicht nur in Frankfurt am Main. Einzelne Persönlichkeiten, erfolgreiche Unternehmer und wohlhabende Familien haben über Jahrhunderte durch finanzielle Zuwendungen Verantwortung für das Gemeinwesen übernommen. Einzelne haben Defizite in der öffentlichen Versorgung erkannt und gehandelt. Einrichtungen wie Krankenhäuser, Universitäten, Opernhäuser, Museen, öffentliche Parks, Gemeinschaftseinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sind Beispiele dieses Gemeinsinns.«

Da muss das 19. Jahrhundert plötzlich das Vorbild für die Zukunft der Stadt Marburg sein. Vergessen wird die Ungleichheit der damaligen Gesellschaft. Mitnichten waren es die demokratischen Bürger und honorigen Unternehmer, die fleißig stifteten. Es gab sie sicherlich, aber sie waren nicht in der Mehrzahl. Man redet hier von einer spätfeudalen Gesellschaft, in der Adlige ihre Vorrechte auch über klassische Mild- und Mäzenatentätigkeit definierten. Daneben gibt es die großen Gründergestalten der Industrie – in Marburg Emil von Behring –, die einen geringen Anteil ihrer exorbitanten Gewinne spendeten. Mildtätigkeit nach Vorbild des Adels war das sicherlich mehr als bürgerlicher Gemeinsinn. Im Übrigen ist das alles gut und schön. Nur gab es doch im 20. Jahrhundert einige Umbrüche und gesellschaftliche Kämpfe, die nicht zuletzt zur Demokratie führten und der Aufgabe der Vorrechte von Adel und dem Quasiadel des Großbürgertums. Dass das demokratische Marburg die Verhältnisse in der Zeit der Fürsten und des Kaiserreiches preist, ist natürlich Satire pur.

Weiter im Text: »Dieser Gemeinsinn wird auch heute nach wie vor gepflegt. Auch wenn der Staat viele Aufgaben übernommen hat, um die sich früher ausschließlich oder überwiegend Stifter gekümmert haben, so ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass ohne private Unterstützung viele Aufgaben im Bereich Soziales, Kultur, Sport, Kinder-, Jugend- und Familienförderung, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Natur- und Umweltschutz kaum oder gar nicht zu leisten wären. Das trifft auch für Mäzene sowie ehrenamtlich Tätige zu.«

Wiederum sollte man sich die Augen reiben. Hier steht im Prinzip, dass der Staat sich um keinen seiner Bereiche mehr ausreichend küm-

mern kann. Allein die Bezahlung der Politiker und Beamten sowie des Militärs und der Polizei kommt noch ohne private Unterstützung aus. Vielleicht sollte man die Entlohnung von Politikern wegen der knappen Kassen auch für private Unterstützung freigeben. Dann müsste man das böse Wort Korruption nicht mehr gebrauchen.

Es kommt noch besser: »Private Stifter/Spender waren und sind aber auch Impulsgeber. Sie reagieren nicht nur auf Defizite, sie wollen als verantwortliche Bürger ebenso Entwicklungen vorantreiben und Projekte fördern, die sie für die Gemeinschaft, für eine Stadt, eine Gemeinde für wichtig erachten. Moderne Stifter haben oft sehr genaue Vorstellungen von den Aufgaben, die sie in Angriff nehmen und verwirklichen wollen. Mäzenatentum basiert auf sozialem Engagement und beruht auf Vertrauen, Anerkennung und Respekt.«

Das ist nun der absolute Gau für die Demokratie. Sind die normalen Bürger etwa nicht in der Lage, eine genaue Vorstellung von den Aufgabenbereichen, die durch die Gemeinde zu erfüllen sind, zu entwickeln? Sind etwa Reiche innovativer als andere, weshalb die gesamte (passive, unkreative und politisch steindumme) Bürgerschaft vor den reichen Spendern den Hut ziehen muss und am besten noch einen Kratzfuß wie im gefeierten 19. Jahrhundert macht?

Die Stadt Marburg jedenfalls entschied sich für Letzteres. So lesen wir in der Beschlussvorlage: »Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt die Spende an und dankt dem Marburger Ehrenbürger Herrn Dr. Reinfried Pohl ausdrücklich für den mit der Spende zum Ausdruck gebrachten Bürgersinn und das soziale Engagement, ohne das vieles in unserer Stadt und an der Philipps-Universität nicht möglich wäre.«

(Amen)

Zum Ende der Vorlage vergleicht Egon Vaupel noch einmal sein Vorgehen mit dem Vorgehen bei Spendern in Frankfurt und kommt zu dem Ergebnis, dass er alles genau so gemacht habe, wie es auch in Frankfurt üblich ist. Damit ist für ihn auch der Streit mit dem Koalitionspartner um die Transparenz in der Angelegenheit erledigt.

Die Spende war der kontroverseste Fall im Rahmen der Verhandlungen von Pohl-Projekten im Stadtrat. Dagegen ging der Antrag auf Ehrenbürgerschaft im Jahr 2006 problemlos durch das Stadtparlament. Aus der Begründung:

»Mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft würdigt eine Stadt besondere Verdienste. Auf der Liste der Marburger Ehrenbürger stehen Namen von Persönlichkeiten wie Emil von Behring, Ernst von Hülsen, Karl

Bantzer, Gerhard Jahn sowie die von ehemaligen Oberbürgermeistern wie Georg Gaßmann, Dr. Hanno Drechsler und Dietrich Möller.

Nach 1945 waren es ausschließlich Politiker, denen diese Auszeichnung zuerkannt wurde. Repräsentanten der Wirtschaft wurden bisher nicht gewürdigt. Wirtschaftlich erfolgreiche Menschen können sich aber ebenso wie Wissenschaftler, Künstler oder Politiker in besonderer Weise um ihre Stadt verdient machen.

Dr. Reinfried Pohl, geb. am 26. April 1928, ist seit seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Marburger Philipps-Universität Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts der Stadt Marburg als seinem Wohnort und der Philipps-Universität in besonderer Weise eng verbunden. Dr. Pohl hat 1975 die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) gegründet und zu einem weltweit tätigen Finanzbetrieb entwickelt. Als Vorstandsvorsitzender führt er nach wie vor die DVAG, und die Deutsche Vermögensberatung Holding GmbH als Dachgesellschaft hat ihren Sitz in Marburg. Damit hat Dr. Pohl ein wirtschaftliches Zeichen seiner Verbundenheit mit seiner Heimatstadt Marburg gesetzt.«

Es folgt eine Aufzählung seiner Aktivitäten an und für die Universität, auf die später eingegangen werden soll. Weiter heißt es:

»Kommunalpolitisch war Reinfried Pohl einige Jahre lang aktiv. 1954 wurde er als Stadtverordneter für das Marburger Stadtparlament gewählt, von 1958 bis 1962 war er stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Zudem pflegt Dr. Reinfried Pohl eine enge Verbindung zur Stadt Sibiu in Rumänien, mit der Marburg im Oktober 2005 eine Städtepartnerschaft eingegangen ist. Und für Marburger Vereine engagiert er sich seit Jahren als Freund und Förderer.

In Anerkennung und Würdigung dieser besonderen Verdienste sollen Herrn Dr. Reinfried Pohl die Ehrenbürgerrechte der Universitätsstadt Marburg verliehen werden.«

Die Begründung bringt zum Ausdruck, dass es ein schmaler Grat ist, zwischen Verdiensten um die Stadt Marburg und Erfolgen eines Marburgers zu unterscheiden. Mit den großen Aktivitäten und besonders mit dem Aufbau von Pohl-City beginnt Pohl erst nach der Verleihung der Ehrenbürgerwürde. Es ist sinnvoll, die Ehrenbürgerwürde nicht einfach der Aufzählung der Projekte anzufügen. Sie steht, abgesehen von dem Hotelprojekt (Eröffnung 2000) und den Stiftungen und Schenkungen für die Universität, die mit der Ausbildung für die DVAG, respektive der Krebserkrankung seiner Frau Anneliese, in Verbindung stehen, am Anfang seiner Aktivitäten in Marburg. Man könnte sogar vermuten, dass die Ehrenbürgerwürde den Startschuss für die einschlägigen Projekte

bildete. Denn bei der Verleihung schlugen neben dem Hotel nur sein Wirken als Stadtverordneter in den 1950er und Anfang der 60er Jahre sowie seine Unterstützung von Vereinen zu Buche. In erster Linie bekam er die Ehrenbürgerwürde für den Aufbau der DVAG und die Entscheidung, den Hauptsitz der Holding nach Marburg zu verlegen. Die Verdienste um die Stadt fehlten noch weitestgehend. Es hat schon eine gewisse Ironie, dass der Versuch, diese Verdienste quasi nachzuholen, in der Folge zu solch kontroversen Diskussionen führte. Ehrenbürgerschaft, Projekte und Spenden stehen also sicher in einem Zusammenhang. Insofern war die Zustimmung der Parteien zur Ehrenbürgerschaft so etwas wie der Auftakt zu allem Folgenden.

Zur feierlichen Verleihung kam natürlich auch Altbundeskanzler Helmut Kohl und die ganze CDU-Prominenz. Es war, als wolle man nicht nur gebührend den Aufbau der DVAG und Reinfried Pohl ehren, sondern auch den Aufbau eines erfolgreichen, wiedervereinigten Deutschlands, das die versammelten CDU-Politiker mehr oder minder als ihre persönliche Leistung ansehen. Die Stadt Marburg bot dafür die Plattform. Was das alles 2006 mit der Stadt Marburg zu tun hat, hätte man fragen können. Aber das hätte Diskussionen bedeutet, die sicher keiner gewollt hätte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Begründung, die als Rechtfertigung zur Benennung einer Straße nach der verstorbenen Anneliese Pohl vier Jahre später herhalten musste. Im Grunde genommen hört sie sich nicht viel anders an als diejenige von 2006:

»Anneliese Pohl, geb. Klingelhöfer, wurde am 7. September 1938 in Marburg geboren und hat die meiste Zeit ihres Lebens in Marburg verbracht. Hier hat sie ihren Ehemann, den Unternehmer und heutigen Ehrenbürger Professor Dr. Reinfried Pohl, 1958 geheiratet. Mit der Familiengründung und der Geburt der beiden Söhne wurden der Grundstein für die Entstehung und Entwicklung einer der bedeutendsten Unternehmerfamilien Deutschlands gelegt. Sie lebte über 50 Jahre mit Professor Dr. Reinfried Pohl in der Universitätsstadt Marburg und verstarb am 9. Juli 2008 nach langer schwerer Krankheit.

Anneliese Pohl war mit Leib und Seele Marburgerin. An der Seite ihres Mannes hat sie sich für Marburg und seine Belange engagiert und eingesetzt. Wenngleich Frau Pohl formal nicht in die Geschäftsführung der Deutschen Vermögensberatung eingebunden war, hätte es dieses Unternehmen, das heute mit über 37.000 selbstständigen Vermögensberatern in Deutschland, Österreich und der Schweiz 5,4 Millionen Kunden rund um das Thema ›Vermögen‹ betreut, vermutlich nicht gegeben. Ins-

besondere wäre ohne sie der enge Bezug zwischen der Unternehmerfamilie Pohl und ihrer Heimatstadt Marburg möglicherweise nicht so ausgeprägt gewesen, wie er heute ist.

Anneliese Pohl hat sich dafür stark gemacht, dass Marburg zum Unternehmenszentrum und zur besonderen Begegnungsstätte von Vermögensberatern wurde. Sie hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass die Stadt Marburg für Studierende und Gäste noch attraktiver geworden ist.

So hat Anneliese Pohl insbesondere dazu beigetragen und sich dafür eingesetzt, dass

- viele Marburger Vereine ideell und materiell unterstützt wurden, insbesondere der VfB Marburg und Blau-Gelb Marburg, der Polizeimotorsportclub Marburg, das Deutsche Rote Kreuz Marburg, die Hansehausgemeinde sowie die Marburger Tafel.
- die Universität Marburg einen besonderen Stellenwert in der Förderung durch die Familie Pohl und die Deutsche Vermögensberatung erhalten hat. Dadurch konnten beispielsweise Stiftungsprofessuren geschaffen, wichtige Renovierungsarbeiten an der Universität vorgenommen werden und beispielsweise ein neues Lehr- und Lernzentrum an der Philipps-Universität entstehen.
- die Deutsche Vermögensberatung Holding ihren Sitz in Marburg hat. Das hat der Stadt u.a. erhebliche Gewerbesteuererinnahmen verschafft und ihre Attraktivität und ihr Image als Unternehmensstandort gefördert. Von Marburg aus werden die 40 Konzerngesellschaften der Deutschen Vermögensberatung gesteuert.
- Marburg mit dem Hotel Rosenpark das erste und einzige ›Fünf-Sterne-Superior‹ Hotel der Region erhalten hat. Damit wurde nicht nur Marburgs Attraktivität für Touristen erhöht, sondern auch ein wichtiger neuer Arbeitgeber in Marburg geschaffen.
- das zentrale Informations- und Dokumentationszentrum der Deutschen Vermögensberatung nach Marburg kommt. Es wird eingebettet in den Bau des geplanten Informations- und Kongresszentrums, in das die Deutsche Vermögensberatung über 40 Millionen Euro investieren wird. Dies wird nicht nur das Stadtbild Marburgs und die Innenstadt verschönern, sondern auch die Stadt Marburg als Begegnungsstätte aufwerten.

Diese großen Verdienste für ihre Heimatstadt Marburg sollen durch die beabsichtigte Straßenbenennung gewürdigt werden.«

Im Kern werden die Verdienste ihres Ehemanns, des Ehrenbürgers Reinfried Pohl, aufgezählt. Der Abschnitt über den Aufbau einer Unternehmerdynastie tradiert nicht gerade das modernste Familienbild. Die

ganze Begründung wiederholt im Kern die Begründung zur Ehrenbürgerschaft Reinfried Pohls. Man hätte auch einfach schreiben können, dass Anneliese Pohl die Ehefrau von Ehrenbürger Reinfried Pohl und die Mutter seiner Kinder ist. Aber das geht natürlich nicht. Nach allen Seiten hin musste bei dem Verfahren der formale Schein gewahrt bleiben.

Marburg ist seit den späten 1950er Jahren (vorher stellten die Liberalen den Bürgermeister) eine SPD-Stadt mit einem starken großbürgerlichen Element. Durch den überwältigend hohen Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich ist es eine Stadt der bürgerlichen Mittelschicht, nimmt man die Wahlergebnisse hinzu, ist es eine Stadt der linksliberalen Mittelschicht, die gern von den Segnungen und dem Engagement einer demokratischen Zivilgesellschaft spricht. Dazu gibt es eine Tradition des offenen Protests, der hauptsächlich von den Studenten der linken Fachbereiche getragen wurde. Der DKP waren deshalb eigentlich fast immer Sitze im Stadtparlament sicher. Einmal, 1982, sollte sie mit einem rechtlichen Trick aus dem Stadtparlament hinauskatapultiert werden. Aber das misslang. Lange saß dort für die DKP der marxistische Professor Georg Fülberth. Nach dem Ende der DKP sitzt die Marburger Linke relativ stabil im Stadtparlament. In der akademischen Mittelschicht und auch unter Studenten haben die Grünen eine verlässliche Stammwählerschaft. Sie liegen in der Regel über 20%. Aber auch die Grünen sind programmatisch tiefergelegt.

Die Zeit, als die »ökologische Frage« dabei half, eine soziale Bewegung entstehen zu lassen, ist vorbei. Wie überhaupt die Zeit, in der die großen politischen Lagerkämpfe auch auf den Straßen in Marburg ausgetragen wurden. Großdemonstrationen wie gegen die Nachrüstung oder den ersten Golfkrieg sieht man inzwischen in Marburg selten bis nicht mehr. Auch die Parteien kommen nicht mehr mit Vorschlägen, die die Weltpolitik nach Marburg holen wollen, wie zum Beispiel einer atomwaffenfreien Zone, oder Vorschlägen, die Marburg zu einem Experimentierfeld für eine sozialere oder ökologischere Zukunft machen wollen, wie der Anfang der 1990er Jahre noch ernsthaft diskutierte Vorschlag einer autofreien Innenstadt.

In Bezug auf Pohls Veränderungen in der Nordstadt könnte man sich an die Auseinandersetzung um den Alten Schlachthof und das Biegeneck in den 1980er Jahren erinnern. Damals gab es Hausbesetzungen, Blockaden, Demonstrationen, Polizeieinsätze und Festnahmen. Man muss kein Prophet sein, um sich auszumalen, was für erbitterte Kämpfe die Aktivitäten eines Milliardärs aus der Finanzbranche in den 1980er Jahren ausgelöst hätten.

Die Parteien – ob links oder rechts – sind nunmehr pragmatisch orientiert. Es geht um städtische Projekte, die dann allenfalls am Stammtisch zu symbolträchtigen Projekten im Links-Rechts-Schema hochgeredet werden. Man kann das sicherlich mit dem oberflächlichen Begriff der Entideologisierung beschreiben. Treffender scheint es, von einer Anpassung an die gegebene kapitalistische Gesellschaft samt ihren Klassen und Hierarchien zu sprechen. Dies ist eine logische Entwicklung. Denn Kommunalpolitik besteht vor allem aus Verwaltungshandeln und damit technokratischer Alltagspraxis. Das Studium von Akten und eine kleinteilige Betrachtung politischer Fragen einschließlich praktischen Absprachen unter Freunden und Bekannten bestimmen den Alltag der Lokalpolitiker. Die Kommunalpolitik ist eine ideale Bühne für alle, die sich anpassen und endlich ankommen möchten.

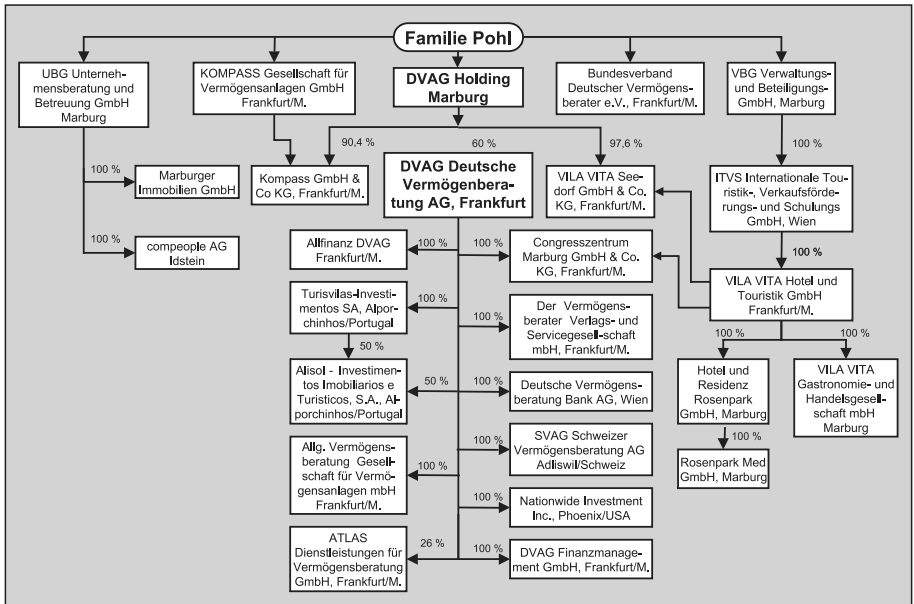
Insofern ist es nicht überraschend, dass die Parteien Spenden von Pohl gegenüber offen waren. Laut Aufstellungen der Partei DIE LINKE haben die DVAG und ihre Tochterfirmen sowie Reinfried Pohl zwischen 2003 und 2012 rund vier Millionen Euro an Parteien gespendet.³ Das Firmengeflecht der DVAG besteht dabei im Wesentlichen aus der DVAG selbst, der Allfinanz DVAG, der DVAG Holding, dem Verlag (»der Vermögensberater« Verlags- und Servicegesellschaft mbH), der UBG (Unternehmensberatung und Betreuung GmbH), der VBG (Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH). Zu diesem Geflecht gehören im weiteren Sinne auch Organisationen wie der BDV (Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V.) (s. Abbildung 1).⁴

Den Löwenanteil mit etwas über 2,1 Millionen Euro vergab dabei die DVAG selbst. Allein knapp 1,5 Millionen Euro gingen an die CDU. Das verwundert nicht, weil Pohl Mitglied der Partei war und zu Helmut Kohl, aber auch zur hessischen CDU bekanntermaßen enge Beziehungen pflegte. Bevor Pohl in die CDU eintrat, war er für die FDP aktiv, unter anderen wie erwähnt im Marburger Stadtrat. Die FDP wird auch weiterhin gut bedacht. Schließlich war sie unter Schwarz-Gelb die treibende Kraft bei Privatisierungen und dem Schutz privater Vermögen. Sie erhielt im genannten Zeitraum 564.000 Euro. Die SPD kommt immerhin auf 125.000 Euro. Bei den Grünen ist die besagte, dann abgelehnte 10.000 Euro-Spende aus dem Jahr 2009 zu nennen. Nimmt man alle DVAG-Firmen zusammen, kommt die CDU in dem Zeitraum auf eine

³ Vgl. den Beitrag von Nico Biver in diesem Band.

⁴ www.bdv.de/aktuelles/archiv/prof.-dr.-reinfried-pohl-nun-ehrenvorsitzender

Abbildung 1: Die DVAG und andere Firmen der Pohl-Familie



Quelle: N.Biver/Bundesanzeiger

Gesamtsumme von 2.563.850 Euro und die FDP immerhin noch auf erstaunliche 1.184.000 Euro.

Die Zahlen mögen im Detail korrigierbar sein. Letzte Genauigkeit fehlt bei Parteispenden ohnehin meist. Es müssen nur Spenden über 10.000 Euro öffentlich vermerkt werden. Aber im Großen und Ganzen werden die genannten Zahlen für die DVAG ungefähr passen. Sie bewegen sich durchaus im Rahmen der Angaben für Unternehmen dieser Größenordnung. Besonders ist natürlich, dass es ein Unternehmen ist, das einem parteipolitisch gebundenen Einzelnen gehört. Aber die Spendentätigkeit der DVAG entsprach durchaus der üblichen Feldpflege, die Konzerne und Großunternehmen betreiben, um das Klima für die Gesetze, die ihren Geschäftsbereich betreffen, möglichst freundlich zu gestalten. Pohl lehnte beispielsweise 2013 ab, für Parteien zu spenden, die für eine höhere Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer eintreten. Das würde sein Geschäftsmodell und die Zukunft seines »Familienunternehmens« gefährden. Tatsächlich vermindert eine Vermögensteuer schon im kleinen Prozentbereich die Ungleichheit. Sie ist aber auch beim Geschäfts-

modell der Vermögensberatung eine Steuer, die Vermögen und Versicherungsvolumen mindern kann. Die Erbschaftssteuer ist bei einem Privatvermögen wie dem Pohlischen ein Problem, weil sie das Vermögen der Familie Pohl auf einen Schlag mindert – ohne dass allerdings existenzielle Einschränkungen zu erwarten waren. Es ist vollkommen klar, dass Pohl und die DVAG sich dafür einsetzen, solche Steuern zu verhindern. Das ist, wie gesagt, erlaubter und gängiger Lobbyismus.

Dieser ist ein übliches Spiel, noch dazu auf den vielen Ebenen des europäischen Systems. Bei der medial kaum beachteten Brüsseler EU-Verwaltung gehen die Interessen der europäischen Institutionen und Lobbyisten ganz selbstverständlich Hand in Hand. Der Einfluss der Lobbyisten auf Gesetzesverfahren ist traditionell groß. Das ist Alltagsgeschäft bei politischen Institutionen. Spenden sind zudem in vielen Ländern Europas steuerlich absetzbar. Für Großunternehmen und Konzerne ist großzügige Spendentätigkeit eine in jedem Fall überaus lohnende Sache.

Abgesehen von der Marburger Linken, die Pohl nicht bedachte, kamen alle Parteien in der Stadt in den Genuss des Zubrots. Nur bei den Grünen kam es zur innerparteilichen Diskussion über die Spendentätigkeit der DVAG, was schließlich zur Ablehnung einer Spende führte. Wie muss man sich Parteiversammlungen vorstellen, bei denen sich im überschaubaren Rahmen einer mittelgroßen Stadt die Parteifunktionäre an den jährlichen warmen Regen gewöhnt haben? Sind sie im Zweifelsfall bereit, Pohl in die Schranken zu weisen, wenn eines seiner Projekte nicht unbedingt im Sinne der Stadt und der Partei ist? Natürlich sprechen die Stadtverordneten und Parteifunktionäre von ihrer Unabhängigkeit. Es kam einfach nicht zu einem Dissens mit Pohl. Man teilt ja allseits die Meinung, dass die Pohl-Projekte der Stadt gut tun.

Der Fall DVAG und Pohl macht aber auch klar, dass Parteienfinanzierung für die Parteien ein doppeltes Geschäft ist. Zum einen kassieren sie aus der Staatskasse, um unabhängig von den großen Playern der Wirtschaft zu sein. Zum anderen nehmen sie sehr wohl die Spenden an und werden, wenn sie es nicht schon sind, wachswich gegenüber genau diesen Playern. Im Grunde könnte man die staatliche Parteienfinanzierung auch einstellen, weil die Parteien und Abgeordneten einer breiten Feldpflege unterliegen und sich ohnehin für die Interessen der großen Wirtschaftsakteure einsetzen. Die verfassungsmäßig festgeschriebene Trennung der politischen Organe und der wirtschaftlichen Akteure steht auf dem Papier – mehr nicht. Die Wirtschaft dopt die Politik – und das meistens durchaus legal. Ähnlich wie beim Doping im Sport scheint es die ehrlichste Variante zu sein, Doping freizugeben. Das System würde

sich kaum ändern. Aber mit der Heuchelei und der Angst vor jedem öffentlichen Wort hätte es ein Ende.

Egon Vaupel war gut zehn Jahre lang Oberbürgermeister in Marburg. Wie jeder gute Bürgermeister hielt er auf sich und seine Fähigkeit, mit allen Gruppen und Bürgern gut klarzukommen. Bürgermeister von Klein- und Mittelstädten leben von der Fähigkeit, im Gespräch Lösungen für Stadtprobleme zu finden, bei denen möglichst viele Gruppen profitieren – nicht zuletzt finanziell. Diese Gespräche finden in den Gremien statt, aber auch in Hinterzimmern und sogar in Kneipen. Denn fast jedes Projekt ist mit öffentlichen Aufträgen verbunden. Bürgermeister wie Vaupel verstehen sich als Moderatoren, die vor allem die Anliegen der Wirtschaft und der Institutionen kooperativ und im Konsens politisch begleiten und fördern. Schließlich lebt auch eine Universitätsstadt wie Marburg zum Teil von der Gewerbesteuer, und selbst die Universität sieht sich inzwischen als ein Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Universitätsunternehmen. Dass sie nach wie vor zu einem überwältigenden Teil von der öffentlichen Hand finanziert wird, spielt in der Selbstsicht keine Rolle. Es wird mit Marketingmethoden um Studenten und Wissenschaftler gebuhlt.

Es geht also in der Stadtpolitik, wie in den öffentlichen Institutionen, aber auch in der allgegenwärtigen Universität, ganz wesentlich um Investitionen, Drittmittel und Fördergelder – das sind die Zaubertränke für repräsentative Projekte, mit denen sich Bürgermeister, Stadträte, Parteien, Rektoren und Professoren schmücken können. Oder auch anders herum, wenn man ihnen glauben will, um notwendige Reparatur- und Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen in die Zukunft in Zeiten knapper Mittel finanzierbar zu machen. Denn eines ist klar: Die Bürgermeister haben Grund zu klagen. Der Bund und die Länderbürden den Kommunen immer mehr Aufgaben auf, ohne ihnen das nötige Geld im Verteilungsschlüssel zukommen zu lassen. Die Kommunen leiden am sichtbarsten unter der lange schwachen Einnahmeseite (2014 hingegen wurden auf der Einnahmeseite Rekorde gebrochen). Das nötigt sie, beim Wettbewerb um die Ansiedlung von Betrieben Zugeständnisse zu machen. Was aber wiederum heißt, auf einen Teil der Einnahmen schon im Voraus zu verzichten. Was dem Staat durch die Nicht- oder Geringbesteuerung der Vermögenden und Unternehmen entgeht, soll er durch einen erfolgreichen Wettbewerb um Unternehmensansiedlung wieder hereinholen. Die Katze beißt sich dabei zwar in den Schwanz, aber die Aufgabe eines Bürgermeisters von Marburg besteht deshalb auch darin, Klinken zu putzen, um an private Investitionen heranzukommen.

Der Finanzierungsvorbehalt wegen der schwachen Einnahmeseite degradiert staatliche Repräsentanten zu Bittstellern bei Unternehmen und Vermögenden, die aufgrund der mäßigen Besteuerung über mehr Geld verfügen als viele Kommunen und öffentliche Institutionen. Wenn keine großen Investoren gewonnen werden können, bleibt Bürgermeister in dieser Gemengelage nur die Möglichkeit, gegenüber den Bürgern als Vertreter von Kleinstprojekten aufzutreten, die mit viel ehrenamtlichem Engagement als bürgerliche Stadtteilpolitik gefeiert werden. Mit den Geldern von Bund, Kreis und Land lassen sich ein paar Straßen bauen und wirtschaftsfreundliche Projekte, die Arbeitsplätze bringen sollen, finanzieren. Der inflationäre, subventionierte Bau von Altenheimen ist dafür ein Beispiel.

Von der staatlichen Förderung profitieren wiederum große Player, deren Geld man ja eigentlich für die staatlichen und städtischen Projekte benötigt. Bei dieser Mischfinanzierung von allen staatlichen und privaten Stellen sind ökologische und soziale Projekte deutlich in der Minderzahl. Bürgermeister und städtische Repräsentanten beklagen dann gerne lautstark, dass dafür eben kein Geld vorhanden sei. Das Soziale rückt, wie die großen Richtlinien der Politik in der Kommune, in den Konjunktiv. Eng wird es, wenn wirtschaftliche Projekte mit bestehenden Gesetzen kollidieren.

Dafür ist auch ein Pohl-Projekt in Pohl-City symbolisch. 2009 veröffentlichte die Stadt einen Bebauungsplan für die heruntergekommene Nordstadt, der bis auf ein Objekt auf die Bedürfnisse des einzigen Bauherrn, Pohls DVAG, zugeschnitten war. Nur in der Rosenstraße 9 stand ein denkmalgeschütztes Haus, das in die Neubebauung integriert werden sollte. Die DVAG stellte allerdings den Antrag auf Abriss, dem der Denkmalschutz recht schnell zustimmte. Der Denkmalschutz ist eine Landesbehörde, aber auch das Marburger Bauamt und der Magistrat stimmte zu. Man wollte keinen Streitfall mit Pohl, schon gar keine Gerichtsverfahren, die vielleicht das Band zwischen Investor und Stadt zerschnitten hätten. Wie in ähnlichen Fällen auch setzte sich letztlich der Investor oder der Bauherr oder schlichtweg der Eigentümer durch. Allein konzentrierter oppositioneller Wille der politischen Institutionen und Bürger können den nötigen Druck erzeugen, um solche Abrissentscheidungen zu verhindern. Die Institutionen verstehen sich bei Investorenprojekten grundsätzlich als Ermöglicher.

Bei Pohls Abriss des Hauses Rosenstraße 9 führte das zu der symbolischen Kuriosität, dass Bruchstücke des alten Hauses in den Neubau integriert wurden. Tradition als Integration von Trümmern. Auch bei der

Nutzung von Flächen der Stadt, zum Beispiel der Uferpromenade (Pohl ließ eine Fußgängerbrücke bauen), gab es nach kleinteiligen Diskussionen letztlich die Entscheidung pro Investor. Aber für die Infrastruktur zahlt auch die Stadt.

Pohl tauchte weiterhin ab und an am Rande von Stadtratssitzungen und Sitzungen des Stadtparlaments auf und pflegte seine guten Beziehungen zu den Entscheidungsträgern wie Oberbürgermeister Vaupel. Warum auch nicht? Es steht jedem Bürger frei, Eingaben zu machen, Anfragen zu stellen und Volksvertreter anzusprechen. Wohlgermerkt sind Geschenke und Gratifikationen in laufenden Verfahren verboten. Solche Zuwendungen gelten als Korruption. Wie bei Parteispenden handelt es sich bei Pohls Aktivitäten nicht um Korruption, sondern um eine allgemeine Feldpflege oder Pflege der politischen Landschaft. Das wird laut geltenden Gesetzen und Transparency International zuweilen durchaus als Vorspiel gesehen. Aber es gibt trotz kleinteiliger Gesetzgebung in diesem Bereich weitgehende Grauzonen, in denen die Beteiligten nicht zwangsläufig korrupt agieren, weil es große Interpretationsspielräume gibt. In Marburg ist nach heutigem Informationsstand allenfalls der Spielraum der Feldpflege bespielt worden. Dies ist keine Geschichte, in der es investigativ darum geht, Gesetzesbrüche und Korruption aufzudecken. Um es mit Anton Čechov zu sagen: Es ist eine langweilige Geschichte. Vielleicht kommt man aber mit der Lektüre von Čechovs gleichnamiger Geschichte, die spannend ist, dahinter, was des Pudels Kern ist.

Weil sich die SPD immer als pragmatische Partei gesehen hat, die in der Regierung den Ausgleich sucht, ist es auch nicht ungewöhnlich, dass ein früheres FDP- und späteres CDU-Mitglied wie Pohl gut mit einem SPD-Oberbürgermeister kann. Die politischen Gräben sind in der Regel nur in der entsprechend aufgeladenen Öffentlichkeit groß. Vaupel hat sich zudem früh eindeutig für das Pohlsche Engagement und dessen Ausweitung ausgesprochen. Er hält Mäzene für notwendig, damit kommunalpolitischer Gestaltungsspielraum gewahrt bleibt. Die weiter oben zitierten Sätze aus seiner Rede vor dem Stadtparlament im Februar 2012, als es um die Viermillionenspende Pohls ging, sind eindeutig. Unter den etablierten Parteien ist man sich grundsätzlich, das heißt in der Praxis, einig. Das ist in mittelgroßen Städten üblich. Faktisch funktioniert die Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD (und auch den Grünen und der FDP) bei allem Getöse in Wahlkämpfen auf allen Ebenen des administrativen politischen Systems im Großen und Ganzen reibungslos. Auf kommunaler Ebene wird Konsens noch größer geschrieben als in Land und Bund. Die SPD musste Pohl bei seinen Anliegen nicht fürchten, mit der

CDU und der FDP war er ohnehin verbandelt, noch dazu, seit der Ex-Kanzleramtsminister Friedrich Bohl erst in den Vorstand und schließlich in den Aufsichtsrat der DVAG wechselte. Die mittelhessische und die hessische CDU hatten wie die Bundes-CDU in Pohl traditionell einen treuen, spendablen Freund. Blieben also mit den Grünen, der Marburger Bürgerliste und der LINKEN drei kleine potenzielle Oppositionsparteien, denen es eigentlich darum gehen musste, das Gesicht zu wahren und Aufklärungsarbeit zu betreiben. In der LINKEN blieb das Unbehagen groß. Sie war die natürliche Opposition gegen Pohl. Trotzdem rang sie sich bei der Ehrenbürgerschaft nicht zu einem klaren Nein durch. Das sagt nicht nur etwas über DIE LINKE, sondern mehr noch über Kommunalpolitik aus, die oft konsensual orientiert ist.

Schon aus kulturellen Gründen hätten die Grünen in deutlicher Opposition zu den Ansinnen eines Milliardärs Pohlscher Prägung stehen müssen. Lange konnten sich die Marburger Grünen nicht für Pohl erwärmen. Dieser war schließlich überzeugter Patriarch und Kohlfreund. Pohl hatte auch noch nicht seine Edeleisdiele und sein Öko-Delikatessengeschäft in der Bahnhofstraße aufgemacht. Geschäfte, die die grüne Klientel mögen würde. Aber trotz kontroverser Diskussionen stimmten sie in den entscheidenden Punkten – Nordstadtbebauung, Viermillionenspende und Ehrenbürgerschaft – zu. Nun zeigt sich zwar bei der seit Januar 2014 bestehenden schwarz-grünen hessischen Landesregierung, dass mit Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir sorgsam gepflegte Feindschaft in ewige Liebe umschlagen kann, sobald es um Geld und Macht geht, aber das Verhältnis von Pohl zu den Grünen war nur auf der administrativen Ebene, namentlich mit Vizebürgermeister Kahle, gut. Weit sind die Grünen in Marburg davon entfernt, eine Causa Pohl grundsätzlich zu diskutieren. Noch dazu, wo der Protagonist, dem es mit seinen Projekten um Anerkennung ging, tot ist.

Es ist noch unklar, ob und wie Pohls Söhne die Projekte des Vaters in der Stadt weiterführen werden. Das Restaurant Bückingsgarten, zwischenzeitlich durch ein Feuer in Mitleidenschaft gezogen, könnte nach wie vor einen Schrägaufzug zum Schloss gut gebrauchen. Er lässt sich ja auch hervorragend mit allgemeinen touristischen Erwägungen begründen. Insofern ist er nicht von der Tagesordnung verschwunden. Aber eine schnelle Realisierung ist unwahrscheinlich geworden, nachdem schwer zu lösende Konstruktionsschwierigkeiten aufgetaucht sind. An der Ausweitung des Schulungszentrums und der Verwaltung wird die DVAG interessiert sein. Prestigeprojekte aus Anerkennungsgründen sind indes in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Die Causa Pohl hatte sich mit den Jahren etwas abgenutzt. Aber immer wieder ist damit gerechnet worden, dass Pohl direkten Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen will, dass er seine Spenden von bestimmten Entscheidungen der Stadt abhängig machen würde. Das trat nicht ein. Der gescheiterte Versuch, die Großspende an den Schrägaufzug zu koppeln, gab die Richtung vor.

Zudem ist an den Pohlischen Projekten dem äußeren Anschein nach nicht viel auszusetzen. Wohlfühlkapitalismus steht auch im Zentrum der Programmatik aller bürgerlichen Parteien. Die Lebensform des überwiegenden Teils ihrer Klientel in der sogenannten Mitte passt zu der neuen Nordstadt mit ihren vielfältigen, oft hochpreisigen Angeboten. Problematisch ist aus der Wohlfühlposition allenfalls die Art, wie Pohl zu dem vielen Geld gekommen ist. Aber auch nur dann, wenn man den Finanzkapitalismus und das Versicherungswesen ablehnt. Aber bis auf DIE LINKE haben ja alle Parteien des Bundestags die Maßnahmen, die die Finanzindustrie bevorteilen, mitgetragen.

Auch im Pohl-Museum und in den Flyern der Fachhochschule ist das Bild naturgemäß glatt und für eine bürgerliche Mittelschicht tolerierbar. Das Image der bösen kapitalistischen Kloppertruppe wird mit allen Mitteln negiert. Die schöne neue Pohl-Welt soll für jeden genießbar sein. So wie der DVAG-Wein im Delikatessenshop.

Es zeigte sich nach der Verwirklichung einiger Projekte und der Sanierungen in der Nordstadt, dass zum einen die Kritik abebbte und dass es zum anderen schwierig war, das eigentliche Problem an der Sache zum Gegenstand der Diskussionen zu machen. Im Prinzip ist es ein normatives Demokratieproblem, wenn eine Stadt zur Sanierung auf Spenden und Zuwendungen von reichen Einzelpersonen angewiesen ist. Warum, müssten sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt fragen, kann man die exorbitanten Vermögen nicht einfach so besteuern, dass die Gelder nicht gespendet werden müssen?

Dann stellt sich das Problem der Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Geldzuwendungen erst gar nicht. Aber das würde eben auch beinhalten, eine gängige Praxis der Finanzierung, eben auch über Investoren, infrage zu stellen. Solange die Stadt auf Teufel komm raus Wachstumsprojekte realisieren will, werden demokratiepolitische Fragen hinten angestellt.

Projekte wie der neue Campus rund um den Botanischen Garten oder schlicht der jährliche Haushalt wurden zuweilen weitaus kontroverser diskutiert als die Projekte und die Spendentätigkeit Pohls. Befragt man Bürgermeister und Lokalpolitiker aus anderen Kommunen, gleich wel-

cher Partei, sind diese eher neidisch auf den Pohlschen Geldregen. Auch hier werden demokratiepolitische Bedenken nur auf bohrende Nachfragen geäußert. Das muss nicht heißen, dass Vaupel und seine Kollegen nicht an einer funktionierenden Versammlungsdemokratie in den Kommunen interessiert wären. Sie sehen nur klar, dass finanzielle Vorgaben sowohl über die Entwicklung der Stadt als auch über ihre Zukunft in Wahlen entscheiden.

Die Aufregung um die Macht großer Investoren ist letztlich ein Sturm im Wasserglas. Als solchen wird man auch die Diskussionen um Pohls Projekte in Marburg letztlich bezeichnen. Es sei denn, man macht das große Fass auf und kritisiert grundsätzlich die kapitalistische Gesellschaft und ihre politischen Institutionen. Es ist relativ müßig, von den Kommunen anderes zu erwarten als das, was auf übergeordneten Ebenen, im Land, im Bund und auch in der EU, gängige Praxis ist. Konzerne, Banken, Milliardäre, Oligarchen etc. gelten in Europa als systemrelevant und im Prinzip unantastbar. Sie werden vor allem von einer hierarchie- und arbeitsgläubigen Mittelschicht nicht angegriffen. Es ist klar, dass sich dieser gebündelte Reichtum irgendwo Häuser, Geschäfte, Restaurants, Schulen etc. kauft und für das Gebaute und Betriebene Anerkennung erwartet.

Das war in Marburg nicht anders, und im Prinzip wäre das schon die ganze Geschichte, wenn die Gruppen, die eine solche reichenfreundliche Politik betreiben, das auch offen sagen würden. Aber zwischen täglichem Handeln, Reden und Legitimation klafft ein tiefer, unüberwindlicher Graben. Offen zu sehen, wie ein Privatmann das machen kann, was eine Stadt aus finanziellen Gründen nicht kann, zeigt Verhältnisse, in denen Reiche Wachstumsgaranten sind, weil der Staat auf eine angemessene Besteuerung und Beteiligung der Reichen an den sozialen Kosten des Kapitalismus verzichtet. Selbst wenn Pohl sich eine andere Stadt für seine Geschäfte und sein Mäzenatentum ausgesucht hätte, wäre das Problem das Gleiche, wenn auch nicht so überdeutlich wie in einer Universitätsstadt mit linker Tradition.

Noch eine Anmerkung zu dem Politiker Reinfried Pohl oder zu seinem Verhältnis zur Politik: Es wird bei erfolgreichen Unternehmern gern die Karte gespielt, dass die Macher der Wirtschaft sich gegen politische Widerstände durch viel Arbeit und geschickte Strategie durchgesetzt hätten. Auch Pohl hat immer wieder betont, mehr als andere gearbeitet zu haben, und forderte das auch von seinen Mitarbeitern. Aber einen Teil seines Erfolges, auch den Einstieg ins Studium oder später in die große Versicherungswirtschaft, verdankte er seinen politischen Verbindungen.

Pohl war von Beginn an ein politischer Mensch,⁵ dessen Engagement in Parteien, erst in der LDP, dann in der FDP, schließlich der CDU, auch mit dem persönlichen Aufstieg in Zusammenhang stand. Politik und Karriere sind nicht so klar getrennt, wie es Legenden gern vermitteln. Schon nach Marburg kam der junge Pohl mit dem Empfehlungsschreiben des LDP-Vorsitzenden Wilhelm Külz für den liberalen Oberbürgermeister Karl Theodor Bleek, der ihm wiederum ein Empfehlungsschreiben für die Universität ausstellte. Das öffnete Pohl die Türen zur sofortigen Immatrikulation an der rechtswissenschaftlichen Fakultät. Später vermittelte er seinem neuen Arbeitgeber, der amerikanischen IOS, Kontakte zu Erich Mende und Ludwig Erhard. Die Bonnfinanz, einen Ableger des Deutschen Herolds, dem Pohl Anfang der 1970er vorstand, platzierte Pohl im Konrad-Adenauer-Haus. Er trat mit Helmut Kohl in Kontakt und ließ sich von Kohl Anwälte empfehlen, die ihn gegen Anwürfe der Konkurrenz verteidigen sollten. Der Aufstieg der DVAG war nicht zuletzt mit der direkten Einbeziehung von Politikern in die DVAG-Spitze verbunden.

Der Beirat der DVAG bestand und besteht in erster Linie aus Ex-Politikern: Unter anderem dem 2001 verstorbenen Ex-Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg, dem früheren Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und Thüringen, Bernhard Vogel, dem früheren außenpolitischen Berater Kohls, Horst Teltschik, den FDP-Politikern Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle. Generalbevollmächtigte der DVAG waren unter anderem der ehemalige, 2013 verstorbene Ministerpräsident Hessens, Walter Wallmann, und der Regierungssprecher Kohls, Friedhelm Ost. Von der SPD saßen der Ex-Justizminister Gerhard Jahn, Pohl bestens bekannt durch die gemeinsame Zeit im Marburger Stadtrat, die ehemalige Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, und Ruhrkohle-Vorstandsvorsitzender Karl Starzacher bei Pohl im Beirat. Hineingehört hätten natürlich auch Willy Brandt, Gerhard Schröder und Walter Riestler (und sicher auch Bert Rürup), denn die SPD-Regierungen waren es, die vermögensbildende Maßnahmen und unter Gerhard Schröder den Einstieg in die private Rente durchsetzten. Das nutzte der DVAG ungenutzt. Er hätte eigentlich Mitglied der SPD werden müssen, meinte Pohl dann auch gerne scherzhaft.

Friedrich Bohl, bis 1998 Kanzleramtsminister unter Kohl, wurde erst in den Vorstand berufen und dann Aufsichtsratsvorsitzender der DVAG. Der ehemalige Wissenschaftsminister Hessens, Udo Coorts, sitzt im Vorstand der DVAG. Ebenfalls im Aufsichtsrat sitzt der ehemalige Bundesfinanz-

⁵ Siehe dazu auch den Beitrag von Frank Deppe in diesem Band.

minister Theo Waigel. Etwas Besonderes hatte es mit der Freundschaft zu Helmut Kohl auf sich. In der Spendenaffaire wollte Kohl bekanntlich wegen der Ehre die anonymen Spender nicht nennen, was Pohl natürlich vollkommen verstand, wie bereits erwähnt. Pohl bestritt im Übrigen immer vehement, zu den Spendern zu gehören (tatsächlich bekannte er sich stets offen zu politischer Landschaftspflege und Parteispenden). Nichtsdestotrotz wollte Pohl ein Zeichen setzen und machte im Jahr 2000 Kohl ostentativ zum Chef des DVAG-Beirats.

An der Einbeziehung von Ex-Politikern in den Konzern, die bei der DVAG gegenüber Unternehmen vergleichbarer Größe bemerkenswert ausgeprägt ist, zeigt sich, dass es auch einen Lobbyismus erster Ordnung gibt. Landschaftspflege besteht nicht nur in Parteispenden und Lobbyarbeit für Gesetzgebungen, von denen die Firma profitieren kann, oder gegen Gesetzgebungen, die zum Beispiel Vermögenssteuern einführen wollen. Lobbyismus erster Ordnung ist der direkte Kontakt zu Politikern und die Vergabe von Posten, meist nach der aktiven Zeit der Politiker. Man darf natürlich immer darüber spekulieren, wann und in welchem Vieraugengespräch zum Beispiel Putin Schröder den Gazprom-Posten angeboten hat. Tatsache ist, dass Konzern- und Bankenchefs bei den politischen Entscheidungsträgern ein- und ausgehen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Den direkten Kontakt zu Politikern pflegte Pohl wie kaum ein anderer. Nachdem er erfolgreich war, wurde er auch regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen, bei denen sich das Who is Who der Politik traf. Man nennt das heute neutral Networking, und jeder Wettbewerbsjob wird inzwischen von einem guten Networking abhängig gemacht. Im Fall Pohl heißt das einfach, dass die Zusammenarbeit von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern üblich ist. Die Trennung von Politik und Wirtschaft, öffentlich und privat, Staat und Markt, ist letztlich eine Chimäre. Selbst der immer wieder beschworene Drehtüreffekt erweckt falsche Vorstellungen. Auf der Ebene der Entscheidungen existiert die Trennung oft schlichtweg nicht.

Die Wirtschaft

Marburg ist geprägt von einer mittelständischen Wirtschaft. Wie gesagt, ist die Universität der größte Arbeitgeber, sofern man die jetzt privatisierten Universitätskliniken hinzuzählt. Traditionell das größte Unternehmen sind die Behringwerke, respektive heute die neuen Besitzerkonzerne mit CSL, Siemens und Novartis an der Spitze. Behring ist ein

kleiner Tycoon der industriellen Aufbaujahre in Deutschland. Wie Pohl einer Straße den Namen seiner Frau Anneliese geben durfte, benannte seinerzeit Firmengründer Emil von Behring einen ganzen Hügel nach seiner Frau Else: den Elsenhügel. Behring bekam von der Stadt und dem Kaiserreich allerlei Auszeichnungen. Gern ließ er sich mit seinen Orden ablichten. Immerhin gibt es kein Museum mit seinen gesammelten Orden. Zum Ehrenbürger aber wurde auch er ernannt, und zwar an seinem 60. Geburtstag. Er war schließlich Nobelpreisträger. Er spendete und war Stadtrat in Marburg.

Emil von Behring war ein anerkannter Wohltäter und Mäzen. Er hatte 1904 den Nobelpreis für die Entwicklung eines Serums gegen Diphtherie bekommen und dann die Tetanusvorbeugung verbessert, was vielen verwundeten Soldaten im Ersten Weltkrieg das Leben rettete. In einer alten Ziegelei in Marbach, einem Marburger Vorort, jetzt Stadtteil, baute er ein pharmazeutisches Unternehmen auf. Medizin und Krankheitsbekämpfung hat natürlich einen anderen Leumund als Vermögensberatung und Finanzindustrie. Die Behringwerke ruinierten jedoch später diesen guten Ruf aus der Gründerzeit selbst nachhaltig.

Während der politisch aufgeheizten 1970er Jahre und bis zur Wende spielte die nur schwach aufgearbeitete Rolle der Behringwerke zur Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere im Krieg, zu Recht eine herausragende Rolle. Die Behringwerke waren in der Zwischenkriegszeit Teil der IG Farben geworden und hatten sich in Zusammenarbeit mit dem Hygieneinstitut der SS im KZ Buchenwald an Versuchen an Häftlingen, die mit Fleckfieber infiziert wurden, beteiligt. Zudem war die Frage nach dem Einsatz von Zwangsarbeitern bei den Behringwerken und deren angemessener Entschädigung lange ein Hauptthema. Nach dem Krieg und der Zerschlagung der IG Farben wurden die Behringwerke 1952 Teil der Hoechst AG. Traurige Berühmtheit erlangten die Behringwerke noch einmal 1967, als zur Impfstoffproduktion eingeführte Meerkatzen einen bis dahin unbekanntem Virus in den Marburger Laboren freisetzten – den Marburg-Virus. 1997 verkaufte die Hoechst AG ihre Marburger Firmentochter. Eigentümer sind jetzt unter anderem die Novartis, Siemens, CSL-Behring, Dade Behring und Sanofi Aventis. Bei dem Verkauf ging es in der öffentlichen Diskussion um neue Eigentümer, neue Konzepte und die Sicherheit der Arbeitsplätze. Der sogenannte Strukturwandel ab den 1980er Jahren setzte auch der Belegschaft der Behringwerke zu. Der Standort war wohl einige Male gefährdet. Die Produktion sollte zum Teil an billigere Standorte verlagert werden. Die Stadt bemühte sich natürlich stets, zugunsten der Arbeitsplätze und der Gewerbesteuer die Behring-

werke in vollem Produktionsumfang in Marburg zu halten. Insgesamt arbeiten etwas mehr als 5000 Beschäftigte für das nunmehr biotechnologisch ausgerichtete Unternehmen. Jenes hat, betrachtet man die Anzahl der Beschäftigten, eine ungleich größere Bedeutung als die DVAG. Dennoch waren die Behringwerke im Stadtbild nie sonderlich präsent. Sie liegen eben auch etwas außerhalb. Kontroversen gab es bezüglich der Behringwerke weniger wegen Spenden, Immobilien, Gewerbesteuern oder Mäzenatentum. Die unrühmliche Rolle im Nationalsozialismus überschattete alles andere. Zudem war die Unternehmensleitung als Teil der Hoechst AG und später des Firmenverbands nicht mehr so intensiv mit der Stadt Marburg verbunden, wie es der Gründer Emil von Behring war. Als zweitgrößter Arbeitgeber der Stadt sind die Behringwerke und ihre Nachfolger allerdings immer noch ein bedeutender politischer und wirtschaftlicher Faktor. Nicht nur aufgrund der Arbeitsplätze, sondern auch wegen der Gewerbesteuer. Sie ist um ein Vielfaches höher als jene, die von der DVAG entrichtet wird.

Wie in der deutschen Provinz üblich, ist das regionale Bankenwesen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken geprägt. Diese dominierende Rolle wird jedoch durch die internationale Konkurrenz langsam aufgeweicht. Zwar liegt die Vermögensverwaltung in Marburg immer noch ganz überwiegend in den Händen der regionalen Banken. Mehrheitlich sind es jedoch die kleinen Vermögen, die in deren Büchern zu finden sind. Denn die Vermögensbesitzer können inzwischen selbst, wie auch die Banken, das Geld legal oder illegal, ohne größere Komplikationen, rund um den Globus transferieren. Pohls DVAG Holding ist in jedem Fall das erste große Finanzunternehmen, das sich, abgesehen von den Ablegern der Banken, in Marburg angesiedelt hat.

Aufgrund der jahrhundertelangen Tradition als Universitätsstadt stehen Unternehmerfiguren in der Wahrnehmung Marburgs deutlich im Schatten der großen Gestalten der universitären Historie. Zudem spielten Fürsten und die kurhessische Landeskirche lange eine prägende Rolle. Das Marburger Bürgertum war in erster Linie klassisches Bildungsbürgertum. Die Kaufleute und Händler lebten bis in die 1970er Jahre hinein von den Einkünften, die ihnen ihre Läden, Handwerke, Gaststätten, Hotels und Cafés einbrachten.

Eine dieser alteingesessenen Familien war die Familie Klingelhöfer, die in der Südstadt ein Café betrieb. Das Café gibt es immer noch. Pohl heiratete die Tochter des Hauses und wurde so Teil der gehobenen Mittelschicht in Marburg. Die Vermögen hielten sich allerdings in Grenzen. Sie bezogen sich mehr auf Immobilienwerte.

Es gab früher in Marburg relativ wenige Millionäre. Marburg unterschied sich in der Vermögensverteilung nicht sonderlich von anderen Universitätsstädten. In diesen Städten ist allerdings inzwischen – über Immobilienbesitz – ein akademisches Millionärssegment entstanden.

Das nächste Großunternehmen (abgesehen von den Behringwerken), die Buderuswerke, liegen lahnabwärts in Lollar. Die Gegend um Marburg ist bis heute dörflich geprägt, auch wenn die Landwirtschaft wie überall in Deutschland den Dörfern nicht mehr ihren Stempel aufprägt und nur noch ein geringer Teil der Einwohner von der Landwirtschaft abhängig ist. Marburg hat inzwischen aufgrund der gewachsenen Universität eine extrem hohe Anzahl von Beschäftigten im sogenannten Dienstleistungssegment und ist als Kreisstadt ein Verwaltungszentrum.

Pohl und seine DVAG mussten also auffallen.

Was bedeutet die Verlegung eines Teils der DVAG nach Marburg geschäftlich? Machte es für Pohl ökonomisch Sinn, nach Marburg umzuziehen? In einer Beziehung schon. Der Gewerbesteuersatz liegt in Marburg beträchtlich unter dem landesweiten Durchschnitt. Frankfurt dagegen liegt weit darüber⁶ und nimmt mit einem Gewerbesteuersatz von 460 Punkten einen Spitzenplatz in Hessen ein. Pohl sagte dazu in der Oberhessischen Presse am 8. März 2013:

»Ich habe seit 1996 insgesamt 100 Millionen Euro Gewerbesteuer an die Stadt Marburg gezahlt. An Frankfurt sind es 400 Millionen Euro, dort habe ich den Hauptsitz und muss Gewerbesteuer zahlen. In Marburg ist es freiwillig, weil ich eine Niederlassung gegründet habe, zum Missvergnügen der Stadt Frankfurt.«

Marburg mag mittelständisch und seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sozialdemokratisch geprägt sein, aber die zunehmende Ungleichheit der Vermögen lässt sich auch hier feststellen. Die Besitzklassen, die Familien mit Besitz und Einfluss, sind in Marburg wie überall in Deutschland über die politischen Systeme hinweg vom Kaiserreich bis zur wiedervereinigten Republik relativ homogen. Es gab ja auch im Prinzip keine Enteignungen im westlichen Teil Deutschlands. In Marburg kommen zu den Besitzklassen die Professoren als Honoratioren in der bürgerlichen Gesellschaft hinzu. Eine Besonderheit ist hierbei, dass sie sich nicht hauptsächlich aus dem großbürgerlichen Milieu rekrutieren. Professoren sind Aufsteiger in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Professoren kommen zudem aus ganz Deutschland oder inzwischen auch aus der ganzen Welt. Wer länger bleibt, hat aber quasi per Status die

⁶ Vgl. im Einzelnen den Beitrag von Nico Biver.

Möglichkeit, Teil der gutbürgerlichen Honoratiorengesellschaft in Marburg zu werden.

Das umso mehr, weil in Marburg eine klassische Arbeiterschaft fehlt, wie sie in Gießen und Lollar durchaus vorhanden war. Selbst die Behringwerke und ihre Nachfolger beschäftigen als forschungsorientiertes Unternehmen überwiegend hochqualifizierte Fachkräfte, die sich wohl eher der Mittelschicht als dem Proletariat zugehörig fühlen. Die eigentliche Arbeiterklasse rekrutiert sich in Marburg aus den Verkäuferinnen und Verkäufern, aus den Niedriglöhnern, aus den Arbeitslosen, den Migranten und den ärmeren jobbenden Studenten. Diese schlecht verdienenden Dienstklassen verstehen sich allerdings längst nicht mehr als Antipoden zur bürgerlichen Gesellschaft.

Insbesondere die Studenten tragen nur selten und meist zu bildungspolitischen Themen ihren politischen Unmut in die Öffentlichkeit und greifen insofern kaum einmal die Besitzklassen, Professoren, Unternehmer nebst Spitzen der Verwaltung verbal an. Ziel der Studenten scheint es mehrheitlich eher nicht mehr zu sein, eine politische Veränderung herbeizuführen. Sie gehen nicht mehr wie in den 1970er Jahren auf die Straße. Sie möchten das erreichen, was die linken Wortführer der 70er und 80er Jahre bereits erreicht haben: eine feste Stellung im System mit einer hohen Pension. Im Prinzip wollen in unsicheren Zeiten mit enormem sozialen Druck alle in die systemkonforme, vermeintlich sichere Mittelschicht. Gerade die Universität ist ein Hort prekärer Arbeitsverhältnisse. Fest angestellt sind in der Regel Professoren und Sekretärinnen. Der Rest schlägt sich mit Projektstellen und schlecht bezahlten Lehraufträgen im Niedriglohnsektor durch.

Unter diesen Gegebenheiten und angesichts der real existierenden Verhältnisse auf dem gesamten Arbeitsmarkt verpufft die Kritik an Pohls Kloppertruppe recht schnell. Neoliberalisierte Wettbewerbsverhältnisse herrschen überall vor. Rechts und Links sind dabei sekundär. Es geht mehr um oben oder unten, drinnen oder draußen, Privilegien oder keine Privilegien, Chef oder kein Chef. Die Bösen sind zwar die Bösen, aber die Guten sind nicht gut.

Die im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl wenigen Pohlschen Festangestellten spielen für die Stadt Marburg keine große politische Rolle. Sie sind ein zu vernachlässigender ökonomischer Faktor. Auch wenn Pohl immer wieder herausstellt, wie viel die zu Schulungen nach Marburg kommenden Vermögensberater in der Stadt konsumieren. Die Organisation von Versicherungsvertretern ist naturgemäß dezentral. Die Arbeitsverhältnisse in der DVAG sind unsicher. Es kommt ganz auf die Zahl

der Abschlüsse an. Bleibt der Erfolg aus, sind es eher prekäre, schlecht bezahlte Tätigkeiten, die auch für den Fiskus nicht sonderlich lukrativ sind. Die DVAG-Mitarbeiter kommen in erster Linie zu Schulungs- und Ausbildungszwecken nach Marburg. Die Fachhochschule der DVAG ist zwar auf den ersten Blick hervorragend ausgestattet, ähnelt aber mehr einer Einrichtung der Weiter- oder Erwachsenenbildung, auch wenn man sicher gerne den Status einer Universität hätte. Einschränkend muss man natürlich anfügen, dass durch die Hochschulreformen, also die Implementierung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die auch das betriebs- und volkswirtschaftliche Studium weitgehend verschult haben, die Universität zu einer Art Berufsschule für Abiturienten geworden ist. Der Unterschied zwischen den Fachhochschulen, inklusive der von Pohl, und den Universitäten ist inzwischen kleiner, als man annehmen könnte. Das Arbeitsplatzargument war also bezüglich der DVAG nicht stichhaltig. Es ging der Stadt wohl mehr um Gewerbesteuern und wahrscheinlich auch um Prestige. Vielleicht stand schon seinerzeit die Sanierung der Nordstadt im Raum. Dazu gibt es von den Beteiligten keine klare Aussage.

Auffällig ist, dass es zwischen Pohl und den anderen Wirtschaftsgrößen der Stadt kaum nennenswerte Kontakte gibt. Mit den Behringwerken arbeitet die DVAG wohl nicht zusammen. Es ist auch nicht bekannt, dass die großen wirtschaftlichen Akteure bezüglich der Festsetzung der Gewerbesteuersätze an einem Strang ziehen. Für viele kleine Marburger Firmen, insbesondere für das Handwerk, waren die Pohlischen Bauten ein warmer Regen. Pohl ist hinsichtlich seiner repräsentativen Bauten nicht als problematischer Bauherr bekannt. Auf der anderen Seite klagen Gastwirte darüber, dass sie mit den Preisen Pohlischer Angebote – vor allem im Catering-Bereich – nicht konkurrieren können.

Wenn ein ungewöhnlicher und ungewöhnlich großer Player wie Pohls DVAG in einer kleinen, überschaubaren Stadt hinzukommt, bringt er auch das vorgefundene wirtschaftliche System durcheinander. Das Zusammenspiel zwischen den Platzhirschen Universität, Verwaltungsinstitutionen, Einzelhandel und Behringwerken hatte sich über die Jahrzehnte verfestigt, auch wenn es im Zuge von Strukturveränderungen hier und da Verschiebungen gab. Die Player blieben mehr oder weniger dieselben. Bürger und Stadt hatten eigentlich die traditionellen Erbhöfe und Seilschaften akzeptiert. Wenn Kritik am neuen Player Pohl geübt wurde, wurde selten über die Probleme des Vor-Pohl-Zustandes gesprochen.

Die Universität

In der Begründung zur Ehrenbürgerschaft heißt es:

»Die Philipps-Universität hat Dr. Reinfried Pohl und sein Wirken für die Universität durch mehrere Auszeichnungen gewürdigt. Seit 1998 ist Dr. Reinfried Pohl Ehrensenaor der Philipps-Universität, die Fachbereiche Medizin und Rechtswissenschaft verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Mit der von ihm gegründeten Dr. Reinfried-Pohl-Stiftung unterstützt er seit 1997 konkrete Projekte der Philipps-Universität. Unter anderem hat die Stiftung eine Lektorenstelle für Portugiesisch finanziert und die Restaurierung der Orgel in der Alten Aula finanziell unterstützt. Diese engagierte und seit Jahren praktizierte Förderung der Philipps-Universität für die Stadt Marburg ist unbestritten. Ein Förderer der Philipps-Universität wie Dr. Pohl sichert die Attraktivität des Studienstandortes Marburg.«

In der Wirtschaft ist das Geld die Anerkennung, und Macht wird durch das Geld verliehen. In der Politik ist die Macht die Befriedigung, den Weg zum Geld eröffnet zu haben. In der Kommune ersetzt der Bürgermeister im sehr Kleinen den Kaiser oder den Fürsten, wenn er Bürger ehrt. Aber Politiker und Wirtschaftsbesitzer litten immer schon unter einem speziellen Manko, das durch Geld und Gefolgschaft im eigenen Laden nicht auszugleichen ist. Macht und Geld giert nach Anerkennung des etablierten Geistes, sie wollen intellektuell anerkannt sein. Intellektuelle, Professoren, Schreiber – sie alle sollen die großen Männer aus Politik und Wirtschaft preisen und ehren. Schließlich werden sie ja auch indirekt von ihnen oder dem, was sie erwirtschaften, bezahlt, denken nicht wenige Unternehmer und Politiker. Es trifft sich allerdings ausgezeichnet, dass Repräsentanten und hohe Bedienstete der Universität ebenso vehement nach der Auszeichnung durch Politik und die eigentlichen Macher in der Wirtschaft lechzen. Soweit die Grundkonstellation in einer Universitätsstadt wie Marburg.

Die Besonderheiten in Marburg und im Fall Pohl sind ungefähr folgende:

1. Marburg hat durch seine linke Tradition in den Fächern Politikwissenschaft, Erziehungswissenschaft und Soziologie ein beachtliches kritisches Reservoir, das sich immer wieder laut verständlich machte, wenn es zum Beispiel um die bei Politikern und Unternehmern so beliebten Ehrendoktorwürden ging, von denen Pohl auch so einige hat. Man konnte selbst dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt nicht einfach den Ehrendoktorhut aufsetzen. Nun ist die Marburger Universi-

tät schon lange nicht mehr politisch oder gar links, aber bei solchen Ehrungen zuckt die Leiche noch.

2. Die Universität stellt sich nach außen wie eine übergeordnete hehre Institution dar, die sich den Werten der humanistischen Bildung verschrieben hat. Zudem soll sie demokratisch orientiert und die Speerspitze der Forschung und des Erkenntnisfortschritts sein. De facto ist sie mehr und mehr zu einem reinen Ausbildungsbetrieb für das bürgerliche Berufsleben geworden. Ihr Angebot beschränkt sich im Prinzip auf Management- und Verwaltungsberufe aller Art. Die vermittelten Qualifikationen sollen dazu dienen, Berufe wählen zu können, bei denen man finanziell abgesichert in einer Institution oder einer Firma sein Arbeitsleben am Computer und in der Kommunikation verbringen kann. Konzerne, Unternehmen und öffentliche Institutionen haben längst den Wert dieser staatlichen und selbstbezahlten Ausbildungsformen erkannt. Die Universitäten konkurrieren mit Ausbildungen in der Wirtschaft und an Fachhochschulen. Die Ausbildungen ähneln sich in vielen Bereichen. Zwar versuchen die Universitäten mit den Exzellenzwettbewerben dieser trüben Gegenwart verbal und mit Leuchttürmen etwas Sichtbares entgegenzusetzen. Aber dabei gilt es mehr, die Mängel in der Breite zu verdecken. Angemerkt werden muss allerdings, dass die stärkere Berufsorientierung durch die Computerisierung und Ökonomisierung von Lehre und Forschung zwar den Mythos der großen Forschungen und der großen Intellektuellen bricht, aber es logisch ist, dass die Universität für die Verhältnisse ausbildet, auf die die Studenten im Berufsleben treffen werden. Wenn sie Revolutionäre wollen, müssen die Lehrenden schon selber welche sein. Die sind aber Angestellte und Beamte. Das haben vor allem die Studenten, denen die Lehrenden gern nachsagen, sich nicht mehr auf dem Bildungsniveau von früher zu bewegen, recht gut begriffen.
3. Pohl ging es in dieser Gemengelage um zweierlei: um die Anerkennung der methodischen Grundlagen der Vermögensberatung und der Finanzwirtschaft als universitärer Lehrstoff respektive als universitäre Ausbildung. Und tatsächlich lässt sich mit einigem Recht fragen, wie weit Managementstudiengänge und betriebswirtschaftlicher Stoff vom Knowhow eines Vermögensberaters entfernt sind. Sie bewegen sich aufeinander zu, wenn es stimmt, dass die Universität Wert darauf legt, praxisnäher studieren zu lassen. Natürlich ist es durch die Evaluationsbürokratie, die in alle Institutionen Einzug gehalten hat, ein Muss, ständig Qualitätsmanagement zu betreiben,

Rankings zu erstellen und Hierarchien einzuführen. Aber tatsächlich deutet die Evaluationsmanie selbst darauf hin, dass viel Aufwand betrieben werden muss, diese Unterschiede überhaupt festzustellen. Universitäten und Fachhochschulen bilden letztlich für den gleichen Markt aus. Nur ein kleiner Teil der Studenten kann an der Universität bleiben. Aber auch da ist es durch den vorherrschenden Wettbewerb und das Antragswesen notwendig, dass die Studenten computerisierte Manager sind.

4. Pohl wollte sich stärker mit der Universität vernetzen. Er stiftete eine Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht, die inzwischen auch mit der Fachhochschule für Wirtschaft kooperiert, und ein Lektorat für Portugiesisch (in Portugal betreibt die DVAG ein Ferienresort). Wiederum anders als Maschmeyer, der sich als antiintellektueller Praktiker und Aufsteiger inszeniert, war Pohl seine akademische Ausbildung immer besonders wichtig. Er hatte über das Thema des Sozialisierungsparagraphen in der hessischen Verfassung promoviert und war nicht ganz überraschend zu dem Schluss gekommen, dass er rechtsunwirksam ist. Aber es blieb bei ihm lebenslang eine Hochachtung vor wissenschaftlicher Ausbildung und Reputation. Er zählte auch als Promovierter im Versicherungsgewerbe sicher zu einer Minderheit. Die Fachhochschule sollte und soll eine Reputation haben, die es mit der Universität aufnehmen kann. Pohl achtete dann auch darauf, dass an seiner Fachhochschule für Wirtschaft angesehene Professoren arbeiten und die Leitung innehaben.
5. Der zweite Ansatzpunkt des Pohlischen Engagements ist sehr viel direkter. Seine Frau Anneliese starb nach einer Krebserkrankung. Es war naheliegend, die Krebsforschung in Marburg finanziell und institutionell zu unterstützen. Produkt dieses Engagements ist eine Stiftungsprofessur in den Universitätskliniken auf den Lahnbergen. Dieses Engagement hat keinen erkennbaren strategischen Hintergrund. Man muss zudem sagen, dass die Universität Marburg im Bereich der Onkologie ohnehin gut aufgestellt ist. Auch wenn natürlich immer Geld fehlt.

Mit einem Spendenvolumen in der Größenordnung von mehreren Millionen ist es nicht schwierig, einen Termin beim Präsidenten zu bekommen. Wahrscheinlich läuft es sogar umgekehrt. Der Präsident bemüht sich um einen Termin. Mit der Marburger Universität ist es nicht anders als mit der Stadt Marburg. Stets sind die Institutionen auf der Suche und im Kampf um Geld. Geldgeber, seien es Ministerien, Städte oder Unternehmer, werden hofiert. Es ist dann die Frage, was man für sein Engage-



Engagement für die Krebsforschung

gement bekommt. Wieder ergibt sich die leidige Sache der Mitsprache, die Geldgeber durchaus in einem bestimmten Rahmen fordern können. Fast üblich ist es, dass der Name des Stifters in den finanzierten Instituten und bei Stiftungsprofessuren sichtbar auftaucht. Unüblich ist eigentlich, dass der Geldgeber selbst das Personal auswählt. Aber sicher kann er bei einer Stiftungsprofessur ein Veto einlegen. Man kann den Geschäftsführer eines gestifteten Universitätsinstituts relativ frei wählen. Voraussetzung ist nur, dass derjenige die nötige Qualifikation hat und von der Universität anerkannt wird. Bei der Pohlschen Stiftungsprofessur gab es dabei keine öffentlich gewordenen Probleme. Es geht ja auch bei medizinischen Forschungen weniger als in der Volkswirtschaft um ideologische Fragen. Die Reputation des Stifters hängt meistens von der Größe des Instituts ab. In der Öffentlichkeit kommt es nicht gut an, wenn Stifter sich allzu sehr in personelle Belange oder gar in inhaltliche Fragen der Forschungsausrichtung einmischen. Bestes Beispiel ist die Bertelsmann-Stiftung.

Die Universität Marburg zeigte sich Pohl mit einer ganzen Reihe von Auszeichnungen erkenntlich. 1998 ernannte sie ihn zum Ehrensenator. Wo er stiftete und spendete, folgte die Ehrendoktorwürde. Die medizinische und die juristische Fakultät ehrten ihn 2003. Ebenfalls 2003 erhielt er die Ehrendoktorwürde an Marburgs Partneruniversität im rumänischen Sibiu (Hermannstadt). Auch diese Universität hatte er finanziell

bedacht. 2007 setzte die Universität Marburg dem Anerkennungsreigen die Krone auf und ernannte Pohl auf Antrag des Präsidenten zum Ehrenprofessor. In den von der Universität geschalteten Todesanzeigen für Pohl 2014 war dann auch vom »großherzigsten Gönner und treuesten Freund, dessen Wirken noch Generationen von Forschenden und Studierenden der Rechtswissenschaft und der Medizin in Marburg zugutekommen wird«, die Rede.

Pohl nahm sich auch im Kleinen der Probleme der Universität an. So finanzierte er die neue Bestuhlung in der alten Aula. Denn der altherwürdige Rahmen, den die Universität zu bieten hat, ist wichtig. Die Aula in der alten Universität ist der dafür vorgesehene Ort. Der zu Ehrende wird in die Reihe der Größten aufgenommen. Eine Auszeichnung in der Aula stellt den zu Ehrenden in eine Reihe mit Robert Bultmann, Hannah Arendt oder Jürgen Habermas. Tatsächlich ist man als Unternehmer und Politiker mehr oder minder im Olymp angekommen, wenn man solch eine Ehrendoktorwürde von einer alten Universität verliehen bekommt. Ihre Praxis wird als intellektuell gleichwertig oder anerkanntswert angesehen. Es ist nicht nur der schnöde Mammon, den man sich im harten Kampf und unter Einsatz aller Mittel erstritten hat. Nein, es ist dann anerkannt, dass es auch an den intellektuellen Voraussetzungen lag. Und jemand, der es zu Geld gebracht hat, hat auch der wissenschaftlichen Zunft etwas zu sagen.

Das größte Projekt blieb allerdings die Fachhochschule für Wirtschaft, die am 1. Oktober 2013 mit 35 Studentinnen und Studenten den Betrieb aufnahm. Die Fachhochschule der DVAG befand sich wie gesagt bis dahin im nordrhein-westfälischen Mettmann. Es ging der DVAG mit dem Umzug wohl auch um eine gewisse Zentrierung von Ausbildung und Verwaltung. Dafür wurde viel Geld ausgegeben. Die Schulungszentren sollen insgesamt 50 Millionen Euro gekostet haben. Geplant ist, dass einmal rund hundert Studentinnen und Studenten oder Auszubildende an der Fachhochschule unterrichtet werden. Man kann dort drei Jahre lang studieren. Vier Abschlüsse sind im Angebot: Bachelor of Arts in Betriebswirtschaft, Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Vermögensberater und Finanzanlagenberater. Mit der Eröffnung der Fachhochschule war auch eine »Reinfried-Pohl-Stiftungsprofessur« verbunden. Diese erhielt Michael Thiernemann, der die Fachhochschule auch leitet.

Die Medien

Trotz Internet und Fernsehen ist in Marburg immer noch die Oberhessische Presse wichtigste Informationsquelle für die Öffentlichkeit. Dieser Tatsache ist sich die Lokalzeitung sehr wohl bewusst, wenn es um die Bewertung der öffentlichen Angelegenheiten in Marburg und Umgebung geht. Die »OP«, wie sie auch gerne von den Marburgern genannt wird, ist ja schließlich auch das Organ, das wie kein anderes über die kommunalen Angelegenheiten berichtet. In der Regel verfügen die Lokalredakteure somit über privilegierte Quellen und kennen Hintergründe besser als Medienleute, die von außen kommen. Sie zahlen dafür aber auch einen Preis. So ist die kritische Berichterstattung nicht übermäßig ausgeprägt. Eine Lokalzeitung wie die »OP« ist eine Institution mit einem festen Platz in der Institutionenlandschaft in Marburg. Themen können da schnell auch zu heiß werden, wenn sie die guten Beziehungen zu den Repräsentanten von Stadt, Universität oder Sportverein belasten. Vom guten Draht zum Bürgermeister, Rektor etc. hängt einiges ab. Lokalblätter sind strukturell eher konservativ aufgestellt. Sie decken selten investigativ Skandale auf. Kritische Redakteure werden erst belobigt, und dann verlieren sie den Zugang zu den wichtigen Persönlichkeiten. Lokalzeitungen wie die OP reagieren deshalb lieber auf heiße Themen, als dass sie selbst welche ausfindig machen.

Dennoch suchen Redakteure händeringend Geschichten, die das Blatt füllen können. So viel passiert nicht jeden Tag. Ein Lokalblatt ist zuweilen jetzt schon schwer zu unterscheiden von einem Wochenblatt zu Werbezwecken. Leser sollen möglichst namentlich auftauchen. Ankündigungen fallen oft größer aus als Rezensionen oder Berichte. Aktivitäten von Firmen, Institutionen und Geschäften werden lang und breit ins Blatt genommen. Schließlich freut man sich gemeinsam, wenn in Marburg etwas passiert, und wenn es mit der Stadt voran geht. Alle stehen auf einer Seite. Auf der Seite von Marburg.

Die Berichterstattung über die Causa Pohl, über Ehrenbürgerwürden, Bückingsgarten, Nordstadtsanierung bis zum Schrägaufzug lässt oft ein Unbehagen an dem ganzen Thema durchscheinen. Man vermisst die klare Kante, die eindeutige Stellungnahme und den Willen, das Thema zu einem heißen Thema zu machen. Der Ton ist beflissen und übernachrichtlich gehalten. Die Kommentare bemühen sich um ein ausgewogenes »Sowohl als auch«. Die Probleme, die die Politik oder Teile der Politik mit den Pohlschen Anerkennungs- und Projektwünschen haben, gehen durchaus aus den Artikeln hervor. Nirgendwo schießt man sich aber auf

einen der Akteure gezielt ein. Weder auf Pohl, noch auf den Bürgermeister und auch nicht auf die Marburger Linke. Die Skurrilität mancher Ereignisse, zum Beispiel die Selbstdarstellungen Pohls und seiner überschwänglichen Liebe zu Marburg, wird völlig ausgeblendet. Auch wird die Art und Weise, wie Pohl zu seinem Reichtum gekommen ist, nicht kontrovers verhandelt. Warum auch? Die Oberhessische Presse ist schließlich kein linkes Blatt. Auch die Frage, ob eine Person so viele Immobilien in Marburg haben sollte, und ob das nicht die Balance in der Stadt zwischen Groß- und Kleineigentümern gefährdet, ist nicht von Belang. Es gibt eben noch weitaus größere Immobilieneigentümer in Marburg als Pohl. Fairerweise muss man sagen: Die Fragen wurden anfangs nirgends gestellt. Das Thema Pohl war lange kein nennenswertes Thema. Es wurde erst dann kontrovers darüber berichtet, als überregionale Medien das Thema Pohl-City aufgriffen und es sozusagen unumgänglich wurde, über Pohl und Marburg als Ganzes zu sprechen. Aber da war die Haltung der Oberhessischen Presse eher ablehnend. Es wird auf die Fehler der überregionalen Presse verwiesen. Diese kenne sich vor Ort eben nicht aus. Ebenso sei die Skandalisierung der Vorgänge übertrieben. Man wisse es besser, und man habe seine guten Gründe, vorsichtig mit der Causa umzugehen.

Die Oberhessische Presse gewann dann auch Pohl und die anderen Protagonisten als Interviewpartner. Niemand fühlte sich von der Berichterstattung dermaßen auf den Schlips getreten, dass er die Interviewanfrage abgelehnt hätte. Allerdings sind die Fragen dann auch selten bedrängend, und die Interviewpartner erhalten Raum, ihre Sicht der Dinge unwidersprochen darzulegen. Eine Lokalzeitung sieht sich nicht unbedingt als kontrollierende Gewalt einer undurchsichtigen Politik. Wichtig ist die Abbildung der Geschehnisse und Meinungen und dass das Kleine neben dem Großen in einer mittelgroßen Kreisstadt wie Marburg seinen festen Platz hat. Eine Lokalzeitung wie die OP hält sich viel darauf zugute, dass die kleinen Geschichten ebenbürtig sind. Sie war schließlich eine der ersten Zeitungen, die in den 1990er Jahren das Lokale auf die erste Seite brachten.

Zum wichtigeren Thema wurde Pohls Engagement in Marburg, als die großen Frankfurter Zeitungen und der Hessische Rundfunk im Zuge der Streitigkeiten um die Vier-Millionen-Euro-Spende das Thema entdeckten. Jene Medien agierten sofort mit eindeutigen Überschriften: »Milliardär kauft Stadt«, ganz im Stil von Friedrich Dürrenmatts »Besuch der alten Dame«. Diese besucht ihren Heimatort Güllen, der dem Geld nicht widerstehen kann. Waren Stadt, Universität und auch die lasche

Lokalpresse von dem Finanzmagnaten schlichtweg gekauft worden? War Marburg eine ebenso korrupte Jauchegrube wie Dürrenmatts Güllen, in dem vom Bürgermeister bis zum Beamten des Denkmalschutzes jeder die Hand bereitwillig aufhielt? Die Artikel durchzieht eine Ironie, die die Willfähigkeit der Stadtverwaltung und der Universität zart andeutet. Die Protagonisten verteidigen sich dabei gegen den Vorwurf der Korruption. Der stand aber nur im Raum und wurde niemals nachgewiesen. Denn außer legaler Feldpflege war nichts passiert. Nichts, was die Gerichte in irgendeiner Form beschäftigen konnte, stand zur Debatte. Trotzdem stand die Geschichte exemplarisch für den neuen Kapitalismus, bei dem die Frage zwingend ist, was für politische Konsequenzen die extreme Ungleichheit in der Vermögensverteilung hat. In Marburg konnte man konkretisieren, wie sich Vermögende in ihren Heimatorten verhalten, wenn sie es nicht – wie die meisten Milliardäre und Oligarchen in New York oder in London – vorziehen, möglichst anonym hinter den Kulissen Strippen zu ziehen. Es blieb auf jeden Fall nach der Lektüre der Artikel in der Frankfurter Rundschau und in der taz ein unangenehmer Geruch in der Nase.

Am 4. Februar 2012 erschien in der Frankfurter Rundschau ein Artikel, in dem Marburg »Pohlhausen« genannt wurde. Ausgiebig wurde der Streit um die Vier-Millionen-Spende dargestellt. Der Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken, Henning Köster, wurde zitiert, der von einer »Schatten-Kommunalpolitik« von Pohl sprach.

Das Thema erledigte sich allerdings recht schnell. Zu kleinteilig waren die einzelnen Punkte. Der Schrägaufzug und die Ehrenbürgerschaft konnten gerade so noch als Aufhänger dienen, wenn man sie in Zusammenhang mit der Nordstadtsanierung, dem Museum und der Teilverlegung der DVAG nach Marburg brachte. Indem man also bereits zu Beginn der Geschichte das Pulver verschoss. Es kam nichts Neues hinzu, was gerechtfertigt hätte, das Thema wieder aufzugreifen oder gar eine Serie zu starten. Bis zu Pohls Tod konnte niemand in den entscheidenden zwei Punkten etwas auf den Tisch legen: erstens einer direkten käuflichen Beeinflussung von Amtsträgern und zweitens von Auflagen, die Pohl der Stadt für seine Spenden machte. Waren die Spenden direkt an politische Entscheidungen im Sinne der Förderung der Pohl-Geschäfte geknüpft? Schon vor Pohls Tod war die Geschichte längst eine lahme Ente. Sie wurde noch einmal in den Nachrufen aufgewärmt, aber das war es dann auch. Vielleicht bleibt es eine interessante Geschichte, wenn man sie, wie im Rahmen dieses Buches, in größere Zusammenhänge einbettet. Das setzt voraus, dass Journalisten und Sozialwissenschaftler die

Rolle von Reichen und Superreichen in Kommunen stärker in den Fokus nehmen. Obwohl jedes Jahr neue Reichtumsstudien auf den Markt kommen, haben die Untersuchungen über Milliardäre in der Politik trotz einer Vielzahl von Beispielen und umfangreicher Literatur über Figuren wie Berlusconi oder Bloomberg die Öffentlichkeit kaum für das Thema sensibilisiert. Im Alltagsgeschäft ist allerdings auch hinsichtlich der Kontrollmacht der Medien zu bemerken, dass der Anpassungsprozess in Kernbereichen zu weit fortgeschritten ist.

Die Medien sind von den Strukturveränderungen sogar weitaus härter betroffen als manche andere Branche, sodass die Praxis, dass Reiche, Konzerne und Banken einen direkteren Zugang zur Macht oder konkreter zur politischen Exekutive haben, relativ gleichgültig als Realitätsbedingung im Kapitalismus hingenommen wird. Lokalzeitungen wie die OP stellen kritische Fragen in erster Linie zur Entwicklung und zum Wirtschaftswachstum der Stadt. Geht es Marburg wirtschaftlich gut oder nicht? Welche Wachstumsprojekte sind am Laufen? Wie viele Arbeitsplätze entstehen?

Eine Lokalzeitung ist auch auf ein florierendes Anzeigengeschäft angewiesen. Sie kann es sich mit den wirtschaftlichen Größen der Stadt nicht verderben. Sie sieht sich als Aushängeschild für das, was in der Stadt läuft. Wenn man sich rauswinden will, macht man einfach ein Feature oder nimmt ein paar O-Töne von der Straße. Da darf dann auch ausgeteilt werden. In einem vorgegebenen Rahmen, versteht sich. Im Großen und Ganzen geht's um ein »Weiter so«. Allenfalls im Einzelnen kann man hier und da über Änderungen nachdenken. Nach Skandalen muss reiner Tisch gemacht werden, um ein schwarzes Schaf an den Pranger zu stellen. Damit die Herde als Ganze nicht in Verruf gerät.

Genau das würde passieren, wenn man in den lokalen Medien Marburg als eine Stadt darstellen würde, in der es zugeht wie in einer Bananenrepublik. Wie beispielsweise in Mittelamerika oder in Osteuropa, wo Oligarchen, Milliardäre oder Drogenbarone Polizei und Stadtverwaltungen schlichtweg kaufen. Natürlich ist Marburg keine mexikanische Drogenstadt, aber eine durch und durch kapitalistische Stadt. In einer solchen haben Reiche und hohe Beamte immense Vorteile, nicht zuletzt, weil sie de facto einen direkteren Zugang zu Amtsträgern haben. Das Idealbild der idyllischen, von einer so biedereren wie guten Mittelschicht getragenen Kleinstadt hält auch in Marburg keinem zweiten Blick stand.

Eine Nebenrolle nimmt in Marburg das wöchentlich erscheinende Veranstaltungsbblatt Express ein, welches sich politisch eher an Rot-Grün ori-

entiert. Obwohl der Reportageteil im Laufe der Jahrzehnte schrumpfte, kann der Express noch am ehesten skandalisierende Reportagen veröffentlichen oder eine kritische Gesamtperspektive einnehmen. Die Redaktion sieht sich anscheinend weniger als Teil der bürgerlichen Marburger Honoratiorengesellschaft wie die OP. Der Express ist vor allem eine Informationsplattform. Dem Veranstaltungsteil gingen manchmal pep-pige Reportagen voran, die zuweilen ironisch die vorsichtige Berichterstattung der Oberhessischen Presse aufgriffen. Aber in der Causa Pohl: Fehlanzeige.

Fazit: Auf den ersten Blick scheint die Berichterstattung in der Causa Pohl äußerst langweilig. Steigt man aber tiefer in die Materie ein, entsteht ein erschreckendes Bild. So werden über weite Strecken die Pohl'schen Aktivitäten unkritisch und routinemäßig abgebildet. Journalistisch ist das im Großen und Ganzen absolut korrekt. Es ging ja im Selbstverständnis nicht um eine weltbewegende Sache. Was allerdings schon deswegen komisch ist, weil in der Oberhessischen Presse jede Sitzung eines Ortsbeirats wie eine weltbewegende Angelegenheit verhandelt wird.

Da kommt man dann eben zu dem zweiten Blick, der der Frage nachgeht, warum das alles so normal ist? Es gibt keine übergreifende kritische Öffentlichkeit in Marburg, die gehört wird. Es gibt keine Opposition, die grundsätzliche Themen öffentlichkeitsrelevant verhandeln kann. Die aktuelle Gesellschaft in Marburg hat mit der politisch aufgeheizten Gesellschaft der 1970er und 80er Jahre nichts zu tun. Wenn man etwas gegen Pohl einzuwenden hat, dann sind es Geschmacks- oder Detailfragen. Dass ein Finanzkonzern in Marburg ansässig ist und der Konzernchef diverse Aktivitäten in der Stadt am Laufen hat, ist o.k., sofern alles seine Ordnung hat und das Leben zwischen Arbeit, Familie und Konsum so weiter gehen konnte wie bisher. Es fehlte schlichtweg das öffentliche Interesse daran, die Aktivitäten Pohls nachhaltig zu politisieren.

Selbst das Interesse der Oberhessischen Presse wirkte manchmal aufgesetzt. Politisch hat sich die städtische Mittelschichtswettbewerbsgesellschaft stark zurückentwickelt. Über Fragen der Stadtteilkultur und des politischen Designs geht kaum etwas hinaus.

Die Bürger

Wenn die Journalisten der überregionalen Presse nach Marburg kamen und über die Pohl-Geschichte berichteten, stand am Anfang immer eine Verblüffung, dass es so wenig Opposition gegen die Machenschaften

eines Milliardärs gäbe. Gerade in Marburg! Dem linken Marburg! Wo ist die kritische Öffentlichkeit, die einen Milliardär in die Schranken weist? Wo sind die protestierenden Studenten, wo die alten Marxisten und wo die akademisch so viel zitierte Zivilgesellschaft? Vieles ist bereits angeklungen. Das »rote Marburg« war schon in den 1970er Jahren eher eine Konstruktion der konservativen Presse. Inzwischen haben sich die politischen Verhältnisse in der Stadt wie in der Universität »normalisiert«: Dennoch gibt es im Stadtparlament seit dieser Zeit eine Vertretung der politischen Linken links von der SPD. Marxisten der »Marburger Schule« – denen der Bremer Soziologe Lothar Peter jüngst ein eigenes Buch gewidmet hat⁷ – sind über Marburg hinaus wissenschaftlich, publizistisch und auch politisch nach wie vor aktiv. Die Grünen waren – vor allem in ihrer rebellischen Gründungsphase – in Marburg stark vertreten. Die politische Kultur der Stadt wird – aufgrund des Einflusses der Universität und der Lehrerschaft – immer noch von Teilen eines Bildungsbürgertums geprägt, das auch offen ist für die Kritik des Finanzmarktkapitalismus, der kommerziellen Verflachung und der Eventkulturen, einer Politik, die sich den Bedürfnissen der großen Geldgeber und Spender unterwirft. Der Gesang von Helene Fischer, das grinsende Gesicht von Jürgen Klopp, öffentliches Kochen von Eckart Witzigmann und dazu noch ein brillantes Feuerwerk, alles von der DVAG gestiftet und inszeniert – solche Events werden bei diesen Teilen des Marburger Bürgertums kaum auf Begeisterung stoßen. Dennoch verpuffen Interventionen, die aus solcher Kritik hervorgewachsen, meist unbeachtet.

Was ist also mit den guten Bürgern? Das bürgerliche Marburg war nie ein Bündnispartner der linken Professoren und radikalen Studenten. Aber die modernen Bürger regen sich doch über alles Mögliche auf. Sie klagen über den stressigen Alltag, die hohen Lebenskosten, die fehlenden Kitaplätze für ihre Kinder und die Steuern. Wutbürger demonstrieren in Deutschland heftig gegen unterirdische Bahnhöfe und überirdische Stromtrassen. Im Fall Pohl protestierten die Marburger Bürger nicht oder selten so, dass man es öffentlich vernehmen konnte. Es gab nicht eine einzige Bürgerbewegung, nicht eine einzige nennenswerte Demonstration. Obwohl Marburg laut Selbsteinschätzung und Wahlergebnissen eine linksliberale Stadt mit einer funktionierenden Zivilgesellschaft ist, blieb es im Wesentlichen an der LINKEN und einigen Altlinken, wenigstens die Ehre des Protestes und der Protesttradition zu retten.

⁷ Lothar Peter, Marx an die Uni. Die »Marburger Schule«. Geschichte, Probleme, Akteure, Köln 2014.

Erklärbar sind der geringe Widerstand und der letztlich laue Widerspruch der Marburger Bürger im Fall Pohl durchaus. Die DVAG steht zwar für das Prekäre der neuen neoliberalen Arbeitswelt. Bei Versicherungsvertretern ist es schwer, von sicheren Arbeitsplätzen zu sprechen. Wie mehrfach betont, ist das Pyramidenmodell der DVAG stark erfolgsabhängig. Es bevorteilt die, die oben sind. Aber auch andernorts gibt es kaum Proteste aus dem bürgerlichen Lager, wenn es um die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und die Ausbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen geht. Das ist kein Hauptthema der Zivilgesellschaft und überhaupt kein Thema von meist noch gut abgesicherten Wutbürgern. Zudem ging es bei der Frage, ob Pohl sich in Marburg ausbreitet, nicht primär um Arbeitsplätze für Marburger Bürger. Allerdings gibt es immer wieder Kritik aus den Reihen seiner Konkurrenten, aus Sparkassen, Banken und dem Einzelhandel.

Für die Kommunalpolitiker sprach das Gewerbesteuerargument fast immer für Pohl. Die relativ gute finanzielle Situation der Stadt Marburg geht natürlich auch auf die Gewerbesteuer der DVAG zurück, rund 100 Millionen Euro in zehn Jahren. Da spielte es keine Rolle, dass die erhöhten Einnahmen kaum in soziale Projekte und die für Bürger inzwischen so wichtige Stadtteilkultur geflossen sind. Die Spende, die nicht wie geplant für den Schrägaufzug genutzt werden konnte, steckte man immerhin des lieben Koalitionsfriedens willen in soziale Projekte. Ansonsten ist es natürlich eine schwer zu beantwortende Frage, wo spezielle Steuern von wem hingehen. Denn Steuern werden nicht aufgeschlüsselt. Sie landen alle in einem großen Topf.

Leider wurde selten die Frage gestellt, ob Marburger Bürger Vorteile gegenüber Bürgern aus vergleichbaren Städten ohne Großsponsor hatten. Denn einen erkennbaren Vorteil gab es nicht. Weder sind die Kindergartenbeiträge gesenkt worden, noch ist der Nahverkehr besser und billiger geworden. Auch die städtischen Dienste vom Müll bis zum Passamt sind so teuer wie in allen anderen Städten auch. Man kann natürlich den Politikern folgen und darauf hinweisen, dass es ohne die Millionen von Pohl und der DVAG noch schlimmer ausgesehen hätte. Aber das ist doppelter Konjunktiv und letztlich wenig überzeugend.

Der Einfluss von Milliardären wie Pohl auf die kommunale Politik ist allerdings ein Problem, wenn es um bürgerschaftliches Engagement, Bürgernähe, auch um die Interessen von Bevölkerungsgruppen oder Stadtteilen geht, die in einem möglichst fairen demokratischen Verfahren in den dafür vorgesehenen Institutionen, hier dem Marburger Stadtparlament, einen Ausgleich finden. Aber das reicht freilich kaum aus, um ge-

genwärtig nachhaltigen Bürgerprotest zu initiieren. Man muss zudem davon ausgehen, dass es sich bei der bürgerlichen Gesellschaft, wie man sie auch in Marburg vorfindet, um eine inzwischen neoliberal geprägte Wettbewerbsgesellschaft handelt, die kapitalistisches Handeln grundsätzlich akzeptiert und die Privilegien von Reichen politisch kaum thematisiert. Ein Grund dafür mag sein, dass heute der Druck im Berufs- und Familienleben weitaus größer erscheint als vor der neoliberalen Epoche. Die vielen Bücher über Burnout, die Lebensprobleme der Mittelschicht und auch die florierende Ratgeber- und Selbstoptimierungsliteratur sprechen Bände. Statt Politik ist der wirtschaftliche Wettbewerb bis in die kleinste Nische der Gesellschaft allgegenwärtig. Die Chefetagen haben wie überall im neoliberalen, nach unten offenen Kapitalismus viele Rechte und Möglichkeiten. Vor allem bestimmen sie wegen des geschleiften Kündigungsschutzes und der vielen Zeitverträge über Kommen und Gehen, über Exklusion und Inklusion. Bürger in einer Wettbewerbsgesellschaft streben nicht primär nach rechtlicher Absicherung des eigenen Status durch die Politik, sondern nach Status und Reichtum. Man möchte selbst ein kleiner Pohl werden, mit etwas Vermögen, einer Professur, einer Abteilungsleitung, in der man ein paar abhängige Leute beurteilen und mit der eigenen Bedeutung belästigen kann. Dazu sind Konsum und Reisen weit verbreitete Lebensziele. Diese Ziele, die in der bürgerlichen Mittelschicht stets greifbar sind, hat Pohl immer bedient, mit ihnen hat er Geschäfte gemacht. Ein bürgerlicher Protest gegen Pohl erscheint erst dann sinnvoll, wenn sich die Bürger, wie zum Beispiel bei Maschmeyer, um ihr Vermögen betrogen sehen und die Versprechungen auf ein abgesichertes Leben in der Mittelschicht nicht eingehalten werden.

Wenn aus der bürgerlichen Position die Pohl-Aktivitäten kritisiert wurden, ging es fast nie um grundsätzliche Fragen der Demokratie. Pohl ist vom politischen Stil her ein Problem. Die Political Correctness, auf welche die Mittelschicht viel Wert legt, wird durch die Klopfertruppen im Versicherungsgeschäft und die rechte Gesinnung Pohls beeinträchtigt. Die Nazigesinnung seiner Eltern, von der er sich nicht sonderlich distanziert hat, und die gute Beurteilung seiner Ostfronterfahrungen im Hinblick auf das Geschäftsleben wollen nicht so recht in die schöne neue Konsum- und Arbeitswelt des Wohlfühlkapitalismus passen. Da gibt es einiges, an dem sich ein politisch korrekter Bürger stoßen kann.

Für die Linke älteren Semesters war Pohl ein Rechter mit konservativer, nationaler, wirtschaftsliberaler und prononciert antisozialistischer Gesinnung. Das bietet natürlich immer noch Ansatzpunkte für

politisch-moralische Kritik. Die neue Berliner Republik sieht sich allerdings grundsätzlich positiv. Das wiedervereinigte Deutschland strotzt vor Selbstzufriedenheit. Es ist nicht mehr der halbbraune Staat der Nachkriegszeit, der sich stets gegenüber der dunklen Vergangenheit legitimieren musste.

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus spielt mit dem Aussterben der Tätergeneration von damals keine bedeutende Rolle mehr. Die neue Bundesrepublik ist jetzt der Staat, der die DDR besiegt hat. Freiheit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft haben über die kommunistische Diktatur die Oberhand behalten. Das Recht hat das Unrecht besiegt, so die gebetsmühlenartige Rede der politischen Repräsentanten. Nicht nur symbolisch stehen diesem Staat zwei Ostdeutsche vor, die bei allen Reden über Vorgänge in der alten Bundesrepublik und deren Geburt aus dem nationalsozialistischen Sumpf auf unterkomplexem Niveau reden. Pohls Geschichte und die Kritik an seinem Aufstieg und seinen politischen Interventionen ist mehr eine Geschichte der alten Bundesrepublik, in der es immer auch um das Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit ging.

Pohl war vor allem eins: erfolgreich. Erfolg ist alles in der kapitalistischen Gesellschaft. Auch Linke wünschen gern viel Erfolg. Kinder werden mit dem Wunsch »Viel Erfolg« in Klassenarbeiten geschickt. Sie sollen etwas werden. Linke wie Rechte streiten auch in der Politik um hohe Gehälter, Pensionen, Positionen und Pfründe. Das Leistungssystem dürfe nirgends in Zweifel gezogen werden, heißt es übereinstimmend aus den bürgerlichen Parteien. Der Glaube an Arbeit und Leistung ist nach wie vor Konsens, auch wenn in der Gesellschaft der Besitzklassen und Erben Leistung, Vermögen und Erfolg immer mehr entkoppelt werden. Die Aufsteiger, insbesondere Aufsteiger wie Pohl, wiesen freilich immer wieder darauf hin, dass sie mit Leistung und Arbeit erfolgreich waren. Pohl war auch in diesem Punkt nah am gegenwärtigen Bürger und sprach seine Sprache. Es ist schwer, ihn und sein Streben nach öffentlicher Anerkennung zu kritisieren, ohne die Erfolgs- und Leistungsfixiertheit der neoliberalen bürgerlichen Gesellschaft zu kritisieren.

Wenn der Bürger die Auswüchse des Kapitalismus, eben die Macht von Oligarchen und Milliardären kritisiert, wird de facto zwischen einem guten und einem schlechten Kapitalismus unterschieden. Es gibt den grünen und grün-schwarzen Wohlfühlkapitalismus, der Geld mit Solarenergie, Windrädern und Naturkostsupermärkten verdienen will, und der Computerarbeit im Büro für eine nicht-kapitalistische und ökologisch neutrale Arbeitsform hält, die eben angemessen entlohnt wird.

Dem wird ein schmutziger Rohstoffkapitalismus gegenübergestellt, der von Ausbeutung und Kinderarbeit in Billiglohnländern lebt, sowie ein überwölbender spekulativer Finanzkapitalismus, ein Kapitalismus der superreichen Besitzklassen, die sich mit der politischen Klasse verbündet haben, um die Mittelklasse und den Mittelstand auszubeuten. Man muss nur regulieren und den letzteren beiden Formen klare Grenzen ziehen, und schon kann man in einem guten kapitalistischen System leben – so das Ideal dieser politisch korrekten Zivilgesellschaft. Pohl zeigt aber auf beunruhigende Weise, dass die bürgerliche Mittelschichtswelt mit dem Finanzkapitalismus eng verflochten ist und dass Kapitalismus eine Handlungsform ist, bei der man den guten und den schlechten Teil nicht trennen kann. Pohl zu kritisieren, hieße letztlich auch die bürgerliche Lebensform zu kritisieren, mit der Pohl seine Geschäfte gemacht hat. Diese Bürger waren Pohls Kunden. Wie der Teufel das Weihwasser scheut die neoliberale bürgerliche Gesellschaft allerdings das Thema Demokratisierung der Wirtschaft, der Geldordnung und des Arbeitsmarktes. Geld zu demokratisieren, wäre das sofortige Ende der Milliardäre und ihrer Privilegien. Aber wahrscheinlich auch das Ende der bürgerlichen Gesellschaft, wie wir sie kennen.

Und – so argumentieren viele – was würde überhaupt Widerstand bringen? Wegen ein paar Bauten, Preisen und Spenden wird da wieder ein Riesenfass aufgemacht. Passieren würde ohnehin nichts. Außerdem ist Pohl tot. Man hat genug zu tun zwischen Haus, Garten, Beruf und Familie. Über Pohl und die Stadtoberen kann man mal mit Freunden beim Bier oder Wein schwadronieren, aber spätestens Montags geht's ja wieder rein in den Stress, und da kann man sich Protest ohnehin nicht leisten. Solche Statements erklären vielleicht, warum es in Marburg keine Bürgerbewegung gegen Pohl gab, warum die ganze Sache eigentlich nie ein Thema war, das über ein allgemeines Unbehagen hinausging. Wenn Pohl in Marburg eine dreckige Chemiefabrik betrieben hätte, wenn er die schöne neue Konsumwelt gestört hätte – das wäre wahrscheinlich etwas anderes gewesen. Aber so? Ein paar Bürobauten, ein paar Restaurants und eine Fachhochschule mehr. So what? Sollte man da nicht die Kirche im Dorf lassen? Nein.

Frank Deppe

Der »Homo politicus«.

Prof. Dr. jur. Dr. h.c. mult. Reinfried Pohl
(1928-2014)

»De mortuis nihil nisi bene«
römischer Aphorismus griechischen Ursprungs

Einleitung

Der Journalist und Publizist Dr. Hugo Müller-Vogg hat für den Hamburger Verlag Hoffmann & Campe drei Bücher verfasst oder bearbeitet, die sich mit dem Leben und Wirken von Dr. Reinfried Pohl aus Marburg und seiner Deutschen Vermögensberatung AG beschäftigen: 1. Ein Gespräch mit Pohl (»Ich habe Finanzgeschichte geschrieben«; 2005); 2. Urteile von »bedeutenden Zeitgenossen« über »Mr. Allfinanz« (»Der letzte Patriarch«, 2008) und als Krönung 3. eine Biografie: »Reinfried Pohl. Der Doktor, der Kämpfer, der Sieger« (2013).¹

Müller-Vogg ist ein prominenter deutscher Journalist mit einem klaren politischen und vor allem wirtschaftspolitischen Profil. Er ist promovierter Volkswirt und arbeitete seit 1977 für die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Heute profiliert er sich als freier Journalist, Buchautor und Publizist – z.B. in seinen Kolumnen und Artikeln für die *Bild-Zeitung*, die *Welt am Sonntag* oder die *Superillu* (wo er Gregor Gysi als Streitpartner akzeptierte) – als Anwalt für Kapitalismus und Marktwirtschaft. Er nimmt stets eindeutig und aggressiv Partei für das konservative und liberale politische Lager. Seine Sympathien liegen eindeutig bei der CDU. Immer wieder teilt er besonders heftig gegen die Linke aller Schattierungen aus, möchte die Republik immer noch vom Ballast der Alt-68er säubern. Er liebt die Attacke und bewegt sich auch in seinen Büchern auf dem Niveau seiner Bild-Kolumnen. Konservative Intellektuelle mögen ihn und seine »Holzhammer«-Methoden nicht besonders! 2009 veröffentlichte er – im Rahmen der »Rote-Socken-Kampagne« – im Vorfeld der Bundestagswahlen ein Buch

¹ Im folgenden Text wird aus diesen Büchern wie folgt zitiert: MV I: »Ich habe Finanzgeschichte geschrieben«; MV II: »Der letzte Patriarch«; MV III: Reinfried Pohl. Der Doktor, der Kämpfer, der Sieger«.

mit dem Titel »Volksrepublik Deutschland«, das vor den Gefahren einer »rot-rot-grünen Koalition« warnen sollte. Er hat nicht nur Bücher über Reinfried Pohl, sondern auch über Angela Merkel, Horst Köhler, Christian Wulff, Hartmut Mehdorn und andere Führungskräfte der deutschen Wirtschaft veröffentlicht. Seine journalistische und publizistische Tätigkeit bewegt sich also im rechten Feld des Blocks an der Macht bzw. der Eliten in Politik und Wirtschaft. Seine publizistischen Werke gehören – sofern sie politischen Freunden gewidmet sind – in die Gattung der Hagiografie.² Sein Lebenslauf (nach Wikipedia) ist makellos und geradlinig: 1945 römisch-katholisch geboren, Gymnasium, Zeitsoldat der Bundeswehr, Studium der VWL in Mannheim. Der Titel seiner Dissertation aus dem Jahr 1978 lautet: »Public Relations für die soziale Marktwirtschaft«.³ Er umschreibt exakt das Leitmotiv seiner journalistischen Arbeit bis in die Gegenwart. Zugleich gilt: Die Erwählung von Müller-Vogg zum Hagiografen des »Doktor Pohl« beinhaltet ein politisches Bekenntnis des schließlich Erhobenen!

Allerdings gibt es in dieser Biografie einen kleinen Knick. Müller-Vogg stieg zunächst in der FAZ auf. Nach 1988 gehörte er dem Kreis der Herausgeber an, war für den Regionalteil Rhein-Main sowie für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zuständig. Anfang 2001 wurde er wegen »zerstörter Vertrauensbasis« mit sofortiger Wirkung vom Amt entbunden. Die übrigen vier Herausgeber hatten dies einstimmig beschlossen. In den Medien wurde viel über die Gründe spekuliert, immer wieder war auch von einem politischen Richtungsstreit zwischen Frank Schirmmacher und Müller-Vogg die Rede, der allerdings von den FAZ-Herausgebern dementiert wurde. Auf jeden Fall ließ der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch über seinen Sprecher Dirk Metz mitteilen, er wolle nicht verhehlen, »dass Müller-Vogg ein Gesprächspartner war und ist, den wir schätzen« (*Handelsblatt* vom 22.2.2001). Immerhin legte das Flaggschiff des konservativen und wirtschaftsfreundlichen Journalismus in Deutschland Wert darauf, sich von Müller-Vogg zu trennen!

Am 5. Februar 2015 setzte sich die ARD-Sendung *Monitor* kritisch mit Werbestrategien von Unternehmen auseinander, die viel Geld aufwenden, um z.B. unter dem Deckmantel eines Kinderbuches, eines Tri-

² Hagiografie (nach Brockhaus: Wörterbuch der deutschen Sprache): Lebensbeschreibung der Heiligen.

³ Untertitel: »Über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der deutschen Industrie und Institut der deutschen Wirtschaft«.

vialromans oder eines Sachbuches aus einem »seriösen« Verlag Werbebotschaften unterzubringen. Hier wurden auch die drei Bücher von Müller-Vogg über Rinfried Pohl und die Deutsche Vermögensberatung AG genannt. Mit anderen Worten: Das seriöse Image des Hoffmann & Campe-Verlages wurde benutzt, um Werbung für Pohl und damit für die Geschäfte der DVAG zu betreiben. Für den Verlag ein lukratives Geschäft; denn die DVAG kann die Texte über ihre mehr als 30.000 Vermögensberater als Werbematerial verwenden. Die Auflage des ersten Bandes (»Ich habe Finanzgeschichte geschrieben«, 2005) wird z.B. 2006 mit 95.-105. Tausend angegeben. Der Preis der Erstausgabe betrug 18,- Euro und das Buch ist zu diesem Preis immer noch lieferbar; inzwischen wurde es über Amazon auch für 0,01 Euro (»gebraucht, aber sehr gut erhalten«) angeboten. Dennoch: eine echte Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Auf jeden Fall wird für Müller-Vogg bei den drei Bänden ein respektables Honorar herausgekommen sein.⁴

Hier begegnet uns schon ein Muster, das Werbung im Kapitalismus in der Regel innewohnt und das im Finanzsektor noch einmal überhöht wird: Mehr Schein als Sein! Im Finanzsektor heißt das: Versprechen von Seriosität und Erfolg angesichts der möglichen Angst von Kunden vor Betrug (durch »Abzocker«) und wegen ihrer Unsicherheit im Hinblick auf die Stabilität von Finanzanlagen, die die Zukunft absichern sollen. Diese Unsicherheit hat natürlich nach der Großen Finanzkrise von 2008 zugenommen. Die Niedrigzinspolitik entwertet nicht nur Geldanlagen, sondern vor allem Lebensversicherungen, die jedoch nach wie vor auf dem Markt – und bei den Abschlüssen der DVAG – eine starke Position einnehmen. Immer mehr Versicherungsgesellschaften verabschieden sich von einem Modell der Lebensversicherung, das einen festen, steigenden Zinszuwachs garantiert.⁵ Die Umlenkung von renditesuchenden

⁴ Autorenhonorare betragen nach Angaben des Börsenvereins des deutschen Buchhandels im Durchschnitt bei Sachbüchern (Hardcover) 8,29% vom Nettoladenpreis. Bei dem Band »Ich habe Finanzgeschichte geschrieben« betrug der Ladenpreis 18,- Euro – minus 7% Mehrwertsteuer = Nettoladenpreis: 16,74 Euro, davon 8,29% Honorar = 1,38 Euro pro verkauftem Buch, multipliziert mit der Auflage 105.000 = 145.713 Euro. Diese Rechnung ist selbstverständlich fiktiv – prominente Autoren machen auch Pauschalzahlungen (in Raten) aus. Diese liegen allerdings in der Regel nicht unter den durchschnittlichen Honorarsätzen, die nach dem Einzelverkauf der Bücher abgerechnet werden. Promi-Autoren machen also Kasse, leiden aber auch darunter, dass Fußball-Profis der zweiten Liga wesentlich mehr verdienen.

⁵ In der *Frankfurter Rundschau* vom 29.7.2015 war – unter der Überschrift: »Die fetten Zeiten sind vorbei« – zu lesen: »Die Provisionen für Versicherungsvermitt-

Geldanlagen auf die Aktien- und Immobilienmärkte verspricht neue Ertragsmöglichkeiten, bläst aber gleichzeitig neue spekulative Blasen auf, vor deren Platzen sich die Welt fürchtet.

Bei Amazon wies ein kritischer Rezensent – neben zwei Jubel-Statements – auf diese Funktion der von Müller-Vogg bearbeiteten Bücher (hier des Bandes: »Der letzte Patriarch«) hin: »Pohl wirft im Herbst seines Lebens alles in die Waagschale, um sein Bild für die Nachwelt zu manifestieren. Und er wirft alles, was er werfen kann – vor allem Geld ... Zeile für Zeile fügt sich so das Bild eines wahren Messias der Finanzbranche zusammen. Pohl der Patriarch, Pohl der Alleskönner, Pohl der Gutmensch aus Marburg, Pohl der Retter der kleinen Leute. Schade, dass der Papst nicht auch einen Beitrag über Pohl geschrieben hat, dann hätte er gleich ein Datum für die Seligsprechung des Königs der Drücker nennen können.«⁶ Da es bei den Geschäften der DVAG nicht nur – wie die Werbung gerne suggeriert – Gewinner, sondern (neben den Konkurrenten) auch Verlierer gibt, meldeten sich im Laufe der Jahre immer wieder Kritiker zu Wort, die den Werbebotschaften heftig widersprechen.⁷

Der »politische Mensch« Reinfried Pohl

Dass Reinfried Pohl den Publizisten Hugo Müller-Vogg zu seinem quasi-offiziellen Biografen erkoren hat,⁸ ist ein erster, untrüglicher Hinweis auf den politischen Menschen Pohl und dessen Weltanschauung. Er war seit 1969 Mitglied der CDU. Mit dem Altbundeskanzler Helmut Kohl – dem »Vater« der deutschen Einheit und »Mitvater« ... der europäischen Einigung« (MV I: 123), den er 2000 zum Vorsitzenden des Beirats der DVAG berief – verband ihn – seit Mitte der 90er Jahre – eine echte Männer-

ler sinken rapide. Experten vermuten, dass es zu einem massiven Makler-Sterben kommen wird.« Falls die Experten Recht haben sollten, wird davon die DVAG mit ihren mehr als 30.000 Vermögensberatern massiv betroffen sein.

⁶ B. Rater vom 10. Mai 2008 (www.amazon.de/Reinfried-Pohl-Patriarch-be-deutender-Zeitgenossen/dp/3455500846).

⁷ Vgl. z.B. Wolfgang Dahm (ein Ex-DVAG-Mitarbeiter), Beraten und verkauft, Wiesbaden 1996; vgl. auch: Ein Heer von Nieten, in: Der Spiegel vom 5.2.1996; Till Freiberg, Die Abzocker. Ein Finanzberater packt aus, Stuttgart/München 2002.

⁸ Auch für den Geschäftsbericht der Deutschen Vermögensberatung AG für 2014 – also für das Jahr des Todes des Firmengründers, in dem seine beiden Söhne Andreas und Reinfried Pohl seine Nachfolge angetreten haben – wurde der Nachruf auf den Vater von Hugo Müller-Vogg – unter dem Titel der Biografie »Der Doktor, der Kämpfer, der Sieger« – verfasst (S. 29-34).

freundschaft, die natürlich auch zu Werbezwecken genutzt wurde⁹ und wird. Kohls Kanzleramtschef zwischen 1991 und 1998, der Marburger CDU-Politiker Friedrich Bohl, war von 1998 bis 2009 Vorstand der DVAG. Danach wurde ihm die Leitung des Aufsichtsrates übertragen. Die »vielen CDU-Politiker«, die für »sein Unternehmen tätig (wurden),¹⁰ nachdem sie aus der aktiven Politik ausgeschieden waren« (ebd. 124), prägen ganz eindeutig das politische Profil des Unternehmens, obwohl Pohl stets darauf achtete, dass auch einige SPD-Politiker (z.B. Gerhard Jahn, Anke Fuchs, Karl Starzacher) im Aufsichtsrat oder im Beirat der DVAG vertreten waren bzw. sind. Der politische Mensch Rinfried Pohl ist also ganz eindeutig dem konservativen und wirtschaftsliberalen Lager im politischen System der Bundesrepublik zuzuordnen. Seine Erfolge als Unternehmer sind eng mit Regierungsentscheidungen und der parlamentarischen Gesetzgebung, damit auch mit den Kräfteverhältnissen im Parlament verbunden. Daher verwundert es nicht, dass die Parteien (CDU, FDP, SPD) regelmäßig reichliche Spenden empfangen, wobei in der Summe freilich die CDU einsam an der Spitze steht.¹¹

Dennoch: Das Image eines CDU-Konzerns wird von Persönlichkeiten hergestellt, die aus der aktiven Politik ausgeschieden sind – und der »Patriarch« selbst teilt sein langes Leben in zwei große politische Abschnitte ein. Im ersten Abschnitt war er selbst seit 1947/48 politisch aktiv (kurz bei der LDPD im Osten und bis 1969 bei der FDP in Marburg). Der zweite Abschnitt beginnt – im Alter von 47 Jahren – mit dem Sprung in die Selbstständigkeit, mit der Gründung der Firma *Allgemeine Vermögensberatung AG*, später *DVAG*, im Jahr 1976. Vorher (1970), noch in Diensten des *Deutschen Herold*, hatte er die Firma *Bonnfinanz* in Bonn zur ersten deutschen Vermögensberatungsgesellschaft aufgebaut. Seit dieser Zeit – jetzt als CDU-Mitglied – war Pohl nicht mehr selbst in der Öffentlichkeit politisch präsent, bis er später von öffentlichen Ehrungen überhäuft wurde. Er konzentrierte sich im Interesse seines Unternehmens darauf, außerhalb der Öffentlichkeit – so Müller-Vogg (MV III: 262) – »politische Landschaftspflege zu betreiben, das heißt, mit der Politik einen ständigen Informations- und Meinungs austausch zu pflegen. Das

⁹ Vgl. dazu die Laudationes von Dr. Helmut Kohl auf den Unternehmer, Patrioten und Freund Rinfried Pohl, in: MV II: 54-62.

¹⁰ Darunter: Theodor Waigel (CSU), von der CDU, neben Helmut Kohl und Friedrich Bohl: Walter Wallmann, Friedhelm Ost, Udo Corts, Bernhard Vogel, Egon Klepsch, Horst Teltchik, Petra Roth; auch Theo Zwanziger (ehemals DFB-Präsident) war CDU-Politiker.

¹¹ Vgl. dazu den Beitrag von Nico Biver in diesem Band.

ist für ihn ein Grund, Politiker in die Gremien seines Unternehmens (wie Friedrich Bohl und Theo Waigel) zu berufen«.

Die Geschäfte, die Reinfried Pohl betreibt, sind selbst hoch politisch. Er vermittelt durch seine Vermögensberater den Vertrieb von Versicherungsverträgen – vor allem Lebensversicherungen – und anderen Vermögenspapieren (z.B. der Deutschen Bank). Der Anteil der Lebensversicherungen am Gesamtbestand der von der DVAG betreuten Verträge beträgt im Jahr 2014 74,75%.¹² Dieser Handel ist einerseits politisch reguliert (durch Steuergesetze, Regelung der Anlageformen und der Vermittlungstätigkeit, staatliche Förderung), andererseits wird das Verhältnis zwischen gesetzlich geregelter öffentlicher Daseinsvorsorge (im Alter, bei Krankheit, bei Arbeitsunfähigkeit usw.) und der privaten Vorsorge in diesen Bereichen durch die Politik und die Gesetzgebung bestimmt. Mit anderen Worten: Es liegt im Geschäftsinteresse des Unternehmens, das solche Verträge vertreibt bzw. vermittelt, dass die Privatisierung der Daseinsvorsorge vorangetrieben wird. Die Rolle des Staates bei der Daseinsvorsorge muss zurückgedrängt werden, um zusätzliche private Versicherungen notwendig zu machen, die von den großen Versicherungskonzernen und von anderen Akteuren auf den Finanzmärkten mit hohen Gewinnen vermarktet werden.¹³

Der Abbau des »Sozialstaates« muss also als Voraussetzung für die Profite dieser Akteure politisch durchgesetzt werden. Neben der Privatisierung von Staatsunternehmen und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gehört dieses Ziel zu den drei Großprojekten neoliberaler Politik, die in der westlichen Welt seit Margaret Thatcher und Ronald Reagan – in unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Ländern – umgesetzt wurden. Das ist der allgemeine Rahmen, in dem sich – in letzter Instanz abhängig von der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards – der geschäftliche Aufstieg von Pohl und der

¹² Vgl. Geschäftsbericht der DVAG für das Jahr 2014, S. 38.

¹³ In einer Marburger politikwissenschaftlichen Dissertation hat Martin Beckmann (Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomien, Münster 2007, bes. S. 151ff.) die Durchsetzung dieser Politik in der Europäischen Union analysiert. In der Bremer Dissertation von Diana Wehlau (Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung, Wiesbaden 2009) wird diese Politik in Deutschland am Beispiel der Rentenreform nach 2001 untersucht. Vgl. auch Christian Christen: Politische Ökonomie der Alterssicherung. Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitalgedeckte Finanzierung, Marburg 2013; vgl. auch Christian Christen und Christoph Ehlscheid in diesem Band.

DVAG vollzogen hat. In diesem ist beständige »politische Landschaftspflege« – hier aber mit einer eindeutigen Bevorzugung der CDU – notwendig. Diese Nähe zur CDU schließt freilich nicht aus, dass diese Geschäfte auch von der Politik sozialdemokratisch geführter Regierungen profitieren: Gesetze zur Vermögensbildung in den 1970er Jahren haben den Aufstieg des Pohlischen Unternehmens ebenso beflügelt wie – nach der Deutschen Einheit, die für die privaten Versicherer zur wahren Goldgrube wurde – die Rentenpolitik der Regierung von Gerhard Schröder (SPD, Riester-Rente) nach 1998. Müller-Vogg erinnert daran, dass ihm immer wieder »die falschen Parteien unternehmerisch geholfen« haben. Pohl: »(lacht) So ist es. Ich müsste eigentlich Mitglied der SPD werden« (MV I: 42).

Die jungen Jahre des »Kämpfers«

Der Titel der Biografie über den sagenhaften Aufstieg vom Flüchtling zum Milliardär endet beim »Sieger«. Dieser hat sich – gegen alle Widrigkeiten der Geschichte, gegen den Widerstand seiner Konkurrenten und andere Hindernisse – mit dem Erfolg seines Unternehmens – mit dem Konzept »Allfinanz« sowie mit der Anerkennung des Berufsbilds des Vermögensberaters – schließlich durchgesetzt. Der »Doktor« – wie er in seinem Unternehmen genannt wurde – war nicht nur ein schlauer Fuchs, sondern auch ein promovierter Akademiker, der seine Titel (auch die Ehrentitel) ständig mit sich herumtrug.

Die erste Hälfte seines Lebens war vom »Kampf« bestimmt. Das liegt zunächst einmal daran, dass Pohl 1928 im Sudetenland geboren wurde und dort aufwuchs. Als Kind und Jugendlicher geriet er unvermeidlich in die Auseinandersetzungen und Konflikte hinein, die nach dem Ersten Weltkrieg und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs das Schicksal der deutschen Bevölkerung (einschließlich der Vertreibung nach 1945) in der Tschechoslowakei bestimmten. Pohl wuchs in einer Familie auf, die in der Bewegung »Heim ins Reich« für die Sudetendeutsche Partei des Konrad Henlein äußerst aktiv war. Der Vater war Ortsgruppenvorsitzender der Partei; der Onkel führender Funktionär der Gesamtorganisation, in der »Hitler ... wie Gott« (Pohl, MV I: 49) verehrt wurde. Der zehnjährige Rinfried Pohl überreichte dem »Führer« in Zwickau am 6. Oktober 1938 einen Blumenstrauß – direkt nach dem Münchener Abkommen, das den Anschluss des Sudetenlandes an das Reich zugelassen und die Auflösung der Tschechoslowakei eingeleitet hatte. Das Foto von

dieser Begegnung »hatte einen Ehrenplatz in unserer Wohnung« (MV I: 49). Die Kriegsjahre 1944/45 überlebte der junge Reinfried als Luftwafenhelfer in Prag und als Panzergrenadier an der Ostfront. Nach Kapitulation, Flucht, der Verhaftung des Vaters (der 1946 im Gefängnis von Bautzen stirbt) fand er mit der Mutter Zuflucht in Halle, in der sowjetischen Besatzungszone. Seit 1945 engagierte sich Pohl dort bei der Liberal-Demokratischen Partei. Vor 1945 war er durch die Familie, das politische Klima im Sudetenland, durch die Kriegsereignisse geprägt. Niemand käme wohl auf den Gedanken, ihn zu fragen, warum er nicht Widerstandskämpfer gegen den Faschismus war – diese gab es allerdings auch unter der deutschen Bevölkerung im Sudetenland.

Dennoch hätte Müller-Vogg ihm – nach mehr als 70 Jahren – die Gelegenheit bieten können, diesen Abschnitt seiner Biografie und der Hitler-Verehrung, aber auch den Zusammenbruch des »Dritten Reiches« im Zweiten Weltkrieg einmal kritisch einzuschätzen – also das eigene Schicksal im Kontext der Verbrechen zu reflektieren, die in deutschem Namen nicht nur im Sudetenland und in der Tschechoslowakei – vor allem nach 1938 – begangen wurden, als der Führer der Sudetendeutschen Partei, Henlein, Gauleiter wurde und 1941/42 (bis zum Attentat) Reinhard Heydrich in Prag ein Terrorregime (gegen Tschechen, Sozialisten/Kommunisten und Juden) ausübte. Diese Chance wird nicht genutzt. Über seine Zeit in der Hitlerjugend sagt er: »Ich war begeistert, hatte aber nie das Gefühl, dass da etwas Unrechtes geschieht.« (MV I: 47) Sein Urteil über diese Zeit fasst Pohl wie folgt zusammen: »Es ging nicht um rechts oder links, es ging für alle nur um die Erhaltung der jahrhundertalten deutschen Kultur in unserer Heimat.« (MV III: 27) Das passt gut zur »Henlein-Legende«, die in der Bundesrepublik gerne (natürlich vor allem von der Sudetendeutschen Landsmannschaft) verbreitet wurde. Danach war die von Henlein geführte Partei bis 1938 eine demokratische Partei, die sich für die legitimen Interessen des Deutschtums in der Tschechoslowakei einsetzte. Ob es sich bei dem fast 80-jährigen Pohl dabei nur um eine Verdrängung bzw. um einen Erinnerungsverlust oder um einen Versuch zur Rechtfertigung jener Optionen im Namen des »deutschen Schicksals« handelte, muss offen bleiben. Immerhin war dies in der Zeit nach 1945 ein typisches Argument jener, die sich weigerten, sich mit den Verbrechen des deutschen Faschismus (und auch ihrer Beteiligung an ihnen) auseinanderzusetzen.

Ab 1945 allerdings fällt Pohl politische Entscheidungen aus eigener Vernunft bzw. Weltanschauung und gegen die Macht der Umstände. Aber er bewegt sich fortan auf einer Bahn des Konservatismus, auf die

er in der Familie und im Sudetenland gesetzt worden war. Konservatives Denken betont Werte wie Heimat, Deutschtsein, Tradition, Familie, Religion, Anerkennung von Autorität in der Familie (Patriarchat) wie im Staat – dazu gehört aber stets auch die Anerkennung des Eigentums, die sich mit einer scharfen Frontstellung gegen alle Varianten des Sozialismus und Kommunismus verbindet.

Der ältere Konservatismus (wie er klassisch von Edmund Burke Ende des 18. Jahrhunderts in seinen »Betrachtungen über die Französische Revolution« von 1789 vertreten wurde) misstraute vor allem dem Liberalismus, der Proklamation der Menschenrechte mit dem Anspruch auf Freiheit und Gleichheit. Dagegen betont der Konservatismus die von der Natur, dem Blut oder der Leistung abgeleitete Ungleichheit und die darauf aufbauenden gesellschaftlichen und politischen Hierarchien. Dazu gehörte meist auch ein ausgeprägter Anti-Intellektualismus, der die Zersetzung konservativer Werte auf das Wirken von Schriftstellern, Künstlern, Professoren und anderen »Schmarotzern« am Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft zurückführte, die in der Tradition der Aufklärung für die Menschenrechte, die Gleichheit und den Frieden eintreten. Der jüngere Konservatismus des 20. Jahrhunderts war geprägt vom Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Staaten Europas sowie von den kommunistischen Revolutionen in Russland (1917), China (1949) und in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt. Im Kalten Krieg wurde diese Frontstellung im Westen Staatsideologie.

Erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts siegte der Neoliberalismus (in Politik, Wirtschaft und Ideologie) als Folge einer Allianz zwischen Wirtschaftsliberalismus (»weniger Staat, mehr Markt«) und Konservatismus (starker Staat im Kampf gegen das »Reich des Bösen«, Ronald Reagan, und Anerkennung von Religion, Familie und Vaterland). Im Laufe der Zeit kann die Kombination der konservativen Werte als politisches Programm mehr nach rechts verschoben werden (Befürwortung einer Diktatur zur Unterdrückung des Sozialismus/Kommunismus, Pinochet-Chile), oder sie kann nach links verschoben werden: als Programm der Sicherung der kapitalistischen Eigentums- und Klassenverhältnisse, das aber den Sozialstaat als »Klassenkompromiss« akzeptiert, ja diesen – in der Tradition der katholischen Soziallehre – als Werk der Gerechtigkeit im Sinne der Bibel preist.

In diesem Feld bewegte sich zum Beispiel der Arbeits- und Sozialminister der Regierungen von Helmut Kohl, Norbert Blüm, der von Riefried Pohl immer wieder als Beispiel für schlechte Politik genannt wird

(z.B. MV III: 265),¹⁴ weil er an dem System der gesetzlich geregelten, aus Arbeitseinkommen finanzierten Rente festhielt. Das aber widersprach den Geschäftsinteressen der DVAG. Pohl bewegte sich ziemlich kontinuierlich im eher moderat nach rechts verschobenen Feld konservativer Politik und Weltanschauung. Aus der »rechten Mitte«, die sich freilich deutlich mit der Elitenherrschaft vor 1945 überschneidet, kamen viele der Helden des westdeutschen »Wirtschaftswunders« und der späteren »Sieger der Geschichte«!

In Halle trat der junge Mann 1945 der LDPD bei und wurde als Landesjugendsekretär hauptamtlicher Funktionär. Die LDPD (im Westen dann die FDP) wird als »antisozialistische, bürgerliche Sammlungsbewegung«, mit einer »national-liberalen Orientierung« charakterisiert. In der Sowjetischen Besatzungszone war sie – z.B. in Sachsen-Anhalt – sehr stark und vertrat eine »privatwirtschaftliche Linie«,¹⁵ die bald unter den Druck der SED und der Besatzungsmacht geriet. Im August 1948 floh er aus der SBZ nach Marburg, um einer drohenden Verhaftung durch die Sowjets zu entkommen.¹⁶ In Marburg nahm er das Jura-Studium auf, machte schnell Karriere: als »Boss der Jungliberalen und zudem (als) Chef der Liberalen Hochschulgruppe« (MV I: 59). 1954 wurde er für die FDP zum Stadtverordneten gewählt – 1958 bis 1962 war er stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Nun hatte er bereits das Studium mit Staatsexamen und Promotion (1953) abgeschlossen und war für den Gerling-Konzern als Versicherungsvertreter tätig.

Marburg war – wie Nordhessen insgesamt – nach 1945 eine Hochburg der Liberalen, die den Oberbürgermeister stellten. Bei den Kommunalwahlen 1946 erreichten sie 40,4%. Bei ihnen – wie in Hessen insgesamt – sammelten sich politische Kräfte, die rechts von der CDU standen und national, wirtschaftsliberal (gegen die Sozialisierungsbestrebungen nach 1945 auch in den Westzonen) und vor allem antisozialistisch und anti-

¹⁴ Norbert Blüm revanchiert sich für solche Kritik, indem er seine Rentenpolitik verteidigt und im Interview (14. Januar 2014) feststellt: »Die Rente ist den Finanzhaien ausgeliefert worden« (www.aachener-zeitung.de/news/politik/norbert-bluem-die-rente-ist-den-finanzhaien-ausgeliefert-warden-1.738587)

¹⁵ Vgl. Jürgen Dittberner, Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, 2. Auf., Wiesbaden 2010, S. 32f.

¹⁶ Müller-Vogg (MV I: 57) erinnert im Gespräch an seinen Parteikollegen Hans-Dietrich Genscher in Halle. Dieser – so Pohl – wurde »nicht verhaftet, er durfte sogar weiterstudieren«. MV: Was folgt daraus? Pohl: »Eine Schlussfolgerung überlasse ich anderen.« Da Pohl später – u.a. wegen der Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung, der ja auch Genscher angehörte – aus der FDP austrat, könnte man dieses Ausweichen auch so deuten: Der konnte schon immer besser mit den Russen!

kommunistisch orientiert waren. Die Brücken zur NS-Ideologie waren sehr stabil; immerhin gehörten Stadt und Landkreis schon vor 1933 zu den Hochburgen der NSDAP. Vor allem setzte sich die FDP – dann auch in der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer – dafür ein, die Prozesse gegen Kriegsverbrecher (»Nürnberg«) und die Entnazifizierungsverfahren zu beenden, eine Generalamnestie zu erlassen und die Beamten aus der Zeit vor 1945 wieder in den Staatsdienst zu übernehmen.

Im Süden vertrat die FDP mit dem Ministerpräsidenten Reinhold Maier liberale Positionen in der Tradition der DDP vor 1933, der auch Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, angehörte. In anderen Landesverbänden – vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Hessen – dominierten hingegen die »alten Nazis«. ¹⁷ Neuere Untersuchungen über die NS-Vergangenheit von Politikern in Hessen haben für die »bürgerlichen Parteien« (CDU und FDP) einen besonders hohen Anteil von ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der NSDAP nachgewiesen. ¹⁸ Der FDP-Landtagsfraktion nach 1946 wird attestiert, dass sie »tief im braunen Sumpf« steckte. ¹⁹ Für den Landkreis Marburg-Biedenkopf stellte Prof. Kleinert von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (Gießen) die Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor: »Ein Drittel aller Funktionsträger sind Mitglieder der NSDAP oder anderer Nazi-Organisationen gewesen, nicht wenige haben dies bis zu ihrem Tode verschwiegen.« Die Werte liegen über denen für den Hessischen Landtag und wiederum erreichte die FDP (mit 40%) den höchsten Anteil.

Die FDP in Nordrhein-Westfalen wurde Anfang der 50er Jahre von der »Naumann-Affäre« erschüttert. Dort wurde die Partei – unter dem Schutz des Vorsitzenden Friedrich Middelhaue – von einem Kreis von ehemals führenden NS-Funktionären (Dr. Werner Naumann, Hans Fritzsche, Werner Best, Ernst Achenbach u.a.) unterwandert, die 1953 von der britischen Besatzungsmacht verhaftet wurden. Das Ziel dieser »Verschwörung« war es, die FDP als Regierungspartei für die Freilassung von NS-Tätern und eine Generalamnestie für NS- und Kriegsverbrechern zu instrumentalisieren. Wie neuere Untersuchungen über wichtige Ministerien und Ämter (z.B. Außenministerium, BND, Verfassungsschutz, BKA) belegen, war diese Politik außerordentlich erfolgreich, vor allem im Ein-

¹⁷ Vgl. Dittberner, a.a.O., S. 35-38.

¹⁸ Zuletzt für den Landkreis Marburg-Biedenkopf Prof. Hubert Kleinert (Gießen), Jeder Dritte war ein Nazi, www.mrlife.de/index.php/landkreis/102.dsa

¹⁹ So Hans-Peter Klausch, Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), DIE LINKE, Fraktion des Hessischen Landtages, Wiesbaden 2011, S. 12-17.

fluss auf das Straffreiheitsgesetz von 1954. Allerdings bildete sich in Nordrhein-Westfalen auch eine Opposition gegen den Einfluss dieser Gruppe. Daraus gingen FDP-Politiker (wie Walter Scheel, Wolfgang Döring u.a.) hervor, die in den 1960er Jahren bereit waren, eine Koalition mit der SPD einzugehen und sich für die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und der DDR einzusetzen, die von der politischen Rechten, vor allem aber von der Sudetendeutschen Landsmannschaft, als »nationaler Verrat« bekämpft wurde.

In Hessen hatten sich Teile des national-liberalen Flügels um den Vorsitzenden August-Martin Euler schon 1956 abgespalten.²⁰ Die hessische Landesvorsitzende der FDP, Ruth Wagner, stellte in ihrer Rede anlässlich des Festaktes »60 Jahre FDP Hessen« in der Frankfurter Paulskirche am 8. Januar 2006 u.a. kritisch fest: »Mit Martin Euler steuerte die hessische FDP, dann ab 1948 FDP Hessen, einen scharfen Rechtskurs mit einer nationaldemokratischen Sammlungsstrategie, die sogar zu einem Wahlabkommen mit einem nationaldemokratischen Kandidaten führte und ungeniert um ehemalige NSDAP-Mitglieder warb.« Bei der Bildung der ersten Regierung der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel im Jahr 1969 verließen – mit dem Parteivorsitzenden Erich Mende – weitere Abgeordnete und Mitglieder die FDP, um sich der CDU anzuschließen. Sie protestierten gegen die Ostpolitik der neuen Regierung. Zu diesen Dissidenten gehört auch der »Nationalkonservative« Reinfried Pohl (MV III: 83). Neben der Bundespolitik wird auch die lokale Politik als Grund für den Abschied erwähnt. »Er muss miterleben«, so Müller-Vogg (III: 88), »wie die liberale Partei von linken Studenten bei deren ›Marsch durch die Institutionen‹ unterwandert wird. Er beklagt geradezu ›kommunistische Tendenzen‹.«²¹

²⁰ Zur Gruppe um Euler gehörte auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Ludwig Preiss, der bis 1961 das Bundestagsmandat im Wahlkreis Marburg für die FDP gewonnen hatte. 1965 kandidierte er für die CDU und schlug den SPD-Kandidaten Gerhard Jahn knapp. Reinfried Pohl warb mit anderen FDP-Mitgliedern in Marburg dafür, Preiss mit der Erststimme zu unterstützen (MV I: 87). Preiss war seit 1933 Mitglied der SS, ab 1934 auch der SA gewesen.

²¹ Dazu gehörte in den späten 60er Jahren – als Vorsitzender der liberalen Studentengruppe, die ein Hochschulpolitisches Bündnis mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) eingegangen war – Wolfgang Gerhardt, später (1995-2001) Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der Bundestagsfraktion (1998-2006), danach Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Müller-Vogg (II: 68) lässt Wolfgang Gerhardt kurz in »Der letzte Patriarch« zu Wort kommen. Dieser erwähnt – neben Pohl – die Marburger FDP-Kommunalpolitiker Günter Schernbeck und Hansjoachim Kochheim. Kochheim war (1969/70) als Bür-

Aus den Texten von Müller-Vogg geht nicht hervor, wie eng Pohl der Politik des nationalkonservativen Flügels in der FDP verbunden war; denn er wird auch immer wieder als »Pragmatiker« beschrieben (MV II: 80ff.). Dennoch war die Karriere von Pohl eng mit seinem Doktorvater, Prof. Dr. Erich Schwinge, verbunden.²² Dieser promovierte ihn 1953 »in Rekordzeit« (MV I: 76), nur ein halbes Jahr nach dem 1. Juristischen Staatsexamen, mit einer Dissertation über den Artikel 41 der Hessischen Landesverfassung, den sogenannten Sozialisierungsartikel. Pohl wollte darin die Rechtsunwirksamkeit des Artikels nachweisen. Das entsprach seiner wirtschaftsliberalen Gesinnung, aber auch der Position der hessischen FDP, die noch Anfang der 50er Jahre eine Kampagne gegen die Umsetzung des Artikels 41 organisiert hatte. 1951/52 entschied der Hessische Staatsgerichtshof aufgrund einer Klage der FDP, dass nur die »Aufspaltung« der Firma Buderus in Wetzlar zulässig gewesen sei. Die Dissertation von Pohl trägt den Titel: »Die Sozialisierung in Hessen. Die Artikel 39 bis 41 der Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946«. Das »Ergebnis« lautet: »Der Artikel 41 HV ist nicht rechtsgültig zustande gekommen. Die entgegenstehende Ansicht des HStGH (Hessischer Staatsgerichtshof, F.D.) kann nicht überzeugen. Artikel 40 Satz 1 HV ist rechtsunwirksam« (S. 172). Im Blick auf die praktische Umsetzung des Art. 41 sowie auf das Grundgesetz von 1949 (Art. 14 und 15) wird festgestellt, dass »abgesehen von den sowjetzonalen Sozialisierungen ... damit dem ersten praktischen Sozialisierungsversuch in Deutschland der erhoffte Erfolg versagt geblieben (ist)« (S. 174). Pohl vertritt in dieser Dissertation die Rechtsauffassung der FDP sowie der hessischen Arbeitgeber, die sich gegen den Artikel 41 wandten. Dabei stützte er sich auf Rechtsgutachten von konservativen Verfassungsjuristen, die im System der NS-Justiz groß geworden waren: u.a. Carl Schmitt, Werner Weber, Ulrich Scheuner, Hans-Peter Ipsen, Theodor Maunz, Hermann Jahrreiß,

germeister in einer Koalition mit der CDU unter Walter Wallmann als Oberbürgermeister vorgesehen. Die Marburger FDP wurde schwer erschüttert, als Kochheim – nachdem sich die SPD für Hanno Drechsler als OB-Kandidat entschieden hatte – mit einer knappen Mehrheit in der FDP 1970 eine Koalition mit der SPD einging. Die CDU und der rechte Flügel der FDP waren über diesen »Skandal«, der in der lokalen Politik lange fortwirkte, entsetzt. Immerhin machte Walter Wallmann danach eine steile politische Karriere in Bonn, Wiesbaden und Frankfurt und wurde schließlich auch in den Dienst der DVAG übernommen. Dass Müller-Vogg überhaupt Wolfgang Gerhardt, der Kochheim erwähnt, zu Wort kommen lässt, hat Reinfried Pohl, den »Doktor«, sicher nicht erfreut!

²² In dem Gesprächsband »Ich habe Finanzgeschichte geschrieben« (MV II: 60) wird der Name des Doktorvaters Schwinge nicht erwähnt.

die – wie auch Erich Schwinge – alle in Ingo Müllers Studie über Hitlers »Furchtbare Juristen« (München 1969) genannt werden. Dennoch: Die Dissertation von Pohl ist nicht nur sehr umfangreich (175 Seiten), sie ist auch durch die Literatur gut fundiert (34 Rechtsgutachten und 41 weitere Titel in der Literaturliste) und sie ist durchgängig gut formuliert. Sie entspricht also gewiss den Anforderungen an eine eigenständige, wissenschaftliche Forschungsleistung.

Ungewöhnlich ist allerdings die »Rekordzeit«, in der er die Promotion »schafft« (MV III: 76). Das erste juristische Staatsexamen schließt er am 2. April 1953 ab; das Rigorosum (mündliche Prüfung der Promotion) findet schon am 3. Dezember 1953 statt. Die Arbeit muss aber früher eingereicht worden sein, denn vor dem Rigorosum müssen die beiden Gutachten verfasst werden und die Mitglieder der Fakultät müssen zustimmen. Müller-Vogg bewundert den »Charakter des jungen Mannes«, der »nicht jammert, ... sondern diese Herausforderung annimmt und (sich) durchkämpft« (MV III: 76). An anderer Stelle vermerkt er jedoch, dass der Dokortitel wenig später für den Vertreter des Gerling-Konzernes beim Verkauf von Versicherungen nützlich war: »Der akademische Grad (erleichtert) ihm das Verkaufen. Der Titel erhöht die Vertrauenswürdigkeit des redegewandten jungen Vertreters, lässt ihn kompetenter erscheinen, als er (am Anfang seiner Tätigkeit, F.D.) tatsächlich ist.« (MV III: 89)

Professor Schwinge war prominentes Mitglied der FDP, stellvertretender Landesvorsitzender und Bundestagskandidat. Dazu amtierte er als Dekan der juristischen Fakultät, 1955/56 als Rektor der Universität. Er war Kommentator des Militärstrafgesetzbuchs von 1936 bis 1943. Dabei vertrat er – explizit vor 1945 – das Leitbild der »Manneszucht«, d.h. der bedingungslosen Anerkennung des soldatischen Gehorsams und soldatischer Pflichterfüllung im Sinne des Nationalsozialismus. Nach 1941 wirkte er in Wien als Staatsanwalt und dann als Militärrichter – er beantragte in zehn Fällen die Todesstrafe, in acht Fällen fällte er selbst Todesurteile, obwohl eine mildere Strafe möglich gewesen wäre.²³ Er war

²³ Für Ingo Müller (1987: 192) war er wie erwähnt einer der »furchtbaren Juristen« des NS-Regimes. 1984 zeigte der inzwischen 57-jährige Anton Reschny Schwinge wegen Rechtsbeugung und versuchten Mordes an. Schwinge hatte ihn 1944 zum Tode verurteilt. Reschny hatte bei der Räumung einsturzgefährdeter Häuser – nicht einmal zwei Wochen nach seiner Einberufung – eine leere Geldbörse sowie zwei Uhren an sich genommen. Schwinge wandte das – von ihm selbst kommentierte – Militärstrafrecht (Straftatbestand »Plünderung«) an und verurteilte den 17-Jährigen zum Tode. Zur Begründung spielten Begriffe wie »Mannes-

nach 1945 ein gefragter Gutachter in Strafprozessen gegen NS-Täter, der sich stets um deren Freisprechung bzw. um Amnestie bemühte. Eine Autobiografie von Schwinge erschien posthum 1997. Darin rechtfertigte er nicht nur seine Tätigkeit für die Wehrgerichtsbarkeit sowie die Verteidigung von Kriegsverbrechern, sondern entlud zugleich seinen Hass auf die »Rote Philipps-Universität« der 70er Jahre sowie insbesondere auf das »Phänomen Wolfgang Abendroth«. Diese »ungewöhnliche Erscheinung« – so Schwinge – konnte jahrelang »Zersetzungsarbeit und Unterwanderung betreiben, ohne dass ihm jemand energisch entgegengetreten wäre«. Immerhin war Abendroth 1937 von einem »regulären Strafsenat des Oberlandesgerichtes..., mit fünf Berufsrichtern besetzt«, wegen Hochverrats zugunsten der KPD zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden.²⁴ Abendroth dachte wahrscheinlich auch an Schwinge, als er in den Gesprächen über sein Leben von der »schlimmsten Belastung« sprach, die man Anfang der 50er Jahre an der Universität Marburg »... mit sich herumtrug«, nämlich der, »gegen den Faschismus gekämpft zu haben«.²⁵

Pohl entschied sich im Mai 1956 für die berufliche Tätigkeit als Leiter der Geschäftsstelle der Gerling-Versicherung im Raum Gießen/Marburg. Auf der Bahn des beruflichen Aufstiegs entfernt er sich von Wissenschaft und Politik in der Universitätsstadt, in der er seine Frau Anneliese Klingelhöfer kennenlernt und in der er bis zu seinem Tode leben wird. Gleichwohl bleibt er jenen Milieus, Denkweisen und auch jenen einflussreichen Personen verbunden, die seine Weltanschauung und sein politisches Engagement bestimmt hatten. Deren Profil lässt sich durch die Adjektive

zucht« und »Abschreckung« eine entscheidende Rolle. Das Urteil wurde von Heinrich Himmler, dem Reichsführer der SS, auf 15 Jahre Zuchthaus abgemildert! Die Staatsanwaltschaft Marburg stellte das Verfahren ein, die Beschwerde dagegen wurde vom OLG Frankfurt zurückgewiesen. Allerdings war Schwinge nach den Veröffentlichungen über seine – lange verschwiegene – Tätigkeit als Staatsanwalt und Richter zwischen 1941 und 1944 in der Öffentlichkeit (bis zu seinem Tod im Jahr 1994) diskreditiert. Auch Müller-Vogg ist darum bemüht, die Beziehung zwischen Pohl und seinem Doktorvater (und Parteigenossen) Schwinge, aber auch die wissenschaftliche Qualität der Doktorarbeit möglichst herunterzuspielen. Pohl »geht es nicht in erster Linie um die Bereicherung der Wissenschaft mit neuen Erkenntnissen. Vielmehr liegt ihm sehr an dem ›Dr.‹, weil er weiß, dass Titel beim beruflichen Fortkommen ausgesprochen hilfreich sein können.« (MV III: 72)

²⁴ Erich Schwinge, Ein Juristenleben im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1997, S. 275f.

²⁵ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1976, S. 216.

nationalkonservativ, wirtschaftsliberal, patriarchalisch, pragmatisch, antisozialistisch/antikommunistisch charakterisieren. So tauchten auf seinem weiteren Weg immer wieder Persönlichkeiten auf, die mehr oder weniger diesem Profil entsprechen und die das politische »Klima« bzw. die »Kultur« in ihren Unternehmen bzw. Organisationen bestimmen.

Hans Gerling (1915-1991), der Leiter des Gerling-Konzerns, also der höchste Vorgesetzte von Pohl bis 1967, wurde von seinen Klassengenossen posthum als »sozialer Patriarch« gewürdigt, »ein Herr, der nie einen Zweifel darüber aufkommen ließ, wer letztlich das Sagen hat« (so Hilmar Kopper, Deutsche Bank, 1999). Das sogenannte Gerling-Viertel in Köln, der Sitz der Konzernzentrale, die 1958 mit großem Pomp eingeweiht wurde, war ein monumentales Gebäude-Ensemble, das auch als »Reichskanzlei« bezeichnet wurde – geplant und gebaut von Architekten, Künstlern und Bauleitern, die schon im Dritten Reich zu den führenden Baumeistern des Albert Speer gehörten. Als Bildhauer übergroßer Skulpturen, die dem faschistischen Männlichkeitskult huldigten, war auch Arno Breker an der Ausgestaltung der neuen Konzernzentrale beteiligt. Diesen hatte schon Adolf Hitler als seinen Lieblings-Bildhauer auserkoren.

Günter Wallraff arbeitete 1973 undercover in der Gerling-Zentrale,²⁶ um die extreme hierarchische und autoritäre Kultur des Unternehmens zu erkunden. Dabei reproduzierte er das Manuskript einer Rede von Hans Gerling vom 27. Oktober 1972, anlässlich der Gesamtsitzung der Aufsichtsräte und Beiräte des Verwaltungsrates über die allgemeine politische Lage in Deutschland.²⁷ Das war kurz vor der Bundestagswahl vom November 1972, bei der – nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt – die Parteien der sozialliberalen Koalition fast 55% der Stimmen bekamen und die Auseinandersetzung um die »Ostverträge« ihren Höhepunkt erreichte.

Der erfolgreiche Unternehmer und Milliardär benennt zunächst »die vier Gegner der Stabilität«:²⁸ erstens den *Staat* als bürokratische Einrichtung, zweitens *die Demokratie* als parlamentarische Einrichtung, drittens die *Parteien* als gesellschaftspolitische Einrichtungen, viertens die *Arbeitnehmerorganisationen* als sozialistische Einrichtungen«. Hier

²⁶ Vgl. Bernt Engelmann/Günter Wallraff, *Ihr da oben, wir da unten*, Köln 1973, S. 288-352.

²⁷ Ebd., S. 334-336.

²⁸ Dabei bleibt unklar, welche »Stabilität« gemeint ist: die des Gemeinwesens oder die des eigenen Unternehmens und seiner Gewinne.

deutet sich schon an, dass für den Unternehmer Gerling die Demokratie eine höchst gefährliche Staatsform ist, eine stete Bedrohung der »Stabilität« der »Wirtschaft«, zumal dann, wenn »Arbeitnehmerorganisationen« (d.h. Gewerkschaften) höhere Löhne, bessere Sozialleistungen und mehr Mitbestimmung fordern. Die »Unternehmerautonomie ... wird jetzt ... sozialistisch und kollektiv überrollt ... Solange und soweit die Leitung des Staatswesens Dilettanten anvertraut ... wird, kann man nicht erwarten, dass der komplizierte Mechanismus einer modernen Wirtschaftsordnung richtig bedient wird... Der Spruch »Mehr Demokratie« (das war das Motto der Regierungserklärung von Willy Brandt, ergänzt um »wagen«, F.D.), zur Durchsetzung sozialistischer Machtansprüche seit der Machtübernahme des letzten Kanzlers in diesem Sinne missbraucht, heißt nichts anderes, als dass nicht nur in politischen Bereichen, sondern gerade auch in der Wirtschaft, die von der Sache her fundierte Entscheidung eines Unternehmers oder einer Betriebsleitung durch den Machtanspruch einer gewerkschaftlich oder kollektivistisch gelenkten Mehrheit herbeigeführt oder verhindert werden kann ... Jeder, der (den Sozialisten, F.D.) zur Macht verhilft, muss sich die Anklage der Beihilfe zur Freiheitsberaubung gefallen lassen ...« Natürlich fehlt auch nicht der Hinweis, dass »die Sowjetunion mit ihren Satelliten ... Europa balkanisieren und sich einverleiben« will. Wer sich dem Gegner annähert (durch die Ostpolitik z.B.), der versucht, »ein Raubtier dadurch zu besänftigen, dass man ihm von Zeit zu Zeit ein schönes Stück des eigenen Fleisches abschneidet und vorwirft«. Diese extrem primitive Argumentation im Geiste des »Kalten Krieges« steigert sich schließlich zur dramatischen Beschwörung: »Freiheit oder Sozialismus« (»Lieber tot als rot!«): »Wir können wählen zwischen Ost und West, zwischen materiellem Kollektivismus und individueller Freiheit. Es ist für den, der die menschliche Freiheit mit einem humanen Leben gleichsetzt, eine Wahl zwischen Leben und Tod.«

Wir wissen natürlich nicht, ob Rolf Pohl dieses Redemanuskript bekannt war und wie er sich zu einzelnen Formulierungen verhalten hätte. Dennoch, die Grundstruktur der Weltanschauung von Gerling lässt sich sehr genau mit den Begriffen Konservatismus, Wirtschaftsliberalismus, Antisozialismus/Antikommunismus beschreiben – hier freilich im Hass auf Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Sozialliberale und die Sowjetunion – bis zur Lächerlichkeit übersteigert. Bei Müller-Vogg erfahren wir nichts über geistig-weltanschauliche Verwandtschaftsbeziehungen zwischen Pohl und Gerling, der seit den 70er Jahren kaum als Sieger, sondern eher als Verlierer im großen Versicherungsgeschäft

gilt.²⁹ Allerdings – so Müller-Vogg (MV III: 92) – »die Zeit bei Gerling ist eine gute Zeit für Reinfried Pohl. Es geht beruflich schnell aufwärts... Er verdient gut ... (er) trägt den Titel Direktor und hat Prokura«. Schließlich stellt sich Pohl als »der letzte Patriarch« (MV III) allzu gerne in jene Tradition, die auch Gerling mit dieser Rollenbeschreibung des Unternehmers in Anspruch genommen hatte. Klar: Der Patriarch fällt nicht nur die wichtigsten Entscheidungen im Unternehmen, er prägt auch den »Geist«, die politische Kultur des Hauses.

Die Vorgeschichte des Aufstiegs mit der DVAG beginnt im Jahr 1967. Pohl beendet seine Tätigkeit für den Gerling-Konzern und arbeitet mit der Versicherungsgesellschaft Deutscher Herold zusammen. Gleichzeitig wird er Geschäftsführer der IOS Versicherungs-Vermittlungs GmbH und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der IOS Deutschland. Hier wird er mit dem Konzept »Allfinanz« und dem Direktvertrieb von Finanzdienstleistungen durch »Vermögensberater« vertraut, das später durch die DVAG erfolgreich weitergeführt wird. Der Chef des IOS-Imperiums war der »mit allen Wassern gewaschene Geschäftsmann« Bernard (»Bernie«) Cornfield.³⁰ Dieser war seit den 50er Jahren – ausgehend von New York, wo er mittellos aufgewachsen war – mit dem Verkauf von Investmentzertifikaten, den er auch nach Europa ausdehnte (vor allem für US-GIs), reich geworden. 1968 zählte das Imperium 16 eigene Investmentfonds, fünf Banken, sechs Versicherungsgesellschaften und drei Dutzend weitere Tochtergesellschaften. IOS war in Panama registriert, ein Investmentfonds in Luxemburg und der Dachfonds »Fund of Funds« ebenfalls steuersparend in Kanada. Die Geschäfte liefen in den 60er Jahren blendend. Die Kunden wurden mit der Aussicht auf Vermögensbildung und Alterssicherung, aber auch auf Steuerersparnis, geködert. IOS funktionierte nach dem Schneeballsystem, riesige Summen wurden auf Privatkonten von Cornfield abgezweigt, der ein aufwendiges Leben in seinem Genfer Schloss, später in Beverly Hills – umgeben von Stars und Prostituierten – führte. Cornfield wurde 1969 in Genf verhaftet, saß in Untersuchungshaft, wurde später freigesprochen. Das IOS-Imperium

²⁹ Als Folge des Zusammenbruchs der Herstatt-Bank (an der der Gerling-Konzern beteiligt war) verlor Hans Gerling zeitweilig die Kontrolle über seinen Konzern. In der gleichen Zeit begann der Aufstieg von Reinfried Pohl und seiner Firmen: Bonnfinanz, Kompass und schließlich AVAG, die 1983 zur DVAG umbenannt wurde.

³⁰ Die Informationen über Cornfield stützen sich auf: Benedikt Fehr, Vom Armenpfleger zum Millionär und Playboy, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.3.2009. Der Name wird auch oft »Cornfeld« geschrieben.

brach 1973 zusammen. Es war der »bis dahin größte Finanzskandal in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges«.

Riefried Pohl hatte sich schon 1969 von der IOS getrennt und baute mit der *Bonnfinanz* eine eigene Vermögensberatungsgesellschaft auf. Das IOS-Abenteuer war – so scheint es auf den ersten Blick – rein geschäftlich und zudem ein hilfreicher Einstieg in ein neues Unternehmenskonzept. Schließlich waren der Deutsche Pohl und der Amerikaner Cornfield extrem gegensätzliche Charaktere: auf der einen Seite der halbseidene Schwindler und Playboy, der mit seinem Luxus und seinen Ausschweifungen protzt, auf der anderen Seite der bescheidene und korrekte Familienmensch, der auch sein Unternehmen als seine »Familie« führt.

Dennoch hat auch diese Episode mit Politik auf höchster Ebene zu tun. Cornfield suchte einen prominenten deutschen Politiker als Werbeträger für den Verkauf seiner Investmentpapiere. Am liebsten hätte er den Altkanzler Ludwig Erhard angeworben, den von seinen Anhängern gepriesenen »Vater des Wirtschaftswunders«, der allerdings Ende 1966 als Kanzler gescheitert war, und ihn für den Vorsitz im Verwaltungsrat von IOS Deutschland engagiert. Dafür braucht Cornfield die »exzellenten politischen Kontakte des Noch-Gerling-Direktors Pohl. Der lässt seine Beziehungen spielen, informiert den Altkanzler über die Pläne von IOS. Kurz darauf fliegen Erhard und Pohl zusammen zu Cornfield und Roosevelt nach Zürich ... Die Vergütung (für Erhard) soll 100.000 Mark im Jahr betragen.« (MV III: 111f.) Erhard lehnt schließlich ab. Jetzt schlägt Pohl seinen engen Freund, Erich Mende, vor: 1963 bis 1966 Vizkanzler unter Erhard und noch Bundesvorsitzender der FDP: »ein gutaussehender, ausgesprochen eloquenter Herr, im ganzen Land bekannt, bestens vernetzt, in Sachen Wirtschaft kompetent« (MV III: 113). Müller-Vogg bezeichnet Mende als »Gesicht der deutschen Gesellschaft« (MV III: 117) – dieses gewann vor allem dadurch Profil, dass Mende am Hals immer wieder öffentlich das Ritterkreuz zur Schau trug, das er als Berufsoffizier von 1938 bis 1945 im Jahr 1944 erworben hatte. Mende gehörte nicht zum extrem rechten Flügel der FDP; er stand jedoch, wie Müller-Vogg betont, »innerhalb der FDP eher für den national-konservativen Flügel, dem auch Sie (i.e. Pohl) sich zuordnen« (MV I: 133). Mende hatte sich schon 1950 für die Freilassung verurteilter deutscher Kriegsverbrecher eingesetzt – 1953 forderte er als erster Bonner Politiker, dass ehemaligen Soldaten das Tragen ihrer Tapferkeitsauszeichnungen erlaubt werden müsse (Der Spiegel 23/1961). Das lag nun ganz auf jener parteipolitischen Schiene, auf der sich Pohl in Marburg bewegt hatte. Da war es

auch konsequent, dass Mende und Pohl fast gleichzeitig 1969 aus der FDP, als diese mit der SPD koalierte, austraten und sich der CDU anschlossen. Während jedoch Pohl beruflich aufstieg, ging es mit Mende abwärts. Bei der CDU-Bundestagsfraktion fristete er das Dasein eines Hinterbänklers. Als 1973 das IOS-Imperium zusammenbrach, wurde er Gegenstand allgemeinen Spotts, mehr noch der öffentlichen Verachtung.

An der Seite von Cornfield befand sich – als bezahlter Werbeträger – aber ein halb-prominenter Politiker aus den USA, James Roosevelt, ein Sohn des legendären Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Er war als Mitglied des Repräsentantenhauses eher unbedeutend und fungierte als US-Gesandter bei einer UNO-Institution. Für das Engagement von Pohl bei IOS warb Roosevelt mit dem großen Thema des Kampfes gegen Sozialismus und Kommunismus. Im Gespräch mit Müller-Vogg schildert Pohl, wie Roosevelt ihn beeindruckte: »Er war der Meinung, dass die Deutschen auch deshalb für sozialistisches oder kommunistisches Gedankengut anfälliger seien als etwa die Amerikaner, weil die kleinen Leute in Deutschland kein Eigentum bildeten. Das war der ideologische Hintergrund der IOS, wenn Sie so wollen. Roosevelt packte mich schließlich mit dem Hinweis, ich sei doch ein entschiedener Gegner von Sozialismus und Kommunismus. *Müller-Vogg*: Da lag er ja nicht falsch. *Pohl* (lacht): In der Tat.« (MV I: 76) Der »ideologische Hintergrund«, vor dem sich das Leben des Dr. Pohl bewegte, war also auch im Falle dieser Geschäftsverbindungen gewahrt, für die der ziemlich raffinierte Betrüger und Aufschneider Cornfield gerne den Begriff »people's capitalism« (Volkskapitalismus) verwendete.

Stiller Teilhaber der Macht und politische Landschaftspflege

Der zweite große Lebensabschnitt des Homo politicus – seit dem Übergang in die Selbständigkeit im Jahr 1975 – war dem Aufbau und dem Erfolg der Deutschen Vermögensverwaltung gewidmet. Pohl war jetzt CDU-Mitglied und residierte sogar zeitweilig mit seinem Büro im Konrad-Adenauer-Haus der CDU (MV I: 86). Dort lernte er früh Helmut Kohl kennen. Für CDU-Mitglieder und Sympathisanten war seine Firma daher erste Adresse. Dennoch tritt er politisch in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung. In Marburg ist er den politischen Akteuren der Linken bis weit in die 90er Jahre hinein weithin unbekannt. Dabei musste dieser Homo politicus, der seiner konservativen, nationalen, wirtschaftsliberalen Gesinnung stets treu geblieben ist, darunter gelitten haben, dass ausge-

rechnet »sein« Marburg seit den späten 60er Jahren in den Geruch einer »roten Hochburg« geriet – mit einigen »roten Fachbereichen« an der Uni, mit einer kommunistischen Partei, die bei Kommunalwahlen 1977 immerhin 10,7% der Stimmen erhielt, wo selbst die Liberalen »kommunistisch unterwandert« waren, Abendroth-Schüler wie Hanno Drechsler, Kurt Kliem, Vera Rüdiger und Hans Eichel in der lokalen und regionalen Sozialdemokratie Führungspositionen innehatten und wo seit den 80er Jahren die Grünen mehr als 20% erreichten.

Seit 1988 (vier Mal Bundesverdienstkreuz, Ehrensenator der Universität 1998) bis zum Höhepunkt des Jahres 2003 (Ehrendoktorwürde der Fachbereiche Medizin und Rechtswissenschaften der Universitäten Marburg und Sibiu/Rumänien) und schließlich mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Marburg im Juli 2006 sowie mit der Ernennung zum hessischen Ehrenprofessor 2007 wurde er öffentlich wahrgenommen: als einer der erfolgreichsten Unternehmer des Landes, der mit Teilen seines Unternehmens den Umbau eines ganzen Stadtviertels betreibt, als Spender an Parteien, Vereine, Projekte etc. in Erscheinung tritt, u.a. »Bückingsgarten« rettet und aufpoliert und schließlich den alten Waldecker Hof (in dem seine FDP der 50er Jahre tagte) in eine Fachhochschule für Vermögensberater umwandelt. Nun war sein Name und der seiner Frau in der Stadt omnipräsent. Eine Vier-Millionen-Spende für einen Aufzug zum Schloss wurde da schon einmal politisch kontrovers diskutiert.³¹ Dennoch: Pohl selbst erschien stets als der eher unpolitische Wohltäter der Stadt. Natürlich vermuten zumindest viele in Marburg, dass die Dominanz der CDU-Elite in der Führung der DVAG keineswegs »unpolitisch« ist, sondern darauf hinweist, dass in diesem Geschäftszweig die Verbindungen zwischen der Politik und dem Vertrieb von Finanzprodukten besonders wichtig, d.h. »geschäftsfördernd« auf der einen, »einträglich« auf der anderen Seite sind. Schließlich hätte sich auch niemand darüber gewundert, wenn der alte »Patriarch« (zusammen mit seinen CDU-Granden) mit Genugtuung zur Kenntnis genommen hätte, wie sich ihm diese einst »rote Hochburg« zu Füßen legte.

Allerdings: CDU und FDP (noch weniger) haben in der Stadt – wie die Oberbürgermeisterwahl des Jahres 2015 gezeigt hat – keineswegs eine Mehrheit. Es gibt nicht wenige Linke, auch unter den Sozialdemokraten und den Gewerkschaftern. Es gibt nach wie vor kritische Köpfe an der Universität, die den Einfluss des großen Geldes auf die Politik im Zeit-

³¹ Siehe dazu die Anmerkung 1 im Vorwort sowie den Beitrag von Jürgen Nordmann in diesem Band.

alter des globalen Finanzmarktkapitalismus und der zunehmenden Ungleichheit zwischen Superreichtum auf der einen und wachsender Armut auf der anderen Seite als Teil der Zivilisationskrise der »westlichen Welt« verurteilen. Einige fragen sich sogar, ob ein Zusammenhang besteht zwischen der zunehmenden Altersarmut – vor allem bei Frauen – und der erfolgreichen Geschäftstätigkeit der DVAG nach der Teilprivatisierung der Rentensysteme nach 2005.³² Und schließlich gab es bei dieser OB-Wahl mit Jan Schalauske einen Kandidaten der Partei DIE LINKE, der im Stadtparlament wie im Wahlkampf die Rolle und Funktion des Pohl-Imperiums für die lokale Politik und für die kommunale Demokratie immer wieder scharf kritisiert hat und der immerhin fast 10% der Stimmen erhielt. Das hätte den »Sieger« sicher geärgert!

Die zahlreichen Auszeichnungen, die hagiografischen Texte von Müller-Vogg, der einen eigenen Band mit Lobeshymnen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Sport zusammengestellt hat (MV II), dienen einerseits der Werbung für die Geschäfte der DVAG. Die Vermögensberater präsentieren sich ihren Kunden als Repräsentanten eines Unternehmens, dessen Chef nicht nur ein Mensch ist, der aus einfachsten Verhältnissen zum Milliardär aufgestiegen ist, sondern der von allen Seiten als Geschäftsmann und als Mensch (zusammen mit seiner Frau Anneliese und seinen Söhnen) im In- und Ausland gelobt wird.

Dass »der Doktor« und seine PR-Abteilung diese Titel und Ehrungen jedoch beständig herausstellten, diene zugleich der Pflege des Ego des Dr. Reinfried Pohl, seinem Bedürfnis nach Anerkennung. Er war stolz auf seinen unternehmerischen Erfolg, auf die Arbeit, die er hineingesteckt hatte – und er war ebenso stolz darauf, dass er sich dabei immer an bestimmte Werte gehalten hatte. Sein Unternehmenskonzept war und ist umstritten. Auf der einen Seite wurde sein »Allfinanzkonzept« – und dessen Vertriebspraxis (»Kloppertruppe«) – in der Versicherungsbranche und bei den Banken als Konkurrenz angesehen und bekämpft. Unter dem Titel »Steinreicher Scharlatan« attackierte Der Spiegel (5.6.1995) Pohl und die DVAG in einem langen Artikel. Darin wurde auch der Geschäftsführer des Bundes der Versicherten zitiert: Pohls DVAG sei nichts anderes als »die größte deutsche Drückerkolonne, die mit Schrottprodukten die Leute für ihr Leben schädige«. Gleichzeitig drangen immer wieder Klagen von geschädigten Kunden bzw. von gescheiterten Ver-

³² Vgl. den Beitrag von Christoph Ehlscheid in diesem Band.

mögensberatern in die Öffentlichkeit.³³ Solche Anfeindungen sind mit dem Erfolg der DVAG – wie immer wieder stolz betont – mit der Zeit seltener und leiser geworden. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank seit 2001 wurde daher auch als Anerkennung des einst Geschmähten gefeiert. »Die angeblichen ›Drücker‹ und ›Klopper‹ fühlen sich gleichsam in den Adelsstand erhoben.« (MV I: 12) Inzwischen ist das Ansehen der Deutschen Bank allerdings aufgrund zahlreicher Skandale und Prozesse deutlich gesunken. Während Pohl sichtlich die Anerkennung für sein Werk und seine Person genoss, reagierte er gegenüber den örtlichen Politikern und der Presse doch sehr empfindlich und deutlich (d.h. mit dem Hinweis auf seine Spenden und sein Mäzenatentum), wenn er den Eindruck hatte, dass ihm Anerkennung versagt wurde. Diese »Gier« nach Anerkennung – eine allgemein menschliche Schwäche – wird den meisten Milliardären nachgesagt. Sie wollen als bescheiden und hilfsbereit, als »Arbeiter« und als nützliche Mitglieder des Gemeinwesens, aber auch als Erfolgsmenschen (»der Sieger«) anerkannt werden, weil sie gleichzeitig wissen, dass bei den »kleinen Leuten«, dem »einfachen Volk«, in der Regel Milliardäre – zumal die, die sich im Finanz- und Versicherungsgeschäft bereichert haben – eher unbeliebt sind.

Dennoch war Reinfried Pohl auch in dieser Lebensphase bis zu seinem Tod ein Homo politicus. Er akzeptiert es, als ein »konservativer Mensch« bezeichnet zu werden (MV I: 102), nennt die »Hilfsbereitschaft« neben »Toleranz, Anstand, Ehrlichkeit und Respekt« als Werte, die ihm wichtig sind. Er grenzt sich von der »Gier« der Top-Manager ab (ebd.: 105). Seine Bewunderer legen Wert auf die Feststellung, dass er bescheiden war, dass er »von unten, aus dem »Nichts« (nach 1945) durch harte Arbeit aufgestiegen ist, dass er das »einfache Leben«³⁴ und insbesondere

³³ Vgl. Anmerkung 6; zuletzt hat der investigative Journalist Jürgen Roth (Spinnennetz der Macht. Wie die politische und wirtschaftliche Elite unser Land zerstört, Berlin 2013, S. 257ff.) den Fall der Vermögensberaterin Valentina Gusch aus Bad Ems bekannt gemacht. Diese wurde mit einem handgeschriebenen Plakat fotografiert: »Deutsche Vermögensberatung. Macht Mitarbeiterin mit schwerstbehinderter Tochter durch Betrug und Korruption Mittel- und Obdachlos« (S. 258).

³⁴ Dazu gehört, dass er (wie Helmut Kohl) lieber Bratkartoffeln mit Spiegelei als Rinderfilet speiste, dass er – wenn er Bücher las – gerne Karl May zur Hand nahm und die Musik eines Hans Lambert an der Hammond-Orgel schätzte (MV I: 69 und MV II: 273). Sein »kulturelles Kapital« (Pierre Bourdieu) bewegt sich also auf ziemlich niedrigem Niveau (»Musikantenstadl«). Der kulturelle Anti-Intellectualismus gehört in verschiedenen Variationen zum Repertoire konservativer Weltanschauung! Da sich Pohl aber immer auch als Vermögensbildner für die »kleinen Leute« verstand, kann diese zur Schau gestellte Volkstümlichkeit selbst noch als Werbe-

das Familienleben außerordentlich schätzte. Diese konservativen Werte werden durch jene Bestandteile einer politischen Weltanschauung ergänzt, die Pohl seit seiner Jugend akzeptiert und verinnerlicht hatte. Er hat die Bahn, die mit den Begriffen konservativ, national, wirtschaftsliberal, antikommunistisch, antisozialistisch bezeichnet wird, niemals verlassen. Die braunen Flecken der ersten Lebensetappen – im Sudetenland wie in Marburg – verblassen mit dem wirtschaftlichen Erfolg, werden allerdings im Gespräch mit Müller-Vogg niemals kritisch beleuchtet. Pohl bekennt sich immer wieder zu einer Wirtschaftsordnung, die auf der Sicherung des Privateigentums und individueller Leistungsbereitschaft auch im Bereich der Daseinsvorsorge beruht. Das ist natürlich für den Verkäufer von Lebensversicherungen und anderen Vermögenspapieren der entscheidende Punkt: Der Staat (also der Sozialstaat) muss in diesen Bereichen, die auch die Krankenversicherungen einschließen (MV I: 150), zugunsten des Marktes und der individuellen Verantwortung zurückgedrängt werden (MV I: 172ff.): »Nie auf andere verlassen, weder auf den Staat noch auf die Familie.« (MV I: 148ff.) Immer wieder fordert er Steuererleichterungen für die Bürger, um den Staat zu »entlasten« und die Bürger in die Lage zu versetzen, sich autonom und individuell um ihre soziale Sicherheit durch Vermögen in Gegenwart und Zukunft zu kümmern.

Das sind die klassischen Topoi des neoliberalen Denkens im Geiste von Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman. Ludwig Erhard wird immer wieder als großes Vorbild gewürdigt, obwohl die Müller-Armacksche Variante der »sozialen Marktwirtschaft« sich vom harten Neoliberalismus gerade darin unterscheidet, dass die Ordnungsfunktion des Staates – auch im sozialen Bereich – anerkannt wird. Auf diesem Gebiet gefiel ihm in der schwarz-gelben Merkel-Regierung zwischen 2009 und 2013 wahrscheinlich die FDP mit den Ministern Rainer Brü-

strategie verstanden werden. Seine Nachfolger, die als junge Männer in das florierende Unternehmen eingestiegen sind, werden die Arbeit ihres Vaters immer würdigen, ohne sich auf dieses Niveau zu begeben. Sie wissen aber gleichzeitig, dass sie dieses Leitbild eines Unternehmers aus der Zeit des »Wirtschaftswunders« nach 1945 niemals übernehmen können (vgl. den Geschäftsbericht 2014 der DVAG, in dem die Söhne Andreas und Reinfried Pohl über den Tod ihres Vaters und die DVAG befragt werden. S. 23-27). In der Wirtschaftspresse wurde schon besorgt die Frage angedeutet, ob jetzt der »Buddenbrooks«-Zyklus in Gang gesetzt würde, der quasi-gesetzmäßig den Abstieg von Unternehmen einleitet, die von der Gründergeneration unter härtesten Bedingungen aufgebaut wurden. Die nachfolgende Generation fällt da schon mit ziemlich teuren Hobbies auf, die in Milliardärskreisen beliebt sind (z.B. das Sammeln sehr teurer Oldtimer).

derle und Philipp Rösler am besten. Diese Partei des Wirtschaftsliberalismus wurde immer überproportional (im Verhältnis zu ihren Wahlergebnissen) mit Spenden belohnt. Norbert Blüm, starke Gewerkschaften und Tarifverträge, Forderungen nach Mitbestimmung wurden dagegen stets negativ erwähnt.

Bundeskanzler Kohl würdigte Pohl zu seinem 70. Geburtstag (April 1998) als einen »Patrioten, der mitten in Deutschland, mitten in der Welt lebt; der weiß, was er dem Vaterland schuldig ist« (MV II: 60). Ganz in diesem Sinne begründete Pohl die Bedeutung des Rennfahrers Michael Schumacher, der (vor seinem Unfall) für die DVAG warb und den er ebenfalls einen guten Freund nannte: »Michael Schumacher ist ein Deutscher, der weltweit hoch im Kurs steht. Wenn er gesiegt hat, hören Hunderte von Millionen Menschen auf der ganzen Welt die deutsche Nationalhymne und sehen die deutsche Flagge. Das hat weltweit eine größere Resonanz als manche Auslandsreise mancher Politiker.« (MV I: 141f.)³⁵

Schließlich fühlte sich Pohl geehrt, wenn er als der »letzte Patriarch« gefeiert wurde (MV III). Die »Familie« ging ihm »über alles« (MV III: 201ff.). Seine Frau Anneliese, die Konditorentochter aus Marburg, spielt in seinem Leben eine überragende Rolle: als »in erster Linie Hausfrau und Mutter« der beiden Söhne (MV III: 216). Sie akzeptierte, mit der Schwiegermutter zusammenzuleben, und ertrug es, dass ihr Mann wegen seines beruflichen Engagements relativ selten zu Hause war. Schließlich würdigt er immer wieder ihre »Rolle als Botschafterin in der beruflichen Familiengemeinschaft« der DVAG (MV III: 217): »Ohne meine Frau gäbe es die DVAG nicht.« (MV III: 211ff.). Sie war nicht nur für die Ausgestaltung der Hotelanlagen, sondern auch für die Motivation der Frauen der Vermögensberater zuständig. Pohl war der Pater Familiae, der Patriarch, »hinter dem«, wie es in konservativen Kreisen gerne heißt, »eine starke Frau steht«. Zwischen dem Glamour-Paar Veronika Ferres und Carsten Maschmeyer auf der einen und dem Paar Anneliese und Rolf Pohl liegen – auch innerhalb jener Eliten, die sich über die Finanzmärkte bereichern – Jahrzehnte eines kulturellen und politischen Wandels, in denen sich die Auffassungen über Familie, die Stellung der Frau, die Erziehung und die Rolle des Mannes in der Familie auch in der CDU grundlegend ge-

³⁵ In der Antwort auf den (ausnahmsweise) kritischen Hinweis von Müller-Vogg, dass Michael Schumacher im Ausland lebt, um in Deutschland Steuern zu sparen, verweist Pohl auf die Spendentätigkeit des Rennfahrers und bekundet »Verständnis für Schumachers Entscheidung« (MV II: 142).

wandelt haben. Die Pohl-Familie dagegen hat solchem Modernisierungsdruck bis zum Tode des Patriarchen erfolgreich widerstanden. Der gute Freund und ebenfalls etwas altmodische Patriarch Helmut Kohl wurde dagegen nach 1998 nicht nur politisch von der CDU ins Abseits gestellt, sondern auch durch die Krankheit und den Selbstmord seiner Frau Hannelore und das Zerwürfnis mit den Söhnen gestraft.³⁶

Die konservative Rolle des »Familienvaters« hat Pohl allerdings auch – wie einst Hans Gerling – in seinem Unternehmen wahrgenommen: Der »letzte Patriarch«, so Müller-Vogg, ist »der Chef mit der Autorität und Güte des ›Vaters der Familie«, nicht als quasi-militärischer Oberbefehlshaber (»Herr-im-Haus«), sondern als Vertreter eines patriarchalischen Führungsstils, bei dem »klar ist, wer den Kurs vorgibt und das letzte Wort hat – der Mann an der Spitze« (MV III: 224). Dieser muss allerdings auch ein Ohr und ein »Herz« für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Der Erfolg der DVAG beruht offensichtlich auf dem Erfolg von mehr als 30.000 Vermögensberatern, die in der Regel freiberuflich tätig sind, unter einem enormen Druck stehen – nicht nur wegen der Provisionen, die sie bei erfolgreicher Beratung verdienen, sondern auch deshalb, weil sie vor allem am Anfang ihrer Tätigkeit oftmals verschuldet sind.³⁷ Vom Erfolg dieser Truppe leiten sich die Einkommen

³⁶ Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2014. Dort wird auch erwähnt, dass Kohl – »als die Hatz auf ihn schon ihren Höhepunkt erreicht hatte« – »auf Anregung seines guten Freundes Reinfried Pohl Beiratsvorsitzender des Finanzdienstleisters ... DVAG wird ... Der heimatvertriebene, aufrechte und persönlich bescheidene Pohl möchte damit ein Zeichen setzen, dass sich nicht jedermann von Helmut Kohl abwendet.« (S. 866) Als Kohl als Ehrenvorsitzender der CDU zurücktritt, lässt Pohl sogar zeitweilig seine Mitgliedschaft in der CDU ruhen.

³⁷ Müller-Vogg (MV III: 229) fragt nach dem Grund, warum »Reinfried Pohl ... von seinen Leuten bewundert wird ... die meisten Vermögensberater und Vermögensberaterinnen sind keine Akademiker, kommen aus ganz unterschiedlichen Berufen. Ehemalige Bankangestellte oder Versicherungsvertreter sind ebenso darunter wie Verkäufer, Handwerker oder Soldaten. Ihnen allen bietet ›der Doktor Chancen, wie sie sie in ihren angestammten Professionen nicht hatten: eine selbstständige Tätigkeit, sechsstelliges Jahreseinkommen mit einem entsprechenden Lebensstandard und zudem Aufstiegsmöglichkeiten, die ausschließlich von der eigenen Leistung abhängen und nicht vom Wohlwollen eines Vorgesetzten. Dafür schätzen und verehren sie ihn.« Über das »Elend« solcher »Finanzberater« vgl. Till Freiberg, Die Abzocker. Ein Finanzberater packt aus, Stuttgart/München 2002. In einer Besprechung dieses Buches in der FAZ vom 24.3.2003 heißt es zum Unternehmensprinzip: »Möglichst viele Mitarbeiter anzuwerben, die nach dem Verkauf der Produkte an dessen Umfeld wieder allein gelassen werden wie heiße Kartoffel«



Konzern-Dependence mit Rosenskulptur

der Anleiter und Vorgesetzten in der Unternehmenspyramide ab. Daher muss die Motivation der »Arbeitsbienen« unten im Zentrum der Selbstdarstellung des »Chefs« und der ganzen Firma stehen.

Die erfolgreichen Vertreter werden belohnt – mit Aufenthalten in Luxushotels, Traumschiff-Reisen, selbstverständlich auch mit Aufstieg im Unternehmen und höheren Bezügen. Und all dies garantiert der Mann an der Spitze – der Erfinder des Konzepts und der Architekt des Konzerns, dem dazu prominente Politiker ihre Anerkennung und damit ihr Vertrauen aussprechen.

Im Blick auf die Massenveranstaltungen in großen Arenen, in denen Pohl, auch die ganze Familie Pohl, frenetisch gefeiert wurde, ist daher die DVAG auch immer wieder mit einer quasi-religiösen Sekte verglichen worden, die von einem – von allen angebeteten – obersten Guru ange-

feltn. Ist das Unternehmen aufgebaut wie eine Pyramide, so ist jeder Vertriebler bemüht, durch Gewinnung eigener Mitarbeiter möglichst viel Umsatz zu generieren. Wer dabei gut ist, rückt nach oben und wird an den Umsätzen der darunter liegenden Hierarchiestufen beteiligt. Dabei bleiben »oben« erkleckliche Summen hängen, während die Arbeitsbienen der untersten Stufen in der Regel am Rande des Existenzminimums arbeiten und nicht selten hoch verschuldet sind. Denn repräsentative Klamotten und Autos müssen sein, werden aber keinesfalls von der Firma bezahlt.«

führt wird.³⁸ Auf jeden Fall erinnert die Kultur nicht nur an Feudalherren, die von der Arbeit ihrer Leibeigenen lebten, aber gleichzeitig beteuerten, dass sie auch für deren Schutz zuständig seien. Auch Massenveranstaltungen von evangelikalen Predigern in den USA, bei denen Prediger Geld einsammeln und die Güte Gottes, die sich auch im materiellen Erfolg für die Gläubigen ausdrückt, mit der Höhe der Einnahmen verbinden, scheinen für diese Inszenierungen Pate gestanden zu haben. In der Tradition von Bernie Cornfield (MV III: 108) könnte man so auch Reinfried Pohl als den »Billy Graham des Allfinanzgedankens« bezeichnen!

»Der Sieger« – Oben angekommen!

Der alte Homo politicus schwebte über den Niederungen der Politik, die ihn in jüngeren Jahren stärker in Anspruch genommen hatten. Dennoch kümmerte er sich nach wie vor im Interesse der Firma um die »politische Landschaftspflege«, also um die Spenden an die Parteien, bei denen CDU und FDP weit vorne lagen. Bei Gesetzen, die Finanzdienstleistungen betrafen, waren solche Zuwendungen besonders wichtig. In der Dissertation von Diana Wehlau wird nachgewiesen, dass das Spendenvolumen der Finanzdienstleistungsbranche an die Bundestagsparteien seit den späten 1990er Jahren angestiegen ist – allerdings spielt dabei die DVAG neben Deutscher Bank, Allianz, Commerzbank und der Dresdner Bank eine eher untergeordnete Rolle.³⁹

Jürgen Roth zitiert Friedrich Bohl sowie Reinfried Pohl und seine Söhne, die bei verschiedenen Gesetzen auf ihren Einfluss auf die Gesetzgebung hinweisen – vor allem natürlich beim Inkrafttreten des »Alterseinkünftegesetzes« am 1. Januar 2005, das die Teilprivatisierung der Renten mit der »Riester-Rente« eröffnet, ein »wahres Vermögensberatungsfördergesetz« (Pohl). Hier wird dann auch deutlich, welche Funktion der »politische Streichelzoo« hat, »den sich ein Milliardär leistet«.

³⁸ Bei den »zahlreichen Begegnungen der Vermögensberater mit ihrem Chef... (hat) nur die Ehre, dabei sein zu dürfen, wer auch überdurchschnittliche Erfolge an der Verkaufsfrent erzielt. Veranstaltungen wie diese gehören zu den »Incentives«, mit denen der Chef seine Spitzenkräfte über finanzielle Provisionen hinaus belohnt. Begegnungen dieser Art sind Bestandteil des Pohlischen Firmenverständnisses von einer »beruflichen Familiengemeinschaft.« (MV I: 150)

³⁹ Diana Wehlau, Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung, Wiesbaden 2009, S. 235.

Und gleichzeitig zeigt sich darin, »wie die politischen Interessen einer neoliberalen Pressure-Group mit den Profitinteressen eines Unternehmens harmonieren«. ⁴⁰ Man wird allerdings kaum annehmen können, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Minister Walter Riestler (beide SPD) von Pohl und der DVAG »gesponsort« wurden. Das übernahm eher der Herr Maschmeyer mit seiner AWD Holding AG aus Hannover, der Schröder Millionenbeträge zufließen ließ. Die sozialdemokratischen »Reformer« der Agenda 2010 handelten eher in dem Bewusstsein, dass die Öffnung der Rentensysteme für die Kapitalmärkte im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands unabdingbar geworden war. Aber auch für diese Idee nahmen sie gerne Spenden an.

Das vorletzte Kapitel der Biografie von Müller-Vogg (MV III: 258ff.) ist noch einmal dem politischen Menschen Riefried Pohl gewidmet. Darin finden sich zahlreiche Fotos, die den »Doktor« mit Größen aus Politik und Wirtschaft zeigen – bei einer Beiratssitzung der DVAG im Jahr 2002 mit führenden Vertretern des Bank- und Versicherungsgewerbes sowie aus der Politik, bei der Axel Springer AG zum 20. Jahrestag des Mauerfalls mit Gorbatschow, Bush (dem Älteren), Kohl u.a. und schließlich händeschüttelnd mit Angela Merkel und Theo Waigel. Dazwischen ein Foto von Friedrich Bohl, um wenigstens anzudeuten, dass der ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes (1990-1998) natürlich die Schlüsselfigur war, über die die Vernetzung mit der Politik koordiniert wurde. Bohl wechselte 1998 sofort nach dem Wahlsieg von SPD und Grünen in den Vorstand der DVAG; Helmut Kohl wurde 2000 von Pohl zum Vorsitzenden des Beirates der DVAG berufen. Auf den ersten Blick vermitteln solche Fotos den Eindruck, dass der einst – von Banken und Konkurrenten – Geschmähte nun als »Sieger« von prominenten Wirtschaftsführern und Politikern umgeben ist, die die DVAG unterstützen.

Eine etwas andere Sichtweise auf diese Fotos lässt freilich den Schluss zu, dass »der Doktor« nun ganz oben angekommen ist, dass er über seine Beziehungen zu diesen Prominenten – zu den »Oligarchen« und »Patriarchen« – in Netzwerke der wirtschaftlichen und politischen Macht aufgestiegen ist, die in dieser Republik gleichsam informell an den Schaltebeln großer Entscheidungen angesiedelt sind. Die DVAG steht dabei gerade nicht im Mittelpunkt. Im Vergleich zu den großen Finanzunternehmen (Großbanken und Versicherungsgesellschaften), deren Produkte sie vertreibt, ist sie eher ein »Peanut«.

⁴⁰ Jürgen Roth, Spinnennetze der Macht. Wie die politische und wirtschaftliche Elite unser Land zerstört, Berlin 2013, S. 254-256.

Schon vor einigen Jahren machte der Soziologie Colin Crouch auf Tendenzen zu einer »Re-Feudalisierung« der Politik aufmerksam: »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind..., entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.«⁴¹ Der Soziologe Sighard Neckel stellt diese Tendenz zur »Re-Feudalisierung« in den Zusammenhang der sozialen Polarisierung »zwischen entrückten Eliten und der Prekarität unterer Schichten«. Solche Tendenzen zeigen eine »Gesellschaft, in der sich die Armut ebenso zunehmend sozial vererbt wie umgekehrt Privilegien von einer Generation auf die nächste weiter gegeben werden, und die sich daher in einem offenen Prozess der Refeudalisierung von Lebenschancen befindet.«⁴² Refeudalisierung der Politik bedeutet, dass Wirtschaftseliten und ihre Verbände zunehmend informell Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, genauer: auf den Prozess der Vorbereitung solcher Entscheidungen in den Parteien, den Parlamenten, den Ministerien und in den Medien. Gespräche am Kamin, »Meinungsaustausch« in elitären Clubs, Stiftungen und Vereinigungen, bis hin zu Gesprächen am Rande der großen Jahrestreffen der globalen Eliten in Davos und anderswo. Schärfer formuliert der Globalisierungskritiker Jean Ziegler: »Refeudalisierung ist die schleichende Aushöhlung und offene Zurücknahme der Souveränität des Volkes und seiner demokratischen Kontrolle der Regierungen ... Refeudalisierung ist die faktische Subversion und die offene Missachtung nationalen und internationalen Rechts, die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ...«⁴³ In den refeudalisierten Politikwelten begegnen uns jene quasi-feudalen »Patriarchen« und »Oligarchen«, die Herren riesiger Vermögen und Anlagen, die in der Forbes-Liste der reichsten Menschen auf den vorderen Rängen zu finden sind.

⁴¹ Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a.M. 2008, S. 13; vgl. auch Frank Deppe, *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, Hamburg 2013.

⁴² Sighard Neckel, *Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel der kapitalistischen Wirtschaft*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG), Working Papers 10/6, Köln 2010, S. 14; vgl. auch Ders., »Refeudalisierung« – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: *Leviathan*, 41. Jg., 1/2013, S. 39-56.

⁴³ Jean Ziegler, *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung*, München 2005.

In der wissenschaftlichen Debatte ist gegen den Begriff der »Refeudalisierung« eingewandt worden, dass er den Zusammenhang zwischen dem krisenhaften Prozess der Expansion des globalen Finanzmarktkapitalismus und der Krise der Demokratie nicht hinreichend erfasst. Dennoch zeigt schon ein Blick auf das neue Bundeskanzleramt in Berlin, dass dieses auch formell – nach der Verfassung – die eindrucksvolle Schaltzentrale der Macht in der deutschen Politik ist. Daneben kann nur noch das (immer noch nicht fertig gestellte) riesige Gebäude des Bundesnachrichtendienstes rein baulich die Dimensionen von Macht, die darin ausgeübt werden soll, erahnen lassen. In den 1990er Jahren wurde das Kanzleramt von Helmut Kohl und seinem Kanzleramtschef Friedrich Bohl geleitet. Diese Jahre waren nun in der Tat ein Jahrzehnt gewaltiger und tiefgreifender weltpolitischer Umbrüche, in deren Zentrum das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und des sozialistischen Staatensystems, das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Einheit standen. Für die Politik der Bundesrepublik stand der Anschluss der ehemaligen DDR im Mittelpunkt. Außenpolitisch musste der Zuwachs an deutscher Macht in der Mitte Europas⁴⁴ mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und den Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft verhandelt werden. Ökonomisch ging es um die »Transformation« der DDR-Wirtschaft in ein privat- und marktwirtschaftliches System mit der (noch) D-Mark als Währung. Diese Transformation wurde als gewaltige »Enteignung« des »Volksvermögens« der alten DDR betrieben: Mit der Einführung der D-Mark brachen viele Betriebe zusammen, aber die Nachfrage nach Automobilen und Versicherungspolice aus dem Westen stieg z.B. gewaltig an. Die Politik der Treuhandgesellschaft vervollständigte diesen Bruch, der gleichzeitig zu einer sprudelnden Quelle der Bereicherung von Firmen, Spekulanten und Betrügern aus dem Westen geworden war. Aus dieser Quelle flossen riesige Gewinne zwischen Investoren und politischen Entscheidungsträgern hin und her.

Als Helmut Kohl und Friedrich Bohl das Bundeskanzleramt an Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier übergeben mussten, gab es kurzfristig im Parlament und in der Öffentlichkeit einen Aufschrei. Angeblich waren Akten verschwunden und Daten gelöscht worden, die sich auf Ge-

⁴⁴ Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994; Herfried Münkler, Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015; Frank Deppe, Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in »neuer Verantwortung«, Hamburg 2014.

schäfte im Zusammenhang dieser »Transformation« bezogen. Journalisten der Wochenzeitung »Die Zeit« sprachen in Bezug auf das zunächst ungeklärte Verschwinden von Akten und Computerdaten des Bundeskanzleramtes von »Bundeslöschtagen«. Ein renommierter Politikprofessor, Wilhelm Hennis aus Freiburg, beklagte einen »Skandal«. Der Bundestag setzte – unter dem Vorsitz des FDP-Politikers Burkhard Hirsch – einen Untersuchungsausschuss ein, der einen Bericht vorlegte. In diesem wurde das Verschwinden (nicht aber die *Vernichtung*) von Akten und Daten zu wichtigen Handelsgeschäften, an denen der Bund beteiligt war, bestätigt.⁴⁵ Allerdings ergaben die nachfolgenden Gerichtsverfahren einen Vergleich: Die Verfahren wegen »Geheimnisverrat« gegen die Journalisten wurden eingestellt – auf der anderen Seite wurde festgestellt, dass »der Vorwurf der rechtswidrigen zentralen Datenlöschung un begründet war«. Helmut Kohl, Friedrich Bohl und ein Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt waren juristisch entlastet. Die »Affaire« war beendet, obwohl viele Fragen offengeblieben waren. Die FAZ vom 13.2.2004 attestierte Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes, Burkhard Hirsch und der »Zeit« umgehend eine große »Blamage«.

Dazu kam die »Spendenaffaire« für Helmut Kohl persönlich, der sich weigerte, anonyme Spender, denen er »sein Ehrenwort« gegeben hatte, zu benennen. Über diese Affaire, die zweifellos mit den »Bundeslöschtagen« verbunden war, stürzte auch der Kronprinz von Kohl, Wolfgang Schäuble, der von dem schmierigen Waffenhändler Schreiber Geld angenommen hatte und bis heute darunter leidet, dass er nicht Bundeskanzler wurde. Schreiber verkündete noch im kanadischen Gefängnis, seine Enthüllungen könnten »die Republik erschüttern«. Kohl trat als Ehrenvorsitzender der Partei zurück – für die Außenseiterin Angela Merkel öffnete sich der Weg nach oben.

⁴⁵ »Der Bericht des Untersuchungsausschusses ... konstatiert, dass Akten zu folgenden Themen unvollständig seien oder geheime Akten möglicherweise vollständig vernichtet worden seien: Akten zum Verkauf des Spürpanzers Fuchs an Saudi-Arabien 1991, Akten zur Privatisierung von Leuna und Minol, Akten zu Airbuslieferungen, Akten zu MBB-Hubschraubern an Kanada in den 1980er Jahren, Akten zur Privatisierung der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften an die WCM unter Karl Ehlerding, Akten zum Wirtschaftsgipfel Halifax, Akten zum Schriftwechsel des Bundeskanzleramtes mit dem Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber. Friedrich Bohl gab vor dem Ausschuss an, keine Weisung an Mitarbeiter zur Löschung und Vernichtung von Daten ausgegeben zu haben.« (nach: Bundeslöschtage, Wikipedia)

Diese »Revolution« in der CDU – verbunden mit der Rolle des Bundeskanzleramtes – war die Reaktion auf postdemokratische Verbindungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten, die noch längst nicht aufgeklärt sind. Im Zusammenhang der Spendenaffäre tauchte allerdings immer auch der Name von Dr. Riefried Pohl auf, zumal der fliegende Wechsel von Bohl und Kohl in die Führungsetagen der DVAG nach 1998 ebenfalls Fragen nach den Beziehungen im Trio Kohl/Bohl/Pohl vor 1998 aufwarf. Hugo Müller-Vogg widmet im Gespräch mit Pohl dem Sturz von Helmut Kohl und der Spendenaffäre einen ganzen Abschnitt (MV I: 125ff.). Pohl: »Ich zählte zu denen, die in den Medien verdächtigt wurden, Geld an Helmut Kohl gegeben zu haben ... Ich habe natürlich nicht anonym gespendet.« (ebd.: 125). Danach lobt er den Ehrenmann und Freund: »Ein Helmut Kohl bricht nicht sein Ehrenwort.« Und er moniert, dass die »CDU ... Helmut Kohl auch sehr schlecht behandelt (hat) ... Ich habe damals aus Protest gegen die Behandlung Kohls meine Mitgliedschaft in der CDU unterbrochen« (ebd.: 129). Freundschaft heißt: Treue auch in schlechten Zeiten! Welche aber waren die wirklichen Gründe dafür, dass der überragende Kanzler der »deutschen Einheit«, der überall mit Fürst Bismarck und Konrad Adenauer auf ein Podest gehoben wurde, kurz nach der Wahlniederlage von 1998 in der eigenen Partei geächtet wurde?

Pohl und Kohl kannten sich – wie bereits erwähnt – seit 1971, als sich Pohl mit seiner »Bonnfinanz« im Konrad-Adenauer-Haus einmietete. Erst »in den neunziger Jahren«, so Müller-Vogg (MV III: 272), »wird aus der guten Bekanntschaft eine echte Freundschaft«, in der fortan feudale Werte wie »Treue« und »Ehrenwort« eine zentrale Rolle spielen werden. Merkwürdigerweise verliert Hugo Müller-Vogg kein Wort darüber, wie und warum es zu dieser positiven Wende in den zwischenmenschlichen Beziehungen kam. Der Kanzler hatte in diesen stürmischen Zeiten gewiss nicht allzu viel Zeit, sich dieser Freundschaft zu widmen – und der Hinweis auf gemeinsame Charaktermerkmale (»Arbeitstiere«, die Pünktlichkeit lieben; Karl-May-Leser, Franz-Lambert-Fans und Freunde deutscher Bratkartoffeln, MV III: 272f.) reicht gewiss nicht aus, um die Entstehung einer »echten Männerfreundschaft« verständlich werden zu lassen. Die 90er Jahre, in denen der Marburger Friedrich Bohl das Bundeskanzleramt leitet, sind blühende Jahre für die Geschäfte der DVAG. In diesen Jahren erscheinen im »*Spiegel*« immer wieder Artikel, die sich mit der DVAG und Pohl befassen. Unter der Überschrift »Einfach irre« wird schon am 31.12.1990 bemerkt, »dass die neuen Länder ein ergiebiger Markt, vor allem für Klopfer und Drücker der Versicherungsbran-

che (sind)«. Am 5.6.1995 berichtete *Der Spiegel* unter dem Titel »Steinreicher Scharlatan« von einem bevorstehenden Firmenjubiläum der DVAG, zu dem Kanzler Kohl als Laudator anreisen werde. Dabei werden Bewunderer aus der Politik, aber auch Kritiker aus den Reihen der Versicherungswirtschaft zitiert – beide, so der »*Spiegel*«, haben Recht; denn Pohl und die DVAG bedienen sich einerseits »zweifelhafter Methoden«, andererseits gibt der Erfolg ihnen Recht! Diese Regel ist in der Politik spätestens seit dem »Fürsten« von Machiavelli aus dem Jahr 1513 bekannt. Am 14.2.2000 meldete *Der Spiegel*: »Der Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestages will prüfen, ob es einen Zusammenhang zwischen einem 1998 im Parlament gescheiterten Gesetzentwurf und großzügigen Spenden an die CDU gibt.« Am 21.10.2000 wurde festgestellt, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete (und Ex-Regierungssprecher) Friedhelm Ost, der danach bald als Generalbevollmächtigter der DVAG agierte (MV III: 265), »vertrauliche Unterlagen aus dem Wirtschaftsministerium an die DVAG weitergegeben hat«. Immer wieder wird in dieser Zeit in der Presse darüber spekuliert, wie der Gesetzgebungsprozess zugunsten der Finanzvertriebe beeinflusst wird. Und – last but not least – am 22.8.2001 berichtet der *Spiegel* darüber, dass »DVAG-Chef Reinfried Pohl, der im Osten ertragreiche Geschäfte gemacht hatte, seinem engen Freund Helmut Kohl einen universitären Preis für die Wiedervereinigung spendieren (wollte)«. Der Dekan des Fachbereichs Rechtswissenschaften wollte dies auch mit der Verleihung einer Ehrendoktorwürde an Helmut Kohl verbinden. Es wird erzählt, dass Helmut Kohl diese Ehreung absagte, als er erfuhr, dass der ASTA der Philipps-Universität für diesen Fall Demonstrationen in Marburg angekündigt hatte.

Auch als Reinfried Pohl ganz oben – bei den Oligarchen und den Patriarchen – angekommen war, blieb er Homo politicus – nicht nur aufgrund seiner konservativen weltanschaulichen und politischen Überzeugungen, sondern auch aufgrund seiner geschäftlichen Interessen, die ohne politischen Rückhalt nicht erfolgreich betrieben werden konnten. In der letzten Phase seines Lebens geriet er dabei allerdings in ein Netzwerk der Macht, das für sein Unternehmen ertragreich war, das sein Ansehen unter den Großen dieser Welt ungemein erhöhte, ihn aber gleichzeitig zum Mitwisser von großen politischen Geschäften und Skandalen machte, über die er aus Treue zum Freund bis ins Grab schweigen musste. Warten wir also auf die Autobiografie von Friedrich Bohl, dem mächtigsten Politiker, den die Stadt Marburg nach 1949 hervorgebracht hat.

Christian Christen

Die DVAG-Erfolgsgeschichte: Ein Familienkonzern als Wohlstandsquelle

Bereits die Stichwortsuche im Internet zeigt, wie kontrovers die Leistungen Reinfried Pohls und seiner Deutschen Vermögensberatung AG bewertet werden. Auf der einen Seite gilt Pohl bei vielen in Politik, Medien und Wirtschaft als genialer Unternehmer, Macher und Mäzen. Über den Tod hinaus wird der »Doktor« verehrt und seine Genialität in Broschüren beschworen. Auf der anderen Seite gab das Geschäftsgebaren der DVAG immer wieder Anlass zur Kritik auf unterschiedlichen Ebenen. Manche stellen auf das Geschäftsmodell und die Vertriebsorganisation ab, andere greifen generelle Fehlentwicklungen in der Finanzbranche auf, und in der Kombination ergibt sich ein Bild, anhand dessen sich der Aufstieg und Erfolg von Pohls DVAG erst belastbar beurteilen lässt.

Geschäftsziel war seit den 1970er Jahren der provisionsträchtige Verkauf von Versicherungs- und Finanzprodukten in der Fläche. Unzählige Erfahrungen mit den dafür rekrutierten und ausgeschwärmten DVAG-Beratern sowie Aussteigerberichte charakterisieren etwa die dahinter stehende Verkaufslogik und das Unternehmensklima als bisweilen sektenähnlich (vgl. Dahm 1996). Einiges dieser Kritik lässt sich als einseitig gefärbte Erfahrung oder gar den Versuch der Verleumdung einordnen, anderes beschreibt nur Verhaltensmerkmale vieler Finanzmarktakteure gleichermaßen. Ungleich schwerer wiegen die realen Verluste und Probleme vieler DVAG-Kunden, die seit Beginn in Beschwerden, Schadensersatzklagen und außergerichtlichen Schlichtungen mündeten.

Der widerspruchsvolle Aufstieg Reinfried Pohls und der Erfolg seiner DVAG hat aber nie ernsthaft am Nimbus des Milliardärs (Privatvermögen laut Forbes Liste 2013 rund 3,1 Mrd. Euro) und des größten deutschen Strukturvertriebs für Finanzdienstleistungen nach 1945 gekratzt. Eine beachtliche, wenn auch zweifelhafte Leistung, die weit mehr als die üblichen PR-Aktivitäten erforderte. Bunte Broschüren, Anzeigen und gewogene Berichte, das Sponsoring und Feste mit hohem Promifaktor waren und sind wichtig für die Außendarstellung. Öffentlich weniger sichtbar sind dagegen die vielen Rechtsanwälte, das enge und verzweigte Netzwerk in Politik und Wirtschaft wie die hohe Loyalität zu Pohl und im Konzern, um Kritik und Forderungen an die DVAG effektiv abzuwehren.

Allerdings erklärt all dies den ökonomischen Aufstieg von Pohls DVAG nicht, entscheidend waren vorteilhafte sozio-ökonomische Bedingungen. Zwar werden Unternehmensgeschichten gern personalisiert und die Genialität der Gründer überzeichnet. Pohl hatte aber vor allem ein richtiges Gespür und nutzte die sich bietende Gelegenheit, seine Idee des Vertriebs von Versicherungen und Finanzdienstleistungen umzusetzen, als die Einkommensentwicklung hohe Umsätze und Gewinne nahezu automatisch garantierte. Nach der Anfangsphase hing der weitere Aufstieg gleichfalls an zwei externen Faktoren, nämlich der deutschen Einheit und der Privatisierung sozialer Lebensrisiken. In einer Mischung von Euphorie, mangelndem Sachverstand vieler Menschen in Finanzfragen, einer differenzierten Propaganda und dem über die Politik organisierten subventionierten Zwang, sich individuell stärker gegen Alter und Krankheit abzusichern, wurden so Absatzimpulse gesetzt, die den Erfolg der DVAG seit den 1990er Jahren erklären.

Reinfried Pohl wird von wohlmeinenden Zeitgenossen zwar Revolutionäres zugeschrieben und er gilt bei seinen Anhängern als zweifacher Entdecker des Allfinanzkonzepts und der »freien« Vermögensberatung. Beides bleibt aber Anekdote. Pohl baute den Konzern lediglich zügig auf und kaufte sich in Versicherungsunternehmen ein, deren Policen seine »Berater« im Land vermittelten. Folglich profitierte die DVAG direkter als manche Konkurrenz von jedem Verkauf. Parallel verdiente man auf den verschiedenen Hierarchiestufen des Konzerns durch ein stark gestaffeltes, intransparentes Provisionssystem am Beraterheer (Pohls Drückerkolonne), das seinerseits in eigenen Schulungszentren gegen Bezahlung qualifiziert und so finanziell an die DVAG gebunden wurde. In Modulform werden dort Vertriebswissen und Verkaufsrhetorik vermittelt, und der Konzern stellt das Rüstzeug (PC, Software etc.) für die Arbeit am Kunden zur Verfügung. Schließlich gehören Hotels und Ferienanlagen in Deutschland, Österreich und Portugal zur DVAG-Holding, in denen u.a. deren Leistungsträger ihre Incentives genießen. So werden vielfältige Einnahmeströme generiert, wobei die Pyramidenform des Vertriebs für stetigen Nachschub an neuen Beratern sorgte und dafür, dass die Einnahmen im Kerngeschäft bis heute nicht versiegten. Im Ergebnis konnten mit diesem Ansatz einige Auserwählte in den letzten Jahrzehnten mit der DVAG tatsächlich ein beachtliches Vermögen aufbauen und waren folglich »gut« beraten durch den Familienkonzern aus Marburg.

Von der Idee zum Konzern

Die Geburtsstunde des seit 2003 in einer Holding strukturierten DVAG-Konzerns liegt im Jahr 1975, als Reinfried Pohl seine »Kompass Gesellschaft für Vermögensanlagen GmbH« mit 35 Angestellten gründete. Viele Mitarbeiter der ersten Stunde begleiteten ihn von seinem damaligen Arbeitgeber, der Bonnfinanz.¹ Die Bonnfinanz war zu der Zeit ähnlich aufgestellt wie Pohls erstes Unternehmen, was nicht überrascht, war er doch 1970 als Angestellter des Gerling Versicherungskonzerns zum Aufbau des Strukturvertriebs abgestellt worden. Konkret sollte die Bonnfinanz den Vertrieb für die Lebens- und Sachversicherungen des Deutschen Herolds organisieren. Pohl trennte sich fünf Jahre später im Streit von der Bonnfinanz und vom Gerling Konzern, um seinen eigenen Vertrieb mit einer weiter gefassten Palette von Finanzprodukten aufzubauen und damit den deutschen Markt aufzurollen.

Die Idee zum Angebot von Versicherungs- und Anlageprodukten aus einer Hand für die wachsende Mittelschicht über neben- und hauptberufliche Vermittler geht bei Pohl auf frühe eigene Erfahrungen zurück. Die Mittelschicht ist wiederum Zielgruppe für das moderne Massengeschäft beim Absatz von Versicherungen, Kredit- und Hypothekenverträgen und die Geldanlage – aus nachvollziehbaren Gründen, die empirisch für alle Industrienationen belegt sind: Je höher die laufenden Einkommen aus Arbeit und/oder Selbstständigkeit, desto eher sind Personen bzw. Privathaushalte in der Lage, signifikante Teile des Einkommens zu sparen. Und je höher die Sparquote, desto differenzierter wird die Nachfrage nach Krediten und Vorsorge- sowie Anlageprodukten (vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 2005). Spätestens seit den 1970er Jahren konkurrieren damit die Strukturvertriebe im Finanzsegment mit dem direkten Privatkundengeschäft von Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen, die mit Beratern, Verkäufern und Maklern in- und außerhalb des eigenen Filialnetzes agieren (s.u.).

Pohl erlernte sein Handwerk u.a. in den 1960er Jahren durch seine Arbeit im von Bernard Cornfeld in Europa aufgebauten Strukturvertrieb für amerikanische Investmentfonds. Mit dem Investors Overseas Ser-

¹ Die 1970 gegründete Bonnfinanz gilt als der älteste deutsche Allfinanzvertrieb und gehört seit 2002 zur Zurich Gruppe (Teil der Zurich Insurance Group). Mit Beitragseinnahmen im Jahr 2013 von über 5,9 Mrd. Euro, Kapitalanlagen von über 31 Mrd. Euro und rund 5.600 Mitarbeitern zählt die Zurich zu den führenden Versicherungen im Schadens- und Lebensversicherungsgeschäft in Deutschland (www.bonnfinanz.de/unternehmen/wir-ueber-uns/leistungsversprechen)

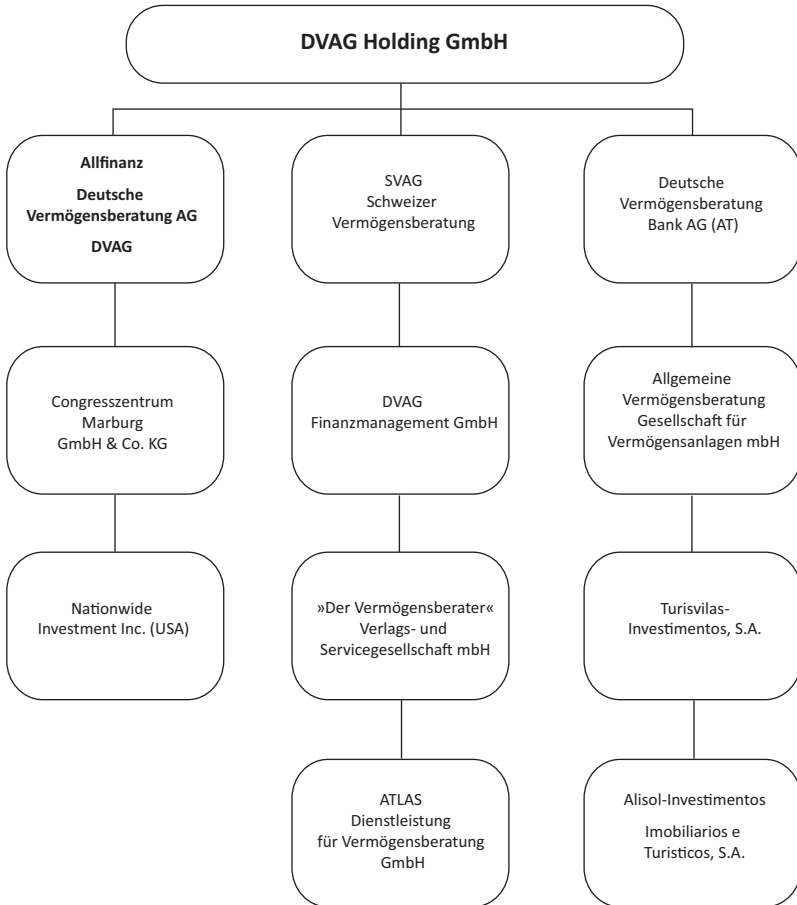
vices (IOS) schuf Cornfeld einen ausgeklügelten Vertrieb und fand damals starke Ansprechpartner und Unterstützer in der deutschen Politik und Wirtschaft.² Traurige Berühmtheit erlangte der IOS 1973 mit einer der spektakulärsten Insolvenzen der Nachkriegszeit. Seither gilt der IOS als Prototyp eines verschachtelten Schneeballsystems zum organisierten Steuer- und Anlagebetrug unter Einbeziehung von »Kleinanlegern«, der bis heute nicht vollständig aufgeklärt wurde.³

Pohls berufliche Verstrickungen mit dem IOS von 1967 bis 1969 schaden anfangs seinem Ruf, obwohl er beim Zusammenbruch längst auf dem Absprung und nicht dafür verantwortlich war. Er profitierte jedoch von seinen Erfahrungen, war doch der schnelle »Erfolg« des IOS ein sicheres Zeichen für das riesige Potenzial von »Kleinanlegern« in der jungen Bundesrepublik, die von den Banken nicht hinreichend beachtet wurden. Genau diese wachsende Gruppe mit steigendem Einkommen galt es für Pohl direkt anzusprechen und mit Finanzprodukten zu versorgen. Ein Jahr nach dem Aufbau von »Kompass« gründete Pohl hierzu die »Allgemeine Vermögensberatung AG« (AVAG), die er 1983 in »Deutsche Vermögensberatung AG« umbenannte. 1984 traten Reinfried Pohls Söhne, Andreas und Reinfried junior, in die Geschäftsleitung ein und komplettierten das Fundament des Familienkonzerns. Erweitert wurde der DVAG-Konzern 1993 durch eine österreichische Tochtergesellschaft, die als »Deutsche Vermögensberatung Bank Aktiengesellschaft«

² Bis 1969 gab es kaum Vorschriften zum Schutz der Privatanleger. Inwiefern der Einfluss damals führender Politiker in CDU/CSU und FDP ausschlaggebend war, soll hier nicht weiter interessieren. Zumindest ist belegt, dass für den rasanten Erfolg der IOS u.a. der Einsatz von Erich Mende (1949 bis 1980 Mitglied im Bundestag zunächst für die FDP, ab 1970 für die CDU) entscheidend war. Mende war nach seinem Rücktritt als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizkanzler ab 1967 Spitzenrepräsentant des IOS-Deutschland und unermüdlich im Werbeeinsatz. Organisiert wurde IOS-Deutschland in Regionalbereichen und geführt von Generalmanagern in klassischer Pyramidenform eines Strukturvertriebs. Mende wechselte selbst nach der spektakulären IOS Insolvenz 1970 zur Bonnfinanz und traf dort u.a. auf seinen langjährigen Parteifreund Pohl, der wie Mende zunächst in der FDP und später (Kritik der Ostpolitik) in der CDU seine politische Heimat fand.

³ Das starke Umsatzwachstum der IOS Ende der 1960er Jahre geht primär auf das Konto deutscher Kapitalanleger, denen dieses Angebot bis 1967 nicht bekannt und zugänglich war. Erst danach schwärmten die IOS-Drücker aus und vermittelten Fondssparpläne mit geringen Einzahlungen. Anfang 1970 gab es in Deutschland rund 10.000 IOS-Vertreter (geschätzt 16.000 weltweit), über 200 IOS-Agenturen und etwa 300.000 Anleger. Etwa die Hälfte der IOS-Gewinne 1969 wurde in Deutschland erzielt.

Abbildung 1: DVAG-Konzernstruktur



Quelle: Geschäftsbericht 2014

firmiert. Zehn Jahre später ordnete Pohl den Konzern neu und schuf die »Deutsche Vermögensberatung Holding GmbH« mit Sitz in Marburg und mit im Durchschnitt 79 Angestellten (2014) als Herzkammer und Steuerzentrale des Familienkonzerns (siehe Abbildung 1).

Seither werden über diese Holdingstruktur die Beteiligungen und Tochtergesellschaften zusammengefasst und der Konzern gesteuert. 2004 nahm schließlich die »SVAG Schweizer Vermögensberatung« den Geschäftsbetrieb auf, womit der geographische Raum des Konzerns abgesteckt war (Deutschland, Österreich, Schweiz). Bis zu seinem Tod



Das DVAG-Sanctuarium

2014 stand Reinfried Pohl unangefochten an der Spitze der DVAG-Holding GmbH und der Allfinanz Deutschen Vermögensberatung AG DVAG, der betriebswirtschaftlich wichtigsten Tochtergesellschaft in der Holding. Deren Eigenkapital lag 2014 bei 93,469 Mio. Euro und übertraf bei weitem das jeweilige Eigenkapital der anderen Tochtergesellschaften. Die Umsatzerlöse der Holding lagen bei rund 1,19 Mrd. Euro und das Volumen der vermittelten Verträge (Versicherungen, Bausparverträge, Investment und Baufinanzierung) bei 181,8 Mrd. Euro. In der Allfinanzsparte tummelt sich das Heer der selbständigen DVAG-Vermittler in über 3.375 Direktionen und Geschäftsstellen, die rund 6 Mio. Kunden »betreuen«. Über die Holding selbst wurden die nicht börsengehandelten Aktien der Familie gebündelt, und aus deren jährlichen Zuflüssen (Ausschüttungen, Gehalt, Vergütung etc.) speiste sich das laufende Einkommen von Familie Pohl und der Holdingspitze und mehrte deren Vermögen.

Generell hat sich das Eigentumsverhältnis nach dem Tod von Reinfried Pohl und seiner Ehefrau Anneliese nicht signifikant verändert: Die beiden Söhne halten weiter über die Holding 60% der Anteile (plus zehn Aktien) am Gesamtkonzern, rund 40% (minus zehn Aktien) besitzt die Generali Deutschland Holding AG. Aus der historisch engen Teilhabe und verschiedenen Überkreuzbeteiligungen an Partnergesellschaften der DVAG »resultiert die ausschließliche Bindung unserer Vermittlungstätigkeit im Versicherungs- und Bausparbereich an Unternehmen des Generali-Konzerns. Im Bankbereich besteht eine langjährig [seit 2001, d. Verf.] bewährte strategische Partnerschaft mit der Deutschen Bank, der größten Geschäftsbank Deutschlands.« (DVAG Geschäftsbericht 2014: 50)

Die Partnergesellschaften im Kerngeschäft setzen sich aktuell zusammen aus 27 Banken und Bausparkassen, zwölf Investment- und 18 Versicherungsgesellschaften. Neben den beiden Schwergewichten Generali und Deutsche Bank sind zentrale Akteure der Branche unter den Partnern (u.a. Allianz, Hypo Vereinsbank, Commerzbank, Santander, DWS Investment, diverse Sparkassen, die Badenia Bausparkasse und Aachen-Münchener Versicherung). Die Finanzprodukte der Partner werden über den DVAG-Vertrieb beworben (zum Teil exklusiv) und die jeweiligen Verträge provisionsabhängig angeboten. Direkte Versicherungs-, Bank- oder Investmentleistungen erbringt die DVAG nicht. Sie vermittelt/verkauft nur die Verträge der Partner und die selbständigen Vermittler »beraten« bei der Entscheidung des Kunden, welches »Produkt« aus diesem eingeschränkten Portfolio für ihn/sie passen würde.

Unter den Partnern hat die AachenMünchener (zweitgrößter deutscher Lebensversicherer mit rund 5 Mio. Verträgen) eine besondere Rolle und deren enge Verbindung zur DVAG verdeutlicht den Ansatz von Reinfried Pohl geradezu exemplarisch. Der AachenMünchener Versicherungskonzern wurde 1970 gegründet, ein Jahr später wurde die Central (private Krankenversicherung) übernommen und man beteiligte sich an der Badenia Bausparkasse. Der Vertrieb für die Lebens- und Krankenversicherung sowie die Baufinanzierung wurde damals weitgehend über die DVAG organisiert und mittels Überkreuzbeteiligung mit der AachenMünchener Gruppe enger verflochten. 1998 sicherte sich schließlich die Generali eine Mehrheitsbeteiligung an der AachenMünchener Gruppe. 2007 wurde deren Vertrieb komplett von der DVAG übernommen.⁴

Die realen Leistungen der Lebens- und Krankenversicherung der AachenMünchener und ihrer Central wurden stets unterschiedlich von Verbraucherschützern, Analysten und Kunden bewertet. Oft wurden hohe Kosten und geringe Leistungen bemängelt, was aber für sich genommen kein genuines DVAG-Problem ist. Vielmehr ist der Unterschied

⁴ Personell zeigt sich die Verflechtung darin, dass u.a. mit Wolfgang Kaske, Sergio Balbinot, Alberto Minali drei Vertreter der Generali im Aufsichtsrat der DVAG-Holding sitzen, die durch Michael Kalka (AachenMünchener), Jochen Petin und Dietrich Schroeder (beide Badenia) ergänzt werden. Im Beirat finden sich mit Axel Benker (ehemals DWS Investment), Rolf E. Breuer (ehemals Deutsche Bank), Rainer Neske (Deutsche Bank) und Michael Westkamp (AachenMünchener) weitere Vertreter der Partnergesellschaften. Sie werden durch illustre Namen aus der Politik (Helmut Kohl, Theo Waigel, Petra Roth, Wolfgang Schüssel, Hermann Otto Solms, Bernhard Vogel) und Theo Zwanziger (DFB) ergänzt (vgl. DVAG Geschäftsbericht 2014: 12).

zwischen Anspruch und Wirklichkeit bzw. den konkreten Leistungen eine Konstante aller Finanzprodukte. Überdies konnte die DVAG-Führung bei Kritik darauf verweisen, dass deren Vermittler selbständig sind. Jede Falsch- und/oder Fehlberatung jenseits von offenkundigem Betrug lässt sich so leicht auf individuelles Versagen reduzieren, zumal für die realen Vertragsleistungen nie der Vermittler bzw. die DVAG verantwortlich sind, sondern die 27 Partnergesellschaften.

Der Verweis mag juristisch korrekt sein. Er ist aber wohlfeil angesichts eines bis heute nahezu fehlenden Unternehmensstrafrechts und effektiven Verbraucherschutzes, einer flächendeckend mangelhaften Aufsicht und unterbesetzter Strafverfolgungsbehörden für Finanzdelikte. Verantwortung lässt sich dann geschmeidig und kostenschonend abwälzen, die Kundinnen und Kunden stehen in der Bringschuld und müssen in langjährigen Verfahren nachweisen, dass der Berater, Vermittler oder Makler wissentlich Fehler gemacht und gegen Gesetze verstoßen hat. Dies gilt für Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften und mehr noch für Vertriebsunternehmen. Entsprechend spielten etwa die skandalösen Vorgänge um die Badenia Bausparkasse (deren Vertrieb die DVAG 2008 übernahm) in den 1990er Jahren für Pohl kaum eine Rolle. Damals wurden über die Badenia zigtausend Schrottimmobilien als lukrative Anlageobjekte finanziert und in den späteren Verfahren den Betroffenen allein die Vermittler als Schuldige präsentiert. Dies stellte sich später als falsch heraus, da die Führung der Badenia eingeweiht war (vgl. Baum/Reiter/Methner 2009: 157ff.). Die Geschädigten konnten aber nur in wenigen Fällen ihre Verluste reduzieren oder Verträge rückabwickeln. Ähnlich argumentierte die DVAG bei vergleichbaren Problemen. Beispielsweise vor wenigen Jahren nach der Vermittlung offener Investmentfonds (»Schrott-Papiere«) wie der SEB ImmoInvest oder DWS ImmoFlex: Die DVAG-Vermittler seien selbständig tätig und für den finanziellen Crash der Fonds sei man nicht verantwortlich, so das bekannte Mantra.

Bleibt noch anzumerken, dass der systematische Anlagebetrug der damaligen Badenia für den deutschen Gesetzgeber auch kein Anlass war, das Geschäftsmodell von Finanzberatern und -vermittlern in Banken, Versicherungen oder externen Strukturvertrieben zu prüfen und neu und effektiv zu regulieren. Nun sind nicht alle Strukturvertriebe von Grund auf schlecht und Vermittler/Berater in- und außerhalb von Banken und Versicherungen auf »Betrug« aus. Bisweilen wird aus krassen Fehlern gelernt und auch die DVAG schult ihre Vermittler und will deren Qualität erhöhen, was auch der technologischen Entwicklung und wach-

senden Produktpalette geschuldet ist. Das Konstrukt »Strukturvertrieb« für Finanzprodukte und deren Funktion beinhaltet aber ganz eigene Probleme, trotz des »Erfolgs« der DVAG. Der ist ohnehin Ergebnis günstiger Rahmenbedingungen und lässt sich nicht darauf zurückführen, dass die DVAG besonders gut in Finanzfragen beraten und herausragende Verträge vermittelt hätte und nur die Konkurrenz schlecht sei.

Sozio-ökonomische Eckpunkte des Erfolgs

Wie alle Finanzdienstleister in den Industrienationen profitierte die DVAG insbesondere von drei Entwicklungsphasen nach 1945. Es war eben nicht Pohls Genialität geschuldet, Lebens- und Sachversicherungen oder Varianten der kapitalgedeckten Altersvorsorge für die Masse anzubieten, und unterschiedliche Spar- und Kreditformen für »Kleinsparer« waren historisch lange bekannt (vgl. Christen 2013: 33ff.). Die Anfänge liegen vor der Industrialisierung und das Konzept Allfinanz – Angebot von Versicherungs- und Sparprodukten aus einer Hand – ist im deutschen Raum seit dem 19. Jahrhundert geläufig (vgl. Dinauer 2008: 24).

Generell war der Erfolg dieser Ansätze bis in die Neuzeit aber bescheiden, was weniger an den engen Grenzen jeglicher Versuche der individuellen Absicherung gegen die sozialen Großrisiken (Einkommensverlust, Alter, Krankheit, Tod) und der Vermögensbildung lag. Entscheidend war zunächst, dass das verfügbare Einkommen der Bevölkerungsmehrheit viel zu gering war, um sich ausreichend versichern zu können oder Reichtum anzusparen, sodass sich die Frage der Geldanlage gar nicht stellte. Erst der Anstieg der Masseneinkommen im 20. Jahrhundert sollte die ökonomische Mindestvoraussetzung schaffen, und mit dem Aufstieg der Mittelschicht wuchs die soziale Gruppe, die Versicherungs- und Anlageprodukte mit der erwähnten Differenzierung dynamisch nachfragen konnte und wollte (siehe Tabelle 1 und 2).

Im Anschluss an den Zusammenbruch des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems der 1930er Jahre und die Kriegszeit musste sich zuerst die Finanzbranche konsolidieren und sukzessive neu organisieren. In Deutschland war beispielsweise bis weit in die 1950er Jahre der Versicherungs- und Bankensektor relativ strikt getrennt und reguliert, folglich war die Marktdynamik nicht sonderlich ausgeprägt. Große Privatbanken versorgten primär große Unternehmen mit Krediten und betreuten große/mittlere Kunden in Städten und Ballungsgebieten. Die Sparkassen hatten Konsumenten und Kleinunternehmen im Blick, die

Tabelle 1: Einkommen, Ersparnis und Geldvermögen der Privathaushalte in der BRD 1950-1989

Jahr	Verfügbares Einkommen	Laufende Ersparnis		Bestände an Geldvermögen	
	Mrd. DM	Mrd. DM	in % des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	Mrd. DM	in % des verfügbaren Einkommens
1950	66	3	4,3	25	37,4
1955	114	9	7,6	70	61,7
1960	189	17	9,2	166	87,5
1965	296	38	12,9	291	98,5
1970	432	63	14,7	518	119,7
1975	698	113	16,2	936	134
1980	979	138	14,1	1476	150,3
1985	1190	151	12,7	2194	184,4
1989	1400	189	13,5	2805	200,4

Quelle: Bundesbank; in Dudler 1991: 57

Tabelle 2: Langfristige Geldvermögensbildung der Privathaushalte (in %)

	1950-59	1960-69	1970-79	1980-89	1991-99
bei Banken	67	65,1	61,3	39,9	31,1
bei Versicherungen	14,9	16,3	17,1	28	36,2
bei Investmentfonds	---	---	---	---	17
in Wertpapieren	6,7	13,7	14,6	23,2	11,1
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,4	4,9	7	8,9	4,6

Quelle: Bundesbank: Der Versicherungssektor als Finanzintermediär; Monatsbericht 12/2004

Genossenschafts- und Raiffeisenbanken die Landwirte, Handwerker und das Gewerbe im ländlichen Raum. Insgesamt wurde das Privatkundengeschäft (noch) vernachlässigt.

Ab den 1960er bis in die 1980er Jahre kommt es zum Umbruch in der Finanzbranche, was sich durch das wachsende Spar- und Vorsorgemotiv der Mittelschicht erklärt und dieses ergänzte und förderte: Viele Regulierungen wurden aufgehoben oder modifiziert (u.a. die Vergabe von Banklizenzen, Zinsbindung für Spareinlagen, Kapitalverkehrskon-

trollen). Die bargeldlose Lohnzahlung wird eingeführt und Volks- und Belegschaftsaktien mehr und mehr zu Einkommens- und Gehaltsbestandteilen. Sozialpolitisch entscheidend ist die Einführung der umlagefinanzierten Rentenversicherung 1957, mit der für die Mittelschicht eine relative Einkommenssicherheit im Ruhestand für die nächsten Jahrzehnte etabliert wurde.

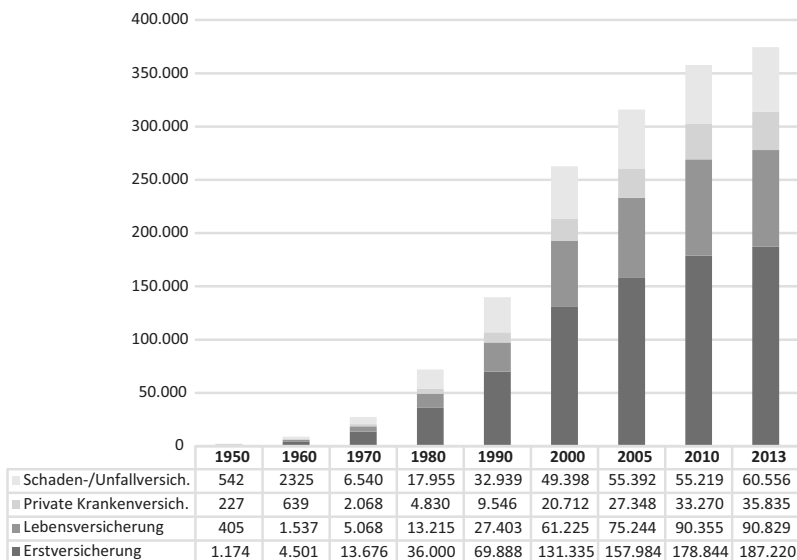
Neben der verbesserten gesetzlichen Sicherung gegen Arbeitslosigkeit und bei Krankheit hatte dies entscheidende mikroökonomische Konsequenzen für die Privathaushalte. Denn so wurde die alternative Verwendung von Teilen des steigenden Einkommens vermehrt möglich und die private Vorsorge und Sparvarianten als praktische Ergänzung attraktiver. Erst darüber konnten die entsprechenden Verträge als Massenprodukte günstiger angeboten werden, die es zu vertreiben oder vermitteln galt.

Insbesondere einkommensstärkere Haushalte profitierten dabei von den direkten/indirekten Subventionen, mit denen die private Kapitalbildung (u.a. durch Freibeträge, vermögenswirksame Leistungen, Zulagen zum Erwerb von Wohneigentum) gefördert wurden. Politisch wurden so starke Impulse für Versicherer und Banken in einer Zeit von Vollbeschäftigung und rapide anziehendem Massenkonsum gesetzt und parallel der Konsumentenkredit massentauglich. Denn mit dem Erwerb der teilweise kreditfinanzierten Produkte (u.a. PKW, Hausrat, Wohneigentum) und Dienstleistungen (u.a. Reisen) stieg die Nachfrage nach zugehörigen Sach-, Schadens- und Unfallversicherungen (siehe Abbildung 2).

Im Ergebnis differenzierte sich seit den 1960er Jahren das Sparverhalten bei wachsender Sparquote der Privathaushalte und komplementär erweiterte sich die gesamte Angebotspalette an Finanzprodukten.

Trotz aller Änderungen seither sind die am häufigsten vermittelten Verträge in Deutschland die (Kapital-)Lebensversicherung (aktuell rund 92,5 Mio. Verträge und 93,7 Mrd. Euro Beitragseinnahmen p.a.), die Baufinanzierung und Hypothekenkredite über Bausparkassen mit unterschiedlichen Kredit- und Darlehensangeboten. Hinzu kommen noch 298 Millionen Verträge zur Schadens- und Unfallversicherung mit Beitragseinnahmen von 58,6 Mrd. Euro (vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 2015), die aber relativ geringe Vermittlungsprovisionen abwerfen (s.u.).

In diesem Umfeld schlägt die Stunde für Pohl und seine DVAG. Im gleichermaßen dynamisch wachsenden Berufsfeld tummelte sich seit den 1970er Jahren eine Schar von Personen mit unterschiedlichen (un-

Abbildung 2: Beiträge in der Erstversicherung nach Sparten (in Mio. Euro)

Quelle: Gesamtverband der Versicherungswirtschaft, Statistisches Taschenbuch 2014

geschützten) Berufsbezeichnungen ohne klares Qualifikationsprofil. Es fehlte zudem an einer effektiven institutionellen Aufsicht und einem klaren Rechtsrahmen zum Schutz der Kunden. Die Politik respektive die jeweiligen Gesetzgeber vernachlässigen bis heute konsequent diese Aufgabe, sodass in diesem essenziellen Bereich für die Verbraucher der »Grad der Regulierung [...] weit unter dem [liegt], was beispielsweise für das Handwerk oder auch die Schuldnerberatung verlangt wird« (Habschick/Evers 2008: 9). Ergebnis dieser »Nachlässigkeit« waren bislang stetige, massive Verluste für die Kunden – nicht als Resultat strafrechtlichen Betrugs, sondern als Ergebnis des normalen Geschäftsbetriebes (s.u.). Ein Indiz für dieses kollektive politische Versagen ist die erwähnte umfangreiche öffentliche »Landschaftspflege«, wie sie Pohls DVAG und alle Finanzakteure praktizieren.

Pohl startete in der dynamischen Auf- und Umbruchphase der 1970er Jahre mit seinem Vertrieb und profitierte damit zwangsläufig von der skizzierten wachsenden Nachfrage und dem differenzierten Angebot von Finanzprodukten wie alle vergleichbaren Dienstleister. Etwa die erwähnte Bonnfinanz oder heutige OVB Holding AG, in der Carsten Masch-

Tabelle 3: Geschäftsentwicklung der DVAG (1984-94)

Jahr	Einnahmen aus Beratertätigkeiten	Vertragssumme (Bestand)	Verträge (Bestand)
	Mio. DM	Mrd. DM	in Millionen
1984	67	8,5	0,4
1986	119	12,9	0,6
1988	210,9	21	1
1990	395,6	37	1,8
1992	590,3	63,5	2,6
1994	701,6	84,5	3,1

Quelle: Der SPIEGEL 6/1996, S. 98; 23/1995, S. 91

meyer seinen Weg begann, um in den 1980er Jahren seinen Allgemeinen Wirtschaftsdienst (AWD) zu gründen.⁵

Die DVAG stieg schnell zum Branchenführer unter den Strukturvertrieben auf und hält diese Position bis heute. Abertausende Vermittler, der DVAG-Konzern und die Familie Pohl sowie die engste Führungsspitze profitierten so von den gestaffelten Provisionen für jede Vermittlung aus dem wachsenden Angebot der Partnergesellschaften. Über die Jahre ist das interne Wachstum des DVAG-Konzerns durch Zukäufe, Übernahmen und steuerrechtlich motivierte Veränderungen der Unternehmensstrukturen geprägt worden, sodass eine durchgängige Beurteilung des Konzerns allein über Bilanzen und Geschäftsberichte schlicht unmöglich ist. Einige Zahlen geben dennoch relativ gut Auskunft über den »Erfolg« der DVAG und dessen enge Kopplung an externe Ursachen (siehe Tabelle 3).

Folglich hinterlässt auch der zweite Wachstumsschub in der Finanzbranche seine Spuren bei der DVAG. Gemeint ist die deutsche Vereinigung 1989/90, womit über Nacht ein riesiger neuer Markt für die Versicherungs- und Bankenbranche entstand. Da es kein vergleichbares

⁵ Die ursprünglich als »Organisation zur Vermittlung von Bausparverträgen« bezeichnete OVB wurde 1970 vom ehemaligen Regionalmanager des IOS, Otto Wittschier, gegründet. Ähnlich wie Pohl veränderte Wittschier die Ausrichtung früh hin zum Allfinanzvermittler, der heute in 14 europäischen Nationen mit Tochtergesellschaften aktiv ist und zu einem der größten Finanzvertriebe gehört. Größte Einzelaktionäre der OVB sind die Signal Iduna-Gruppe, die Basler Beteiligungsholding GmbH (vormals Deutscher Ring) und ebenso wie bei der DVAG die Generali Lebensversicherung AG (siehe www.ovb.eu).

Filialnetz wie in Westdeutschland gab, war dies ein Eldorado für Strukturvertriebe und ihre Drückerkolonnen. Alte Hasen und neu rekrutierte Vermittler und Berater überschütteten die zumeist unbedarften Neukunden mit Finanzdienstleistungen. Provisionen sprudelten, viele Vermittler verdienten sich in kürzester Zeit die sprichwörtlich goldene Nase.

Auch hier zeigte sich das generelle systemische Problem der Finanzvermittlung und Beratung in- und außerhalb der Strukturvertriebe im Zeitraffer: Wenn mangelnde Sachkenntnis bei den Kunden in Finanz- und Versicherungsfragen dominiert, wird die Entscheidung zur reinen Vertrauensfrage und ist meist emotional gesteuert. Komplementär treibt die Vertriebslogik des provisionsgetriebenen Verkaufs die ebenfalls nur zum Teil versierten Vermittler/Berater an, sodass die massenhafte Falsch- und Fehlberatung unterhalb des strafrechtlichen Betrugs mit finanziellen Verlusten für die Kunden fast logische Konsequenz ist (s.u.). Gerechtigkeitshalber ist anzumerken, dass selbst die versiertesten Finanzexperten die Markttransparenz nicht auflösen und die Komplexität der Verträge und Produkte kaum einschätzen können – wie im Zuge der jüngsten Finanzkrise für jeden/jede deutlich geworden sein sollte.

Nach den guten Bedingungen der Startphase von Pohls DVAG und der Deutschen Einheit profitierte der Konzern nach dem Auslaufen des Booms Ende der 1990er Jahre von einer weiteren politischen Weichenstellung. Gemeint ist die (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung über die Gesetzgebung mittels der sogenannten Riester- und Rürup-Rente. Parallel dazu wurde die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung rapide eingeschränkt, sodass künftige Rentenzahlungen selbst für kontinuierlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Durchschnittsverdienst auf Grundsicherungsniveau abschmelzen werden.

So kommt es nach 2002 über die um diese Fragen angesiedelten polit-ökonomischen Debatten und mit bunten Werbebotschaften für die private Alterssicherung zu einem neuerlichen Boom bei der Vermittlung entsprechender Verträge, was von hohen Subventionen (Steuervorteile und Zulagen summieren sich bis 2015 auf rund 30 Mrd. Euro) befeuert wird. Zwar war der Absatz durch die forcierte (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung für die Finanzbranche nicht so groß wie erwartet, und er läuft seit 2011 aus (vgl. Christen 2012, s. Tabelle 4). Dennoch bescherte der Mini-Boom der DVAG durch die Vermittlung von Riester-Verträgen ein stark wachsendes Neugeschäft und damit erst einmal mehr Umsätze und Provisionen, was die relativ gute Performance seit Einführung der Riester-/Rürup-Rente erklärt. Auch hier sind wesentliche Nutznießer der

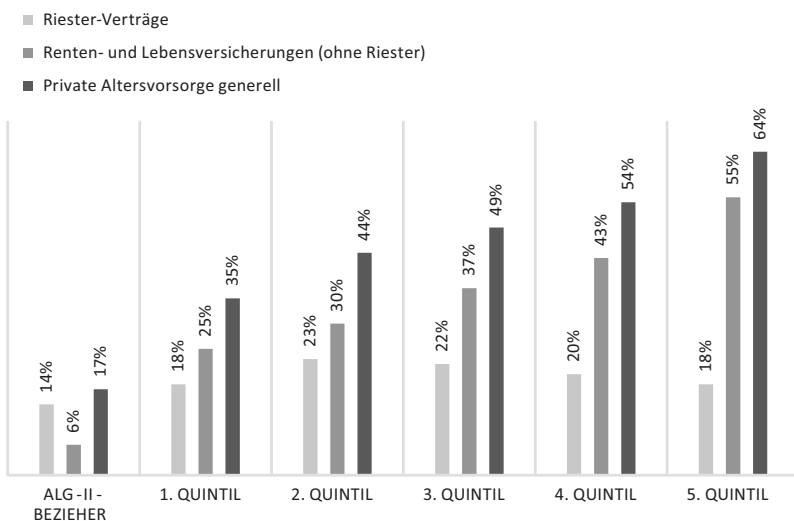
Tabelle 4: Ausgewählte DVAG-Konzernzahlen ab 2005

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzdaten (in Mio. Euro)										
Umsatzerlöse	807,4	862,6	1.004	1.224	1.097	1.065	1.111	1.186	1.130	1.191
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	145,1	173,6	209,2	233,2	217,3	232,5	264,7	275,9	259	266,9
Jahresüberschuss	86,1	114,1	126,2	149	138,8	150,1	171,1	184,9	176,1	154,4
Eigenkapital	351,1	410,1	456,3	535,8	512,2	553	604,3	649,2	665,2	660
Neugeschäft (in Mrd. Euro)										
Lebensversicherungen (Vers.-summe, ohne BUZ*)	10,4	10,6	11,6	16,9	14,4	13,8	14,1	13,2	12,2	12,1
Bausparen	1,28	1,4	1,42	1,6	1,8	1,9	2,1	2	2,2	2,1
Investment	2,4	2,8	3,3	3	2,2	2,5	1,7	1,9	1,93	1,8
Baufinanzierung	1,58	1,8	1,9	2,2	2,1	1,9	2,2	2,3	2,34	2,3
Versicherungen (Beitragsaufkommen)	k.A.	0,649	0,708	0,974	0,951	1,17	1,19	1,22	1,24	1,6
Bestände (in Mrd. Euro)										
Gesamtbestand	123,5	130,4	135,8	157,8	162,4	166,8	171,2	175,4	178,4	181,8
Lebensversicherungen	82,8	86,8	89,9	117,9	121,2	124,6	128	131,9	133,8	135,9
Bausparen	k.A.	k.A.	k.A.	20	20,3	20,4	20,9	21,5	22	22,3
Investment	10,8	12	12,8	11	13,6	15,5	14,8	16	17,7	19,4
Versicherungen (gebuchte Beiträge)	3,6	3,9	4,1	5,6	5,8	6,2	6,3	7	7,2	7,6

* BUZ = Berufsunfähigkeitszusatzversicherung

Quelle: DVAG-Geschäftsberichte 2006-2014; eigene Berechnung

Abbildung 3: Verbreitungsgrad privater Alterssicherung nach Einkommensgruppen (2008/09)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-PASS Befragung 3.Welle (2008/09); gewichtet Daten

Förderungen höhere Einkommensbezieher (vgl. Corneo u.a. 2015) und nicht die als Zielgruppe proklamierten niedrigen Einkommen, die aufgrund der Rentenreformen künftig hohe Verluste bei der gesetzlichen Rente in Kauf nehmen müssen (siehe Abbildung 3).

Selbstverständlich »profitieren« niedrige Einkommen auch von Fördermitteln zur privaten Kapitalbildung und/oder Alterssicherung. Sie können sich aber weiterhin nur relativ niedrige monatliche Prämienzahlungen (Vorsorge) leisten und müssen mit entsprechend geringen Auszahlungen bei Vertragsende rechnen – wenn sie denn über die gesamte Laufzeit die Prämien überhaupt bedienen können. Im Unterschied dazu kommt die Förderung der Finanzbranche zugute und deckt die entstehenden Kosten (eben auch Provisionen). Folglich profitierte die DVAG vom so induzierten Vorsorgeboom bis 2011, was sich in den Geschäftsberichten an der Entwicklung des Neugeschäfts und der Absatzzahlen zeigt. Die relativ gute Position der DVAG nach Ausbruch der Finanzkrise seit 2007/08 erklärt sich wiederum u.a. aus dem drastisch gesunkenen Vertrauen in Banken und deren Berater (vgl. Fidelity 2011). In der unsicheren Situation und angesichts massiver Kritik am Bankensektor sollten

sich der direkte Draht zu den Kunden und die Stellung als externer Vertrieb für die DVAG als gutes argumentatives Rüstzeug erweisen. Mit den unlauteren Bankberatern habe man nichts gemein und mit der starken Unsicherheit wurde die Lebensversicherung neuerlich als »Fels in der Brandung« mit geringem Risiko aufgewertet.

Mit der anschwellenden Problematisierung der »Niedrigzinsphase« für die Lebensversicherer in der Finanzbranche, den Medien und der Politik stehen die Kunden vor der Aufgabe, ihre Anlage- und Vorsorgestrategie neuerlich zu überdenken. Aber auch hier kann die DVAG gewinnen, fügt sich dies doch in eine andere Strategie, die auch bislang gute Provisionen bescherte und das Geschäftsergebnis stützte. Denn schon seit Jahren wird etwa der Bestand der Altverträge stark verändert. Dabei wird möglichst so beraten, dass alte Lebensversicherungsverträge mit den üblichen überzogenen Versprechungen gegen neue Produkte (u.a. Riester/Rürup, fondsbasierte Verträge, Hybridprodukte, Bank- und Fondssparpläne) getauscht werden sollen (vgl. Wirtschaftswoche 12.8.2010; Altersvorsorge – Abkassieren mit Fondspolizen; Balodis/Hühne 2012; Hagen/Jochims/Schmitt 2014).

Für diese Strategie kam der DVAG die Beteiligung an der Aachen-Münchener zugute. Nach dem Start der Riester-Rente konnte zunächst problemlos in deren Beständen »gewildert« und die lukrativen »Umdeckungen« vorgenommen werden, die mit Provisionen verbunden sind, was die DVAG-Unternehmensgewinne nach 2005 erklärt (vgl. Der Stern, 37/2007; Auf der Jagd nach Provisionen). Die Veränderung im Bestand und Beratung der Altkunden, damit neue, komplexere und riskantere Angebote angenommen werden, ist für die DVAG wie auch alle anderen Finanzdienstleister notwendig, da die Marktdynamik der 1980er/90er Jahre vorerst beendet ist. Faktisch stagniert das Neugeschäft in vielen Bereichen, entsprechende Einbußen bei den Provisionen sind das Ergebnis und forcieren den Veränderungsdruck in der ganzen Vermittlungs- und Beratungsbranche. Die Stagnation des Neugeschäfts zeigt sich dabei über fast alle Produktgruppen auch bei der DVAG ab 2011, wie in der Tabelle 4 abzulesen ist.

Angesichts des stagnierenden Absatzes der Riester-Angebote wird der Gesetzgeber möglicherweise bald neue Subventionen ausschütten und die gleichfalls teure und ineffiziente betriebliche Alterssicherung verstärkt fördern. Wie bei der Riester-Förderung würden überproportional Bezieher höherer Einkommen profitieren, und solch ein Boom dürfte der DVAG wieder ein anziehendes Neugeschäft und Provisionen bescheren.

Aber selbst dies würde nichts daran ändern, dass die so u.a. politisch generierte Nachfrage nach Versicherungs- und Finanzprodukten der mittleren und höheren Einkommen der Mittelschicht anders als in den 1960er-80er Jahren motiviert ist. Sie bleibt zwar dominante Zielgruppe der Förderung und damit auch für die DVAG, da sich die unteren Einkommen die Angebote nicht oder immer weniger leisten können und sich die oberen 10% der Einkommensbezieher nicht die Massenprodukte leisten wollen oder eben gar nicht auf die DVAG-Berater angewiesen sind. Sie haben andere Möglichkeiten der Vermögensbildung, Zugang zu Beratungsnetzwerken und besitzen anteilig Banken und Versicherungen, die diese »Schrottprodukte« für die Masse auflagen.

Angesichts der veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen bewegt sich die DVAG wie deren Konkurrenz künftig auf einem fragilen, zum Teil schrumpfenden Markt. Der Absatz von Versicherungs- und Finanzprodukten wird heute primär durch die Angst vor dem Abstieg befeuert und in einer »Rette-sich-wer-kann«-Manier die private Vorsorge zum individuellen Ausweg aus der gesamtwirtschaftlichen Malaise verklärt. Im Ergebnis wird so nur schneller zwischen alternativen Vorsorgevarianten gewechselt und kein neues, zusätzliches Sparvolumen generiert. Aber der Variantenwechsel ist auch für die DVAG profitabel, denn es lassen sich neue Verträge mit neuen Provisionszahlungen in den Markt drücken.

Die zwei Seiten des größten deutschen Finanzvertriebs

Bei allen regulatorischen Änderungen profitiert jeder Finanzvertrieb von den erwähnten Umschichtungen und dem Vertragswechsel, auch wenn die Provisionszahlungen und Vergütungsmodelle gesetzlich neu strukturiert werden müssen. Das Kernproblem jedes DVAG-Kunden bleibt weiter die Orientierung der Vermittler am Absatz provisionsträchtiger Verträge. In Kombination mit der Intransparenz der Finanzbranche und mangelnden Kompetenz der Kunden liegt hier die entscheidende Quelle des DVAG-Erfolgs. Denn eine reelle Kosten-Nutzen-Bewertung ist für die Kunden unmöglich und jeder Berater/Vermittler hätte allein deshalb eine hohe Verantwortung in Finanzfragen zu übernehmen. Wenn nun selbst die Konstrukteure hyperkomplexer Finanz- und Versicherungsprodukte ihre eigenen Kreationen nicht verstehen, wie soll ein DVAG-Vermittler dies leisten und Verantwortung wahrnehmen? Anders gefragt, wie kann er/sie hinreichend qualifiziert und objektiv Auskunft über die

Risiken, Kosten und Leistungsfähigkeit vor Vertragsabschluss über die gesamte Laufzeit geben?

Jeder Strukturvertrieb im Finanzbereich wird nun einmal vom Provisionsanreiz (s. Tabelle 5) dominiert und jede Beratung findet im eng begrenzten Angebotsrahmen statt. Im Fall der DVAG wird das Portfolio der Partner beworben und vermittelt, folglich lassen sich bestenfalls relative Rangfolgen abbilden. Die Frage, ob allerdings eine Versicherung, ein Bausparvertrag oder Investmentfonds für den Kunden »richtig« ist, wird so zur Auswahl aus einem beschränkten Angebotskorb. Dieser ist nicht Ergebnis einer Vorabauswahl der besten Produkte aller Anbieter in Deutschland, sondern aus den Finanzkonstruktionen der Partnergesellschaften, womit die Beteiligung der DVAG an diesen entscheidend wird. Zusätzlich ist die vorab ausverhandelte, undurchsichtige Struktur der Provisions- und Vergütungsstruktur ausschlaggebend für jede Beratung. Es macht dann gar keinen Sinn und ist für den DVAG-Vermittler unzulässig, über den Angebotsrahmen hinaus Verträge vergleichen zu wollen und so das für seinen Kunden »beste« Angebot zu empfehlen.

Tabelle 5: Provisionsbeispiele aus der Finanzbranche

Sachversicherung	11,25 Euro für einen Ein-Jahresvertrag Haftpflicht
	45 Euro für einen Ein-Jahresvertrag Hausratsversicherung
	200 Euro für Fünf-Jahresvertrag Hausratsversicherung
Krankenzusatzversicherung	90 Euro für Zahnzusatzversicherung
Bausparvertrag	325 Euro für Bausparsumme von 25.000 Euro
Fondsanlage	450 Euro für Anlagesumme von 10.000 Euro
Lebensversicherung	1.440 Euro bei Monatsbeitrag von 100 Euro, Laufzeit 30 Jahre
Immobilienfinanzierung	1.500 Euro für Kreditsumme von 200.000 Euro
Krankenversicherung	2.100 Euro für PKV-Vollversicherung mit Monatsbeitrag von 350 Euro
Unternehmensbeteiligung	3.000 Euro für einen geschlossenen Fonds mit 30.000 Euro Anlagesumme

Quelle: Handelsblatt, 20.3.2013, Versicherer wollen Provisionen deckeln

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Janusköpfigkeit der DVAG-Erfolgsgeschichte: Auf der einen Seite steht das Heer der Vermittler, die in der Regel durch ihre Tätigkeit im und für den Marburger Konzern kein Vermögen aufbauen, geschweige denn ein ausreichend hohes Einkommen erzielen konnten. Auf der anderen Seite stehen die Familie Pohl und die Führungsebene des Konzerns, die vermögend wurden, und zahlreiche Köpfe aus Politik und Wirtschaft, die als Berater und Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls von den Abschlüssen der DVAG-Vermittler finanziell profitierten. Zwar brüstet sich die DVAG bis in die jüngste Zeit gern damit, dass für den größten Finanzdienstleister Deutschlands über 30.000 Vermittler tätig seien und die Karrierechancen ausgezeichnet gewesen wären. Real war die Vermittlerzahl stets »aufgeblasen« und umfasste u.a. alle nebenberuflichen Berater, die weder signifikante Einkommen/Provisionen erwirtschaften konnten noch lange bei der Stange blieben. Auch die Karrierechancen waren nicht über Gebühr groß, wie allein schon die Zahl der Direktionen und Geschäftsstellen (etwa 3.000) in Relation zum Beraterheer belegt. Wobei selbst der Status Direktor/Geschäftsstellenleiter nichts über den tatsächlichen Verdienst aussagt, da sich die gestaffelte Verteilung der Provisionen nicht aufschlüsseln lässt und die DVAG seit jeher keine belastbaren, differenzierten Angaben macht, wie der reale Verdienst auf den unterschiedlichen Vertriebssebenen tatsächlich ausfällt.⁶

Grundprinzip des Strukturvertriebs bleibt der hierarchische Aufbau in Pyramidenform. Der Einstieg beginnt in der Regel als nebenberuflicher Berater mit geringen Fachkenntnissen, und vermittelt wird aus der DVAG-Vertragspalette im familiären Umfeld und Freundeskreis unter der Obhut eines »alten« Hasen. Danach müssen immer weitere Kreise gezogen werden, was klare Grenzen hat, und durch die kontinuierliche Partizipation der höheren Stufen in der Vermittlungspyramide an den Provisionen wird der individuelle Verdienst beschränkt. Der Ausweg liegt in der aggressiven Verkaufsstrategie und im schnellen Aufstieg in der Pyramide und der Rekrutierung neuer Vermittler, die für einen arbeiten. Entsprechend dominiert im Strukturvertrieb die Verkaufsrhetorik und es herrscht hoher Druck, viele provisionsträchtige Abschlüsse zu machen. Der Druck resultiert etwa daraus, dass die DVAG die Provisionen meist als Vorschuss gewährt. Sollten die Verträge später gekündigt wer-

⁶ Unzählige Informationen zu Vermittlern/Beratern, Provisionen und Querelen in der Branche finden sich u.a. auf www.geprellte-vermoegensberater.org, www.handelsvertreter-blog.de und www.versicherungsbote.de

den oder will der Vermittler die DVAG verlassen, müssen sie zurückgezahlt werden, was für viele Vermittler den Ruin und/oder lange Rechtsstreitigkeiten bedeuten kann.

Ohnehin war und ist nur ein Bruchteil der DVAG-Vermittler hauptberuflich tätig, und schon deshalb konzentriert sich der Löwenanteil der Provisionen auf einen sehr kleinen Kreis. Diese Leistungsträger werden zusätzlich mit Ferienreisen in die DVAG-Hotelanlagen belohnt und bei den bekannten Promievents und Motivationsgalas gefeiert. Da die Berufsbezeichnung Finanzvermittler/-berater nichts über die fachliche Kompetenz aussagt und zumindest in den ersten Jahrzehnten auch bei der DVAG meist fachfremde Berufseinsteiger in Crashkursen auf die Kunden losgelassen wurden, sind die finanziellen Folgen für die Kunden seit jeher wenig überraschend: Nach unterschiedlichen Schätzungen verlieren die Bundesbürger pro Jahr zwischen 30 und 98 Mrd. Euro wegen Falsch- und/oder Fehlberatung beim Abschluss von Versicherungsverträgen und Kapitalanlagen (vgl. Hagen et al. 2014: 117ff.; Oehler 2012; Habschick et al. 2008).

Hier geht es nicht nur um die DVAG, sondern allgemein erleiden die Verbraucher »(d)urch mangelhafte Beratungsqualität und wenig Kundenorientierung sowie aufgrund eines fehlenden systematischen, ganzheitlichen Verbraucherschutzes [...] bei der Nutzung von Finanzdienstleistungen [...] zum Teil erhebliche finanzielle Schäden. Allein durch fehlgeleitete Abschlüsse von Kapitallebens- und privaten Rentenversicherungen (wie eine »planned obsolescence« beim Abschluss) und ineffiziente »Riester«-Verträge (»wie eine Lotterie«) oder überhöhte Zinsen auf Dispositionskredite entstehen Verbraucherinnen und Verbrauchern jährliche Schäden in Milliardenhöhe. Hinzu kommen Schäden in weiteren Marktsegmenten wie offenen und geschlossenen Fonds. [Konservativ] wird [...] ein jährlicher Schaden in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro geschätzt. Dazu gehören geschätzte jährliche Schäden bei »Riester«-Produkten (mind. 1 Mrd. Euro), bei Kapitallebens- und privaten Rentenversicherungen (ca. 16 Mrd. Euro), bei Finanzprodukten des »grauen« Kapitalmarkts, die auch zur Altersvorsorge verwendet werden (mind. ca. 30 Mrd. Euro), sowie durch fehlende und nicht genutzte Sondertilgungsmöglichkeiten bei der privaten Immobilienfinanzierung (mind. 1 Mrd. Euro).« (Oehler 2012: 1) Hier geht es nicht um den straf- und zivilrechtlich strafbaren Betrug, sondern um das tägliche Geschäft von Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften mit überteuerten, falschen und riskanten »Produkten«. Und diese Produkte werden auch von der DVAG vermittelt und abgesetzt. Es wäre wahrscheinlichs-

theoretisch abwegig und gegen den Alltagsverstand, würde man nun behaupten, dass diese systemischen Fehler überall auftreten, nur nicht bei den Produkten und Verträgen, die der DVAG-Konzern seit Jahr und Tag vermittelt.

Viele Individuen und Privathaushalte sind aus skizzierten Gründen schlicht über- oder falsch versichert, die Abschlusskosten und jährlichen Gebühren für Fondsanlagen verringern massiv den Sparbetrag, die Beiträge für eine günstig abgeschlossene private Krankenversicherung explodieren im Alter und Hypothekendarlehen kommen durch mangelhafte Zins- und Tilgungsbestimmungen teuer. Insbesondere die mit sehr hohen Provisionen (bei Abschluss und jährlich über die Laufzeit) belegten Lebensversicherungen waren schon immer eher ein Produkt der Geldverbrennung. Insbesondere, da die Verträge mit der Zeit mehrheitlich beitragsfrei gestellt oder gekündigt und bestenfalls 25% bis zum Ende von den Kunden bedient und gehalten werden. Für die Branche selbst liegt darin ein lukratives Geschäftsfeld, denn der finanzielle Schade der Kunden ist ihr Gewinn und mit dieser Obsoleszenz wird anscheinend bewusst kalkuliert, da die »Kosten« der Versicherer in jedem Fall getragen werden.

In der Mithaftung für diese Arten der systematischen Umverteilung der Gelder von Versicherten und Anlegern stehen auch die abertausenden DVAG-Vermittler, denn ohne sie wäre das profitable Geschäft zu lasten von Millionen Kundinnen und Kunden nicht möglich. Da sich die Familie Pohl brüstet, die DVAG sei der größte Platzhirsch, ist der Familienkonzern dann wohl auch für die skizzierten Verluste in hohem Grad mitverantwortlich zu machen. Allerdings war diese Art der Umverteilung für den Strukturvertrieb lukrativ, sie speiste die Unternehmensgewinne der letzten Jahrzehnte und mehrte das Vermögen der Familie Pohl und der Führungskräfte. Das Geschäft lief dank der guten Netzwerke wie »geschmiert«, und bisher hat der Gesetzgeber auch nicht maßgeblich interveniert. Folglich dürfte der tägliche Finanzskandal auch künftig für die DVAG kein Problem sein.

Literatur

- Baum, Gerhardt/Reiter, Julius/Methner, Olaf (2009): Abkassiert. Die skandalösen Methoden der Finanzbranche. Hamburg.
- Balodis, Holger/Hühne, Dagmar (2012): Die Vorsorgelüge. Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben. Berlin.
- Christen, Christian (2012): Paradigmenwechsel der deutschen Alterssicherung. Über die Riester-Rente hin zur politisch forcierten Altersarmut. In: Kurswechsel Heft 4/2012; Alter – Das neue alte Risiko? Wien.
- Ders. (2013): Politische Ökonomie der Alterssicherung. Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitalgedeckte Finanzierung. Marburg.
- Corneo, Giacomo/Schröder, Carsten/König, Johannes (2015): Distributional Effects of Subsidizing Retirements Savings Accounts – Evidence from Germany. Discussion paper Economics 2015/18. FU Berlin.
- Dahm, Wolfgang (1996): Beraten und Verkauft. Die Methoden der Strukturvertriebe. Wiesbaden.
- Dinauer, Josef (2008): Grundzüge des Finanzdienstleistungsmarkts. Allfinanz – Private Altersvorsorge – Financial Planning. München.
- Dudler, Hermann-Josef (1991): Strukturwandel der Geldvermögensbildung im Reifeprozess von Volkswirtschaften, in: Krümmel/Rehm Simmert (Hrsg.): Kredit und Kapital Heft 11, Allfinanz – Strukturwandel an den Märkten für Finanzdienstleistungen. Berlin, S. 53-73.
- Fidelity (2011): »Anlegerinteressen im Fokus«. Ergebnisse der zweiten europäischen Studie zur Qualität der Anlageberatung. Frankfurt a.M.
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (2005): Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte bei Lebensversicherungen: Trends und Perspektiven; Themen und Analysen Heft 3. Berlin.
- Habschick, Marco/Evers, Jan (2008): Anforderungen an Finanzvermittler – mehr Qualität, bessere Entscheidungen. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hamburg.
- Hagen, Jens/Jochims, Dörte/Schmitt, Thomas (2014): Vorsicht Vermittler! Die fiesen Tricks von Finanzberatern und Versicherungsvertretern. München.
- Oehler, Andreas (2008): Die Verbraucherwirklichkeit: Mehr als 50 Milliarden Euro Schäden jährlich bei Altersvorsorge und Verbraucherfinanzen. Befunde, Handlungsempfehlungen und Lösungsmöglichkeiten; Studie, online: www.unibamberg.de/fileadmin/uni/fakultaeten/sowi_lehrstuehle/finanzwirtschaft/Transfer/20122012x__Milliardenschaeden_bei_Altersvorsorge_und_Vebr...pdf.

Christian Schönholz

Ein Besuch in der DVAG-Ausstellung

Oder: Erfolg als unternehmerische Selbststilisierung

Das 2011 eröffnete Zentrum für Vermögensberatung in der Marburger Nordstadt beherbergt neben den Tagungs- und Schulungsräumen, Büros, einem Restaurant und einem Café auch die *DVAG-Ausstellung*, das sogenannte *Haus der Gründer* und die sich daran anschließende *Erlebniswelt* zum Thema Vermögensberatung, die allen interessierten Besuchern als ein Firmenmuseum offen stehen. Diese Selbstdarstellung des Unternehmens ist allerdings nur bedingt als eine Erweiterung der städtischen Museums- und Ausstellungslandschaft anzusehen. Sie übernimmt in der Konzeption des Gebäudekomplexes vielmehr die zentrale Aufgabe der Identitäts- und Sinnstiftung des Unternehmens nach innen und außen, die mit der Person Reinfried Pohl und seiner hier präsentierten Biografie in eins fallen.¹

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, zum einen die Aufgaben und Ziele dieser Räumlichkeiten zu konkretisieren, zum anderen der angeführten Deckungsgleichheit von Reinfried Pohl und der hier präsentierten Unternehmenskultur Rechnung zu tragen. Dafür ist neben dem strukturellen Aufbau der Ausstellungsräume auch auf allgemeine Spezifika von Firmenmuseen einzugehen. Weiterhin werden einige ausgewählte Exponate der DVAG-Präsentationen in den Blick genommen, um daran die den Besuchern propagierten Wertvorstellungen aufzuzeigen.

¹ Der Autor verzichtet bewusst auf die vollständige Nennung der akademischen Titel und Grade der angeführten Personen. Das hat den Hintergrund, dass einige der Doktoren- und Professoren-Titel der im Folgenden erwähnten Protagonisten ehrenhalber verliehen wurden und eine stets korrekte Differenzierung den Lesefluss beeinträchtigen würde. Reinfried Pohl erwarb 1953 einen Dokortitel nach seinem ersten juristischen Staatsexamen im selben Jahr an der Philipps-Universität Marburg, die ihm 50 Jahre später auch einen Ehrendoktor verlieh. Den Titel eines Professors erhielt Pohl 2007 ehrenhalber durch den damaligen Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, der knapp ein Jahr später nach Ende seiner Amtszeit in den Vorstand der DVAG wechselte. Corts ist nicht promoviert, trägt aber einen Ehrendokortitel der Hanoi Law University.



Die Kongresshalle mit dem Unternehmensmuseum

Ein Rundgang durch die Ausstellung

Die Präsentation der DVAG gliedert sich in drei Abteilungen, wobei der schlicht *Ausstellung* betitelte Teil im Erdgeschoss auf die Entwicklung des Unternehmens selbst abzielt. Dahinter ist der erste Raum zum *Haus der Gründer* untergebracht – die Gründer, das sind Anneliese und Reinfried Pohl, denen auf zwei Etagen eine eigene Ausstellung gewidmet ist. Im Erdgeschoss steht Anneliese Pohl und ihr Wirken für die DVAG im Zentrum, der Raum für Reinfried Pohl beendet den Rundgang im Obergeschoss nach der multimedialen *Erlebniswelt*. Erwähnenswert und durchaus pikant ist der Umstand, dass sich das *Haus der Gründer* in einem Teil des Gebäudes befindet, dessen Fassadengestaltung von außen an das zwar denkmalgeschützte, aber dennoch zugunsten des Neubaus abgerissene Haus Rosenstraße 9 erinnern soll. Dass ausgerechnet an der Stelle des Neubaukomplexes der personenbezogene Gründerkult um das Ehepaar Pohl auf zwei Etagen beherbergt ist, wo zuvor ein Kulturdenkmal der Stadt Marburg den Plänen der DVAG zum Opfer fiel, ist durch die symbolhafte Aufladung und die Vorgeschichte schon vor Betreten der Räumlichkeiten schwer verdaulich. Andererseits lässt sich dieses Detail auch als ein Fingerzeig verstehen, der darauf hinweist, wessen Geist hier in das kulturelle Erbe der Stadt Marburg eingezogen ist.

Die *Ausstellung* zur DVAG im Erdgeschoss besteht im Kern in der Präsentation der Erfolgsgeschichte des Unternehmens. Hier kann man in der Mitte des Raumes anhand eines Zeitstrahls (durchaus beeindruckend medial aufbereitet) die Verbreitung einzelner Filialen und Direktionen der DVAG in der BRD nachvollziehen. Weiterhin werden linkerhand über Bildschirme großformatige Interviews mit Prominenten wie Otto Rehhagel oder Michael Schumacher zu den Themen individueller Erfolg und Glück in der familiären Gemeinschaft gezeigt. Die rechte Wand ist bereits Reinfried Pohl gewidmet, dessen Kindheit in Zwickau, Ausbildung und Studium durch Dokumente und Fotos präsentiert werden. So stehen sich konzeptuell die Herkunft Pohls und die Erfolgsgeschichte der DVAG gegenüber und bilden die Rahmung der gesamten Ausstellung. Gleichzeitig sollen Besucher von Beginn an auch als potenzielle »Familienmitglieder« angesprochen werden, stellt sich doch die DVAG als große Gemeinschaft mit attraktiven Aufstiegschancen dar.² Die Tätigkeiten eines Vermögensberaters werden dabei als ein von Reinfried Pohl erschlossenes neues Berufsbild vorgestellt. Das ist ein Stück weit missverständlich, denn ein Ausbildungsberuf ist »Vermögensberater« nicht, sondern eine Tätigkeit für Quereinsteiger, bei der die vorherige berufliche Erfahrung eine untergeordnete Rolle spielt. Erfolg und Aufstieg werden auch über das hierarchische und militärisch konnotierte Belohnungssystem der DVAG in die Ausstellung eingebunden, worauf noch einzugehen ist.

Zwischen der *Ausstellung* und dem ersten Teil vom *Haus der Gründer* bieten Medienstationen die Möglichkeit, sich über Aspekte des Versicherungswesens, Unwetter- und Naturkatastrophen und die Möglichkeiten der Vermögensvermehrung und Vermögensabsicherung zu informieren. Hier soll ganz offensichtlich ein Zustand permanenter Bedrohung des persönlichen Wohlstands durch äußere Einflüsse beim Besucher

² So kann man an einem Bildschirm einen Test absolvieren, wie geeignet man für die Laufbahn eines Vermögensberaters ist. Die Fragen lauten u.a.: »Sie beginnen Ihre Tätigkeit als freiberuflicher Vermögensberater. Was ist – nach den erforderlichen Schulungen – Ihre erste wichtige Aufgabe?« Die Antwortmöglichkeiten sind: »A: Ich kaufe mir ein neues Auto, um Eindruck zu machen. B: Ich nutze möglichst viele meiner Kontakte, um Termine für die Aufnahme einer Analyse zu machen. C: Ich gehe zu meiner Bank und beantrage ein Gründungsdarlehen. D: Ich kaufe mir möglichst viele Fachbücher, um mein Wissen zu vertiefen.« Die korrekte Antwort ist B, denn es geht darum, möglichst viele Abschlüsse zu machen und dafür das eigene Umfeld (aus) zu nutzen – das Statussymbol Auto ist dafür offensichtlich ebenso irrelevant wie angeeignetes Fachwissen.

suggeriert werden, der durch entsprechende Beratung und Versicherungen kontrollierbar werden soll. Im Obergeschoss ist dann die *Erlebnisswelt* untergebracht, die über verschiedene interaktive Spiele den eigenen Umgang mit Finanz- und Versicherungsfragen abfragt. Besucher können hier an technisch aufwendig gestalteten Konsolen herausfinden, welcher Anlegertyp sie sind, wie gut sie über wirtschaftliche Fachbegriffe informiert sind oder wie sie sich im *Auf und Ab des Lebens* anhand richtiger und frühzeitig gefällter Entscheidungen bewähren.³ Hier liegt ein anschauliches Beispiel für die Gamification⁴ der Finanzwelt vor, was speziell diese Etage wiederum für medien- und kommunikationswissenschaftliche Fragen interessant macht. Die *Erlebnisswelt* lässt sich zusammenfassend als ein Self-Assessment-Center beschreiben, welches ganz auf die Interessen der DVAG ausgerichtet ist, und das auf firmeninterne Besucher, die im Rahmen ihrer Schulungen die Räumlichkeiten aufsuchen (müssen?), ebenso abzielt wie auf externe.

Dieser zweite, mediale Teil des Konzepts erscheint mir daher als besonders eindrücklicher Hinweis darauf, wofür das DVAG-Museum im eigentlichen Sinne gedacht ist: Besucher sollen sich mit ihren persönlichen Zielen und ihrem Umgang mit Fragen des Finanz- und Versicherungswesens auseinandersetzen, um zu dem Schluss zu gelangen: »Die DVAG hilft mir dabei, die richtigen Entscheidungen zur richtigen Zeit zu fällen, und Pohl hat es vorgemacht!« Dieser Ansatz ist so aufdringlich infantil, dass allein das makellose Ausstellungsdesign diesen (man muss es so sagen) plumpen Versuch einer »Mach mit, mach's nach, mach's besser«-Didaktik oberflächlich zu verschleiern vermag.

³ Folgende Anlegertypen sind als Ergebnis des »Magischen Dreiecks« vorgehen: »1. Der Verweigerer. Immer sofort liquide! 2. Der Zocker. Viel Ertrag und dennoch immer bereit für Ausgaben? 3. Der Flüssige. Für Sie ist es am wichtigsten, Ihre Anlagen schnell wieder zu Geld machen zu können. 4. Der Skeptiker. Maximale Sicherheit und immer flüssig sein, das ist es, was für Sie zählt. 5. Der Harmonische. Sie haben es verstanden: Ohne ein gewisses Risiko auch keine Rendite. 6. Der Gierige. Gewinn geht über alles! 7. Der Furchtlose. Gewinn ist das Wichtigste. 8. Der Stratege. Langfristiger Vermögensaufbau – Das ist die Maxime. 9. Der Solide. Sicherheit ist Ihnen sehr wichtig. 10. Der Hasenfuß. Sicherheit, Sicherheit und nochmals Sicherheit!« Diese Typisierungen können sich Besucher auch in einem Falblatt mitnehmen; sie geben einen guten Einblick in einen Teil der personenbezogenen Analyse im Rahmen einer Beratung durch die DVAG.

⁴ Der Begriff Gamification (dt. in etwa Spielifizierung) beschreibt die Anwendung spieltypischer Elemente (z.B. Highscores, Multiplayer-Modus, Belohnungsgüter, Antwortenauswahl) in spielfremden Kontexten.

Den Rundgang schließt der obere, zweite Teil vom *Haus der Gründer* ab, der die persönlichen Kontakte, Freundschaften und Ehrungen von Reinfried Pohl zum Schwerpunkt hat. Hier sind in Vitrinen signierte Bücher, persönliche Dankesbriefe und Fotos arrangiert, welche die Partner aus dem Sportsponsoring der DVAG und ihre Beziehung zu Reinfried Pohl, vor allem aber ihre Dankbarkeit und Wertschätzung, herausstellen. Neben dem bereits erwähnten und in der gesamten Ausstellung sehr präsenten Michael Schumacher sind das der Schwimmer Paul Biedermann, die Fechterin Britta Heidemann, der Trainer Joachim Löw und als Fußballverein der 1. FC Kaiserslautern. Der Verein wurde durch Vermittlung seines wohl prominentesten Ehrenmitglieds, Helmut Kohl, von 1998 bis 2010 von der DVAG als Hauptsponsor unterstützt; 2003 wurde auch Reinfried Pohl Ehrenmitglied des FCK. Der Altbundeskanzler ist als langjähriger Freund im *Haus der Gründer* ebenfalls durch Briefe und Widmungen in seinen ausgelegten Memoiren und Fotografien prominent vertreten. Seit dem Jahr 2000 ist Kohl zudem als Mitglied und Vorsitzender des Beirates der DVAG in die Geschäftsführung des Unternehmens eingebunden – den Vorsitz hat allerdings mittlerweile Theodor »Theo« Waigel übernommen, der ebenfalls auf einigen Bildern mit Reinfried Pohl zu sehen ist.⁵

Einen letzten Schwerpunkt dieses Gründerkults bilden Präsentationen der zahlreichen Ehrungen Reinfried Pohls, darunter das Große Verdienstkreuz, das Große Verdienstkreuz mit Stern, der bereits erwähnte Professorentitel ehrenhalber oder der Hessische Verdienstorden, die mit Urkunden und Fotos der feierlichen Überreichungen (durch spätere Mitglieder des DVAG-Beirates) in Vitrinen dokumentiert werden. So wird in

⁵ Die diversen Einsetzungen ehemaliger hochrangiger Politiker von CDU und FDP nach deren Amtszeiten in Gremien der DVAG können hier nur angeschnitten werden (s. dazu auch die Beiträge von Jürgen Nordmann und Frank Deppe in diesem Band). Der aktuelle Aufsichtsratsvorsitzende Friedrich Bohl war von 1991 bis 1998 unter Helmut Kohl Chef des Bundeskanzleramts, Theodor Waigel (Bundesfinanzminister a.D.) war vor seinem Wechsel in den Beirat ebenfalls Mitglied im Aufsichtsrat. Weiterhin ist Horst Teltschik zu nennen, der als ehemaliger Vizekanzleramtschef unter Kohl ebenfalls einen Posten im Beirat bekleidet. Mit Bernhard Vogel (Ministerpräsident a.D. in Thüringen), Petra Roth (Oberbürgermeisterin a.D. in Frankfurt am Main), Karl Starzacher (Finanzminister a.D. in Hessen) und Wolfgang Schüssel (Bundeskanzler a.D. der Republik Österreich) wirkt der Beirat der DVAG wie ein Regierungskabinett außer Dienst. Guido Westerwelle (Außenminister a.D.) ist aktuell zwar nicht mehr im Beirat, jedoch konnte Udo Corts (Minister für Wissenschaft und Kunst a.D. in Hessen) in die Vorstandsetage der DVAG aufsteigen.

diesem letzten Raum versucht, den für das Unternehmen so zentralen Begriff des Erfolgs durch die Verbindungen zu Sportlern (als Synonyme für Erfolg durch Leistung), Politikern (sie stehen für Macht), durch offizielle Ehrungen (sie symbolisieren Anerkennung), persönliche Bekanntschaften (sie zeigen die Netzwerke auf) und Beziehungen (diese stehen für Einfluss) eine Kontur zu geben und ihn auf die Gründerfigur Reinfried Pohl zuzuschneiden.

Design und technische Umsetzung

Dieses Konzept der personenbezogenen Erfolgsgeschichte eines Unternehmens bedurfte einer Gesamtplanung und gestalterischen Umsetzung, wofür die DVAG namhafte Firmen beauftragt hat. Zur Umsetzung maßgeblich beigetragen haben *bogner.cc* aus Wien, die für das Vermittlungs- und Führungsprogramm und das museologische Konzept verantwortlich waren, das *Harry Vetter Team* aus Stuttgart für die Ausstellungsgestaltung und *MESO Digital Interiors* aus Frankfurt, von denen die Medienplanung der Erlebnisstationen stammt. Interessant ist hierbei der Zusammenhang zur »Fachhochschule der Wirtschaft«, die im Oktober 2013 in Marburg eröffnet wurde und die ein Kombistudium in Kooperation mit der DVAG anbietet – das Leit- und Orientierungssystem der FHDW stammt ebenfalls von *bogner.cc*.⁶ International bekannt ist das Wiener Museumsplaner-Team um Dieter Bogner für diverse Ausstellungskonzepte, die von Kunstmuseen (u.a. Kunsthistorisches Museum Wien, New Museum of Contemporary Art New York, Kunsthaus Graz) über Industrieausstellungen (u.a. BMW-Motoren Steyr, Neubau Ausstellungszentrum Bauhaus Dessau) bis zu verschiedenen Landesmuseen (u.a. Vorarlberg Museum Bregenz, Hessisches Landesmuseum Kassel, Volkskundemuseum Graz) reichen. Auch die anderen beteiligten Firmen haben an namhaften Ausstellungen mitgewirkt. *Harry Vetter Team* war und ist bei der Gestaltung im Berliner Humboldt-Forum und bei diversen Ausstellungen im Berliner Gropius-Bau involviert, *MESO*

⁶ Die FHDW ist in Marburg im Prinzip die eigene FH der DVAG. Das Studium beinhaltet eine monatliche Ausbildungsvergütung, ein leistungsabhängiges Stipendium und Einnahmen aus Provisionen der DVAG, d.h. die Studierenden müssen parallel zum Studium bereits als Vermögensberater arbeiten und werden nach der Zahl ihrer Abschlüsse bezahlt; vgl. die Angaben auf der Homepage der FHDW.

entwickelt Medienstationen für BMW, Bayer, Fraport, Siemens und die Deutsche Telekom.

Das Resultat kann sich unabhängig von den präsentierten Inhalten sehen lassen. Das Raumkonzept unterstreicht die intendierte Verschmelzung von Unternehmen und Person Reinfried Pohl, das Haus der Gründer funktioniert als eigenständiger Raum der Huldigung, die Medienstationen sind technisch und grafisch auf der Höhe der Zeit und äußerst wertig umgesetzt. Viele öffentliche Museen können von einer solchen Ausstattung nur träumen, will sagen: Geld hat hier keine Rolle gespielt, auch wenn sich die gesamte Ausstellung um Finanzfragen dreht. Unklar ist für Außenstehende allerdings, inwieweit die DVAG gestalterische Vorgaben gemacht hat und welche Umsetzungen aus Vorschlägen der angeführten Ausstellungsexperten resultieren, oder ob diese nur die Vorstellungen der Familie Pohl realisiert haben. Um die DVAG-Ausstellung in einem größeren Rahmen zu betrachten, scheint ein kurzer Blick auf andere Firmenmuseen daher durchaus sinnvoll.

Zur Spezifik eines Firmenmuseums

Lassen sich Firmenmuseen von anderen Museumstypen abgrenzen? Und handelt es sich bei den Räumen der DVAG überhaupt um ein solches? Ein primärer Unterschied besteht in den Betreibern, denn während staatliche Museen von öffentlicher Hand, Vereinen oder Stiftungen betrieben werden, ist es ein Merkmal von Firmenmuseen, dass sie »von einem Unternehmen ins Leben gerufen und unterhalten« werden, zudem müssen sie »für Dritte zugänglich sein, jedoch nicht unbedingt für die allgemeine Öffentlichkeit« (Mikus 1997: 15). Damit ist nach Mikus bewusst der »gesamte Bereich der Nonprofit-Organisationen ausgeklammert« (ebd.: 16), ebenso Museen, die von Fördervereinen oder Stiftungen betrieben werden, selbst wenn diese sich personell und finanziell aus einem Unternehmen speisen.⁷ Weiterhin abzugrenzen sind Firmenmuseen von unternehmenseigenen Sammlungen, die nicht in einem konkreten Zusammenhang mit dem Unternehmen stehen (bei-

⁷ Nach dieser Definition wäre beispielsweise die Sammlung Braun in Kronberg gar kein Firmenmuseum, da sie nicht vom Unternehmen Braun selbst gegründet wurde und unterhalten wird, sondern vom firmennahen Förderverein Braun, der zu einem großen Teil aus ehemaligen Mitarbeitern von Braun besteht. Nichtsdestotrotz dient die Sammlung Braun auch dem Unternehmen als ein Aushängeschild der Firmengeschichte; siehe den Internetauftritt der Sammlung.

spielsweise die Kunstsammlung der Deutschen Bank AG), oder die ein Eigentümer als Privatperson gesammelt hat und in den Räumen seines Unternehmens präsentiert (ebd.: 17).

Firmenmuseen sind an sich keine Erfindung des modernen Marketings. Schon im ausgehenden 19. Jahrhundert begannen Firmen wie Siemens und Krupp mit Überlegungen und ersten Gründungen von firmeneigenen Ausstellungen und Sammlungen, welche die Leistungen des Unternehmens nach außen hin sichtbar machen sollten – offensichtliche Marketing- und Imagestrategien, lange bevor sie als betriebswirtschaftliche Erkenntnisse Einzug in Lehrbücher hielten. Den somit eigentlich etwas traditionell erscheinenden Selbstdarstellungen großer Konzerne in repräsentativen Räumlichkeiten kam in den letzten Jahrzehnten allerdings ein Trend entgegen, den Wolfgang Zacharias bereits 1990 als das »Zeitphänomen Musealisierung« bestimmt hat. Hierdurch gerieten Museum und Marketing in ein neues dynamisches Verhältnis, indem beide Gebiete das jeweils andere für sich entdeckten: Museen begannen, sich um ihr Image und ihre Attraktivität zu bemühen, sei es durch Werbekampagnen, Anwerbung angesagter Kuratoren oder Einbeziehung neuer medialer Möglichkeiten der Didaktik und Präsentation, während Unternehmen die Möglichkeiten von moderner musealer Außendarstellung der eigenen Unternehmensgeschichte und ihres (in aller Regel) erfolgreichen Verlaufs als Teil ihrer Öffentlichkeitsarbeit bestimmten.

Das kommt nicht von ungefähr, wird doch seit vielen Jahren von Marketingberatern und Betriebswirtschaftlern versucht, Unternehmen eine eigene Unternehmenskultur zuzuschreiben, womit gemeinsame Werte und Haltungen, Traditionspflege, Zusammenhalt innerhalb des Unternehmens und ideelle Interessen der Firmenleitung formulierbar und nach innen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) sowie nach außen (potenzielle Kunden und Investoren) darstellbar werden sollen. Seinen Ausgangspunkt nahm dieser Begriff in den Managementwissenschaften seit Ende der 1970er Jahre, zunächst als »Corporate Culture«, spätestens seit der deutschen Übersetzung des Bestsellers von Peters und Waterman »Auf der Suche nach Spitzenleistungen« (1983) im deutschsprachigen Raum dann als »Unternehmenskultur«. »Kultur gilt als Konzept zur Steuerung oder zumindest Beeinflussung wirtschaftlicher Vorgänge und letztlich als Mittel der Produktivitätssteigerung«, so Irene Götz (1997: 40). Besonderes Charakteristikum der wirtschaftswissenschaftlichen Konzepte »Corporate Culture« und »Unternehmenskultur« ist weiterhin die implizierte starke Gemeinschafts- und Harmonisierethorik, welche alle am Unternehmen beteiligten Personen als Teil eines

größeren Ganzen, der imaginierten »Unternehmensfamilie« (mit allen Rechten und Pflichten für die Mitglieder) zu erfassen versucht – auch die DVAG bedient sich dieser Mittel der Gemeinschaftsbeschwörung durch propagierte gemeinsame kulturelle Werte und die Stilisierung als einer großen Familie.⁸ Die Verwendung des Kulturbegriffs impliziert diese Ziele fast automatisch und macht sie ideologisch zunächst unverdächtig – Kultur als übergreifender Terminus ist weitgehend positiv besetzt, wird mit Bildung, Offenheit, musischen Werten und Tradition assoziiert. Gelingt es einem Unternehmen, seine (in diesem Fall dezidiert finanzwirtschaftlichen) Interessen mit einer bestimmten eigenen Unternehmenskultur zu verknüpfen, lässt sich diese bei der Außendarstellung äußerst wirksam einsetzen.⁹ Ein Firmenmuseum ist dafür der perfekte Rahmen, gerade für ein liberal-konservativ ausgerichtetes Unternehmen wie die DVAG. Hierzu passt auch die Rolle des gönnerhaften Mäzens, die Reinfried Pohl in den letzten Jahrzehnten regelmäßig für sich in Anspruch genommen hat.¹⁰

Der wichtigste Unterschied besteht letztlich aber ohne Zweifel darin, dass ein öffentlich finanziertes Museum gänzlich andere Interessen verfolgt als ein Unternehmensmuseum. Naturgemäß verfolgt ein Unternehmen als primäres Ziel einer eigenen Ausstellung nicht das Aufwerfen kritischer Fragen oder eine wertneutrale Aufarbeitung historischer Ereignisse. Vielmehr stehen das eigene Image und die Unternehmenskultur im Vordergrund. Es muss daher zwangsläufig eine Erfolgsgeschichte erzählt werden; Momente des Scheiterns, Fehlentscheidungen oder Skandale haben hier keinen Platz. Das Aufnehmen öffentlicher Kritik am Unternehmen in eigene Präsentationsräume erfolgt nur, wenn damit auch ein Imagegewinn erzielt werden kann und sich moralische Vorwürfe langfristig aus der Welt schaffen lassen.

Das ist aus Unternehmersicht durchaus nachvollziehbar, nur bleibt die Frage, inwieweit derart interessengeleitete Ausstellungen die Kriterien für ein Museum erfüllen können. Dabei spielen der fehlende ge-

⁸ Selbstbeschreibungen und Verweise auf die »Unternehmensfamilie« finden sich an zahlreichen Stellen, exemplarisch sei hier auf das Eingangsstatement von Christian Glanz verwiesen: »Wir sprechen nicht umsonst von einer beruflichen Familiengemeinschaft.« Christian Glanz im Firmenvideo »Faszination Vermögensberatung – Das sind wir!«.

⁹ Weiterhin zur Diskussion um die Ansätze der Unternehmenskultur siehe Helmers 1993.

¹⁰ Für die Zusammenhänge von Mäzenatentum der Wirtschaftsunternehmen und musealer Sammeltätigkeit siehe Lippert 1990.

setzliche Rahmen und schwammige Kriterien für das Etikett *Museum* den Unternehmen in die Hände. Der deutsche Museumsbund fordert seit langer Zeit konkrete Vorgaben und Standards für den Museumsbegriff, denn aktuell kann jeder und jede ein Museum betreiben, solange dieses öffentlich zugänglich ist: *Museum* ist kein geschützter Begriff. Dennoch gibt es zur Orientierung Vorgaben, die der Internationale Museumsrat formuliert hat. Dieser definiert ein Museum als »eine gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die [...] materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt.«¹¹ Das sind sehr allgemeine Kriterien, von denen die DVAG-Ausstellung einige erfüllt (z.B. ist sie ständig der Öffentlichkeit zugänglich und sammelt materielle Zeugnisse), andere nicht (die DVAG ist eindeutig keine gemeinnützige Einrichtung, sie forscht auch nicht). Interessanterweise wird der Terminus *Museum* bei der DVAG auch vermieden: Es ist von *Ausstellung* und *Sammlung* die Rede, von *Erlebniswelt* und dem *Haus der Gründer*. Als ein Museum tritt die DVAG aber nicht explizit auf, auch wenn für Besucher die Verknüpfung mit musealen Merkmalen deutlich wird.

Bevor auf einige Exponate der DVAG-Ausstellung eingegangen wird, ist zu klären, was andere Unternehmen in ihren Firmenmuseen ausstellen. Gemeinhin liegt es nahe, die eigenen Produkte in ihrer historischen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen, wobei innovative Schritte als eigene Leistungen zu betonen sind, wodurch sich das Unternehmen von anderen Mitbewerbern abgrenzen kann. Weiterhin ist es für die Wahl geeigneter Objekte umso einfacher, je breiter das Produktportfolio des betreffenden Unternehmens aufgestellt ist. Eine hohe Relevanz für das alltägliche Leben ist ebenfalls von Vorteil, denn so lässt sich mühelos eine Verbindung zu den Besuchern und ihren eigenen Lebenserfahrungen herstellen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Automobilkonzernen oder Herstellern von Haushaltsgeräten ein vielfältiges und anschauliches Ausstellungskonzept relativ leichtfällt, denn bei der Wahl der Objekte besteht hier häufig ein großer Spielraum.¹²

¹¹ ICOM: Ethische Richtlinien für Museen (Code of Ethics for Museums), deutsche Übersetzung der ICOM-Nationalkomitees von Deutschland, Österreich und der Schweiz. Berlin/Wien/Zürich 2003, Anhang, Artikel 2.1, S. 18.

¹² Beispiele hierfür wären die Firmenmuseen von Porsche, Daimler-Benz, Siemens oder Braun.

Hier standen die Gestalter der DVAG-Ausstellung vor einem Problem, denn weder produziert die DVAG ausstellbare Objekte, noch bietet sie eigene Produkte an. Das als Strukturvertrieb organisierte Unternehmen vermittelt Finanz- und Versicherungsprodukte anderer Unternehmen (u.a. Vertrieb der AachenMünchener durch die Tochtergesellschaft Allfinanz). Ihre Tätigkeiten liegen somit in der Beratung und der Anwerbung von Kunden, die wiederum selbst als Vermögensberater tätig werden können. Damit lässt sich, wie die DVAG zeigt, ein beträchtliches Vermögen machen, nur: Wie stellt man das aus? Spezifischer gefragt: Inwieweit lässt sich daraus eine firmenbezogene Ausstellung gestalten und mit Objekten bestücken? Diese Problematik der Nicht-Ausstellbarkeit aufgrund fehlender eigener Produkte verweist letztlich auf den abstrakten Charakter des Nicht-Greifbaren, der den Sektor der Versicherungs- und Finanzdienstleister insgesamt kennzeichnet. Die Kuratoren der DVAG-Ausstellung standen somit vor der Herausforderung, die Erfolgsgeschichte eines Unternehmens zu präsentieren, ohne auf konkrete Objekte der Unternehmensgeschichte zurückgreifen zu können – den vertraglichen Abschluss oder die Vermittlung, beispielsweise einer Lebensversicherung, kann man nicht als unternehmerische Leistung präsentieren.

Ausgewählte Exponate – Was stellt die DVAG aus?

Das erklärt auch, warum am Eingang zur Ausstellung, noch im Foyer des Gebäudes, ein ausgedienter Formel-1-Rennwagen von Michael Schumacher aufgestellt ist: Dieser Wagen symbolisiert Erfolg schlechthin, assoziiert den Rekord-Weltmeister mit der DVAG, wenngleich die Firmenleitung am sportlichen Rennerfolg (außer als Geldgeber) keinen Anteil gehabt haben kann.¹³ Auch das zweite Objekt, welches Besuchern sofort ins Auge sticht, passt in diese zu füllende Lücke fehlender Eigenleistungen: Eine in Augenhöhe angebrachte übergroße Digitalanzeige beziffert das durch die DVAG versicherte Vermögen in Echtzeit (und erinnert dennoch auf den ersten Blick an die stetig steigende Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler in Berlin, was wohl nicht beabsichtigt war). Die wachsende Zahl auf dem Display soll offensichtlich für Leis-

¹³ Erwähnenswert ist hier zudem, dass die durch die DVAG geförderte Fechterin Britta Heidemann einen Ratgeber zum Thema Erfolg publiziert hat (Heidemann 2011), der – was läge näher – auch mit Widmung im *Haus der Gründer* ausgestellt ist.

tungen und Wachstum des Unternehmens stehen und bleibt dennoch abstrakt.

Neben diesen beiden Installationen, die Besucher gleich zu Beginn auf sportlichen Erfolg und angehäuften Geldvermögen aufmerksam machen, haben sich die Kuratoren für zwei weitere Schwerpunkte entschieden, an denen die DVAG und ihre Erfolgsgeschichte präsentiert werden soll. Das ist auf der einen Seite die Fokussierung auf das Ehepaar Pohl, aus dessen Lebensgeschichte zahlreiche persönliche Objekte, Dokumente und Fotografien herangezogen wurden. So finden sich Schul- und Universitätszeugnisse von Reinfried Pohl (es fehlt lediglich die Promotionsurkunde, an ihrer Stelle liegt eine Kopie der Dissertationsschrift aus), private Abrechnungen der Hochzeitsreise, eine alte »Jahresnetzkarte für die ganze Bundesbahn 1. Klasse« (so hieß die Bahncard 100 früher), Redemanskripte mit handschriftlichen Anmerkungen und Unterstreichungen oder eine Gehstütze Reinfried Pohls in der Ausstellung. Auf der anderen Seite werden an mehreren Stellen Großveranstaltungen der DVAG präsentiert und damit memoriert – die verschiedenen Firmenjubiläen in riesigen Hallen mit prominenter Unterstützung, beispielsweise ebenfalls durch Michael Schumacher, oder die AIDA-Kreuzfahrten mit gleich drei oder vier Schiffen bieten dafür einiges an Bild- und Videomaterial.

Hier wird das Narrativ der glücklichen Unternehmensfamilie unterstrichen, und diese Selbststilisierung macht auch vor der Einbeziehung privater Aufnahmen von Mitarbeitern nicht Halt. Unter dem Motto »Glückliche Momente. Persönliche Fotos von Vermögensberatern zum Thema Wohlbefinden und Glück« sind auf mehreren Wänden Hunderte privater Fotos von Mitarbeitern und ihren Familien zu Hause oder im Urlaub ausgestellt. Diese Sammlung zeigt Menschen in Gärten, mit Autos, Kindern, Hunden oder vor Einfamilienhäusern, völlig kontextfrei und willkürlich zusammengestellt. Die Art und Weise, wie hier persönliche Aufnahmen der Mitarbeiter für die Interessens- und Identitätspolitik des Unternehmens instrumentalisiert werden, und die Tatsache, dass sich beim Betrachten ein voyeuristisches Unbehagen einstellen kann, machen diesen Teil der Ausstellung zu einer äußerst irritierenden Angelegenheit. Geht man davon aus, dass die Mitarbeiter ihre privaten Bilder freiwillig und gerne zur Verfügung gestellt haben, so wundert man sich darüber, wie weit der ideologische Arm der Unternehmensführung in den privaten Bereich der Angestellten tatsächlich reicht. Das geht einher mit der Einschätzung von Markus Kompa, der als Anwalt regelmäßig über Finanzdienstleister und auch die DVAG publiziert. Nach seinen Erfahrungen und denen seines Kollegen Kai Behrens, der Hunderte ehemalige Vermö-

gensberater juristisch vertreten hat, sind die »DVAGler gegen Unternehmenskritik immun und glauben fest an ihre Organisation, bis sie plötzlich draußen sind«. ¹⁴ Ernüchterung stellt sich demnach erst ein, wenn das Provisionskonto leer und die Karriere auf einen Schlag beendet ist, da die Abschlüsse ausbleiben – und das ohne Kündigung, denn DVAGler sind noch nicht einmal angestellte Arbeitnehmer. ¹⁵ Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass die betroffenen Personen es sogar als Ehrung und Belohnung wahrgenommen haben, ihre privaten Bilder hier öffentlich ausstellen zu »dürfen«.

Überhaupt spielen symbolische Belohnungen für besondere Leistungen eine zentrale Rolle in der Unternehmensorganisation. Das leitende Motiv der großen Familie veranschaulicht auch das: Prinzipiell sind alle Familienmitglieder gleichwertig, sie unterscheiden sich jedoch in ihren Leistungen, die sie für die Familie bereit oder fähig sind zu erbringen. Die größte Leistung hat in dieser traditionellen Logik der Familienvater Reinfried Pohl erbracht, indem er die DVAG, also die Familie, mit Weitsicht und Sachverstand gegründet hat, gefolgt von seiner Frau Anneliese, der als »Seele des Unternehmens« ¹⁶ die emotionale Rolle der Familienmutter zugeschrieben wird. Die beiden Gründer stehen daher auch an der Spitze der Pyramide. Familienmitglieder können sich Belohnungen verdienen, indem sie den Anweisungen der Eltern Folge leisten, das heißt, Abschlüsse machen. Dann gibt es gestaffelte Anstecknadeln für das Revers, verschiedene Siegesadlerfiguren oder das raumfüllende Holzschiff »Le Superbe«, die vor den anderen Mitgliedern gezeigt werden können und ihrerseits Respekt und Anerkennung erzeugen sollen. Wer besonders viele Abschlüsse vorzuweisen hat, darf auch mit auf Reisen auf die Aida oder in ein firmeneigenes Hotel gehen, wobei auch hier die Kabinen oder Sitzplätze streng leistungsbezogen vergeben werden. ¹⁷ Dieses militaristische und mit Attributen aus der Seefahrt belegte Belohnungs- und Hierarchiesystem ist streng genommen auch der einzige Bereich, in dem die DVAG jenseits von alten Führerscheinen oder

¹⁴ Markus Kompa, Die Opfer des Prof. Dr. Reinfried Pohl. Blogbeitrag vom 14. Juni 2014.

¹⁵ Vgl. die Angaben bei Kompa. Informationen für betroffene DVAGler bieten der Internetauftritt von Kai Behrens und der von Kompa und Behrens ins Leben gerufene Handelsvertreterblog, der regelmäßig über aktuelle Gerichtsurteile berichtet; nicht nur, aber auch im Zusammenhang mit der DVAG.

¹⁶ So die Überschrift im *Haus der Gründer* im Erdgeschoss.

¹⁷ Vgl. den Beitrag von Klaus Werle, Das System Siegesadler. Manager-Magazin Online vom 19.4.2013.

Schulheften des Ehepaars Pohl wirklich eigene ausstellbare Objekte bietet: Anstecker, Adler und Holzschiff kann man vor Ort bestaunen – oder sich wundern.

Wirklich kurios wird es dann im Obergeschoss. Während Urkunden, politische Ehrungen und persönliche Briefe durchaus übliche Objekte in Ausstellungen sind, erschließen sich der Kontext bei der in einer Vitrine ausgestellten Gehstütze von Reinfried Pohl und den von Helmut Kohl unterschriebenen 10-Euro-Scheinen im *Haus der Gründer* nicht. Die Gehstütze wird mit einem Foto präsentiert, das Reinfried Pohl nach einer Operation in Siegerpose mit der Gehhilfe zeigt, was ihr den Charakter einer Reliquie verleiht und wohl die kämpferischen Eigenschaften Pohls unterstreichen soll. Warum aber der Altbundeskanzler Geldscheine signiert und sie Reinfried Pohl schenkt, bleibt unverständlich und wirkt grotesk. Als symbolische Geste ließe sich dieser Akt höchstens verstehen als Lizenz zum Geldvermehrten – aber das wäre wohl doch zu einfach gedacht.

Fazit

Was ist nun die Essenz dieser Ausstellung und was will sie? Nach mehreren Besuchen bleibt ein Eindruck bestimmend: Hier wird der Versuch unternommen, eine glanzvolle Geschichte zu präsentieren, und zwar die des Aufstiegs der DVAG und ihrer Gründerfigur Reinfried Pohl. Diese an allen Stellen weit über das sachliche Maß hinausgehende Glorifizierung wirkt auf externe, unvorbereitete Besucher allerdings so dermaßen plakativ überfrachtet, dass die Person Reinfried Pohl gar nicht mehr zu erkennen ist.

Der Anstrich ist zu dick aufgetragen, den *Übermensch Pohl* nimmt man der Präsentation nicht ab. Zudem bleibt (bei aller materiellen und medialen Qualität der Umsetzung) ein Beigeschmack der Vetternwirtschaft, der Tauschgeschäfte und der politischen Einflussnahme und gekauften Immunitäten, den auch die hochwertige Inszenierung und Ausstattung nicht übertünchen kann. Dass selbst so skurrile Objekte wie eine Gehstütze, ausgediente Bahntickets, handschriftliche Manuskripte oder die vom Altbundeskanzler unterschriebenen 10-Euro-Scheine ausgestellt werden, zeugt von der konstatierten Mystifizierung der Gründerfiguren und einer gewissen Hilflosigkeit in Bezug auf die Auswahl möglicher Objekte. Die ausgestellten Gegenstände weisen keinen inhaltlichen oder sachlichen Bezug zueinander auf, ihnen ist nur gemeinsam,

dass Reinfried Pohl sie irgendwann benutzt oder berührt hat. Für ein Unternehmensmuseum ist das ein äußerst dürftiger Zusammenhang.

Reinfried Pohl und seine Frau Anneliese stehen im Narrativ der DVAG am Beginn des Unternehmens als einer Familie, wobei Anneliese Pohl die Rolle der »Seele« zugesprochen wird, während Reinfried Pohl für die Sachfragen zuständig war – die klassische bürgerliche Rollenverteilung. Der Kult um das Ehepaar Pohl, den die Ausstellung erzeugt, gleicht auf mehreren Ebenen dem einer quasireligiösen Gemeinschaft. Die Formen der Verehrung und Andacht, zu denen Besucher durch die Art der Präsentation aufgefordert werden, realisieren sich über die persönlichen Objekte, die wie Devotionalien einen unmittelbaren Bezug zur verehrten Person herstellen sollen, die doch unerreich bleibt und über allem steht. Der ideelle Wert der Objekte manifestiert durch die Sicherung in Vitri-
nen, ihre Echtheit dokumentieren die Bilder.

Die wiederholte Beschwörung der Familie als Gemeinschaftsform innerhalb des Unternehmens basiert auf der Familie Pohl, die Vorbildfunktion erfüllen soll. Die Mitglieder teilen die gleichen Werte und verfolgen die gleichen Ziele, doch die Familie ist hierarchisch und wie eine Pyramide organisiert. Wer sich besonders anstrengt, wird belohnt in Form von symbolischer Anerkennung (Anstecker, Adler etc.), die andere Seite, der Misserfolg, bleibt ausgespart. Die primäre Botschaft lautet: Wer dem Ehepaar Pohl nacheifert und die Ratschläge von Reinfried Pohl befolgt, kann selbst ebenso erfolgreich sein.

Auf externe Besucher wirken diese Beschwörungen und plakativen Andachtsmomente weitestgehend plump und übertrieben. Es irritieren die persönlichen Verbindungen zur Spitze der Politik, die in ihrer kritik- und distanzlosen Selbstverständlichkeit der Präsentation ihresgleichen suchen. Verbindungen zu Spitzenpolitikern haben andere erfolgreiche Unternehmer auch, nur werden diese selten öffentlich benutzt, um eine derartige Stilisierung einer Gründerfigur zu installieren und die Bekanntschaften und Seilschaften als Anzeichen von Erfolg zu deuten. Die Bescheidenheit, die Reinfried Pohl seinen Familienmitgliedern und Vermögensberatern so sehr ans Herz legt – »Bin durch Verzicht groß geworden!«¹⁸ – lässt die Ausstellung vermissen. Sie hätte dem Bild, das die Öffentlichkeit von der DVAG bekommt, sicherlich mehr genützt als der pompös inszenierte Gründer- und Erfolgskult.

¹⁸ OP Online am 7. März 2013. Diese Selbststilisierung verweist sehr deutlich auf den bekannten Ausspruch von Henry Ford: »Reich wird man nicht durch das, was man verdient, sondern durch das, was man nicht ausgibt.«



Pohl-Komplexe in Marburg: Links das Zentrum, rechts das Pohl- und DVAG-initiierte Umfeld der FHDW

Ob die Stadt Marburg von dieser Ausstellung profitiert, darf ernsthaft bezweifelt werden. Mit Marburg als Standort hat die Selbstinszenierung der DVAG wenig bis gar nichts zu tun, die Ausstellung könnte ebenso gut in Frankfurt am Main oder auf einem Kreuzfahrtschiff gezeigt werden. Was der Stadt Marburg hingegen fehlt, ist ein zeitgemäßes und zentrales Stadt- und Universitätsmuseum, das die bald 500-jährige Geschichte dieser engen Partnerschaft in allen Facetten präsentiert. Wenn ein solches Museum dann auch nur annähernd an die Ausstattung und technische Qualität der DVAG-Ausstellung herankommt, wäre viel gewonnen.

Epilog: Marburgs Geldspeicher. Eine alternative Lesart

Nach der Beschäftigung mit der DVAG-Ausstellung festigte sich eine andere Wahrnehmungsperspektive. Viele Details der DVAG-Ausstellung legen meiner Ansicht nach eine Parallele zu einem anderen bekannten personenbezogenen Gebäude nahe, das zwar real nicht existiert, aber

dennoch kollektiv abrufbar ist: Dagobert Ducks Geldspeicher in Entenhausen.

Ich möchte dieser Assoziation abschließend kurz nachgehen, denn an ihr lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede festmachen, die letztlich den Blick auf frühkapitalistische Idealtypen einerseits und finanzkapitalistische Selbststilisierungen im 21. Jahrhundert andererseits freilegen. Dagobert Duck verkörpert alle Merkmale eines Kapitalisten, wie man ihn in Anlehnung an Max Webers These eines Zusammenhangs zwischen der Ausgestaltung des Kapitalismus und der protestantischen Ethik rekonstruieren kann: Er häuft Geld an durch Arbeit und Investitionen, kann das so akkumulierte Geld aber nicht ausgeben. Er ist geizig, schwimmt aber sprichwörtlich im Geld. Das Geld vermehrt sich ab einem bestimmten Punkt von allein, auch ohne sein Zutun. Der Erfolg ist auch Zeichen höherer Gewalt, bei Dagobert symbolisiert durch den Glückskreuzer, seinen ersten selbstverdienten Taler. In Entenhausen befindet sich Dagoberts Geldspeicher auf verschiedenen Stadtplänen stets neben einem Fluss und prägt das Stadtbild durch seine überragende Größe – zufällige Ähnlichkeiten zum DVAG-Komplex, möchte man meinen.

Die Ausstellung der Erfolgsgeschichte der DVAG und von Reinfried Pohl versucht eine ähnliche Erzählung zu etablieren: Der richtige Riecher zur richtigen Zeit wird präsentiert als die Leistung eines Genies, das Vermögen wird als Resultat von harter Arbeit und Verzicht gerechtfertigt. Während Dagobert sein Vermögen ganz real im begehbaren Tresor hortet, präsentiert die DVAG im Eingangsbereich die Uhr mit steigendem Echtzeitvermögensstand. Was bei Dagobert der Glückstaler, ist bei Pohl der 10-Euro-Schein, unterschrieben von Helmut Kohl als eine Art symbolischer Freibrief, das vorhandene Geld zu verwenden, um mehr zu generieren. Pohls Vermögen resultiert jedoch nicht aus Arbeit im Sinne Dagobert Ducks – Goldschürfen im Klondike, Erdölbohrungen, Expeditionen, körperliche Anstrengung als Basis des Erfolgs –, sondern aus dem Verkauf von Finanzmodellen. Damit repräsentiert Pohl den Idealtypus eines Spätkapitalisten, während Dagobert eine Figur aus vergangenen Zeiten ist, über die man heute nur noch müde lächeln kann.

Literatur

- Götz, Irene (1997): Unternehmenskultur. Die Arbeitswelt einer Großbäckerei aus kulturwissenschaftlicher Sicht. Münster.
- Heidemann, Britta (2011): Erfolg ist eine Frage der Haltung. Was Sie vom Fechten für das Leben lernen können. München.
- Helmers, Sabine (1993): Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskultur, in: Meinolf Dierkes/Lutz von Rosenstiel/Ulrich Steger (Hrsg.): Unternehmenskultur in Theorie und Praxis. Konzepte aus Ökonomie, Psychologie und Ethnologie. Frankfurt a.M., S. 147-187.
- Lippert, Werner (Hrsg.) (1990): Corporate Collecting. Manager – Die neuen Medici? Düsseldorf.
- Mikus, Anne (1997): Firmenmuseen in der Bundesrepublik. Schnittstelle zwischen Kultur und Wirtschaft. Opladen.
- Peters, Thomas J./Waterman, Robert H. (1983): Auf der Suche nach Spitzenleistungen. Was man von den bestgeführten US-Unternehmen lernen kann. Landsberg am Lech.
- Zacharias, Wolfgang (Hrsg.) (1990): Zeitphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung. Essen.

Internetquellen

(alle zuletzt eingesehen am 22.6.2015)

- »Bin durch Verzicht groß geworden«, OP (Oberhessische Presse) Online am 7.2.2013: www.op-marburg.de/Lokales/Wirtschaft/Wirtschaft-lokal/Bin-durch-Verzicht-gross-geworden
- DVAG-Firmenvideo »Faszination Vermögensberatung – Das sind wir!«: www.dvag.de/dvag/unternehmen/karriere-in-der-zentrale/
- ICOM: Ethische Richtlinien für Museen (Code of Ethics for Museums), deutsche Übersetzung der ICOM-Nationalkomitees von Deutschland, Österreich und der Schweiz. Berlin/Wien/Zürich 2003, Anhang, Artikel 2.1, S. 18: www.icom-deutschland.de/client/media/364/icom_ethische_richtlinien_d_2010.pdf
- Internetauftritt der Fachhochschule der Wirtschaft in Marburg: www.fhdw.de/fhdw-in-marburg.aspx
- Internetauftritt der Sammlung Braun: www.foerderkreis-braunsammlung.de
- Internetauftritt von Kai Behrens: www.rechtsanwalt-kaibehrens.de
- Internetauftritt des von Kompa und Behrens ins Leben gerufenen Handelsvertreterblogs: www.handelsvertreter-blog.de
- Markus Kompa: Die Opfer des Prof. Dr. Reinfried Pohl. Blogbeitrag vom 14.6.2014: www.kanzleikompa.de/2014/06/14/die-opfer-des-prof-dr-reinfried-pohl/
- Klaus Werle: Das System Siegesadler. Manager-Magazin Online vom 19.4.2013: www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-894888.html

Bernd Albert/Ralf Schrader

Die DVAG in der Schule – Unterricht mit Dr. Pohl

»Moderner Lobbyismus denkt langfristig. (...) Um weitreichende Veränderungen durchzusetzen, müssen Lobbyisten ganze Teile der Gesellschaft beeinflussen. Dabei gilt: je früher desto besser. Schülerinnen und Schüler als Wähler und Konsumenten von morgen sind daher für Lobbyisten interessant. Ihre Hoffnung: die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen wirkt ein Leben lang. Deshalb versuchen zahlreiche Akteure, ihre Interessen an Schulen unterzubringen. (...) Im Englischen wird diese langfristige Beeinflussung von Einstellungen, Stimmungen oder Diskursen in der Gesellschaft auch als ›deep lobbying‹ bezeichnet.«

Kamella 2013: 4, 6

Der Fokus unseres Beitrags liegt auf der Darstellung einer Lobby-Aktivität der DVAG, die ihre eigenen ökonomischen Interessen als Ziel der allgemeinbildenden Schulbildung einzubringen versucht. Uns ist bewusst, dass es bei dieser Problemlage um einen Konflikt geht, der auf das Grundverhältnis von Wirtschaft und Politik oder Kapitalismus und Demokratie weist – nicht bloß um das kritikwürdige Vorgehen eines einzelnen Wirtschaftsunternehmens. Die Verzahnung der Exekutive mit der Wirtschaft und ihren Lobbyisten, insbesondere die zum Teil sehr enge Kooperation der Kultusministerien einzelner Bundesländer und entsprechender Wirtschaftsverbände, kann im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht im Einzelnen dargestellt werden.

In der Debatte um ein separates Schulfach Wirtschaft ist die Dominanz »einflussreiche(r) Akteure und Großunternehmen sowie Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und ihnen nahestehender Stiftungen und Forschungseinrichtungen« (Hedtke 2012: 1) deutlich geworden, andererseits lässt sich die immer ungeniertere Unterstützung dieser Strategien durch die Bildungspolitik im Bund und einzelnen Bundesländern zweifelsfrei aufzeigen.¹

¹ Dies gelang z.B. der Bundestagsfraktion der LINKEN mit einer kleinen Anfrage vom 30.7.2014: Die Bundesregierung kniff mit ihrer Antwort vom 22.8. 2014. Auf einen Großteil der substanziellen Einzelfragen »antwortete« sie schlicht mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Länder, sie selbst habe »keine Erkenntnisse«. Zwar musste sie (in Gestalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Pohl zweiter Sieger

LobbyControl verleiht seit 2005 jährlich eine Negativauszeichnung an Lobbyisten, Unternehmen und Interessenverbände, die manipulative, irreführende oder andere problematische Lobbytaktiken verwendet haben, um Entscheidungen der Politik zu beeinflussen. Im Jahr 2011 wurde die *Lobbykratie-Medaille* als Negativpreis für undemokratische Lobbyarbeit verliehen. Der 1. Preis ging an die Deutsche Bank und Josef Ackermann. Den 2. Preis errang die Deutsche Vermögensberatung DVAG unter Dr. Reinfried Pohl.

LobbyControl ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, der nach eigenen Angaben »über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklären will« und sich »für Transparenz, eine demokratische Kontrolle und klare Schranken der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit« durch Interessenverbände einsetzt (www.lobbycontrol.de). Zur Begründung seiner Auswahl des Kandidaten DVAG textete *LobbyControl* kurz und bündig: »Nominiert, weil sie PR-Texte als seriöses Lehrmaterial vermarktet und so Lobbyarbeit aus den Parlamenten in die Schulen verlagert.« (Kamella 2011)

Zur Skizzierung der »preiswürdigen« Aktivitäten beschrieb Felix Kamella das Geschäftsmodell des mit rund 37.000 Handelsvertretern größten Vertriebs von Finanzprodukten in Deutschland – und seine aktuellen Nöte (im November 2011) – so: »Die Mitarbeiter der DVAG bekommen Provisionen, wenn sie ihren Kunden Lebensversicherungen, Riester-Renten oder Bausparverträge verkaufen. Weil dies im Rahmen von Hausbesuchen geschieht, bezeichneten Kritiker das Unternehmen einst als größte Drückerkolonne Deutschlands. Sorgen machen dem Finanzvertrieb derzeit Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung des Verbraucherschutzes. Im zuständigen Ministerium gibt es Pläne, die Jagd der Vermögensberater nach Provisionen zu reglementieren und die unabhängige Beratung der Kunden (...) zu fördern. Friedrich Bohl, der Vor-

zugeben, dass sie selbst den Vorsitz eines »Initiativkreises« (von 15 verschiedenen Wirtschaftsvereinigungen) mit Namen »Unternehmergeist in die Schulen« hat, der eine aufwendige Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, Wettbewerbe veranstaltet und Preise auslobt, und dass es eine enge Kommunikation von Beauftragten der Bundesländer zwecks Projekten »zu Entrepreneurship Education« gibt. Andererseits verstummt sie bei der Frage nach den verausgabten Haushaltsmitteln für eine in diesem Zusammenhang erstellte Studie mit dem Hinweis auf angebliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. (Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Bundesanzeiger)



Das Pohlsche Arrangement der Fachhochschule der Wirtschaft am Bahnhofsvorplatz

sitzende des DVAG-Aufsichtsrats, findet dieses Vorhaben empörend und schimpft über ›Planwirtschaft in der Finanzbranche‹. (ebd.)

Die Eigenwerbung versuche, die Geschäftstätigkeit der DVAG als Handeln »aus gesellschaftlicher Verantwortung« umzudeuten; genauso verkaufe sie auch ihre Aktivitäten im Bereich der Lehrerfortbildung. Konkret bezieht sich Kamella darauf, dass die DVAG als einer der Hauptsponsoren der Initiative »Handelsblatt macht Schule« die Kosten für Erstellung, Druck und Versand einer Unterrichtseinheit zur »Finanziellen Allgemeinbildung« übernommen hat. Im März 2011 in einer Auflage von 10.000 Stück erschienen, kann sie von Lehrern kostenlos bestellt werden. Von dieser Möglichkeit werde eifrig Gebrauch gemacht. »Bekanntermaßen haben viele Schulen wenig Geld und sind deshalb für Gratismaterial dankbar.« (ebd.) Kamella weist darauf hin, dass der Text offiziell von drei Mitarbeitern des Instituts für ökonomische Bildung in Oldenburg verfasst wurde, während selbst im Vorwort zugegeben wird, dass Teile der Unterrichtseinheit von einem Mitarbeiter der DVAG beigesteuert wurden. Mit der »spannenden« Tätigkeit als Vermögensberater, so wird dort geworben, könne man auch nebenberuflich – z.B. neben dem Studium – anfangen. Dabei gehe es allein um die persönlichen Wünsche und Ziele der Kunden, nicht etwa um die Provisionen der Berater.

Fazit: Als einziger Praxiskontaktpartner in Sachen finanzieller Allgemeinbildung werde die DVAG empfohlen. Die Lehrer würden dazu aufge-

fordert, einen Vertreter der Vertriebsfirma zu Expertengesprächen und Rollenspielen mit den Schülern einzuladen. »Auf der Internetseite eines Gymnasiums aus Bremerhaven kann man nachlesen, wie der DVAG-Vertreter seine Tätigkeit den Schülern (als) ›Hausarzt für die finanziellen Sorgen und Nöte der Menschen‹ nahebringt. (...) ›Früher an später denken!‹ – diesen Werbeslogan hat die DVAG offenkundig auch zum Motto der eigenen Lobbyarbeit gemacht. Deshalb hat sie sich ihre Nominierung für die Lobbykrate-Medaille redlich verdient.« (ebd.)

Mitmischen im Bildungsbereich

Der öffentliche Bereich von Bildung und Erziehung ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Neuerdings kümmern sich Wirtschaftsunternehmen und -verbände jedoch immer mehr um den Zugriff auf die Köpfe der Heranwachsenden. Sie drängen in die Schulen und bieten den Akteuren Hilfe an, die kompetent und scheinbar selbstlos daherkommt. Um welche Interessen geht es dabei?

Kinder und Jugendliche sind für Unternehmen zunächst einmal als Kunden interessant, die sie entsprechenden Marketing- und Werbestrategien aussetzen. In ihnen sehen sie aber auch die potenziellen zukünftigen Beschäftigten und natürlich die jeweils nächste Generation von WahlbürgerInnen, die das kapitalistische Verwertungssystem in der bestehenden Form oder, wie Frau Merkel es nennt, als »marktkonforme Demokratie« verinnerlichen sollen.

Seit einer Reihe von Jahren praktizieren Unternehmen und ihre Verbände (an vorderster Front die *Bertelsmann-Stiftung*) auf verschiedenen Ebenen den Zugriff auf die Bildung in Schulen, beispielsweise über die Lehrplanentwicklung, über Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien, die Fortbildung der Lehrkräfte, aber auch auf die Schul- und Verwaltungsorganisation. Als Attraktion im Schulalltag werden darüber hinaus angeboten: Besuche von Schülerlaboren in Chemieunternehmen, Unterrichtsbesuche von »Experten« aus Betrieben, komplette Unterrichtseinheiten, Schul- und SchülerInnen-Wettbewerbe.²

² Einen guten Überblick über die neueren Aktivitäten der Wirtschaft sowie über die kritischen Gegenpositionen aus Wissenschaft, Non-Profit-Organisationen und der Gewerkschaften bietet: GEW, Privatisierungsreport 2013.

»Was sollen unsere Kinder lernen?«

Der *Verband Hessischer Unternehmerverbände* ist im hessischen Kultusministerium ein bekannter Gast. In Hessen erinnert man sich noch ungern daran, wie die Industrie- und Handelskammern Rechtschreib- und Rechenkenntnisse der Jugendlichen testeten, um insbesondere den Integrierten Gesamtschulen, aber auch den Haupt-, Real- und Berufsschulen Versagen bei der Entwicklung von Grundlagen für die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen vorzuwerfen. Ende der 1980er Jahre versuchten sie noch vergeblich, Änderungen in den entsprechenden Curricula für das Fach Deutsch an den Beruflichen Schulen durchzusetzen. Dabei wurden sie auf der unteren Ebene der Bildungsverwaltung durchaus unterstützt. Im Unterricht sollte im Zweifelsfall die Fähigkeit, einen komplexeren Text zu verstehen oder gar zu hinterfragen, weniger gelten als das Beherrschen der korrekten Schreibweise einer Anweisung. Entsprechende, mit Nachdruck von den Schulämtern gegenüber den beruflichen Schulen durchgeführte Eingriffe (z.B. im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Landkreis Marburg-Biedenkopf) konnten die Lehrkräfte in der Praxis damals zurückweisen.

Zusammen mit der *Bertelsmann-Stiftung* bemühten sich Arbeitgeberverbände, ein eigenständiges Pflichtfach »Wirtschaft« an allgemeinbildenden Schulen in den Sekundarstufen I und II zu etablieren, mit unterschiedlichem Erfolg in den einzelnen Bundesländern. Dabei wird auf ein angebliches Bildungsdefizit verwiesen: In Fächern wie Sozialkunde, Gesellschaftslehre oder Politik werde kein ökonomisches Alltagsverständnis entwickelt. Sogar den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vermochte man anfangs mit ins Boot zu holen. Im August 2000 wurde in Berlin ein gemeinsames Memorandum veröffentlicht mit dem Titel: »Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsame Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaftlern, Arbeitgebern und Gewerkschaften«. Im September 2012 trat der DGB dann mit einem eigenen Positionspapier »Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?« aus der vorgenannten Initiative aus. Der »Bildungsanspruch« der Arbeitgeberseite war den Gewerkschaften dann doch zu einseitig auf Betriebs- und Volkswirtschaftslehre festgelegt, gerade auch mit der neoliberalen Schwerpunktsetzung anstelle von sozialökonomischer Bildung.³

³ »Statt eines eindimensional strukturierten, auf Betriebs- und Volkswirtschaftslehre reduzierten Fachs »Wirtschaft« ist eine sozialökonomische Bildung

Inzwischen nehmen auch verstärkt die Finanz- und Versicherungswirtschaft und ihre Verbände direkt durch kostenlos an die Lehrer und Lehrerinnen verteilte Unterrichtseinheiten Einfluss auf allgemeinbildende Schulen. Dem Ziel, in Deutschland »eine breit getragene Aktienkultur zu entwickeln«, soll nach dem Willen des *Deutschen Aktieninstitut e.V. (DAI)* »die Erstellung und Verbreitung von Handreichungen an Lehrerinnen und Lehrer« dienen.⁴

Das Handelsblatt »macht Schule«

In der Reihe »Handelsblatt macht Schule« beauftragen und finanzieren diverse Unternehmen und Unternehmerverbände die Erstellung von Unterrichtseinheiten. Dazu gehören Telekom, Deutsche Telekom-Stiftung, DVAG, DIHK, BDI, HP, Dieter-Schwarz-Stiftung, Private-Business-Akademien/Bildungscampus wie GGS, aim, DHBW, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Als Experten der Ökonomie-Didaktik fungieren Mitarbeiter am »Institut für ökonomische Bildung an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg« (IÖB) – ein sogenanntes An-Institut in der Rechtsform einer gGmbH, das sich mit der Namensverbindung zur Universität eine seriöse Konnotation zu verschaffen versucht.⁵ Bis heute sind folgende Broschüren entstanden: »Unternehmen und Strukturwandel«, »Wirtschaft und Recht«, »Innovationen«, »Globalisierung«

in der Schule wichtig, die auf Selbsterkenntnis, kritisch reflektiertem Handeln und sozialer wie auch ökologischer Verantwortung basiert. Dies ist schon in bestehenden Fächern wie Politik, Arbeitslehre, Geschichte oder in entsprechenden Kombinationsfächern verortet, muss aber weiter verbessert werden. Sozialökonomische Bildung verzahnt die Inhalte der verschiedenen Fächer und behandelt ökonomische Fragestellungen in unterschiedlichen Zusammenhängen, Einflüssen und Bezugsdisziplinen.« (DGB Positionspaper 2012: 4). Hier formuliert der DGB auch eigene Eckpunkte für sozioökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen und begründet seine Warnung, dass die Privatwirtschaft ihr eigenes Verständnis in den Schulen verankert. Die damals bereits bestehende gewerkschaftsübergreifende »Initiative Schule und Arbeitswelt« soll die Schule mit eigenen Angeboten zum Unterricht unterstützen (ebd.: 4ff.). Zur Begründung dieser Argumentation vgl. Steuergruppe 2011.

⁴ Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Aktie wesentlich zur Lösung der akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland – insbesondere der hohen Arbeitslosigkeit – beitragen könne (Imagebroschüre 2013, zit. nach Kamella 2013: 4).

⁵ Der Leiter ist Hans Kaminski, vgl. Lobbypedia, Stichwort IÖB, Zugr. 1.4.2015.

aber auch: »Unsere Wirtschaftsordnung« (DIHK) und, vorläufiger Höhepunkt: »Finanzielle Allgemeinbildung« (DVAG).

Inbesondere die letztgenannten »Unterrichtseinheiten« zeichnen sich durch einseitige, auf Arbeitgebersicht verkürzte Darstellungen von wirtschaftlichen Zusammenhängen aus, die zu einer heftigen Auseinandersetzung in der pädagogischen und fachdidaktischen Wissenschaft geführt haben, denn sie blenden sozialökonomische Zusammenhänge weitgehend aus. Schüler werden nur als Verbraucher und Kunden vom Charaktertypus »homo oeconomicus« gesehen und angesprochen.

Zu den Kritikern gehört eine Wissenschaftlergruppe um Reinhold Hedtke (Prof. an der Universität Bielefeld), die inzwischen eine (Gegen-)»Initiative für eine bessere ökonomische Bildung« (iböb) gegründet hat.⁶ Ein anderer Kritiker, Prof. Till van Treek (Universität Duisburg-Essen), kommt in seiner Studie für »CIVES-Praxistest« zu dem Schluss, die Materialien seien einseitig und ließen jegliche Kontroverse vermischen (van Treek 2014: 5). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZ 2011: 18).

Die Unterrichtseinheiten sind hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung und Materialauswahl so angelegt, dass sie die didaktischen Prinzipien politischer Bildung, wie sie etwa im »Beutelsbacher Konsens« formuliert sind, vollständig ignorieren.⁷

⁶ Das iböb formuliert sein Credo, unter Bezug auf die *Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung*, so: »Ökonomische Bildung soll Menschen zu einem mündigen Urteil, zur Selbstbestimmung und zur verantwortlichen Mitgestaltung befähigen.« ... »Ökonomische Bildung wäre keine umfassende Persönlichkeitsbildung, würde sie sich nur auf die Vermittlung praktisch-wirtschaftlicher Tätigkeiten beschränken. Es geht ihr weder allein darum, zur Optimierung von Konsum- und Anlageentscheidungen beizutragen, noch darum, spezifische Akzeptanzen zu fördern wie etwa für die freie Marktwirtschaft, die soziale Ungleichheit als Leistungsanreiz, eine bestimmte Form der Geldanlage oder aber eine bestimmte Interessenspolitik. Dies würde die kritisch-reflektive Dimension von Bildung ausblenden.« (Famulla u.a. 2011)

⁷ Im »Beutelsbacher Konsens« schlugen in den 1970er Jahren wichtige Politikdidaktiker – zunächst für den schulischen Bereich – einige Grundprinzipien dafür vor, was politische Bildung darf bzw. beachten muss. Die drei Grundsätze beinhalten: 1) das Überwältigungsverbot, d.h. dass Lehrkräfte ihre Meinung den Lernenden nicht aufnötigen dürfen; 2) das Kontroversitätsgebot: Es muss kontrovers im Unterricht diskutiert werden, was auch in der Öffentlichkeit kontrovers erscheint; 3) Politische Bildung muss die Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation und ihre eigene Position zu analysieren und daraus Konsequenzen zu ziehen. Diese Normen sind inzwischen auch weitgehend akzeptiert für die außerschulische

Um den Anschein von Seriosität und Kompetenz zu vermitteln, werden in den Unterrichtseinheiten sehr detailliert die Lernziele in den einschlägigen Lehrplänen – aufgliedert nach Bundesländern und Jahrgangs- sowie Schulstufen – aufgeführt. Angeblich sind die Materialien und Lehrerhinweise passgenau entwickelt, um zu den entsprechenden Lernzielen hinzuführen – ein Anspruch, der völlig verfehlt wird.

Wer es mit diesem Anspruch nicht so genau nimmt und die Unterrichtseinheiten für den Unterricht direkt verwerten will, findet vor: Einordnung der Lernziele in die Lehrpläne, Einführungsstatements des Lehrers zu den Materialien sowie Fragestellungen zu den von den Schülern eigenständig zu bearbeitenden Einzelmaterialien. Nur: Die Fragestellungen sind eindimensional, sparen tatsächliche Konflikte aus und bieten keine wirklichen Diskussionspunkte. Ein Lehrer, der die Materialien in diesem gewünschten Sinne verwendet, müsste sich den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen und würde offen im Widerspruch zu den didaktischen Prinzipien des »Beutelsbacher Konsenses« handeln.

»Finanzielle Allgemeinbildung« nach Dr. Pohl, Bildungs-Mäzen

Mancher begeht seine erste gute Tat im hohen Alter. Reinfried Pohl, dem der damalige hessische Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU, heute selbst Mitglied des Vorstands der DVAG) 2007 den Ehrentitel Professor verlieh, hat etwa um diese Zeit sein Herz für die Schulen entdeckt. Warum nur war er bis dato nie als Bildungspolitiker in Erscheinung getreten? Kurz gesagt: Er suchte ein neues Modell, um zukünftige Kunden und zukünftige »Berater« für seine DVAG zu finden. Dafür finanzierte er die Herstellung und den Vertrieb der Unterrichtseinheit »Finanzielle Allgemeinbildung« (Koch u.a. 2011), fabriziert vom »IÖB«, beauftragt und vertrieben von der Initiative »Handelsblatt macht Schule«.

Alle oben aufgeführten Kritikpunkte an der Handelsblatt-Reihe treffen auch hier zu, werden allerdings dadurch auf die Spitze getrieben, dass die DVAG die letzten drei Materialien selbst gestalten durfte und zu ihrer Eigenwerbung verwendet:

- Material M 48: Praxiskontaktpartner: Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG),

- Material M49: »Deutsche Vermögensberatung: 10 Leitlinien – Menschen brauchen Menschen« und
- Material M50: »Erfolg mit der Deutschen Vermögensberatung auch im Berufsleben«.

Vom richtigen Umgang mit Geld. Der Berater weiß wie

Zur Legitimation der Unterrichtseinheit »Finanzielle Allgemeinbildung« schreiben die Autoren: »Der sparsame Umgang mit Geld ... kann ... nicht länger das zentrale Bildungsziel entsprechender unterrichtlicher Bemühungen sein. Dieses ist hinsichtlich einer rationalen Inanspruchnahme von unterschiedlichen Finanzdienstleistungen (Zahlungsverkehrsleistungen, Kredite, Versicherungen, Anlageprodukte) zu erweitern. Der sinnvolle Gebrauch von Finanzdienstleistungen ist zu einem wesentlichen Faktor der Teilhabe an der Sozialen Marktwirtschaft und dem gesellschaftlichen Fortschritt geworden ... *Aus den genannten Gründen ist es unabdingbar, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Einstellungen, Motivationen, Wertvorstellungen, Kenntnisse, Fähigkeiten und sozialen Fertigkeiten entwickelt und erlangt, sich auf dem Finanzdienstleistungsmarkt kompetent mit Finanzprodukten und -dienstleistern auseinanderzusetzen.*« (Koch u.a. 2011: 20; Hervorhebung d. Verf.)

War im Fach Wirtschaft »der sparsame Umgang mit Geld« wirklich jemals »das zentrale Bildungsziel« – oder stand nicht immer das Verhältnis von Konsum und Sparen in der jeweiligen Lebenswirklichkeit, in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen, sozialer und ökologischer Verantwortung im Mittelpunkt? Die Unterrichtseinheit suggeriert, dass sich dieses Verhältnis in Richtung einer Ausweitung des Konsums ändern muss (»Teilhabe an gesellschaftlichem Fortschritt«), wobei die damit verbundenen »Lebensrisiken« mit individuellen Versicherungen rational auszuschalten seien. Das Gefährlichste seien hierbei die Kreditmöglichkeiten, mit denen Zukunftswünsche vorgezogen werden können, was dazu verführe, über seine Verhältnisse zu leben.

Die Unterrichtseinheit weist wohl auf die rationale Prüfung von Bankprodukten hin, erwähnt, dass hinter all der Vielfalt des Angebots ökonomische Gewinninteressen stecken (u.a. Provisionen für Bankberater!), bietet aber als Hilfe nur den »unabhängigen« Finanzberater à la DVAG an, der kompetent und ehrlich durch den Dschungel führt. Doch auch er erzielt sein Einkommen durch Provisionen. Öffentliche, nicht von der Finanzwirtschaft abhängige Verbraucherschutzverbände kommen

als Berater nicht vor. Die Materialien gehen weder auf die Problematik von notwendigen Prüfungen der Kapaldienst- und Rückzahlungsfähigkeiten von Kreditnehmern durch die Banken ein, noch auf das dabei vorhandene Risiko unrealistischer und provisionsorientierter Verkaufsberatung. Es bleibt hier bei oberflächlicher Information, wie es in einer Werbebroschüre zu erwarten ist, wo es nur das Vertrauen in den Berater gibt, der sogar nach Hause zur Familie des Kunden kommt (Geschäftsmodell der DVAG, daher der Titel »Drückerkolonne«) und ganz persönlich und uneigennützig Empfehlungen gibt. Von seinen Provisionen (!) bzw. der Eigentumsverflechtung der DVAG mit der Aachener und Münchner Versicherung (50% Aktienanteil) wird geschwiegen (siehe M 50 in Koch u.a. 2011: 127).

Beachtlich sind die Bemühungen des Autors, den Bankberater gegenüber dem DVAG-Berater ins Zwielicht zu rücken: »Der Vertrieb der Finanzdienstleistungen erfolgt ... im Rahmen von Beratungsgesprächen. Die Berater, welche hierbei vor allem Verkäufer der Finanzprodukte (ihrer Arbeitgeber, die Verf.) sind, sind hinsichtlich der Führung dieser Gespräche geschulte Finanzprofis, während der Kunde i.d.R. als Laie anzusehen ist. Die zu konstatierende Informationsasymmetrie, welche auch durch Vorabinformationen nicht komplett ausgleichbar ist, birgt in gewissem Umfang die Gefahr einer nur eingeschränkt passenden oder unzureichenden Beratung. Dies wird durch Anreizsysteme innerhalb der Banken stellenweise befördert, wenn insbesondere das Entgelt des Bankmitarbeiters z.T. erfolgsabhängig in Bezug auf den Verkauf bestimmter Produkte festgelegt wird.« (Koch u.a. 2011: 23)

Die Unterrichtseinheit warnt vor der »Überschuldung«. In dem Material M42, gedacht für die Hand der Schüler, wird aus einer Broschüre des Inkassounternehmens »Creditreform« zitiert: »Zwei weitere als bedenklich eingestufte Trends bestätigen sich erneut: Immer mehr junge Menschen und immer mehr Frauen geraten immer schneller in die Schuldenfalle« (ebd.: 115). Hinweise auf die Ursachen für die Anfälligkeit dieser Konsumentengruppen sucht man vergebens. Die sozialpolitischen Verwerfungen seit Hartz IV sind keiner Erwähnung wert, kein Wort wird verloren über den jährlichen Überschuldungsreport des Instituts für Finanzdienstleistungen (iff), das für jedes Jahr die »Big Six« als Überschuldungsgründe beobachtet: Arbeitslosigkeit, gescheiterte Selbständigkeit, Scheidung/Trennung, Konsumverhalten, Krankheit, Einkommensarmut (iff 2014: 9ff.).

Das Material und die Lehrerhinweise fördern gerade nicht eine politische Urteilsfähigkeit hinsichtlich der Regeln für die Finanzindustrie und

ihre Produkte – hier wird nur allgemein auf die Aufgaben des Staates und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verwiesen. Ein Gedanke an öffentliche, nicht interessengeleitete Beratungsinstitutionen kann gar nicht aufkommen, denn im Zweifelsfall hilft die DVAG. Zwar fordert die Broschüre immer wieder, dass sich Schüler kompetent mit den Finanzinstituten und ihren Produkten auseinandersetzen sollen. In den Materialien gibt es aber keine unterschiedlichen und alternativen Angebote und damit auch keine Entscheidungssituation.

Private Absicherung der Lebensrisiken – alternativlos

In dem großen Themenbereich »Absicherung von Lebensrisiken«, insbesondere der existenzzerstörenden, geht es um staatliche und private Aktivitäten: »Teilweise werden diese Risiken über die staatlichen Sozialversicherungssysteme abgedeckt, wobei im Zuge zahlreicher Reformen deren Leistungen sukzessive eingeschränkt wurden. Hieraus ergibt sich stellenweise der Bedarf nach ergänzenden Individualversicherungen« – nicht etwa das Bedürfnis nach einer alternativen Sozialpolitik! »Die privaten Haushalte können sich aufgrund ihrer knappen finanziellen Mittel jedoch nicht gegen alle Lebensrisiken absichern, sondern müssen auf der Basis von Kosten-Nutzen-Kalkulationen Auswahlentscheidungen treffen. Es gilt jeweils ein Paket an Versicherungslösungen zusammenzustellen, das den individuellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht«. (Koch u.a. 2011: 21)

In den Materialien geht es z.B. um den Verkauf von Riester- und Rürup-Renten, nicht um Aufklärung über Hintergründe und sozialpolitische Handlungsalternativen. Als Ursache für die Unterfinanzierung der staatlichen Sozialversicherungssysteme wird einzig der demographische Wandel – und damit ein quasi naturwüchsiger Prozess – angegeben.⁸ Zunehmende Risiken der Erwerbsarbeit, gestiegene Arbeitslosigkeit, Prekariat, ständig anwachsender Niedriglohnsektor, Finanzierungsbedarf für die Renten der ehemaligen DDR-BürgerInnen, all dies kommt als Problemlage nicht zur Sprache.

Auch die historischen Umstände und die gesellschaftlichen Begründungen für die Entwicklung der gesetzlichen Sozialversicherung werden reduziert auf die formale Gegenüberstellung von »Sozialstaat« (quasi obsolet) und »Leistungsgesellschaft« (aktuelles Modell, in dem eben

⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Christoph Ehlscheid in diesem Band.

die individuelle Vorsorge/Versicherung der Normalfall sei). Selbst die fundamentalen Unterschiede in der Struktur und den Leistungen von Sozialversicherung (Beiträge nach Leistungsfähigkeit, Auszahlung nach Bedürfnis) und dem Privatversicherungsprinzip (Versicherungsleistung entsprechend der Höhe der Beitragszahlungen) werden nicht vermittelt. Schüler sollen so darauf orientiert werden, zwischen verschiedenen Versicherungsprodukten wählen zu können, nicht aber, auf den gesellschaftspolitischen Zusammenhang Einfluss zu nehmen – was man von einer Broschüre, die die DVAG zum Werbeauftritt nutzen darf und die sie vermutlich aus ihrem Werbeetat finanziert hat, auch kaum erwartet hätte.⁹

Und wo bleibt das Positive?

Unterm Strich bleibt: Die Broschüre ist eine Serviceleistung, die nichts kostet. Lehrkräften wird eine Handreichung für den Unterricht aus wirtschaftsliberaler und Unternehmersicht offeriert. Das leistet die Unterrichtseinheit: Alternativlose Hinführung von potenziellen Kunden zu privater Risikoabsicherung in allen Lebenslagen, beraten durch die »kompetente« und »vertrauenswürdige« DVAG, die nebenbei auch noch das Interesse am Beruf des Finanzberaters weckt und bewirbt (Koch u.a. 2011: 125f.). Das funktioniert allerdings nur, wenn die Lehrkräfte mitmachen und die Schüler nicht doch widerspenstig sind.

Ein (inzwischen unabhängiger) Bankfachmann, den wir um seine Bewertung der »Unterrichtseinheit« baten, äußerte nach der Lektüre trocken: »Eine Vertriebsbroschüre, und nicht mal eine besonders gute.« (R. Michel, Marburg, Bankdirektor i.R.)

⁹ Zur Kritik aus der Sicht von kompetenten Didaktikern der Sozialwissenschaften vgl. die Beiträge von Tim Engartner und Peter Neumaier in der Hessischen Lehrerzeitung 6/2013. »Wer Jugendlichen in Zeiten der Krise die Attraktivität von Finanzprodukten z.B. Alterssicherung vermittelt, gleichzeitig aber die Strukturen des Wirtschaftssystems nicht zu nahe treten möchte«, bekomme es mit einem »Aufklärungsdilemma der Finanziellen Allgemeinbildung« zu tun, nach der nicht das Finanzsystem Gegenstand der kritischen Analyse und Bewertung sein dürfe, sondern nur das Produkt. »Nicht mündige Menschen sollen ... zur Abwägung der möglichen politischen Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse (befähigt) werden; vielmehr sollen einzelne Individuen in separierten Rollen als Verbraucher, Anleger oder Erwerbstätige ihrer jeweils aufgesplitterten ›Rationalität‹ folgen und sich den nicht zu hinterfragenden wirtschaftlichen ›Naturgesetzen‹ unterordnen. Bei der politischen Gestaltung der Verhältnisse sollen sie sich nicht einmischen.« (HLZ 2013: 8f.)

Literatur

- DGB Bundesvorstand (2012): Positionspaper »Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?« beschlossen am 4.9.2012, 6-seitige Fassung (Abk: DGB Positionspapier).
- Famulla, Gerd-E./Fischer, Andreas/Hedtke, Reinhold/Weber, Birgit/Zurstrassen, Bettina (2011): Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/2011 (21.3.), S. 48-54.
- GEW/Max-Träger-Stiftung (2013): Privatisierungsreport 15. Propaganda und Produktwerbung. Wie Unternehmen mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien Einfluss auf Schulen ausüben, Frankfurt a.M., Dezember (Abk: GEW, Privatisierungsreport).
- Hedtke, Reinhold (2011): Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011, online: www.iboeb.org/moeller_hedtke_netzwerkstudie.pdf.
- Hedtke, Reinhold (2012): Die Wirtschaft in der Schule. Agendasetting, Akteure, Aktivitäten. Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper Nr. 3, Universität Bielefeld, Januar.
- HLZ (2013): Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung, Heft 6/ Juni 2013, Schwerpunkt Ökonomische Bildung, online: www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/veroeffentlichungen/hlz/1306_hlz.pdf.
- Institut für Finanzdienstleistungen (iff)/Stiftung Deutschland im Plus (2014): iff-Überschuldungsreport 2014. Hamburg/Nürnberg, online: www.deutschland-im-plus.de/download/iff-Ueberschuldungsreport2014-web.pdf.
- Kamella, Felix (2011): Deutsche Vermögensberatung AG – Kandidat für die Lobbykategorie-Medaille, online: www.lobbycontrol.de/2011/11/deutsche-vermogensberatung-ag-kandidat-fur-die-lobbykategorie-medaille/.
- Kamella, Felix (2013): Lobbyismus an Schulen. Diskussionspapier von LobbyControl, Köln. Online: www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf.
- Koch, Michael/Friebel, Stefan/Raker, Martina (2011): Unterrichtseinheit »Finanzielle Allgemeinbildung«, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf.
- Neumaier, Peter (2013): In Zeiten der Krise. Finanzielle Allgemeinbildung: Einfallstor für Lobbyisten, in: *Hessische Lehrerzeitung der GEW*, Juni (6)/2013.
- Steuerungsgruppe der Initiative Schule und Arbeitswelt (2011): Wirtschaft in der Schule: Der Zug fährt auch ohne uns – Gewerkschaften sollten sich einmischen!, auf *NachDenkseiten* – Die kritische Website, veröffentlicht am 13.7.2011.
- van Treek, Till (2014): Kurztgutachten zur Unterrichtseinheit »Handelsblatt macht Schule...«, CIVES, School of Civil Education, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Universität Duisburg-Essen, 1.12. 2014.
- Verbraucherzentrale (VZ) Bundesverband (2011): Materialkompass Verbraucherbildung. Unterrichtsmaterialien zur Verbraucherbildung an Schulen. Bewertetes Material: Finanzielle Allgemeinbildung, www.verbraucherbildung.de, 23.9.2011.

Nico Biver

Gestückelt an die Spitze

Die Parteispenden der DVAG

Die DVAG ist spendabel. Wie sehr, das hing bisher von den Launen und Interessen des Firmengründers Dr. Reinfried Pohl ab. Seit Beginn der 1990er Jahre waren ihm genehme Parteien Nutznießer seiner finanziellen Zuwendungen (siehe Tabelle 1, S. 168f.). Einerseits wurden einflussreiche Politiker aus den Parteien FDP und CDU subventioniert, deren Mitglied Pohl im Lauf der Zeit war. Sie wurden mit Posten im DVAG-Beirat und mit Aufsichtsratsmandaten bedacht. Andererseits flossen jedes Jahr erkleckliche Geldsummen aus dem DVAG-Umfeld an die beiden Parteien. In den Jahren seit 2009 waren die Pohl-Familie und ihre Firmen stets im Spitzentrio der größten Parteispender zu finden.

Dabei hatte die Spendentätigkeit der DVAG eher bescheiden angefangen.¹ 1991 flossen 100.000 DM an die CDU. Bereits damals kamen die Spenden nicht nur von einem einzelnen Pohl-Unternehmen, sondern von der DVAG und ihrem Verlag. Später sollten es bis zu einem halben Dutzend Firmen und der Privatmann Pohl selbst sein, die jährlich Spenden über 10.000 Euro im Jahr tätigten. Ob es niedrigere Einzelspenden gab, ist mit einer Ausnahme nicht bekannt, da sie nicht veröffentlicht werden müssen.

1992 bekam die FDP vom DVAG-Verlag 30.000 DM, dann die CDU im Jahr 1993 40.000 DM von der DVAG und in den beiden folgenden Jahren 30.000 bzw. 50.000 DM, diesmal vom Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V. (BDV). Den BDV, dem heute der DVAG-Aufsichtsratsvorsitzende Friedrich Bohl (CDU) vorsteht, hatte Reinfried Pohl 1973 initiiert. Nach einem Jahr Pause wurde 1997 und 1998 großzügiger gespendet. In den beiden Jahren flossen insgesamt 304.000 DM an die CDU. Die FDP kassierte weitere 37.500 DM. In dieser Zeit gab es eine Gesetzesinitiative des Bundesrates, die laut Spiegel zum Ziel hatte, »einige Gebräuche der Finanzvermittler abzustellen, deren Drückerkolonnen an der Haustür überteuerte Lebensversicherungen anboten«.² Sie

¹ Die Angaben zu den Parteispenden des DVAG-Umfeldes sind den Rechenschaftsberichten der Parteien für die jeweiligen Jahre entnommen, die der Bundestag veröffentlicht. Siehe: www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte.

² Der Spiegel, Hamburg, Nr. 7/2000, 14.2.2000, S. 19.

scheiterte im Wirtschaftsausschuss des Bundestages im April 1998. Des- sen Vorsitzender Friedhelm Ost (CDU) ging nach dem Regierungswechsel als Generalbevollmächtigter zur DVAG.

In den Jahren 1999 bis 2003 hatte die DVAG die Spendentätigkeit stark heruntergefahren. In den Jahren 1999, 2001 und 2003 flossen umgerechnet 52.000 Euro an die CDU und 28.000 an die FDP. In den Jahren 2000 und 2002 wurden gar keine Spenden ausgewiesen. Das muss allerdings nichts heißen, denn laut Reinfried Pohl schaltete er in den Jahren, in denen seine Firmen nichts spendeten, »wahrscheinlich Anzeigen im ›Hessen-Kurier«.³ Das ist die Mitgliederzeitschrift der hessischen CDU.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 gab es eine erste Spendenexplosion. 2004 und 2005 flossen 370.000 Euro an die CDU und 90.000 Euro an die FDP. In den Jahren 2007 bis 2008 blieb die Spendentätigkeit auf diesem Niveau. 473.000 Euro gingen an die CDU und 354.000 an die FDP. Die FDP wurde immer stärker bedacht, was im folgenden Jahr noch deutlicher werden sollte.

Im Bundestagswahljahr 2009, in dem mit einem knappen Wahlausgang für Schwarz-Gelb zu rechnen war, hatte die DVAG einen weiteren Gang höher geschaltet. Reinfried Pohl selbst und sechs seiner Firmen, darunter zum ersten Mal die DVAG Holding und zum zweiten Mal nach 2008 die Allfinanz DVAG, beglückten die CDU mit 587.000 Euro und die FDP mit 470.000 Euro. Eine Neuerung war 2009, dass jetzt auch die Grünen und die SPD mit kleinen Spenden bedacht wurden.

Die politischen Ereignisse in Marburg sind vermutlich daran schuld, dass Reinfried Pohl auch die Parteien der Marburger rot-grünen Koalition etwas ins Herz schließen sollte. Der national-konservative Milliardär Pohl mit seiner CDU/FDP-Entourage war den rot-grün-links geprägten Milieus in Marburg fremd. Man beachtete ihn nicht. Während die Bundesregierung ihn mit Orden behängte und die Universität und ihre Fachbereiche Jura und Medizin den Spender mit Ehrungen überhäuften, hielt

³ Vgl. Der Spiegel, Hamburg, Nr. 6/2000, 7.2.2000, S. 20. Das MitgliederMagazin der hessischen CDU annotierte in der Ausgabe vom Juni 2005 das Buch von Pohl »Ich habe Finanzgeschichte geschrieben«. In den Ausgaben vom November 2007 und vom Dezember 2006 finden sich ganzseitige Interviews mit Reinfried Pohl (S. 33 bzw. S. 32) und im Dezemberheft 2006 wurde zusätzlich eine DVAG-Anzeige geschaltet. Im Januar 2008 schaltete die DVAG eine ganzseitige Anzeige (S. 48). In der Ausgabe vom Oktober 2011 gibt es als »Verlagsbeilage« ein ganzseitiges Interview mit DVAG-Vorstandsmitgliedern (S. 44). Eine halbe Seite platzierte die DVAG auf S. 5 des Hessen Kurier vom Dezember 2012 und in der Ausgabe vom März 2015 wurde wieder eine ganzseitige Anzeige der DVAG (S. 19) geschaltet.

man sich seitens der Stadt bedeckt. Pohl beklagte sich, dass sein geliebtes Marburg ihn nicht angemessen würdige und ihm nicht entgegenkomme. Er hielt jedem die Liste seiner Ehrungen, seiner beruflichen Erfolge und vor allem die Beträge der jährlichen Gewerbesteuerzahlungen seiner Unternehmen in Marburg unter die Nase, um seine Bedeutung und Anerkennungsbedürftigkeit zu unterstreichen.

Angesichts dieser Summen, die er auch am DVAG-Hauptsitz in Frankfurt und nicht in Marburg hätte zahlen können, entschied sich die Stadt schließlich, ihn künftig mehr zu achten. 2008 wurde er zum Ehrenbürger ernannt. Selbst die Fraktion der Marburger Linken traute sich nicht mit »Nein« zu stimmen, sondern enthielt sich, weil sie nicht mit an einem Steuerausfall schuld sein wollte. Danach entschied sich die DVAG schließlich, im Nordviertel ein Kongress- und Tagungszentrum zu errichten.

2008 wurde der Gewerbesteuerhebesatz von 400 auf 370 Punkte gesenkt. Natürlich nicht nur zugunsten der DVAG, sondern auch der großen Pharmaunternehmen, die dank märchenhafter Gewinne den Großteil der Gewerbesteuer aufbringen.

So gesehen wundert es nicht, dass sich das Verhältnis der DVAG zu SPD und Grünen entspannte. Wenn die Marburger Linke den Einfluss der DVAG auf die Marburger Politik mal wieder anprangerte, stand Grünen-Bürgermeister Franz Kahle als erster am Redner-Pult der Stadtverordnetenversammlung, um der Pohl-Familie beizuspringen. Was die SPD angeht, war die DVAG nicht immer allen Sozialdemokraten abgeneigt. Anke Fuchs, die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin vom rechten Parteiflügel, durfte in den Beirat und die einzige Parteispende der DVAG, in Höhe von 29.000 DM, die sich zwischen 1983 und 1990 in den Rechenschaftsberichten der Parteien finden lässt, ging 1985 an die SPD.

Erst 24 Jahre später bekam die SPD wieder eine Spende in etwa der gleichen Größe, nämlich 15.000 Euro. Der Rechenschaftsbericht der Grünen wies zwar keine Spende der DVAG aus, aber die Marburger Grünen gaben selbst an, dass sie 2009 die nicht veröffentlichungspflichtige Summe von 10.000 Euro erhalten hätten. Die SPD-Spende ging vermutlich auch nach Marburg. Darauf deutet nicht nur ein abrupter Anstieg der Spenden juristischer Personen an den SPD-Bezirk Hessen Nord, dem der Marburger Ortsverein angehört, im Rechenschaftsbericht vom Jahr 2009 hin, sondern auch die Tatsache, dass die Marburger Grünen im gleichen Jahr bedacht wurden.

Eine Nachfrage der Oberhessischen Presse (OP) vom Januar 2012 zur Finanzierung des Kommunalwahlkampfes 2011 löste eine Diskussion über die DVAG-Spenden an Marburger Parteien aus. Die Grünen be-

Tabelle 1: Spenden Dr. Reinfried Pohls und der Firmen des DVAG-Umfeldes 1990-2013 (in Euro)

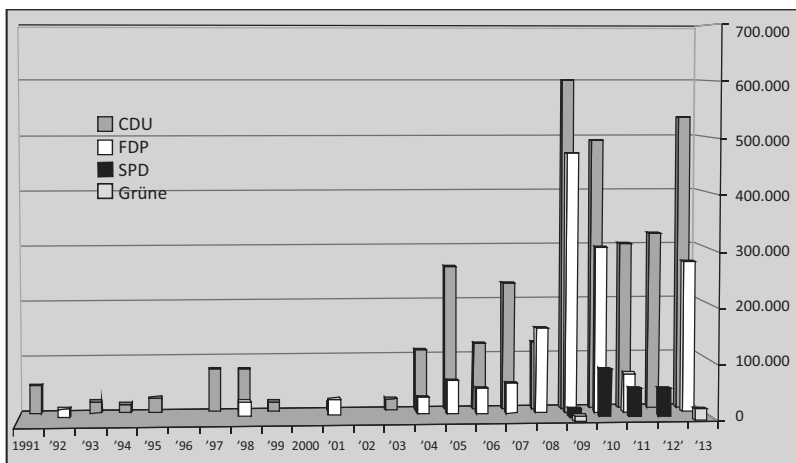
Jahre	Partei	DVAG	Allfinanz DVAG	DVAG Holding	Reinfried Pohl
2013	CDU	143.000	80.000	90.000	90.000
	FDP	63.000	40.000	40.000	90.000
	Grüne	20.000			
2012	CDU	130.000	60.000		50.000
	SPD	25.000	25.000		
2011	CDU	135.500	40.000		65.000
	FDP	40.000	30.000		
	SPD	25.000	25.000		
2010	CDU	191.000	75.000		70.000
	FDP	125.000	75.000		25.000
	SPD	60.000	25.000		
2009	CDU	234.900	150.000	50.000	20.000
	CSU	13.950			
	FDP	170.000	100.000	50.000	20.000
	Grüne	10.000			
	SPD	15.000			
2008	CDU	22.500	100.000		
	FDP	55.000	100.000		
2007	CDU	230.700			
	FDP	54.000			
2006	CDU	120.000			
	FDP	45.000			
2005	CDU	226.150			
	FDP	45.000			
2004	CDU	90.000			
	FDP	30.000			
2003	CDU	20.000			
1990-2002	CDU	201.704			
	FDP	53.686			
Summe pro Spender und Partei	CDU	1.745.454	505.000	140.000	295.000
	CSU	13.950			
	FDP	680.686	345.000	90.000	135.000
	Grüne	30.000			
	SPD	125.000	75.000		
Summe pro Spender	Alle	2.595.090	925.000	230.000	430.000

Keine Gesamtspenden über 10.000 Euro
 Später gegründet

Spender: Allfinanz DVAG, Frankfurt | Deutsche Vermögensberatung AG, Frankfurt | Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V., Frankfurt | DVAG Holding, Marburg | »Der Vermögensberater« Verlags- und Servicegesellschaft mbH, Frankfurt | Unternehmensberatung und Betreuung GmbH, Marburg | Dr. Reinfried Pohl, Marburg | Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH, Marburg

Verlag	UBG	VBG	BDV	Summe Parteien	Summe alle Parteien
	90.000		40.000	533.000	826.000
	40.000			273.000	
				20.000	
	60.000		20.000	320.000	370.000
				50.000	
	40.000		21.000	301.5000	421.500
				70.000	
				50.000	
	90.000	20.000	45.000	491.000	876.000
	50.000		25.000	300.000	
				85.000	
30.000	50.000		52.100	587.000	1.095.950
				13.950	
30.000	50.000		50.000	470.000	
				10.000	
				15.000	
				122.500	277.500
				155.000	
				230.700	284.700
				54.000	
				120.000	165.000
				45.000	
	15.000		20.000	261.150	321.150
	15.000			60.000	
			20.000	110.000	140.000
				30.000	
				20.000	20.000
42.182			56.242	300.128	376.822
23.008				76.694	
72.182	345.000	20.000	274.342	3.396.978	5.174.622
				13.950	
53.008	155.000		75.000	1.533.694	
				30.000	
				200.000	
125.190	500.000	20.000	349.342	5.174.622	

Quellen: www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/index.html
www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte/index.html
www.taz.de/1/politik/parteispenden-recherche/
www.dvag-geschaeftsbericht.de/2010/
 Recherche und Zusammenstellung: Nico Biver

Abbildung 1: Parteispenden des DVAG-Umfeldes in Euro

Quelle: Rechenschaftsberichte der Parteien

haupteten, nach 2009 auf eine angebotene Spende der DVAG verzichtet zu haben. Die SPD verweigerte eine Aussage, obwohl die OP über einen Informanten berichtete, der angab, die Marburger SPD habe 2010 15.000 Euro und Anfang 2011 (die Wahlen waren im März) 40.000 Euro von einem Unternehmen erhalten.⁴ Nach wochenlangem Hin und Her gab die Marburger SPD schließlich zu, 2010 15.000 Euro bekommen zu haben, weigerte sich aber, den Spender zu nennen. Dabei hatte der SPD-Oberbürgermeister Egon Vaupel der Frankfurter Rundschau zufolge eingeräumt, dass die Marburger SPD von der DVAG Spenden erhalten habe.⁵ Um herauszubekommen, von wem die Spende kam, befragte die OP die anderen Unternehmen, die laut SPD-Rechenschaftsbericht mindestens 15.000 Euro gespendet hatten. Diese verneinten es, an die Marburger SPD gespendet zu haben, sodass nur noch die DVAG und ihre Tochter Allfinanz DVAG als mögliche Spender infrage kamen.

Von den 40.000 Euro, die 2011 an die Marburger SPD geflossen sein sollen, fehlt allerdings jede Spur. Insgesamt sind laut SPD-Rechenschaftsbericht zwar 50.000 Euro aus dem Pohl-Milieu gespendet worden, aber davon können keine 40.000 an die Marburger SPD gegangen sein. Dann

⁴ Vgl. Oberhessische Presse, 23.2.2012, S. 1 und 3.

⁵ Vgl. Gesa Coordes, Ja zu Pohl-Millionen. Neue Debatte um Parteispenden des Unternehmers in Marburg, in: Frankfurter Rundschau, 27.2.2012, S. 28.

müssten die im Rechenschaftsbericht aufgeführten Spenden juristischer Personen an alle nordhessischen SPD-Verbände diese Zahl übersteigen. Es wurden aber nur 28.311 Euro ausgewiesen. 2012 bekam die SPD wieder 50.000 Euro von der DVAG, aber diesmal lagen die Spendeneinnahmen in Nordhessen sogar nur bei 8.406 Euro. Im SPD-Rechenschaftsbericht von 2013 sind keine Spenden der DVAG mehr aufgeführt. Dafür tauchte sie erstmals im Rechenschaftsbericht der Grünen vom selben Jahr mit einer Spende von 20.000 Euro auf. Es ist nicht bekannt, worauf dieser Sinneswandel bei Pohl zurückzuführen ist.

2010 wurden CDU und FDP nochmals mit insgesamt fast 800.000 Euro bedacht, aber 2011 und 2012 wurden die Summen halbiert, worunter vor allem die FDP zu leiden hatte. Sie bekam 2012 kein Geld mehr, die CDU aber 320.000 Euro. Im Wahljahr 2013 explodierte die Spendentätigkeit erneut. 273.000 Euro von den Pohl-Firmen an die FDP halfen am Ende nichts. Die CDU bekam mit über 500.000 Euro wieder fast so viel wie 2009, als der bisherige Höchstwert erzielt worden war.

Bei der DVAG und den mit ihr verbundenen Firmen ist es seit Jahren Praxis, die Spenden so zu stückeln, dass keine Einzelspende über 50.000 Euro liegt. Das hat den Vorteil, dass die Spenden nicht sofort veröffentlicht werden müssen, sondern erst bis zu zwei Jahre später, wenn die Rechenschaftsberichte erscheinen. Da nur jährliche Spenden von mehr als 10.000 Euro an eine Partei veröffentlicht werden müssen, ist nicht bekannt, ob kleinere Beträge – auch durch Firmen aus dem DVAG-Umfeld, die nicht in den Rechenschaftsberichten auftauchen – an Parteien geflossen sind

LobbyControl nahm die Marburger Spendenaffäre zum Anlass, von der SPD zu fordern, sich dafür einzusetzen, dass Spenden schneller veröffentlicht werden, die Schwellenwerte für eine Veröffentlichung herabgesetzt und sie den Gliederungen zugeordnet werden, an die sie geflossen sind.⁶

An der Praxis der DVAG scheint sich nichts geändert zu haben. Weder 2014 noch 2015 wurden Spenden des DVAG-Komplexes von mehr als 50.000 Euro bekannt. Entweder wird weiter gestückelt oder nach dem Tod des Firmengründers haben die Söhne die Bremse gezogen und die Parteiensubventionierung heruntergefahren. Im Frühjahr 2016, wenn die Rechenschaftsberichte der Parteien für 2014 vom Bundestag veröffentlicht werden, wird man mehr wissen.

⁶ Siehe: www.lobbycontrol.de/2012/05/15-000-euro-von-unbekannt-an-die-marburger-spd-hintergrund-zu-unserem-offenen-brief

Nico Biver

Braucht Marburg die DVAG-Millionen?

Finanziell gesund dank Pharmaprofiten und Riesterrente

»Marburg hat kein Einnahmeproblem«, erklärte der im November 2015 aus dem Amt geschiedene Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) 2012, als die Marburger Linke mal wieder mit ihren Steuerplänen die prall gefüllten Taschen der Besitzer Marburger Großunternehmen im Visier hatte. Ganz Unrecht hatte Vaupel, der zugleich Stadtkämmerer war, nicht, denn die Gewerbesteuer sprudelt in Marburg üppiger als in vielen anderen Städten. Lag sie im Jahresdurchschnitt 1996 bis 2005 bei 39,2 Mio. Euro, ist sie in den folgenden elf Jahren auf durchschnittlich 75,8 Mio. Euro gestiegen. 2015 wird mit geplanten 143,5 Mio. Euro ein neuer Rekord erzielt.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen ist die Stadt nicht hochverschuldet und kann sich Investitionen und Angebote leisten, die anderswo längst weggespart wurden. Das heißt aber nicht, dass Marburg eine Insel der Glückseligen ist. Die Armut ist ebenso hoch wie in anderen hessischen Städten, der Öffentliche Nahverkehr wird genauso stiefmütterlich behandelt wie lange Jahre der soziale Wohnungsbau.

In einem durchschnittlichen Jahr entstammen zwei Drittel der kommunalen Einnahmen Marburgs aus Steuern und davon wiederum fast zwei Drittel aus der Gewerbesteuer, die den Unternehmensertrag besteuert. Ihr Aufkommen verbleibt allerdings nur zum Teil im Marburger Haushalt, weil Anteile in die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage fließen. Im Gegensatz zur Einkommensteuer können die Städte durch einen Hebesatz Einfluss auf die Höhe des Gewerbesteueraufkommens nehmen.

Durch den neuen Kommunalfinanzausgleich des Landes Hessen werden die Kommunen mit niedrigen Hebesätzen künftig im Finanzausgleich schlechter abschneiden. Nach den Modellrechnungen des hessischen Finanzministeriums wird Marburg insgesamt 3 Mio. Euro an Finanzmittel verlieren, aber mit verbleibenden 1.600 Euro pro Einwohner und Jahr weiterhin an der Spitze aller kreisangehörigen Kommunen stehen.

Mit 400 Punkten bewegte sich der Gewerbesteuerhebesatz in Marburg jahrelang im unteren Mittelfeld vergleichbarer Städte (Gießen hat 420). 2008 wurde er dann ohne Not auf 370 Punkte runtergesetzt, obwohl im selben Jahr die Unternehmen durch die Reform der Gewerbe-



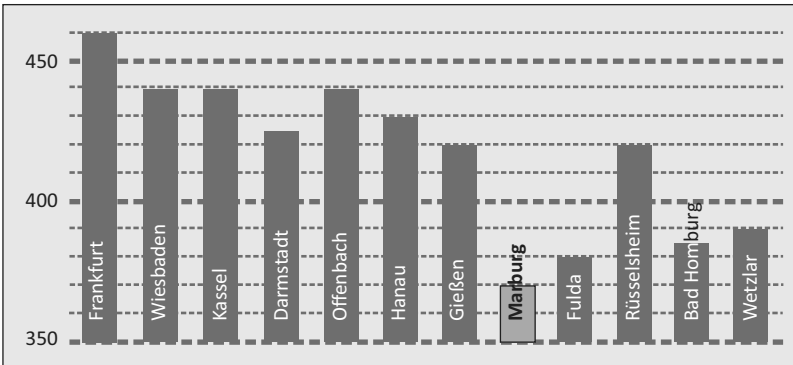
Philanthropisches auf medizinischem Gebiet: Zentrum für Medizinische Lehre

steuer bereits erheblich begünstigt worden waren. Der Grund für dieses »Signal an die Wirtschaft« (Vaupel) der rot-grünen Koalition lässt sich nur aus dem Verhalten der Begünstigten erschließen.¹ So drohte die Geschäftsleitung des größten Gewerbesteuerzahlers, der CSL Behring, stets damit, anderswo zu investieren, wenn die Standortbedingungen sich verschlechterten oder nicht besser würden. Und bezüglich der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) hat man anscheinend befürchtet, dass sie, ebenso wie sie in den 1990er Jahren einen Teil ihrer Gewerbesteuerzahlungen durch Gründung einer Niederlassung in Marburg von Frankfurt in die Universitätsstadt an der Lahn umgeleitet hatte, diesen Schritt rückgängig machen könnte.

Die Steuersenkung und die gleichzeitige Vergabe einer Ehrenbürgerschaft an Firmengründer Dr. Reinfried Pohl scheinen sich positiv ausgewirkt zu haben. Der anschließende Bau des Verwaltungs- und Tagungsgebäudes der DVAG im Marburger Nordviertel scheint jedenfalls darauf hinzudeuten, dass man auch langfristig gewillt ist, in der Universitätsstadt Steuern zu zahlen.

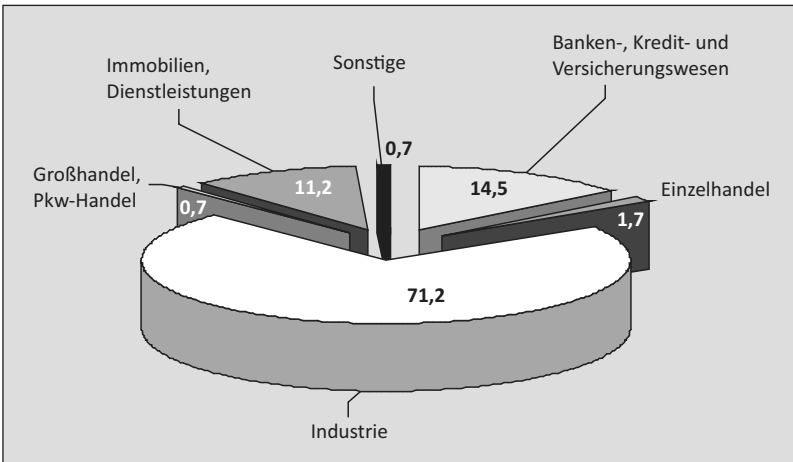
¹ Marburg als Steueroase? – Großunternehmen behalten fette Gewinne, in: www.das-marburger.de/2013/04/steueroase-marburg/

Abbildung 1: Steueroase Marburg – Gewerbesteuer­sätze in Hessen 2015
Kreisfreie und Sonderstatusstädte nach EinwohnerInnenzahl



Quelle: DIHK

Abbildung 2: Marburger Gewerbesteuer­aufkommen nach Branchen 2014
50 größte Gewerbesteuer­zahler, in %



Quelle: Magistrat der Stadt Marburg

Mit dem neuen Gewerbesteuerhebesatz lag Marburg seit 2008 nicht nur unter dem aller anderen hessischen Sonderstatusstädte, sondern selbst die kleinen Kommunen im Landkreis verlangten in ihrer Mehrheit mehr Steuern von den Gewerbetreibenden als Marburg (siehe Abbildung 1). Bis Ende 2015 hat Marburg durch dieses Steuerdumping 58 Mio. Euro an die Aktionäre und Unternehmer verschenkt. 2016 erhöht

die Universitätsstadt den Hebesatz wieder auf 400 Punkte, aber nicht aus Einsicht, sondern wegen der Änderung des hessischen Kommunalen Finanzausgleichs, die Kommunen mit niedrigen Hebesätzen benachteiligt. Dennoch bleibt Marburg weiterhin unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte. Bundesweit lag nach einer Erhebung der DIHK der Hebesatz bei Kommunen über 20.000 Einwohner bei 438 Punkten.

Diese Steuergeschenke gehen in Marburg an die, die sie am wenigsten nötig haben. Fünf Unternehmen zahlten 2014 82% des Gewerbesteueraufkommens.² Die meisten Gewerbetreibenden zahlen überhaupt nichts, weil ihr Gewerbeertrag den Freibetrag nicht übersteigt oder sie die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen können.

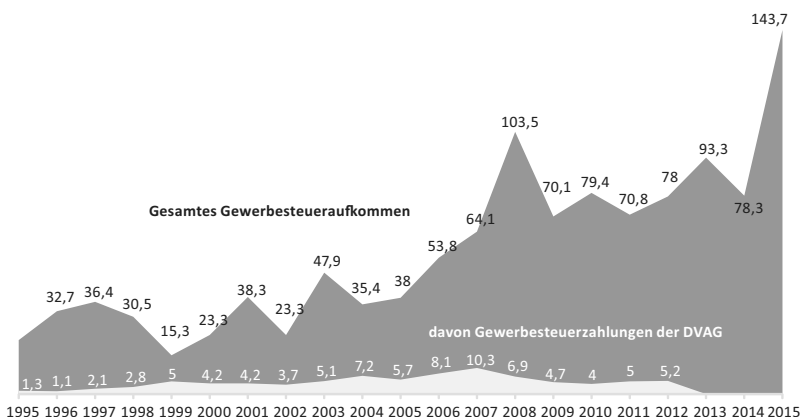
Verantwortlich für das hohe Gewerbesteueraufkommen Marburgs sind zwei Branchen, die Pharmaindustrie und die Finanzwirtschaft (siehe Abbildung 2). Da sie weltweit die höchsten Gewinnmargen haben, zahlen die Firmen entsprechend hohe Gewerbesteuern. An erster Stelle stehen drei Pharmaunternehmen auf dem Gelände der ehemaligen Behringwerke, die auf Kosten der Beitragszahler und Patienten enorme Profite einfahren. Gewinnspannen von 30 und 40% sind keine Seltenheit bei der australischen CSL Behring, der schweizerischen Novartis oder bei Siemens Healthcare. Neu hinzugekommen ist 2015 der britische Pharmariese GlaxoSmithKline (GSK), der die Impfstoffsparte von Novartis gekauft hat.

2014 entstammten 71,2% des gesamten Gewerbesteueraufkommens der 50 größten Marburger Zahler der Industrie. Diese besteht fast ausschließlich aus den Pharmaunternehmen. Auf den Einzelhandel entfallen nur 1,7%, auf den Bereich Immobilien und Dienstleistungen 11,2% und auf das Banken-, Kredit- und Versicherungswesen 14,5%. Darunter sollte sich ein weiterer größerer Steuerzahler, die DVAG, verbergen, die durch ihre Marburger Niederlassung etwa ein Fünftel ihres Ertrages in Marburg versteuert.

Dank des Geltungsbedürfnisses ihres Gründers prahlte die DVAG stets damit, wieviel Gewerbesteuern sie zahlt, ganz so, als ob sie das aus freien Stücken tun würde. Dabei kann sie allenfalls entscheiden, ob sie mehr Steuern in Marburg oder mehr in Frankfurt bezahlt.

Die Aufteilung der Gewerbesteuer (»Gewerbesteuerzerlegung«) zwischen den beiden Niederlassungen hängt von der Lohnsumme ab, die

² Die Zahlen entstammen den Antworten des Magistrats auf eine Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke vom 1.4.2015, www.svmr.de/pi/___tmp/tmp/45081036657394561/657394561/00303115/15.pdf

Abbildung 3: Gewerbesteueraufkommen in Marburg in Mio. Euro

Quelle: Magistrat der Stadt Marburg

an beiden Orten bezahlt wird. Da der DVAG-Konzern neben dem Vorstand nur über 79 Beschäftigte verfügt – die 37.000 VermögensberaterInnen sind selbständig – ist es ein Leichtes, durch die Verschiebung des Personals die Aufteilung der Gewerbesteuer an die beiden Standorte zu beeinflussen.

Die DVAG gehört zu 60% (+ 10 Aktien) der 2003 gegründeten DVAG Holding mit Sitz in Marburg. Der Rest befindet sich im Besitz der Generali Deutschland Holding AG, für deren Unternehmen die DVAG den Großteil des Vertriebs übernommen hat. Die DVAG Holding, die zu je 50% den beiden Pohl-Söhnen Reinfried Jr. und Andreas gehört, residierte anfangs in der Bismarckstraße 16. Sie zahlt keine Steuern und verfügt über keine Angestellten, sondern heimst nur ihren Anteil des versteuerten Gewinns des DVAG-Konzerns ein.

Laut Aussagen des Firmengründers Reinfried Pohl hat die DVAG von 1996 bis 2013 400 Mio. Euro Gewerbesteuer in Frankfurt und 100 Mio. in Marburg bezahlt.³ Addiert man die von der DVAG veröffentlichten Gewerbesteuerzahlungen in Marburg, kommt man von 1996 bis 2012 zwar nur auf 85,5 Mio. Euro, aber möglicherweise beinhalten die Angaben Pohls auch die Zahlungen der Unternehmensberatung und Betreuung GmbH (UBG), die wie die DVAG Holding heute ihren Sitz in der Anneliese

³ Vgl. »In Marburg zahle ich Gewerbesteuer freiwillig«, Interview mit Dr. Reinfried Pohl in der Oberhessischen Presse vom 9.3.2013

Pohl Allee hat. In einer Aufstellung Dr. Reinfried Pohls von 2004 zahlte die UBG, deren Aktivitäten der Öffentlichkeit verborgen bleiben, von 1985 bis 2004 5,0 Mio. Euro Gewerbesteuer an die Stadt Marburg.

Seit 1999 überweist die DVAG jährlich zwischen 4 und 10 Mio. Euro Gewerbesteuer an die Stadt Marburg. Vergleicht man die Zahlen mit den gesamten Gewerbesteuereinnahmen Marburgs, betrug der DVAG-Anteil von 1999 bis 2007 durchschnittlich knapp 16%. In den Jahren 2008 bis 2012 lag der Anteil nur noch bei 5 bis 7%. Die Verluste der Stadt Marburg durch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes waren in jedem dieser Jahre höher als die Zahlungen der DVAG.

Die Aussage des Firmengründers Reinfried Pohl, er zahle in Marburg freiwillig Gewerbesteuer, kann man ihm gerne glauben, denn durch den Verbleib der DVAG-Niederlassung in Marburg flossen jedes Jahr ein bis zwei Mio. Euro zusätzlich in seine Kasse. In Frankfurt lag der Gewerbesteuerhebesatz stets über dem Marburgs (515 im Jahr 1996, 490 seit 2001 und 460 seit 2007). Hätte die DVAG ihren ganzen Ertrag in Frankfurt versteuert, wären die Steuerzahlungen deutlich höher ausgefallen. Die DVAG hat dadurch von 1995 bis 2012 20,1 Mio. Euro gespart.

In der Marburger Stadtkasse klingeln die Steuergroschen, weil die einen Superprofite auf Kosten der Krankenversicherten, der Patienten und Beschäftigten machen und die anderen zum Nachteil von Riester-Versicherten und ihrer Drückerkolonnen Geld scheffeln. Deshalb gibt es auch keinen Grund, den Konzernen der Pharma- und Versicherungsbranchen besonderen Dank entgegenzubringen oder so devot zu sein, dass man bei einem Straßennamen die Bindestriche weglässt, weil ein Firmeninhaber das so will. Man sollte im Gegenteil die Steuerschraube stärker anziehen, damit wenigstens ein Teil der Gewinne der Allgemeinheit zugutekommt. Und wenn dann die DVAG ihre Zelte abbrechen sollte, wird die Stadt das verschmerzen können.

Georg Fülberth

Warmer Regen – Landschaftspflege in Marburg

Hidden Champion

Das Vermögen Carsten Maschmeyers, des Gründers der Finanzvertriebsgesellschaft AWD Holding GmbH, wurde 2013 auf eine Milliarde Euro geschätzt,¹ die Familie Pohl kam im selben Jahr auf das Dreifache.²

Das überregionale öffentliche Auftreten der beiden unterscheidet sich deutlich. Maschmeyer paradierte mit Gerhard Schröder und Christian Wulff und trug zur Skandalisierung der Verbindung von großem Geld und Politik bei. Er entspricht dem Klischee des indezenten Parvenüs. Pohl dürfte ihn nicht nur an Reichtum, sondern auch politischem Einfluss übertroffen haben, aber er war deutlich diskreter, zumindest überregional.

In einem besonderen Raum seines Marburger Museums meint man den Schwarzgeld-Skandal der CDU von 1999 mit Händen greifen zu können und kann dann doch nichts Gerichtsverwertbares vorweisen. Ausgestellt wird unter anderem das handschriftlich gewidmete erste Exemplar der Memoiren von Helmut Kohl, der sich bei seinem Freund für Treue in guten und in schlechten Tagen bedankt. In einer Vitrine liegen von ihm signierte Euro-Scheine. Ein Video zeigt den Ex-Kanzler als Redner bei einem Familienfest des Ehepaares Pohl. In Bild.de veröffentlichte er 2014 einen »Nachruf auf meinen Freund Reinfried Pohl, der Donnerstagabend im Alter von 86 Jahren verstorben ist«.³ Auch hier fehlt nicht der Hinweis auf die Begleitung in guten wie in schlechten Tagen. Mit letzteren dürfte zumindest auch die Bedrängnis gemeint sein, in die Kohl 1999 geraten war. Er hatte einräumen müssen, 2,1 Millionen D-Mark illegal angenommen zu haben. Die Namen der Spender nannte er bis heute nicht: Darauf habe er sein Ehrenwort gegeben. Der CDU war

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Carsten_Maschmeyer [Zugriff 16.3.2015].

² http://de.wikipedia.org/wiki/Reinfried_Pohl [Zugriff 16.3.2015]. Für 2014 wurden 2,85 Milliarden genannt. Siehe www.spiegel.de/wirtschaft/nachruf-reinfried-pohl-die-erfolgsgeheimnisse-des-dvag-gruender-a-975101.html [Zugriff 23.3.2015].

³ www.bild.de/politik/inland/reinfriedpohl/nachruf-von-helmut-kohl-36382610.bild.html [Zugriff 16.3.2015].

wegen ihrer schwarzen Kassen vom Bundestagspräsidenten eine Geldbuße in Höhe von 41,3 Millionen D-Mark (21,1 Millionen Euro) auferlegt worden. Kohl sammelte daraufhin bei seinen Freunden Geld, um den Schaden auszugleichen. Ob er danach, wie er zunächst angekündigt hatte, auch aus seinem Privatvermögen etwas dazugeben musste, ist nicht bekannt. Als sich 2000 die CDU von Kohl distanzierte, ließ Pohl seine Mitgliedschaft in der Partei ruhen und berief seinen Freund zum Vorsitzenden des Beirats der DVAG. Der Name Reinfried Pohl wurde – im Unterschied zur Süßwarenfirma Ferrero – im Zusammenhang des hessischen Schwarzgeldskandals (einer Unterabteilung der Affäre der Bundes-CDU) nie genannt. Nehmen wir einmal an, dass er nicht zum »System Kohl« gehörte, von dem sich die Generalsekretärin Angela Merkel während des Skandals distanzierte. Wolfgang Schäuble hat ja 2015 klarzustellen versucht, dass die schwarzen Kassen der CDU nicht von aktuellen Sponsoren aufgefüllt werden mussten. Das mag erklären, dass Reinfried Pohl sehr empört über die angebliche Undankbarkeit der Partei gegenüber ihrem großen Ex-Kanzler war. Seine Verstimmung muss sich allerdings danach recht bald gelegt haben. In seinem Museum wird ein Video-Clip gezeigt, in dem Merkel darauf hinweist, dass private Vorsorge immer wichtiger werde.

Die DVAG spendete 2004-2009 an die CDU 324.000 Euro, 2012 waren es 320.000, die SPD bekam im selben Jahr 50.000.⁴ Allerdings sind die Zahlen inkonsistent, sie widersprechen einander. Nach einer anderen Quelle gab Pohl von 2000 bis ca. 2013 an die CDU insgesamt 1,7 Millionen Euro, an die FDP 1,1 Millionen, an die SPD nur 15.000 und an die Grünen 10.000.⁵ Das Sport-Sponsoring der DVAG – für Michael Schumacher, längere Zeit auch für den 1. FC Kaiserslautern – kann als normale Werbemaßnahme angesehen werden.

Die DVAG hat zahlreiche Politiker, vor allem aus CDU und CSU, nach ihrem Ausscheiden aus der praktischen Politik, sowohl in repräsentative als auch in operative Gremien eingebunden. (Auch der Sozialdemokrat Gerhard Jahn gehörte dem Aufsichtsrat an.⁶) Kohls früherer Kanzleramtsminister Friedrich Bohl war von 1998 bis 2009 im Vorstand der DVAG und wurde danach deren Aufsichtsratsvorsitzender.

⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Verm%C3%B6gensberatung [Zugriff 20.3.2015].

⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Reinfried_Pohl [Zugriff 21.3.2015].

⁶ www.spiegel.de/spiegel/print/d-9186088.html [Zugriff: 26.3.2015].

Diese Verflechtungen sind massiv, aber es fehlt ihnen die marktschreierische Penetranz der Maschmeyer-Konnectionen. Eine unmittelbare Einwirkung auf politische Entscheidungen ist bisher nicht nachgewiesen. Man wird bis zum Beweis des Gegenteils wohl eher von indirektem Einfluss ausgehen müssen, und sei es auch nur aufgrund eines gelungenen Bemühens um Diskretion. Ob zum Beispiel die von der schwarzgelben Koalition eingeführte Pflagegeld-Versicherung, die zweifellos günstig für die DVAG war, ein Beispiel »gekaufter Politik« ist (wie abgeordnetenwatch.de mutmaßte⁷) oder ob die Spenden der Deutschen Vermögensberatung an CDU und FDP nur eine Anerkennung für Entscheidungen sind, die ihr zwar zupass kommen, aber von ihr nicht veranlasst wurden, wird sich kaum jemals feststellen lassen. Der aus der Flick-Affäre vom Anfang der 1980er Jahre gängige Begriff der »Pflage der politischen Landschaft« besitzt jenes Maß der Vagheit, das der Realität am nächsten kommen dürfte.

Denkmäler vor Ort

War Reinfried Pohl auf Bundesebene eher der Typ des Paten, der sich im Hintergrund hielt, zeigte er sich in Marburg als Mäzen, der Gutes tut und auch darüber redet. Dass er in dieser Stadt den Standort der Deutschen Vermögensberatung Holding, die dort Gewerbesteuer zahlt, einrichtete, stellte er als eine Form der Dankbarkeit dar: Hier habe er nach seiner Flucht aus der damaligen Sowjetischen Besatzungszone eine neue Heimat und seine Frau gefunden. Seine Stiftungen haben ihren Schwerpunkt im Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität (unter besonderer Berücksichtigung der Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht) sowie der Krebsforschung und -therapie. In beiden Fällen besteht ein persönlicher Bezug. Pohl hat in Marburg Jura studiert und hier auch promoviert. Die Anneliese-Pohl-Stiftung erinnert an seine an einer Krebserkrankung verstorbene Frau. Deren Name ist in der Leuchtschrift-Präsentation neben dem Haupteingang des Universitätsklinikums weithin sichtbar. Auch das in der Krebs-Abteilung der Gynäkologie ausliegende Hochglanz-Material hält sie stets aufs Neue präsent. Hinzu kommen großzügige Streuspenden. Portugal ist offenbar das Lieblings-Fe-

⁷ www.abgeordnetenwatch.de/blog/2014-02-24/die-20-top-parteispenden-2012 [Zugriff 26.3.2015]

rienland der Familie. Als in Marburg das Lektorat für Portugiesisch von Streichung bedroht war, rettete Pohl es durch eine Spende.

Die »Dr. Reinfried-Pohl-Stiftung« listet ihre bisherigen Leistungen wie folgt auf:

- » – Eine auf sieben Jahre angelegte Professur für Kardioprävention im Fachbereich Medizin,
- Forschungsprofessur für Molekulare Kardiologie,
- Lehrzentrum für den Fachbereich Medizin.

Dieses Lehrzentrum ist insofern ungewöhnlich, als es neben einem Übungs-OP auch eine nachgebaute Hausarztpraxis und eine Patientenwohnung sowie eine Kita für die Kinder der Studenten und Mitarbeiter umfasst. Ohne die Unterstützung der Stiftung hätte dieses Ausbildungszentrum nicht realisiert werden können.

- Krebsberatungsstelle

Dort betreuen Psychologen, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter Patienten und deren Angehörige.

- Maßgebliche Unterstützung der Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht
- Bereitstellung von mehr als 500 Laptops für die Studenten der Forschungsstelle Rechtsinformatik
- Bestuhlung der alten Aula sowie Restauration der dortigen Orgel.

Für die Projekte wurden bisher mehrere Millionen Euro aufgebracht.«⁸

In seinen Marburger Aktivitäten präsentierte sich Pohl als eine Art Gemütsmensch, der sich im heimischen Raum auslebte, bis hin zu Landerwerb und Bautätigkeit – nicht nur für die Holding, sondern auch für den Familiensitz und eine »Event- und Kulturscheune« im ländlichen Stadtteil Dagobertshausen, wo sich Anwohnerinnen und Anwohner auch einmal über nächtliche Ruhestörung enthemmter Vermögensberater ärgern mussten. Worauf Pohl Wert legte, war die offizielle Anerkennung seiner Wohltaten durch die RepräsentantInnen von Stadt, Universität und Land – manchmal eine kindlich anmutende und fast rührende Eitelkeit eines alten Mannes, der sich Denkmäler errichtet. Aber das ist nicht viel anders als bei Dichtern und Professoren, die in ähnlichem Alter gern ein Gesamtwerk letzter Hand vorlegen, und bei Emil von Bering, der ein Familienmausoleum auf einem nach seiner Gattin benannten Hügel, der »Elsenhöhe«, errichten ließ.

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Dr._Reinfried_Pohl_Stiftung [Zugriff 23.3.2015].

Vorauselender Gehorsam

Als zum 1. Januar 2009 im Übergang von der kameralistischen zur doppelbuchhalterischen Buchführung die Eröffnungsbilanz der Universitätsstadt Marburg erstellt wurde, belief sich das Vermögen dieser Kommune auf 457.337.235,61 Euro.⁹ Das ist nur ein Siebentel bis ein Sechstel des Pohl-Eigentums. Wenn ein solch riesiger Komplex wie die DVAG-Holding mit samt der Besitzer-Familie sich in einer Mittelstadt niederlässt, hat das Auswirkungen. Niemand der in der Kommune Verantwortlichen (einschließlich der linken Opposition) würde die Verantwortung für einen etwaigen Abzug des Firmensitzes aus Marburg und den damit verbundenen Verlust der Gewerbesteuer – der DVAG-Anteil daran gehört zu den Ursachen für die gute Finanzsituation der Stadt – übernehmen wollen. Es entsteht eine Atmosphäre vorauselenden Gehorsams und Augenzwinkerns. In jeder Gemeinde werden Entscheidungen, etwa über den Hebesatz der Gewerbesteuer, unter dem Aspekt möglicher Reaktionen ortsansässiger Firmen getroffen. Bei der Anwesenheit eines besonders großen Tycoons, der nicht seinesgleichen am Platz hat, wirkt es aber besonders stark.

Als 2005 ein neuer Oberbürgermeister zu wählen war, suchten, wie bei solchen Gelegenheiten üblich, die Kandidaten sich ins Benehmen mit den Rahmen-Bedingungen ihres politischen Wirkens zu setzen. Hierzu gehörte auch die Präsenz von Reinfried Pohl und der DVAG. Der SPD-Bewerber war – als bisheriger Bürgermeister – damit schon vertraut. Zwar war der CDU-Kandidat ein Auswärtiger, aber er gehörte derselben Partei an wie der Firmengründer und fand später, nachdem er nicht Oberbürgermeister geworden war und einen Job suchte, eine Anstellung bei der DVAG. Pit Metz, der vom Bündnis »Marburger Linke« aufgestellt war, nutzte die Gelegenheit, um seiner Neugier nachzugehen, und vereinbarte ein Gespräch mit Pohl. Dieser erzählte ihm, dass er persönlich bescheiden lebe, nicht über goldene Wasserhähne verfüge und seine Wohltaten noch nicht genügend gewürdigt finde. Als er Metz fragte, was die Linke ihm antun werde, falls sie regiere, versicherte dieser, dass man ihm nicht an Leib und Leben gehen, sondern ihm lediglich durch Besteuerung ziemlich viel Geld abnehmen werde. Er hatte aber den Eindruck, dass sein Gastgeber davon nicht beruhigt war.

Einige Zeit danach war Pohl im Magistrat zu Gast und beklagte sich wieder einmal über die nicht ausreichende Anerkennung seines Mäze-

⁹ www.marburg.de/sixcms/media.php/20/EB.pdf [Zugriff 17.3.2015].

natentums. 2006 wurde er Ehrenbürger der Universitätsstadt Marburg. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss dies einstimmig, bei Enthaltung eines SPD-Abgeordneten und der gesamten Fraktion »Marburger Linke«. Dort wurde die Entscheidung lange diskutiert. Auf ein Nein verzichtete man angesichts der Spendentätigkeit Pohls. Zur Feier des Ereignisses bot dieser seine Freunde auf, darunter auch Helmut Kohl. Beim anschließenden Empfang im Pohl-eigenen Fünfsternehotel schob sich der Altkanzler an Metz, der in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der »Marburger Linken« teilnahm, heran und fragte, ob es zutreffe, dass dieser ihn einige Jahre vorher angezeigt habe. Der so Angesprochene bejahte und verwies auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Parteiengesetzes, gegen das der einstige CDU-Vorsitzende durch die Annahme von Schwarzgeld verstoßen habe. Kohl nickte bedächtig und antwortete: »Aber gewonnen hab' ich.«

2009 wurde vom Magistrat ein neuer Bebauungsplan für das umfangreiche Areal an der Lahn, auf dem die DVAG u.a. ihr Kongress- und Ausbildungszentrum errichten wollte, vorgelegt. Hier lag auch das Haus Rosenstraße 9, das als Kulturdenkmal ausgewiesen worden war. Die DVAG hatte zugesagt, dass es erhalten bleiben und in das Neubau-Ensemble eingefügt werden sollte.

Unter dieser Maßgabe stimmte die Stadtverordnetenversammlung zu. Die »Marburger Linke« enthielt sich. Kurz darauf stellte die DVAG aber einen Antrag auf Abriss, der vom Magistrat genehmigt wurde. Die obere Denkmalschutzbehörde, eine Landesinstanz, strich das Haus aus der Denkmalliste, in die sie es vor nicht allzu langer Zeit aufgenommen hatte. In der Stadtverordnetenversammlung, die über die Neufassung zu entscheiden hatte, argumentierten nicht nur die CDU, sondern auch SPD und Grüne, nunmehr müsse zugestimmt werden, da sonst auf die Stadt Regress-Ansprüche zukämen. So geschah es. (Immerhin sprach der CDU-Stadtverordnete Manfred Jannasch vor der Abstimmung im Plenum gegen den von seiner eigenen Fraktion befürworteten Abriss.) Auf Antrag der FDP und der Fraktion »Marburger Linke« wurde ein Akteneinsichtsausschuss eingesetzt. Tatsächlich fand sich der Vermerk des zuständigen Sachbearbeiters, dass der Abriss-Antrag aus Gründen des Denkmalschutzrechts abgelehnt werden müsse. In einem späteren Aktenstück revidierte er diese Position. Auskünfte über die Gründe für diese Änderung wurden nicht erteilt. Es war zwar zu erfahren, dass von der Spitze des Bauamtes Einfluss genommen worden war, aber ein Schriftstück fand sich darüber nicht, und bei den Befragungen im Ausschuss war niemand zur Bestätigung dieser Auskunft bereit. Eine Ein-

wirkung von außen, also der DVAG auf den Magistrat und das ihm unterstellte Bauamt, konnte nicht nachgewiesen werden.

In den folgenden Monaten und Jahren war die dicke Luft im Bauamt nahezu körperlich zu spüren. Den Fachleuten dort, meist Ingenieure, war ihr Unbehagen anzumerken. Sie standen offenbar unter Druck von zwei Seiten: von der ihrer Vorgesetzten und von Denkmalschützern sowie der Opposition aus FDP und der »Marburger Linken«. Dass Bauherren sehr oft Verzögerung unterstellen, nur weil ihre Genehmigungsanträge nicht so schnell erledigt werden können, wie sie es gerne hätten, ist normal. Im Fall der Deutschen Vermögensberatung AG und der Familie Pohl ging aber zusätzlich die Furcht im Amt um, dass man einer Klage, die von hochbezahlten Anwälten eingereicht werde, ausgesetzt sein könne. Ob diese Überlegung Substanz hatte oder ob es sich um Überängstlichkeit und in ihrem Gefolge um Vorab-Willfährigkeit handelte, lässt sich nicht klären.

Vor dem Kongress- und Ausbildungszentrum der DVAG wurde eine Promenade angelegt. Im Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung beantragte der Magistrat, diese solle nach der verstorbenen Ehefrau des Firmengründers benannt werden. Der Vertreter der Fraktion »Marburger Linke« erhielt auf seine Frage, von wem dieser Vorschlag komme, die Antwort, er solle sich nicht dummstellen. Daraufhin stellte er den Antrag, Marburg in »Pohl-City« umzubenennen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Mitglied der CDU, weigerte sich, darüber abstimmen zu lassen, und verwies die Sache an den Ältestenrat.

Nachdem die Ortspresse über diese Episode berichtet hatte, sah sich der Stadtverordnete der »Marburger Linken«, der den neuen Namen vorgeschlagen hatte, zwar häufigem Schulterklopfen ausgesetzt, aber bald wurde ihm mulmig. Beim Friseur hörte er, wie ein Kunde heftig auf Pohl und die Macht des großen Geldes schimpfte. Nach einiger Zeit erfuhr er, dass dieser Antikapitalist gleichzeitig um ein Gespräch bei dem DVAG-Chef gebeten hatte: Er war Vorsitzender eines Fußballvereins und brauchte Geld für die Reparatur des Sportplatzes.

In Marburg werden mehrgliedrige Straßennamen mit Bindestrich geschrieben, z.B. »Ernst-Lemmer-Straße«. Man kann es auch anders machen, aber innerhalb jeder Kommune verfährt man einheitlich – hier mit Bindestrichen (also nach der Duden-Schreibweise), dort ohne, in Marburg also mit. Auf Wunsch der Familie ging man bei der neuen Straße vor dem Kongress- und Ausbildungszentrum der DVAG davon ab. Auf den Schildern steht »Anneliese Pohl Allee« ohne Bindestriche. Die Stadtverordnete Tanja Bauder-Wöhr von der Fraktion »Marburger Linke« fragte



*Öffentliche
Verehrung –
ohne Binde-
striche*

den Magistrat, welche Argumentationshilfen er für die Lehrerinnen und Lehrer in Marburg anbieten sollte, die den Schulkindern nicht nur Rechtschreibung, sondern auch noch Abweichungen aufgrund lokaler Machtverhältnisse beibringen müssten.

Der Oberbürgermeister nahm auch schon einmal einen Stadtverordneten der »Marburger Linken« zur Seite und bat darum, man solle es nicht zu weit treiben. Immerhin gehörten zur Familie Pohl auch Enkel, die nicht Hänseleien aufgrund öffentlicher Agitation ausgesetzt werden dürften. Hier blieb nur die Antwort, dass die Kritik der ja völlig unbedeutenden »Marburger Linken« doch auch eine nützliche Funktion haben könne: als harmloses Ventil für verdrückten Unmut in der Be-

völkerung. Da sei ein Hofnarr gut und nicht schlecht. Der Oberbürgermeister bedankte sich für den staatsbürgerlichen Unterricht: so habe er das bisher noch nicht gesehen.

Dicht am Marburger Schloss liegt das Restaurant »Bückingsgarten«, von dessen Terrasse man einen schönen Blick über das Tal hat. Ursprünglich gehörte es der Stadt. Da es im Winter fußläufig nur schwer erreichbar ist, rentierte es sich nur im Sommer und schrieb rote Zahlen. 1999 verkaufte es die Stadt an den bisherigen Pächter, der sich aber nicht halten konnte. 2009 bestand die Gefahr, dass es geschlossen werden müsse. Die »Marburger Linke« beantragte, die Stadt solle von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, und geißelte bei dieser Gelegenheit die einstige Veräußerung als ein Beispiel übelster neoliberaler Privatisierung. Der SPD-Oberbürgermeister lächelte fein und steckte bei nächster Gelegenheit dem Fraktionsvorsitzenden das Protokoll einer Sitzung des Liegenschaftsausschusses von 1999, in welcher der Verkauf beschlossen worden war, zu. Dort war zu lesen, dass zwar eine sozialdemokratische Stadtverordnete Bedenken geäußert hatte, anschließend aber die Veräußerung einstimmig beschlossen worden war. In die Anwesenheitsliste hatten sich alle Mitglieder des Ausschusses handschriftlich eingetragen, darunter auch der Vertreter der Fraktion »Marburger Linke«. Auch er war also für den Verkauf gewesen. Der linke Vorschlag zum Rück-Erwerb ging ins Leere: Pohl erstand »Bückingsgarten«, ließ ihn – beraten von einem ehemaligen Baudirektor der Stadt – restaurieren und zur Freude der Gäste weiterbewirtschaften.

Einige Zeit später schlug der Oberbürgermeister vor, es solle ein Schrägaufzug zum Schloss gebaut werden, damit dieses leichter erreichbar sei. Reinfried Pohl stellte hierfür eine Schenkung in Höhe von vier Millionen Euro in Aussicht. Der Aufzug hätte auch die Erreichbarkeit von »Bückingsgarten« erleichtert. Allerdings lehnte der Oberbürgermeister eine solche Zweckbindung der Spende ab. Reinfried Pohl lenkte ein: Wenn die Zuwendung für soziale und kulturelle Zwecke gemacht werde, würden dadurch Mittel frei, die dann doch dem Aufzug zugutekommen könnten. Die »taz« titelte »Ein Mann kauft eine Stadt«. ¹⁰ Der Aufzug ist dann aber doch bis heute nicht gebaut worden. Die Vier-Millionen-Spende wurde tatsächlich überwiesen. In einem Interview der »Oberhessischen Presse« zeigte sich Pohl verletzt über die Kritik an ihm, in welcher sein Mäzenatentum völlig falsch dargestellt werde.

¹⁰ www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=a2&dig=2012%2F02%2F18%2Fa0016&cHash=7a66dff762e5ec9d1352b480c776f979 [Zugriff 25.3.2015].

Ein Gässchen

2013 benannte die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Marburg-Gießen die »Anneliese Pohl Allee« in einer Aktion zum »Eberhard-Dähne-Gässchen« um. Sie verteilte ein Flugblatt, in dem sie u.a. schrieb:

»Professor Dr. Reinfried Pohl begann seinen Aufstieg im Krisenjahr 1975. [...] In dem Maße, in dem die Sozialversicherungen ausgetrocknet worden sind und die Menschen Angst um ihre Vorsorge fürs Alter bekamen, wurden ihnen ›Finanzprodukte‹ aufgeschwätzt. Reinfried Pohl war dabei. Seine Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) schickte ihre Drücker aus und drehte ihren Opfern Versicherungen und Geldanlagen an.

Wer das Geld hat, hat die Macht!

Pohls Imperium ist eng mit der herrschenden Politik verbunden. Sein allerdickster Freund ist Helmut Kohl. Ob hier eine Verbindung auch im CDU-Schwarzgeld-Skandal bestand, wurde nie geklärt, denn Kohl schweigt eisern. Als Bevollmächtigte setzte Pohl gern Politiker ein, darunter den ehemaligen Regierungssprecher Friedhelm Ost und den früheren Kanzleramtsminister Friedrich Bohl.

Mit seinen Spenden schafft er sich Wohlwollen auch in der Stadtpolitik. Er macht sich auch im Stadtbild breit. Große Teile des Nordviertels hat er aufgekauft und dort seine Unternehmenszentrale gebaut. Er ließ eine Allee vor seinem Glaspalast bauen und wünschte sich von der Stadt, dass diese nach seiner verstorbenen Ehefrau benannt werde.

Aber es geht auch anders.

Von 1972 bis 1979 war der Kommunist Eberhard Dähne (1938-2010) Stadtverordneter in Marburg. Er war gleichzeitig Vorsitzender des Ortsverbandes Marburg der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen – also in der Branche, in der Pohl jetzt sein Wesen treibt. Für Eberhard Dähne gab es nur eine Menschengruppe, der er sich verpflichtet fühlte: nicht die Finanzmogule, sondern die kleinen Leute. Von 2001 bis 2006 war er dann Stadtverordneter in Frankfurt/Main und kämpfte dagegen an, dass diese große Stadt ebenfalls Befehlsempfängerin des großen Geldes wurde.

Die stetige Verarmung der Kommunen macht deutlich: Es wird Zeit, dass Vermögens›beratungen‹ à la Pohl und andere reiche Familiendynastien wie Siemens, Krupp und Quandt enteignet werden! Das Geld, das dadurch frei wird, sollte in Kindergärten, Schulen und eine menschengerechte Pflege von Kranken und Alten gesteckt werden.

Eberhard Dähne war ein bescheidener Mensch. Eine Allee wäre für ihn viel zu protzig gewesen. Ein Radweg hätte ihm genügt, oder ein Pfad zum Joggen. Auch deshalb:

Keine Pohl Allee, sondern ein Eberhard-Dähne-Gässchen!

Keine Protzbauten zur Selbstverherrlichung eines Milliardärs, sondern ausreichende Sozialleistungen für alle!¹¹

Einige Stunden lang gab es im Februar 2013 in Marburg ein »Eberhard-Dähne-Gässchen«. Danach stellte sich die gottgewollte natürliche Ordnung wieder her.

¹¹ www.eberhard-daehne.de/Daehne-Gaesschen.pdf [Zugriff: 26.3.2015]. Eine literarische Reminiszenz an Eberhard Dähne findet sich in: Jan Seghers: Die Stern-taler-Verschwörung. Reinbek bei Hamburg 2014. S. 367-369.

»Als wäre in Marburg ein UFO gelandet«

Interview der Herausgeber mit Henning Köster-Sollwedel

Henning Köster-Sollwedel ist Vorsitzender der Fraktion »Marburger Linke« in der Stadtverordnetenversammlung. Er hat in den 1970er Jahren in Marburg studiert. Im Jahr 1980 schloss er seine Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Französisch und Sozialkunde mit dem 2. Staatsexamen ab. Da zu dieser Zeit nur sehr wenige Lehrer eingestellt wurden, »überwinterete« er mit Hausaufgabenbetreuung sowie mit der Förderung externer Haupt- und Realabschlüsse bei »Arbeit und Bildung«. Erst im Alter von 55 Jahren wurde er schließlich in den Schuldienst eingestellt und unterrichtete bis zu seiner Verrentung im Jahre 2015 an der Georg-Büchner-Schule in Stadtallendorf. Henning Köster-Sollwedel ist mit der Supervisorin Andrea Sollwedel verheiratet. Beide haben einen gemeinsamen Sohn.

Henning, welche kommunalpolitischen Erfahrungen hast du in der Stadt Marburg?

Schon als Studierender habe ich mich politisch engagiert, z.B. in der Solidaritätsarbeit mit Chile bzw. mit den chilenischen Flüchtlingen nach 1973. Seit 1996 bin ich kommunalpolitisch in der Öffentlichkeit aktiv. Ich war von März 1997 bis 2006 Stadtverordneter in der Fraktion der »Marburger Linken«. Aus beruflichen Gründen bin ich 2006 ausgeschieden.

Ich habe dann 2009 für den Bundestag kandidiert und bin seit 2011 wieder Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender. Ich habe die Absicht, bei der Kommunalwahl im März 2016 erneut zu kandidieren. Als Stadtverordneter habe ich mich vor allem für Projekte der Verkehrsberuhigung, für Fußgänger, Fahrradfahrer und ÖPNV, kurz die Förderung ökologischer Verkehrsmittel, sowie die Erhaltung der einstmals reichhaltigen Marburger Bäderlandschaft und sozial verträgliche Eintrittspreise vor allem für Kinder und Jugendliche engagiert.

Gleichzeitig war ich in Bürgerinitiativen aktiv. Als Mitglied meiner Gewerkschaft GEW habe ich mich lange in einer Interessenorganisation arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer (bipoli e.V.) betätigt und auf ABM-Basis eine Hausaufgabenbetreuung in benachteiligten Stadtteilen geleitet.

Wann bist du das erste Mal mit der Person Pohl bzw. mit dem Unternehmen DVAG konfrontiert worden?

Die Begegnung der Fraktion mit Pohl beginnt im Vorfeld der Verleihung der Ehrenbürgerschaft im Jahre 2006. Der damalige Fraktionsvorsitzende traf sich mit Pohl, beschrieb ihn uns danach als »ganz umgänglich«. Man wusste, »der zahlt irgendwie sehr viel Gewerbesteuer«, klar: ein »Kapitalist«. Die Fraktion hat sich dann – sicher etwas naiv und blauäugig – bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Der Vorgang macht aus heutiger Sicht noch einmal deutlich, dass auch erfahrenen linken Kommunalpolitikern der Name Pohl – also: der Unternehmer und der »politische Mensch Reinfried Pohl« – völlig unbekannt war. Diejenigen, die in den 1960er Jahren in Marburg aktiv waren, konnten sich vielleicht dunkel daran erinnern, dass es einmal in Marburg einen FDP-Politiker dieses Namens gab. Erst gegen Ende der 2000er Jahre stand er – durch die vielen Ehrungen, natürlich aber auch durch seine Projekte in der Nordstadt und seine Spenden – im Rampenlicht – fast so, als wäre in Marburg ein UFO gelandet!

Von 2006 bis 2011 gab es in der Fraktion »Marburger Linke« nur ein bescheidenes Niveau in der Auseinandersetzung mit Pohl. Im Vordergrund standen – mit Blick auf die Bauvorhaben in der Nordstadt – Fragen des Denkmalschutzes. Dieses Thema war natürlich in Marburg seit der Altstadtsanierung zentral.

Erst 2010 konnte ich die Fraktion für den Vorschlag gewinnen, zusätzlich die Auswirkungen auf die Stadtteilentwicklung, u.a. den Verlust an bezahlbarem Wohnraum, zum Thema zu machen. Ich verfasste einen Offenen Brief an den OB der Stadt, Herrn Vaupel, der für den 8. November 2010 zu einer Bürgerversammlung eingeladen hatte, bei der über »das Bauvorhaben« der DVAG im Marburger Nordviertel informiert werden sollte. In diesem Offenen Brief fragte ich nach der Transparenz der Entscheidungen, nach der Bürgerbeteiligung, nach Konzeptionen der Stadtentwicklung. Ich stellte dem OB schließlich die Frage: »Sind Sie als demokratisch gewählter Repräsentant der Gesamtbürgerschaft überhaupt noch Herr des Verfahrens oder kann ein Herr Pohl als überaus einflussreicher Großinvestor in Marburg mehr oder weniger machen, was er will?« Ich forderte den OB auf, Pohl zu dieser Bürgerversammlung einzuladen.

Es ging mir dabei also um zentrale Fragen der kommunalen Demokratie, um eine deutliche Kritik an der Abhängigkeit politischer Entscheidungen in der Stadt von der Aussicht auf hohe Gewerbesteuereinnahmen und Spenden. Ich zitierte den damaligen Ministerpräsidenten von

Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer (CDU), der sich gegen private Spenden als Lösung gesellschaftlicher Probleme aussprach. »Stattdessen sollten die Besitzer großer Vermögen in Deutschland durch eine höhere Steuer in die Pflicht genommen werden.« Ich schrieb: »Dem ist nichts hinzuzufügen.«

Dieser offene Brief spielte offensichtlich in der öffentlichen Diskussion keine große Rolle. Er wurde von der lokalen Presse ignoriert und der OB antwortete auch nicht darauf. In der Auseinandersetzung um die Spende wegen des sogenannten Schrägaufzuges zum Schloss wurde jedoch auch öffentlich und in der Presse sowie in der Stadtverordnetenversammlung heftig diskutiert und gestritten.

Das ist richtig. Als Stadtverordneter fühlte ich mich durch die Spende entmündigt. Für mich war der »Schrägaufzug« ein Luxusprojekt angesichts der Misere des alltäglichen ÖPNV in Marburg, dazu mit einem Beigeschmack versehen, weil Pohl den »Bückingsgarten« am Schloss besitzt und auf diese Weise seine Vermögensberater schneller in sein Restaurant bringen kann.

Ich habe damals wegen dieser »Spendenaffäre« den OB scharf kritisiert und auch den Parteien CDU, SPD und den Grünen vorgeworfen, dass sie Spenden von Pohl angenommen hatten. Als eine Art Faschingscherz spendete ich am 11.11.2011 der Stadt Marburg 111,11 Euro für den Bau einer Turnhalle – die Höhe des Betrages (im Vergleich zu den Pohlschen 4 Millionen) sollte die viel gelobte angebliche Großherzigkeit des Spenders angesichts des riesigen Unterschiedes zwischen seinem Vermögen und dem eines angestellten Normalverdieners wie mir verdeutlichen. In einer Presseerklärung fügte ich hinzu: »Als Gegenleistung erwarte ich weder eine Baugenehmigung noch eine Straßenbenennung, noch einen Luxusparkplatz auf dem Friedhof und auch keine Dankbarkeitsadresse der Stadtverordnetenversammlung.« Diese Erklärung endete – es war der 11.11. – mit »Helau. Henning Köster«.

In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem heftigen Disput. Ich wurde vor allem vom grünen Bürgermeister Dr. Kahle angegriffen. Dieser wollte mir und meiner Partei (vielleicht sogar meiner Person) Verantwortung für das vermeintlich verschwundene SED-Vermögen übertragen und stellte sich dabei demonstrativ vor Pohl und die DVAG: »Sie greifen ein Familienunternehmen an!« Sogar meine Familie wurde in diese Diffamierung einbezogen. Solche Ausbrüche machten natürlich deutlich, dass es bei den Grünen auch noch einzelne Personen gab, die sich für die Unterwürfigkeit gegenüber Pohl schämten.



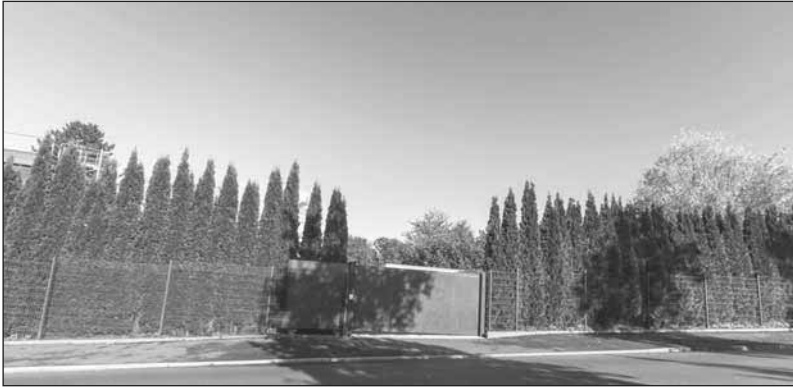
Öffentliche Verehrung (PMC Marburg = Polizei Motorsport Club Marburg) ...

Die Beschimpfungen führten zum Eklat – der Ältestenrat musste einberufen werden!

Zur Abstimmung über die Annahme der Spende durch die Stadtverordnetenversammlung brachte unsere Fraktion der »Marburger Linken« einen Alternativantrag ein, mit dem wir unsere Grundsatzposition zum Thema »Spenden« dargelegt haben. Darin wurde gefordert, Spenden nur dann anzunehmen, wenn der Gewerbesteuersatz erhöht, eine Vermögenssteuer eingeführt und gleichzeitig der Wille des Spenders nicht berücksichtigt wird. Dieser Antrag, der aus der Feder von Jan Schalauske stammte, wurde von den drei Fraktionen (CDU, SPD und Grüne), die sich bei Pohl für die 4 Millionen bedankten, geschlossen abgelehnt.

Wie würdest du die Rolle von Pohl bzw. der DVAG für die Stadtentwicklung charakterisieren?

Das Pohl-Konsortium – damals noch unter Leitung seines verstorbenen Firmenpatriarchen – hat einem ganzen Stadtviertel seinen Stempel aufgedrückt. Bezahlbarer Wohnraum wurde zerstört, ein monströses Verwaltungsgebäude ohne jede architektonische Berücksichtigung der Umgebung und ein kaum besuchtes großes Delikatessengeschäft implantiert, ein zwischenzeitlich oft fast leerstehendes Parkhaus und ein



... und sehr privates Wohnen

Traditionshotel in Beschlag genommen. Der »Rosenpark« – ein Luxus-seniorenheim mit Hotel und Edelgastronomie in wunderschöner Lage gegenüber dem Lahnwehr – war der Ausgangspunkt. Im Volksmund wurde dieser Teil des Nordviertels Pohl-City getauft. Für all das wurden vom Magistrat rote Teppiche ausgerollt, eine rege frequentierte Bürgerbeteiligung im zeitlichen Vorfeld eingeschläfert. Reinfried Pohl zog zeitlich parallel die Spendierhosen an – die Oberhessische Presse berichtete wiederholt über Spenden an Einrichtungen und Initiativen. Der stetige Verweis auf hohe Gewerbesteuerzahlungen der DVAG sollte jegliche Kritik im Keim ersticken.

Zugleich stieg Pohl mit sehr viel Geld in die Marburger Gastronomie- und Eventszene ein. Mit mehrseitigen Hochglanzbeilagen in der Lokalpresse wird regelmäßig für seine entweder neu geschaffenen oder aufgekauften Etablissements der Edelgastronomie geworben – vom Exklusiv-Weihnachtsmarkt bis zum Wochenendkochkurs mit 5-Sterne-Köchen – zu Preisen, die die Monateinkünfte eines Hartz IV-Empfängers im benachbarten Afföller übersteigen. Auch das Catering-Geschäft – oft existenzsichernd für Restaurants – blieb vom Zugriff nicht verschont.

Besonders deutlich wird diese Inbeschlagnahme am Beispiel des kleinen idyllischen Ortsteils Dagobertshausen. Hier bekommen wir als Stadtverordnete beinahe im Jahresrhythmus neue Beschlussvorlagen zur Ausweitung einer riesigen Reitsportanlage nebst immer neuen Parkanlagen und Straßenausbauten vorgelegt.

Die Reaktion der Marburger auf all das fällt durchaus gemischt aus. Auch ein Teil unserer Wählerschaft versteht nicht unbedingt, warum

wir die »Aufmöbelung und Verschönerung des Nordviertels« sowie Spenden kritisieren. Andere schätzen es sehr wohl, dass wir als einzige größere Partei in der STVV weder Parteispenden von der DVAG jemals annehmen würden, noch den Kotau machen vor der Marburger Staatsraison: »Du sollst die großzügigen Spender und Gewerbesteuerzahler, die Pohl-Familie und ihre DVAG allzeit schätzen, ehren und niemals kritisieren!« Wer diesen Gesslerhut nicht grüßt, soll letztlich nicht dazugehören zum Marburger Stadtestablishment. Das nehmen wir dann gerne in Kauf!

Mich persönlich hat schon erstaunt, wie weit die Willfährigkeit des Magistrats und von CDU, SPD, FDP und – mit kleineren Einschränkungen – der Grünen vor diesen lokalen Repräsentanten des ganz großen Geldes geht. Auch der scheidende OB Egon Vaupel, eher ein linker Sozialdemokrat, vergisst hier plötzlich seine Grundsatzpositionen zur Kritik der Finanzwelt und für die Einführung einer Vermögenssteuer.

Sinkt das Interesse an Marburg seit dem Tod des Patriarchen? Gibt es ein verändertes Klima in der Stadt?

Ich bin gespannt, wie es weitergeht. Der sehr emotional unterfütterte besondere Bezug auf die »Heimatstadt Marburg« scheint die Sache seiner Kinder nicht unbedingt zu sein. Die Lokalprominenz vermisste eine örtliche Trauerfeier, der Spendenfluss scheint zu versiegen, der Schrägaufzug ist für unabsehbare Zeit ad acta gelegt (weil er angeblich auf seiner Route die Messgeräte im Physikalischen Institut irritieren könnte), ein aktueller Impetus, die Stadtentwicklung weiter zu beeinflussen, ist nicht erkennbar.

Die Marburger CDU allerdings hält ihren Wohltätern weiter die Stange. Eine Straßenbenennung für Dr. Reinfried Pohl hat sie initiiert. Einzig unsere Fraktion hat klar und deutlich abgewunken. SPD und Grüne zieren sich noch: Erstmal eine geeignete Straße finden und eine Frau, doch – das erkennen auch die Grünen – das war Dr. Reinfried Pohl nun unbestritten nicht...

Rainer Rilling

Besuch im Reichland

Da sind sie ja!

Wo sind sie geblieben, die *Räuberbarone*, *Mogule* und *Tycoons*, die Großen des *Geldadels*, die *Plutokraten*? Schon seit Jahrzehnten ist hierzulande diese Redeweise verschwunden. Zumeist verflüchtigte sich mit ihr auch die Meinung, in einer Gesellschaft mit tiefen Rissen, Ungleichheiten, Konflikten und Kämpfen zu leben. In den 1950er Jahren war bestenfalls und zumeist mit spöttischem Unterton von den »Neureichen« die Rede. Der Begriff »Vermögen« herrschte vor. Das meinte nicht nur die angehäuften Geld- und Produktionsmittel, sondern legte auch nahe, dass diese durch Geburt, Anlage oder »Leistung« quasi vermögenswirksam zustande gekommen wären. »Vermögen« ist auch später das Wort der Wahl bei der Namensgebung der »Deutschen Vermögensberatung AG« (DVAG) gewesen.

Erst seit den späten 1960er Jahren entwickelte sich eine neue Grundstimmung. Auch der Sprachgebrauch änderte sich. Plötzlich wurde von »Reichtum« und vom »Kapital« gesprochen. Diese Wiederentdeckung des Reichtums war folgenreich, denn mit ihr wurden das Verhältnis zwischen Reichtum und Armut und damit die »Ungleichheit« zum Thema. Mehr noch – und in den Worten von Bert Brecht (1934): »der arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.« Für viele wurde der »neue Reichtum« jetzt Ursache für die »neue Armut«. Und auch die »Reichen« kehrten als die sozialen Subjekte des Reichtums zurück. Aber noch war Reichtum kein Skandal und die Ungleichheit schien sich in Grenzen zu halten. Doch sie wurden zunehmend als ungerecht empfunden.

Mit der großen Krise seit 2008 kam es erneut zu einer Änderung. Spätestens seitdem die unfassbaren Milliardensummen für die »Bankenretungen«, die horrenden Boni, die massenhafte Kriminalität im Finanzsektor, die explodierenden Hocheinkommen, die Unterwürfigkeit des politischen Spitzenpersonals und die weltweit explodierende Einkommens- und Vermögensungleichheit zum Tagesgespräch wurden, haben sich Bankiers im Berufe-Ranking offenbar ein ultrastabiles Allzeittief eingehandelt. Der Begriff der »Superreichen«, der sich schon längst im öffentlichen Sprachgebrauch eingebürgert hatte, wurde jetzt nicht mehr

mit einer Mischung aus Respekt und Erstaunen benutzt, sondern vorwurfsvoll und wütend. Auch die »Oligarchen« kehrten in Gestalt des mafios-autoritären Reichtums wieder. Und es wurde klar, dass die Rede von »den« Reichen die riesigen, ständig wachsenden und neuartigen Unterschiede innerhalb der Kategorie der Reichen selbst nicht berücksichtigt, die sich vor allem in den letzten drei Jahrzehnten entwickelt haben.

Einige Aspekte dieser Veränderungen sollen im Folgenden knapp skizziert werden in der Absicht, zum besseren Verständnis der Rolle und Position der Milliardärsfamilie Pohl beizutragen. Werfen wir also einen Blick auf die Milliardäre dieser Tage und beginnen mit einem knappen Zahlenwerk.

And the winner is ...

Noch in den 90er Jahren galten *Milliardäre* als eher seltene Ausnahme. Das hat sich geändert. Ende Mai 2015 vermeldete eine Studie (UBS/PWC: 2015), dass zu dem halben Tausend Milliardären in China jede Woche ein weiterer Milliardär oder eine weitere Milliardärin hinzukämen. Weltweit werde ihre Zahl 2015 die 2500er-Marke weit überspringen.

Die Zahl der *Millionäre* ist ähnlich deutlich angestiegen. Angenommen werden kann, dass es 2015 weltweit über 15 Millionen (Euro-)Millionäre gegeben hat – doppelt so viel wie die Einwohnerschaft von Berlin, Hamburg, München und Köln zusammen. In keinem anderen Land Europas gibt es so viele Vermögensmillionäre wie hierzulande: 2013 waren es erstmals über eine Million Millionäre (in \$).¹ Mittlerweile ist es schon fast zur Regel geworden, dass die Zahl der Millionäre in Deutschland Jahr für Jahr um über 100.000 wächst, zumeist im Zusammenhang mit der Entwicklung des Aktienvermögens, der Immobilienpreise und durch Vererbung – zwei von drei deutschen »Ultra high-net-worth individuals« (Personen mit über 30 Mio. Dollar Vermögen) haben »ihr« Vermögen geerbt.

Zurück zu den Milliardären, die in der Reichtumsforschung gerne die »wohlhabenden Reichen« genannt werden. Lange Zeit wurden die oberen 10% der Haushalte als »die Reichen« angesehen. Realistisch ist dagegen, dass die Gruppe der Reichen mit dem obersten einen Prozent

¹ Die Angaben hier und im Folgenden erfolgen in Euro oder Dollar und wurden aufgrund der sehr unterschiedlichen Erhebungszeiten und Kurse nicht vereinheitlicht.

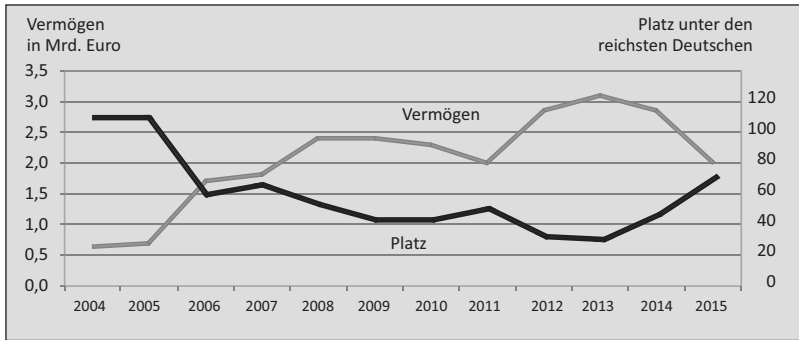
der Haushalte gleichzusetzen ist. Zudem ist sie stark differenziert – je höher man kommt, desto mehr Reichtum bei immer weniger Personen und Haushalten.

- Das reichste »ein Prozent« aller deutschen Haushalte (das sind etwa 400.000 Haushalte) besitzt mit aktuell einem Vermögen von mehr als 3 Billionen € zwischen 31 und 34% des gesamten Nettovermögens in Deutschland.
- Die kleinere, aber reichere Gruppe der rund 19.000 »wohlhabenden« deutschen Vermögensmillionäre mit mehr als 30 Mio. € (die »UHNWs«) hielt 2014 gut 22% dieses privaten Nettovermögens in der BRD.
- Für die obersten 0,1% sollte der Alltagsbegriff der »Superreichen« reserviert werden. Diese Topvermögensgruppe Deutschlands hat mit 1,3 Billionen € Gesamtvermögen rund 14 bis 17% des Nettovermögens.
- Die zwischen 100 und 150 Haushalte der deutschen Milliardäre stehen an der Spitze dieser »0,1%«. Ihnen dürften etwa 40% des Vermögens dieser Superreichen gehören. Rechnet man die Gesamthabe der 13 reichsten »Großfamilien« (82 Mrd. €) hinzu, dann gehört dieser Kleingruppe von ein paar Hundert Personen mehr die Hälfte des Vermögens der »0,1%«. Nicht mehr von dem einen Prozent, sondern von der Gruppe der 0,01% kann hier gesprochen werden.
- Allerdings schwanken die Angaben zur Gruppe der Milliardäre in Deutschland stark zwischen 123 Personen mit 413 Mrd. \$ Vermögen (WealthX/UBS: 2015), 99 mit 453 Mrd. \$ (Forbes: 2015), 72 mit 277 Mrd. \$ (Hurun: 2015), 144 mit 449 Mrd. € (Manager Magazin: 2014) und 137 mit 423 Mrd. € (Bilanz: 2014).² Immerhin besteht bei allen Differenzen weitgehend Einigkeit darin, dass die Anzahl der Milliardäre in Deutschland nicht sinkt, sondern fast unaufhörlich wächst.

Wir bewegen uns hier im Nebel der Schätzungen, Annahmen und Geheimnisse der Welt des Hochvermögens, die nicht einmal durch Hilfestellungen der NSA wesentlich durchsichtiger gemacht werden könnte. Auch die Angaben zur Familie Pohl aus den genannten Quellen sind ebenso undurchsichtig wie unterschiedlich. Die »World Billionaire's List« von Forbes (»Meet The Richest People On The Planet«) zählte am 30. Mai 2015 101 Milliardäre aus Deutschland. Andreas (50) und Reinfried

² Unter Einschluss der zehn in Bilanz, aber nicht im Manager Magazin aufgeführten Milliardäre (mit 12,5 Mrd. € Gesamtvermögen) ergeben sich 154 Milliardäre, deren Vermögen sich auf 462 Mrd. € summiert. In 29 Fällen unterscheiden sich die in den beiden Listen angegebenen Vermögen um 400 oder mehr Millionen!

Abbildung 1: Die Pohl-Familie in der Liste der reichsten Deutschen



Quelle: N. Biver nach Daten des Manager-Magazin

Jr. Pohl (55) lagen hier mit jeweils 1,11 Mrd. \$ Vermögen gemeinsam als die Schlusslichter auf Platz 100 und 101. In der Weltrangliste der Reichen von Forbes besetzten sie den Platz 1741. Das Manager Magazin 2014 dagegen platzierte beide mit 2,7 Mrd. € auf Platz 48 einer Zusammenstellung von 144 Milliardären (2015 sah sie das Magazin mit nur noch 2 Mrd. € Vermögen auf Platz 73 unter 146 Milliardären, s.a. Abbildung 1). Das Magazin Bilanz (2014) platzierte sie mit 2,8 Mrd. € auf Platz 41 einer Liste von 137 Milliardären. Der vergleichbaren »Global Rich List« des Shanghaier Unternehmens Hurun ist die Familie Pohl dagegen völlig entgangen. Gleichwohl besteht kein Zweifel, dass sie im deutschen wie europäischen Maßstab zur Gruppe der Milliardäre gehören.

Doch auch für Deutschland trifft zu, was für die globale Reichumsverteilung wie für die Verteilung innerhalb der Nationalstaaten und Branchen gilt: In allen Fällen existiert innerhalb der Kategorie der Milliardäre eine sehr kleine Spitzengruppe von ein paar »Reichen« (ob Personen oder »Familien«), deren Vermögen (40-80 Mrd. \$) jenes der weit überwiegenden Mehrheit der Milliardäre um ein Vielfaches überschreitet. Diese Mehrheit macht in dieser Verteilungskurve aus, was so anschaulich der »lange Schwanz« (long tail) genannt wird, zu dem auch das Gros der deutschen Milliardäre und darunter die Pohls gehören. Die Annahme, dass der Abstand zwischen diesem *long tail* und dieser obersten Gruppe auf absehbare Zeit weiter wachsen wird, liegt nahe.

Kurz gesagt: Die Pohls mögen Superreiche sein, sie gehören aber zum Milliardärsfußvolk. Mehr noch, sie machen dort neuerdings überhaupt keine gute Figur: Das aktuelle »Reichstenheft« des Manager Magazins

vom Oktober 2015 spricht von »Durchhalteparolen« in der Rhetorik von Andreas Pohl, dass »die Umsätze schrumpfen und damit die Bewertung für die DVAG heute deutlich unter dem liegt, was in Spitzenzeiten bezahlt worden wäre«. Es prognostiziert, die Pohls würden es »bereuen, dass sie nach dem Tod des Übervaters nicht Kasse gemacht und ihr Vermögen diversifiziert haben«. ³ Auch konnte erstmals seit rund vier Jahrzehnten Wachstum die Anzahl der »Vermögensberater« – darunter 14.000 Hauptberufliche – nicht mehr gesteigert werden. ⁴

Die Übersichten zu den »Reichen« gehen auf ein mittlerweile weit verbreitetes Medienformat zurück, die bekannten »Reichenlisten«. Das sind Vermögensranglisten der Gewinner und Sieger, nicht der Verlierer und Opfer. ⁵ In vielen Publikationen wird aber von der Veröffentlichung

³ Manager Magazin Oktober 2015, S. 20. Bei solchen Einschätzungen wird zuweilen auch negativ bewertet, wenn enge Verwandte wie die Ehefrauen der Vorstandschefs in die Unternehmensspitze einrücken, wie im Falle Pohl Mitte September 2015 geschehen, als die Ehefrau von Reinfried Pohl jr., die Medizinerin Dr. Ana Pohl (Mitbesitzerin des familieneigenen Weinguts am Nil in Kallstadt, Pfalz) und Jacqueline Pohl, die Ehefrau von Andreas Pohl, Mitglieder des Aufsichtsrats der DVAG wurden. Erinnert sei an die spitze Bemerkung der FAZ v. 6.5.2015 zum Nachrücken der Nichte Ferdinand Piëchs in den VW-Aufsichtsrat: »Als Autoexpertin ist sie bislang noch nicht aufgefallen.«

⁴ www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/dvag-coach-klopp-a-1040044.html v. 30.6.2015. Auch das Geschäftsmodell der DVAG – im Kern entsteht ein Großteil ihres Umsatzes aus Provisionserlösen – gerät inzwischen wieder in die Kritik. In einem Schwerpunkt mit dem Titel »In der Grauzone« über »windige Kapitalanlagen« vermerkte das Handelsblatt v. 24./25./26.4.2015: »Besondere Vorsicht ist bei großen Finanzvertrieben wie der Swiss Life Select – hervorgegangen aus dem AWD – oder der DVAG geboten. Ihre Berater verdienen auch daran, weitere Vermittler anzuheuern. Der Verkaufsdruck ist besonders hoch. Die DVAG hat sich außerdem exklusiv an bestimmte Anbieter gebunden.« (S. 53)

⁵ Die zumeist im Jahresturnus erscheinenden Übersichten zum Nettovermögen der Reichen und Superreichen werden von unterschiedlichen, aber durchgängig privaten und wirtschaftsnahen Medien zusammengestellt, die ihrerseits fast immer zumindest indirekt selbst im Besitz von Milliardären sind. Dazu gehören Zeitungen wie die englische Sunday Times, Wirtschaftsmagazine wie Forbes (das als erstes 1987 eine »Billionaire's List« publizierte und dessen Besitzer ein Milliardär ist), Challenges (Paris), das Manager Magazin und neuerdings die vom Springer-Verlag herausgegebene Schweizer Bilanz oder auch der Bloomberg Billionaires Index aus dem Medienunternehmen des US-amerikanischen Milliardärs Michael Bloomberg. Verbreitet sind auch Listen aus Publikationen der Luxusindustrie wie die Hurun Report Listen aus Shanghai oder von Marktforschungskonzernen wie WealthX (Singapur) und Unternehmensberatungsfirmen wie die Boston Consulting Group (USA), Knight Frank (England) oder Capgemini (Frankreich), die sich alle auf »private banking« und »wealth management« und damit auf die Märkte der Hochein-

von konkreten und detaillierteren Reichenlisten (mit Name, Alter, Geschlecht, Vermögen, Branche oder Firmen, Standort, Staatsangehörigkeit) abgesehen. Millionen von personenbezogenen Datensätzen bleiben verborgen. Auch die publizierten Zusammenstellungen von Reichen durch miteinander konkurrierende Datendienste geizen mit Details. »Diskretion« ist Trumpf. Zu seiner Liste der »500 reichsten Deutschen« vermerkt zum Beispiel das Magazin Bilanz: »Bei allen Vermögensangaben ... handelt es sich um Schätzungen. Grundlage der Erhebung sind Recherchen u.a. in Registern, in Archiv- und Dokumentensammlungen. Bewertet wurden Aktienkapital (Ende August 2014), Unternehmen (nach Umsatz, Profitabilität, Marktstellung), Kapitalanlagen, Immobilien, aber auch Kunstsammlungen und Familienstiftungen.« (S. 25) Viel pauschaler geht es nicht. Auch die Quellen sind unbekannt, Unterschiede in den Größenordnungen können daher nicht überprüft werden. Vollends problematisch wird es, wenn Erbschaften ins Spiel kommen, die nie genau benannt werden. Nach neueren Schätzungen (!) aber machen ererbte Vermögen fast die Hälfte der weltweit größten Vermögen aus.⁶

Immer noch gilt: Der genaue Umfang der großen Vermögen ist unbekannt und gehört zu den am besten gehüteten Geheimnissen, während die »Vermögen« der kleinen Leute oder die »Negativvermögen« der Armen – ihre Schulden – bis zum letzten Cent eruiert werden. Dennoch füllen die »Reichenlisten« wenigstens in Ansätzen eine notorische Lücke in den gängigen wissenschaftlichen Untersuchungen und in einer Reichtumsforschung, die jahrzehntelang die Spitzengruppen des Reichtums ignorierte und damit in der Tradition der Geheimhaltung stand, welche die Reichen seit jeher pflegen. Breit angelegte Befragungen wie die Ein-

kommensgruppen und Top-Vermögenden spezialisiert haben. Sie konzentrieren sich häufig auf die Entwicklung des privaten Geldvermögens und klammern Firmeneigentum oder -beteiligungen und Immobilien/Grundbesitz aus. Mittlerweile publizieren auch mehrere zumeist global agierende Banken oder Versicherungskonzerne wie die Schweizer Banken UBS, Credit Suisse oder Bär und die deutsche Allianz Analysen und weiterreichende Vermögensberichte zur globalen Entwicklung von Reichtum (Kapital) und Einkommen.

⁶ Welche Position einzelne Personen in solchen Listen einnehmen, hängt aber auch ab vom Zeitpunkt der Datenerfassung, den sich unter Umständen sehr schnell ändernden Bewertungen von Aktien und Betriebsvermögen oder der Akzeptanz der aufgeführten Personen auf solchen Listen. Auch deshalb ist kaum anzunehmen, dass in solche »Schätzungen« die rund 360 Mrd. € eingehen, welche deutsche Staatsbürger gegenwärtig illegal in Steueroasen versteckt haben sollen. Der Umfang der weltweit nicht deklarierten Mittel in Steueroasen wird aktuell auf 6 (Zucman: 2015) bis 32 Billionen € (Tax Justice Network: 2014) geschätzt.

kommens- und Verbrauchsstichprobe fragten nur Einkommen bis zu einer geringen Höhe ab und erfassten kein Betriebsvermögen. Der Mikrozensus stellte die Vermögensfrage nicht. Andere Befragungen erfassten, da sie auf freiwilliger Basis beruhten, Hocheinkommen und -vermögen völlig unzureichend. Aufschlussreichere Studien zu den »Vermögenden« etwa von Infratest sind fast immer privat finanziert und werden von Banken, Versicherungsunternehmen oder der Luxusgüterindustrie für Zwecke der Markterschließung in Auftrag gegeben. Sie sind Eigentum der Finanziere und bleiben geheim. Sind Teile von ihnen nicht geheim, dann werden ihre Daten zu vier- oder fünfstelligen Summen verkauft und sind für eine breitere Öffentlichkeit de facto unzugänglich. Das gilt erst recht für die Marktanalysen der Großunternehmen selbst.

Erst im letzten Jahrzehnt hat sich diese Situation etwas geändert und es wird versucht, die offengelegten Daten aus den Reichenlisten und die Ergebnisse aus freiwilligen Befragungen zum Einkommen und Vermögen von Haushalten zu kombinieren, wie vor kurzem im Anschluss an internationale Vorbilder durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

Die Ergebnisse sind dramatisch: »Kombiniert man etwa die Forbes-Liste, die rund 50 Dollar-Milliardäre mit deutscher Staatsbürgerschaft aufweist, mit Befragungsangaben, so erhöht sich im Ergebnis das aggregierte Nettogesamtvermögen aller privaten Haushalte in Deutschland 2012 je nach Szenario um ein Drittel bis etwa 50 Prozent. Auch der Anteil des reichsten ein Prozent (das entspricht rund 400 000 Haushalten) der Bevölkerung am gesamten Nettovermögen steigt dann von rund einem Fünftel auf rund ein Drittel.« (Westermeier/Grabka 2015: 123)

Da kommt noch was!

Solche Größenordnungen unterstreichen: Milliardäre und diejenigen Millionäre, deren Vermögen bei etwa 500 bis 600 Millionen € und mehr liegt, sind die eigentlich *dominante Gruppe* der Eigentümer, denn sie besitzen einen Großteil des Kapitals und Kapitaleinkommens und repräsentieren die Spitze der Hierarchie des kapitalistischen Reichtums. Da die Gruppe derjenigen, die zwischen einer halben und einer ganzen Milliarde € besitzen, rasch wächst – das sind bis zu 1.000 Personen oder »Familien« –, ist zu erwarten, dass sich die Zahl der Milliardäre in Deutschland in den kommenden Jahren verdoppeln wird, sofern es nicht zu massiven Kapitalentwertungen kommt.

Die Listen sind ein Beleg dafür, dass die Einkommen und Vermögen dieser Spitzengruppe in den letzten drei Jahrzehnten stärker gestiegen sind als die globalen Durchschnittseinkommen und -vermögen. Mehr noch: Wer hat, dem wird gegeben. Je größer die Einkommen und Vermögen, desto schneller sind sie seit den 1970er Jahren gestiegen. 2013 besaßen die über 2.000 Dollarmilliardäre 1,5% des globalen Privatvermögens – nicht wenig. Das oberste Tausendstel der *global rich* (eine Gruppe von etwa 4,5 Millionen Menschen, die durchschnittlich ca. 10 Mio. € besitzen) besaß dagegen bereits rund 20% des globalen Privatvermögens – sehr viel mehr. Ein solcher Anteil am globalen Kapitalstock hat ökonomisch und politisch großes Gewicht.⁷

Wie du und ich?

Die ohnehin groteske Personalisierung von Reichtum, auf der diese Listen aufbauen, wird allerdings immer weniger haltbar und glaubwürdig. Auch die Transnationalisierung des Kapitals und des Kapitaleinkommens führt dazu, dass klare Zuordnungen Einzelner zu riesigen Eigentumskomplexen zunehmend erschwert werden.

Immer häufiger wird in den Reichenlisten dann auf Personengruppen auf der Grundlage von verwandtschaftlichen oder familiären Beziehungen zurückgegriffen. Dann ist die Rede von »Patriarchen«, »Stämmen«, »Clans«, »Sippen« oder gar »Dynastien« und an die Stelle anonymer Großkonzerne treten plötzlich heimelige »Familienunternehmen« und diskrete Familiengesellschaften. Das Manager Magazin prä-sentier-te 2014 eine Aufzählung der zwölf »reichsten Großfamilien« mit nicht weniger als 2630 »Familienmitgliedern« und einem Gesamtvermögen von 90,3 Mrd. € (das Magazin Bilanz zählte 13 »Großfamilien« mit 81 Mrd. €). In der Milliardärskategorie des Manager Magazins tauchen sage und schreibe 76 sogenannte Familien auf. Dadurch steigen Anzahl

⁷ Wenn das Vermögen dieser Gruppe, an deren Spitze die erwähnten Milliardäre stehen, jährlich um 6% ansteige, dann hätte sich sein Anteil am globalen Kapital im Lauf der *nächsten* drei Jahrzehnte mehr als verdreifacht und läge bei 60% des Weltvermögens (Piketty 2014: 585)! Die dramatische Entwicklung der Vermögensverhältnisse in den *vergangenen* drei Jahrzehnten macht solche Steigerungsraten in den kommenden Jahrzehnten durchaus wahrscheinlich. Eine Mitte 2015 publizierte Studie der Boston Consulting Group prognostiziert, dass allein das Geldvermögen der größeren Millionärshaushalte (mit über 100 Mio. \$) bis 2020 um jährlich 12% zunehmen wird.

und Gewicht der Milliardärsvermögen beträchtlich: Die zum Beispiel in der Reichenliste von Bilanz aufaddierten 150 Milliardenvermögen summieren sich dann auf über eine halbe Billion €. Drei Beispiele: Die »Familie« Brenninkmeijer (C&A) verteilt 21,5 Mrd. € auf 500 Mitglieder, Henkel 20 Mrd. € auf 120 Familienmitglieder und Porsche 10 Mrd. € auf 60 Mitglieder – so das Manager Magazin. Zum Haniel-Konzern zählen über 650 Gesellschafter, aufgeteilt in zig »Familienstämme«. Derlei Netzwerke besitzen im Schnitt 75 Unternehmen, bei der »Quandt-Familie« etwa halten 22 Mitglieder Beteiligungen an 316 Unternehmen (Zellweger/Kammerlander 2014).

Das Revival dieser gemütlichen Unternehmenskategorie hat für die Eigentümer und Reichen große Vorteile. Es verschleiert, dass nur ein winziger Teil dieser »Clans« tatsächlich besitzt *und entscheidet*. Zugang und öffentliche Kontrolle werden dadurch massiv erschwert. Und die Rede von der »Familie« fingiert zugleich eine Gemeinsamkeit zwischen den 0,01% und dem ganzen Rest der Gesellschaft, sodass sich Unterschiede irgendwie leichter ertragen lassen und erst recht die dazu gehörenden Abhängigkeits-, Macht- und Ausbeutungsbeziehungen, von denen in diesen Listen nie die Rede ist. Auch die Pohls operieren stets und ständig mit dem Begriff »Familie«.

Andererseits spricht aber natürlich vieles für zunehmend enge Kontakte und Beziehungen innerhalb der Spitzengruppe der Reichen. Nach der bereits erwähnten Studie von Wealth-X/UBS haben zu den von ihnen ermittelten weltweit 2.325 Dollarmilliardären (2014) und ihren Ressourcen rund 9.000 Personen allein durch familiäre Beziehungen Zugang. Im Durchschnitt habe jeder Milliardär mit drei weiteren Milliardären persönliche oder geschäftliche Beziehungen. Der Reichtum dieses engeren Netzwerks summiere sich im Schnitt auf 16 Milliarden Dollar. Das ist sicher keine gehaltvolle soziologische oder gar klassenanalytische Charakterisierung, unterstreicht aber den Alltagseindruck: Milliardäre leben für sich und miteinander, weit da oben.

Da oben

Da oben? Nennen wir es einfach *Reichland*. Das Reichland, das über den ganzen Planeten verstreut ist, wächst unaufhörlich. In seinen obersten Etagen finden wir sehr viele Milliardäre. Reichlands Einwohnerzahl explodiert, auch sein Ressourcenverbrauch. Die soziale Gestalt von Reichland sollte man sich als Pyramide vorstellen, deren Spitze durch einen

aufgesetzten Wolkenkratzer gebildet wird, der Tag für Tag länger und dessen Sockel sukzessiv ein bisschen dicker wird. Dort oben leben im Moment 0,004% der Weltbevölkerung (eine Viertelmillion Menschen mit > 30 Mio. \$), die nebenbei Jahr für Jahr rund ein Viertel der Produkte der ständig wachsenden Luxusbranche verbrauchen. Der durchschnittliche Bewohner dieses Wolkenkratzers hat drei Viertel seines Kapitals in Privatunternehmen oder Aktiengesellschaften angelegt, ein knappes Fünftel hält er vorsorglich kalkulierend in Cash (600 Mio. \$) und rund 5% (160 Mio. \$) in Grundbesitz bzw. Immobilien und Waren des Luxusbedarfs. Im Penthouse freilich haben es sich Bill und Melinda Gates gemütlich gemacht. Schauen wir uns die Bewohner Reichlands etwas genauer an.

In den Spitzenlagen wohnt zum Beispiel auch der Österreicher Dietrich Mateschitz. Mit einem Vermögen von 10,2 Milliarden Dollar belegt er aktuell Platz 127 der Milliardärsliste Bloombergs. Er hält 49% der Anteile am Red Bull-Konzern und zählt zweifellos zum aktivistischen Teil Reichlands. Er gehört zum sportbegeisterten Kollektiv unter den Milliardären. Mateschitz zählt zu den paar Handvoll Menschen, welche den deutschen Fußball und die Formel 1 mitbeherrschen. Er hat Fußballvereine in Salzburg, New York und Leipzig gekauft und ihnen auch bei Gelegenheit ein Stadion gebaut und für knapp 100 Mio. € Trainingszentren hingestellt, Akademien in Brasilien und Ghana aufgebaut, einen Eishockeyclub (EHC München) erworben und zwei Formel-1-Rennställe (Mionardi, Jaguar Racing) übernommen, umbenannt und produktnah »entwickelt«. Ein Drittel (ca. 4 Mrd. Franken) seines Jahresumsatzes wendet Red Bull für das Marketing der sportiven Produktionsketten Fußball, Formel 1 und Eishockey und gesonderte Events wie den bekannten »Sprung aus der Stratosphäre« auf. Dazu kommt als weiteres Standbein das »Red Bull Media House« mit TV-Kanälen, Onlineplattformen, Labels, Zeitschriften und ab 2016 auch einem großen Verlagshaus. Beim Brausekonzern Red Bull stehen also nicht nur rund 600 bis 700 Athleten unter Vertrag, um die »Welt von Red Bull« anzuheizen. Die Strategie dieser avancierten Produktkommunikation produziert die Kultur dieser Welt gleich mit. Mateschitz selbst hat natürlich einen Reitstall, eine Südseeinsel mitsamt einem Siebensternehotel und privatem Unterseeboot, selbstverständlich eine Sammlung historischer Flugzeuge, Rennwagen und Hubschrauber in einem Hangar am Salzburger Flughafen und diverse Hotels, Landgüter, Restaurants und Schlösser sowie eine Villa mit 900 qm Wohnfläche in einem exklusiven Stadtteil von Salzburg. Nicht zu vergessen eine Rennstrecke in Spielberg (»Red Bull-Ring«), wo

der »Große Preis von Österreich« inszeniert wird. Einem Enthüllungsjournalisten ließ er ausrichten, dass dieser nicht mehr sicher sein werde, »solange in Moskau eine perforierte Kniescheibe 500 Dollar kostet«, und die Entschuldigung für diese kenntnisreiche Anmutung schickte er gleich hinterher, an dessen Privatadresse, die der Mann mit dem Knie nie bekannt gegeben hatte. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 21.6.2015; Die Zeit 36/2012)

Worauf dieser Tage der Milliardär an sich, seine Familien, Freunde, Berater und Entouragen in Reichland so kommen, wenn sie über Lifestyles und dazu passende Anlagen nachsinnen, ist erstaunlich übersichtlich und von eigentümlich seriellem Zuschnitt. Je nach Gusto und Marktlage geht es um Sport (Golf, Ski, Tennis, Reiten, Rennen, Squash, Polo, Jagen und Fischen, *Active Lifestyle & Endurance*), um Mode, Gesundheit, Kosmetik, Mobilität (Yachten, Segeln, Flugzeuge, Hubschrauber, Autos, Oldtimer, Urlaub), um Immobilien (Häuser, Residenzen und Hotels), Land (Inseln, Seen, Berge, Küsten, Wege, Wälder), endlich um Technologie, Musik, Schmuck, Uhren, Antiquitäten, Kunst, Design oder Architektur. Die für all die *passion investments* nötigen speziellen *locations* und *events* gehören naturgemäß dazu. Die Zielmaxime all dieser Aktivitäten ist einfach: Je seltener, desto wertvoller, je mehr, desto besser. Als das knappste, strittigste und wertvollste Gut des Luxuswarenmарktes gilt übrigens die private Verfügung über Zeit.

Wie werden solche besonderen und zumeist privaten (zuweilen auch medienwirksam demonstrativen) Aktivitäten und der entsprechende Habitus möglich? Dazu bedarf es ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen, die passend personalisiert sind. In Reichland wird daher Kapital angelegt in exklusive Institutionen, zahllose persönliche Dienstleistungen und gut organisierte Entouragen. Dazu gehören zum Beispiel: exklusives Herrschafts- und Marktwissen, eigene medizinische und psychologische Versorgung, gesonderte Bildung mitsamt dem passenden exklusiven Wortschatz (»*household manager*«), spezielle Klubs und Vereine, Restaurants, Vermögensberatung und -management, *family offices*, Vielzweckimmobilien für alle Jahreszeiten und Geschäftsfelder, umfassende private Sicherheitsarrangements von terrorfesten Immobilien über *bodyguards* bis zur Datensouveränität, die richtigen Edelarmaturen in der Marmorbadewanne, *townhouses*, millionenschwere Parkplätze, aparte berufliche und exklusive persönliche Kommunikationsnetzwerke, mediale Abhilfen, *gadgets*, *dating services*, *dog walkers* und *personal trainers* aller Art, *concierge-services* und zahllose andere stilsichere, sozialkompetente Selbstoptimierungen, bei denen Vermö-

gende sich zum Beispiel am *Cost of Living Extremely Well Index* orientieren könnten, der seit 1976 von Forbes publiziert wird.

Der Luxus, solche Lebensstile auswählen, erfinden, imitieren und rechtfertigen zu können, wirkt auch zurück auf die Basismaschinerie von Reichland, also die eigentliche politische Ökonomie des kapitalistischen Betriebsvermögens und seiner Infrastruktur.

Hier nun kommt auch die Philanthropie ins Spiel. Sie ist längst eine riesige Branche geworden und verbindet den *demonstrativen* Konsum und das, was seit einiger Zeit als »imperiale Lebensweise« bezeichnet wird, mit dem Basisprozess der kapitalistischen Produktion. Wohltätige Schenkungen gelten zwar als intrinsisch gute Taten und Ausdruck eines verantwortungsvollen Reichtums, was für die übliche »Plusmacherei« (Marx) keineswegs gilt. Wie das Beispiel von Mateschitz auch zeigt, erfinden Superreiche ihre guten Taten und vermarkten sie als Problemlösung, verschaffen also beispielsweise einer Stadt wie Marburg soziales Kapital und eine gewisse überregionale Anerkennung. Der Philanthrokapitalismus verknüpft mittlerweile in aller Regel aber auch nicht wenige Infrastrukturen der luxuriösen Lebensweisen mit denen der Produktions- und Reproduktionsbedingungen der Kapitale der Wohlhabenden (»*social business*«). Die Luxusimmobilien und Yachten, Clubs und Resorts, Bilder und Hotels, Flugzeuge, Inseln und Uhren haben also mehrere Zwecke: Sie verleihen *celebrity*-Status (Bill Gates, Warren Buffet, George Soros), und mit ihnen werden nicht nur Lebensweisen und Konsum der Reichländer mit gebildet und reproduziert, sondern auch ihr Kapital, das sie dort anlegen und ständig mehren. Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsketten Reichlands sind global, potenziell überall, verzweigt auf alle Kontinente und Sphären und mobil dazu. Luxus und Philanthropie sind nicht bloß Verschwendung und Wohltäterei, sondern immer mehr zugleich dynamische Kapitalakkumulation – eine »wohltätige Umverteilung von Geld und Macht«. ⁸ Was die Superreichen »weggeben«, behalten sie aber gerne unter Kontrolle. Dass die Eingeborenen Reichlands zuweilen in ihrem alten Häuschen vorbeischaun und ihre Stammbäume pflegen, gehört dazu.

Die Einwohner von Reichland achten auf die Unterschiede zu den Unteren und ziehen daher sorgfältig Grenzen. Der Sinn der Parallelgesellschaft »Reichland« ist erstens Separierung, also Abgrenzung des so-

⁸ Ian Hay, Samantha Muller: Questioning generosity in the golden age of philanthropy: Towards critical geographies of super-philanthropy, in: *Progress in Human Geography* 5/2014, S. 637.

ziokulturellen Status nach unten. Es gibt kein gemeinsames Leben zwischen Reichland und dem ganzen Rest. Brutale und harte oder subtile, unmerkliche Grenz- und Zugangskontrollen sind dabei im Spiel, um die Unterscheidungslinien ständig neu zu ziehen. Man begegnet sich nicht, arbeitet und konsumiert nicht zusammen, hat keine gemeinsamen Ideen, Ziele und Vorstellungen voneinander, teilt weder Moral noch Ethik. Die wirtschaftliche Basis dieser ständig neuen Abgrenzung bilden Charakter und Umfang des Kapitals, das in Reichland bewegt wird, wozu die Family Offices der Reichen eine nützliche Auskunftquelle sind. Neben Aktien dominiert hier schon seit Langem Private Equity (»Hier erwerben spezialisierte Beteiligungsgesellschaften Anteile an Unternehmen. Die eingegangene Beteiligung wird davor nicht an geregelten Märkten gehandelt... Direktanlagen in private Equity sind für Normalverdiener so gut wie unmöglich. Üblicherweise braucht man mindestens zweistellige Millionenbeträge, um in großem Stil investieren zu können. Dafür winken hier nach wie vor Renditen, die zwischen mindestens zehn bis zu 30 Prozent reichen.«⁹). Zweitens arbeiten die Reichländer ständig an der gruppeninternen Distinktion, also an Exklusion, Konkurrenz und Kooperation unter- und gegeneinander. Reichland ist ein Kontinent der unaufhörlichen und immer neu krisenhaften Akkumulation der vielen Kapitale, ihrer Konkurrenz untereinander und der Kämpfe um die Top-Positionen und die Macht im globalen *Richistan* (Frank 2007). Drittens führt daher die Explosion der Ungleichheit in Reichland zu einer Konzentration der Macht und in langer Sicht zu einer kaum zu überschätzenden Neukonfiguration der Politik. Fragt man, für welche politische ratio Reichland steht, dann ist die einfache Antwort: für die Ablösung der alten Souveränität des bürgerlichen Staates durch die neue, andere, grenzenlose private Souveränität des bürgerlichen Reichtums und Kapitals.

Wie alle anderen da oben

Allein: bloß Lifestyle, Lebensweise und Luxus der Reichländer im Blick zu haben, geht gründlich fehl. Auch der Fokus auf die Philanthropie unterstellt immer eine zweckfreie Generosität beim Geben, Schenken

⁹ Bayerisches Finanz Zentrum, Complementa Investment-Controlling AG, »Family Office Studie 2015«, s. www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/trends/aktien-immobilien-anleihen-cash-wie-die-superreichen-ihr-geld-anlegen/11776530-all.html

und Helfen, die durchaus zur sonstigen unternehmerischen Lebenspraxis kontrastiert. Immer noch dient die Rhetorik der Philanthropie dazu, das Selbstverständnis der Mehrheit der Superreichen zu propagieren, die sich als wohltätige Angehörige einer bodenständigen oberen Mittelklasse verstehen oder inszenieren und auf ihre entsprechenden Aufwendungen für Bildung, Kunst und Kultur, Gesundheit oder Tierschutz und Umwelt verweisen. Doch beim weitaus größten Teil solcher Aktivitäten handelt es sich um strategische Kapitalanlagen in Form von *social business* und *social investment*.¹⁰ Daneben gibt oder gab es die reichen Bezieher leistungslosen Einkommens aus geerbtem Vermögen – die Schickedanz', Oppenheims, Sachs', Flicks, Bismarcks, Hortens, Haniels, Engelhorn's etc. Sie agieren zuweilen peripher etwa auch im Kunst- und Kulturbereich und werden oftmals in der Yellow Press-Öffentlichkeit fälschlicherweise als die eigentlichen Repräsentationen des Reichtums angesehen.

Wirft man allerdings am Beispiel der Kohorte der Milliardäre und Milliardärinnen einen genaueren Blick auf die Lebensweise und den Lifestyle der Bürger des Reichland-Wolkenkratzers, dann stellt sich doch rasch ein ernüchterndes Gefühl der Langeweile ein. Ihre banalen Lebenspraxen ähneln sich auf eine frappierende Weise, eine Art serieller Milliardärshabitus ist deutlich – und auch die Pohls pflegen sie. Einige Beispiele.

Wissenschaft

Auch biografische Prägungen mögen eine Rolle spielen für die erstaunliche Häufung der Beziehungen zwischen der Milliardärskohorte und der Wissenschaft. Sie ist geradezu Routine. Nicht die Arbeit als Tellerwäscher, sondern familiäre Bildungshochkultur und akademische Bildungskarrieren im Inland und den Privathochschulen in den USA waren für eine seit Jahrzehnten wachsende Gruppe prägende Prämisse des Aufstiegs (oder des Einstiegs in vorhandenen alten Reichtum). Der akademische Kontext ist ihnen oft nicht fremd. Wo dies doch der Fall ist, kann durch Geld Zugang arrangiert werden: als stark steuerbegünstigte Förderung, Investment, Sponsoring, Mäzenatentum – alles hat seinen Platz in der unternehmerischen Hochschule von heute. Seit den

¹⁰ Als Exempel sei auf die Präsentation des Wechsels zu einem philanthropisch inszenierten Investitionsmodus als »Geschenk« durch Mark Zuckerberg (Facebook) verwiesen, www.wemgehoertdiewelt.de/2015/12/06/naeheres-zum-zuckerberg-wunder/

1970er Jahren haben sich die institutionellen Abgrenzungen der Hochschulen hierzulande aufgelöst, eine rasante Entwicklung privater finanzieller Förderung und privater Durchdringung setzte ein. Hierbei ging und geht es nicht nur um sogenannte Drittmittel, deren Zweck profitable Wissenschaftsverwertung ist. Daneben werden private Lehrstühle eingerichtet oder bezahlt, Projekte werden initialfinanziert oder Institute gleich durchfinanziert und Verbindungen mit Durchsetzungskraft etabliert. Mittlerweile gründen solche Reichländer auch eigene Universitäten und Business Schools oder dominieren faktische Private-Public-Hochschulen, halten Vorträge aus der unternehmerischen Praxis, finanzieren Studiengänge, werden Institutsleiter, agieren in universitären Senaten und Beiräten oder sind Schirmherren oder Schirmherinnen, wo es ihnen so gefällt.

Anerkennung als geradezu inflationär verfügbare Dienstleistung der Hochschule und des Wissenschaftssystems in Gänze ist leicht zu bekommen, wenn die Münze Geld das Entgelt ist. Unverzichtbar ist dabei das Sammeln oder der Verleih akademischer Würden (Doktor-, Professoren- oder Ehrenbürgertitel, Preise aller Art) oder die Auszeichnung entsprechender Einrichtungen und Orte mit den Namen der Mäzene oder ihrer Angehörigen. Bei aller Anonymität – die Verbreitung des Namens durch Fonds, Stiftungen, Preise, Benennung von Lehrstühlen, Hörsälen, Räumen, Straßen, Parks, Gebäuden oder gleich den ganzen Einrichtungen wie Instituten, Hochschulen, Akademien etc. – ist zentral und in aller Regel äußerst wichtig, wenn es sich nicht um die Top-Milliardäre jenseits des long tail handelt, die sich so langsam der Billionenmarke nähern.

Das Ziel ist also auf der einen Seite die Inwertsetzung von Wissenschaft, oftmals in rein betriebswirtschaftlichem Zuschnitt und Konzerninteresse. Dies zeigen die Pohlschen dicht auf die DVAG-Betriebswirtschaft bezogenen Förderungen der Bahnhofsplatzfachhochschule oder der »Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht« am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität. Im Marburger Haus der »Fachhochschule für Wirtschaft« haben sich auch Dependancen der »Deutschen Akademie für Vermögensberatung e.V.«,¹¹ des »Bundesverbands

¹¹ Aktuell ist Andreas Pohl der Vorstandsvorsitzende der im Registergericht Marburg eingetragenen DAV. Der Sitz der Berufsbildungseinrichtung ist Frankfurt. Auf der Website wird zur Berufsausübung eine Information bei der DVAG empfohlen. In der Bilanz der DAV für 2013 stehen »über 300.000 Ausbildungsteilnehmer, 11 Berufsbildungszentren und 200 aktive Referenten« (<http://akademie-dav.de/ausbildung/ausbildung-in-zahlen>). »Die Ausbildung bei der Deutschen Vermögensberatung«, so die Darstellung durch die DVAG, » baut Schritt für Schritt aufeinander

Deutscher Vermögensberater«¹² und das »Deutsche Berufsbildungswerk Vermögensberatung e.V.«¹³ angesiedelt, was auch räumlich die Nähe der genannten Vereine zur DVAG betont.¹⁴ Folgerichtig geht es auf der anderen Seite auch um unternehmerische Themensetzung, wirtschaftsnahe Bildungsprozesse, Führungsnachwuchs und Kaderbildung, Fortbildung, patentfähige Forschung, betriebsnahe Verbreitung der marktwirtschaftlichen Kulturen mitsamt ihren Ideologien und Wertpräferenzen. Im weiten Feld dieser Ökonomisierung von Wissenschaft und Hochschule ragen hierzulande bei allen Unterschieden einschlägige Aktivitäten von mehr als zwei Dutzend Milliarden heraus – etwa Dieter Schwarz, Klaus-Michael Kühne, Elisabeth Schaeffler, Reinhold Würth, Johanna Quandt, Susanne Klatten, Werner Otto, Hasso Plattner, Dietmar Hopp, Klaus Tschira, Karl Knaut, Heinz-Horst Deichmann, Erivan Haub, Hubert Burda, Günther Fielmann, Michael Schmidt-Ruthenbeck, Ernst Strüngmann, Eliza-

auf: Erste Grundlagen werden in unseren Direktionen vor Ort vermittelt, anschließend folgt die weitere Ausbildung durch die Deutsche Akademie für Vermögensberatung (DAV). Am Ende steht die Prüfung vor dem Deutschen Berufsbildungswerk Vermögensberatung (DBBV).« Und: »Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Beruf des Vermögensberaters auch als IHK-Ausbildung oder im Rahmen eines Bachelor-Studiums an der Fachhochschule der Wirtschaft erlernt werden.«

¹² Vgl. die Angabe in der Vita von R. Pohl: »1973 Gründung des Berufsverbandes ›Bundesverband Deutscher Vermögensberater‹, bis 2009 Präsident dieses Berufsverbandes mit Sitz in Frankfurt a.M., seitdem Ehrenvorsitzender.« (www.dr-reinfried-pohl-stiftung.de/dr.-reinfried-pohl.html). S.a. ein Beitrag auf der Verbandswebsite und ein Interview mit Pohl: »Bonn 1973: Dr. Reinfried Pohl, Gründer der Bonnfinanz, ist überzeugt: Vermögensberater müssen sich organisieren. Gerade in einem Staat wie Deutschland, in dem jedes Interesse eine Vertretung auf den Plan ruft, dürfen Berater für Bildung und Absicherung von Vermögen nicht auf sich allein gestellt sein. Für seine Idee gewinnt er 68 weitere Berater, und gemeinsam gründen sie den Bundesverband Deutscher Vermögensberater e.V. mit damaligem Sitz in Marburg an der Lahn. Pohl wird Verbandspräsident des BDV.« (www.bdv.de/aktuelles/archiv/seit-30-jahren-erfolgreiche-verbandsarbeit-1)

¹³ Aktuell ist der Vorstandsvorsitzende des DBBV Friedrich Bohl.

¹⁴ Beispielhaft die »Begrüßung der ersten Studierenden 2013«: »Der Leiter der FHDW in Marburg, Prof. Dr. Michael Thiemermann, stellte das Studium vor und erläuterte die Besonderheiten des Wechsels von Theorie und Praxis. Im Vergleich zu den fünf früheren Jahrgängen des Schwerpunkts Finanzvertrieb wird durch den Einsatz von synchronen E-Learning-Veranstaltungen die Zeit in der Praxis bei den Betreuern vor Ort ausgeweitet. (...) Klaus Heubel, Geschäftsführer der Deutschen Akademie für Vermögensberatung, erläuterte anschließend das Ausbildungskonzept der DVAG. (...) Nach einer Stärkung im Foyer des ZVB stellte sich Susanne Kauz als Ansprechpartnerin der DVAG für die Studierenden vor.« (www.fhdw.de/de/fhdw/campus/marburg/begrueessung-in-marburg-2013.html)

beth Mohn, Hans-Werner Hector, Christoph Henkel, Jens Mittelsten Scheid, Stefan von Holtzbrink, Götz Werner, Carsten Maschmeyer oder Hans Georg Näder.

Diese Liaison von reichen Eigentümern und Wissenschaft zielt mittlerweile aber nur noch randständig auf Anerkennung oder Erinnerungen an die je eigene Biografie oder gar auf die Pflege einer historischen Kultur eines sich zweckfrei gebenden Mäzenatentums. Es geht vielmehr fast ausschließlich um strategische Mobilisierung von Wissenschaftskapital im Kontext der eigenen Verwertungsketten und um Hegemonie, wobei eine kleine, aber wachsende Zahl von Milliardären wie Tschira, Schwarz, die Strüngmanns, Plattner, Werner, Mittelsten Scheid, Hector oder Haub durchaus auch breit gefächerte, tief in die strategische Grundlagenforschung hineinreichende Projekte verfolgen oder verfolgten. Die strategische Logik der Akkumulation wird dadurch natürlich nicht aufgegeben, sondern qualifiziert. Fast alle hier genannten Personen agieren über eigene Stiftungen, die weitreichende Zugriffsmöglichkeiten eröffnen.¹⁵ Anders gesagt: sie fördern in kaum einem Fall Einrichtungen der Bildungsarmen und Wissenschaftsfernen.

Sport

Populärer in den unteren Welten ist das Faible vieler Reichländer für Sport und sportive Kapitalanlagen. Die einen kaufen und verkaufen Sportrechteagenturen (wie etwa der mittlerweile steuerbegünstigt in der Schweiz lebende Andreas Jacobs, dessen Anfang 2015 für 1 Mrd. € an eine chinesische Unternehmensgruppe verkaufte Sportrechteagentur Infront unter anderem die Fußball-WM vermarktet hatte) oder auf ein paar Jahre die Bildrechte am Weltfußballer Cristiano Ronaldo (so der Milliardär Peter Lin, Singapur), die anderen erwerben gleich ganze Vereine oder beherrschen die Ligen, wie das Beispiel des American Football zeigt. Dort sind 17 von 32 Clubbesitzern Milliardäre. Der einzig verbliebene aktive SAP-Gründer und heutige Aufsichtsratschef Hasso Plattner ist Miteigentümer des amerikanischen Eishockeyteams San Jose Sharks. In den internationalen Fußball investierten allein 2012 Sponsoren 4,5

¹⁵ Erwähnenswert ist, dass es gegenwärtig über 5.000 Stiftungen gibt, die von Personen mit mehr als 30 Mio. \$ gegründet wurden und ein Gesamtvermögen von 560 Mrd. \$ aufweisen. Die Website der Dr. Reinfried-Pohl-Stiftung (www.dr-reinfried-pohl-stiftung.de/) enthält keine Angaben über Ausstattung und Verwendung der finanziellen Mittel, es werden nur einige Projekte aufgeführt. Seit Ende 2012 wurden Pressemitteilungen faktisch eingestellt. Andreas und Reinfried Pohl bilden aktuell den Vorstand.

Mrd. \$. Mittlerweile gibt es in der ersten und zweiten Bundesliga bei 16 Vereinen direkte Club-Beteiligungen und Sponsoring-Verträge.

- Der VW-Konzern ist an drei Bundesligavereinen direkt beteiligt (Ingolstadt, Bayern München) oder alleiniger Eigentümer (VfL Wolfsburg-Fußball GmbH). »Das Engagement«, so der damalige VW-Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn, »zahlt sich für Volkswagen aus. Wir verkaufen dank des Engagements mehr Autos in den Regionen, ob in München, Gelsenkirchen oder Bremen.« Leider bleibt Winterkorn Details schuldig.
- Der Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne als der Vermögendste unter den deutschen Milliardären in der Schweiz (wohin er aus Furcht vor einer linksgerichteten Wirtschaftspolitik nach Willy Brandts Wahl zum Bundeskanzler den Firmensitz verlegt hatte) kauft sich langsam mit aktuell 34,7 Mio. € Aktien und Kredit in den klammen HSV ein, 10 Mio. € stiftete der Milliardär Alexander Otto dazu und mit 4 Millionen \$ engagierte sich der Agrarmillionär Helmut Bohnhorst ebenfalls beim HSV.
- Milliardär Dietmar Hopp (SAP) investierte etwa 240 Millionen Euro in den Profibereich und Stadionbau bei der TSG 1899 Hoffenheim, aber auch beim FC Astoria Walldorf oder beim Golfclub St. Leon-Rot (»Das war alles mein privates Geld«). Mitte 2015 übernahm er dank einer Ausnahmegenehmigung mit 96% die Stimmenmehrheit der Spielbetriebsgesellschaft des TSG 1899. Auch im Handball und Eishockey betätigt er sich fördernd. In der Nähe der Walldorfer SAP-Zentrale wurde eine Straße in Dietmar-Hopp-Allee umbenannt, das ehemalige Stadion der TSG Hoffenheim wurde ebenso nach ihm benannt wie die Sporthalle im Teilort Rot der Gemeinde St. Leon-Rot und eine Straße in Sinsheim.
- Herta BSC-Genussscheine (6 Mio.) zeichnete der nach Hongkong ausgewanderte Milliardär Horst Julius Pudwill, dem der Einstieg des Finanzinvestors KKR als »strategischer Partner« bei dem Fußballclub mit 61,2 Mio. € aufgefallen war.
- Ein letztes Beispiel: Der Eppenheimer Milliardär Hans-Peter Wild hat sich dem Rugby verschrieben, für den Nischensport die Wild Rugby Academy gegründet und Millionen investiert, um Heidelberg als deutsche Rugby-Hochburg voranzubringen.

Allerdings scheinen die deutschen Milliardäre in den Rundkurs der globalen Sportereignisse eher weniger involviert. Im angloamerikanischen und zunehmend auch asiatischen Raum sind eine Reihe von globalen Sportevents auf den Jahreskalendern der Superreichen fest vermerkt

wie der Grand Prix in Monaco, der Snow World Polo Cup, die Antigua Sailing Week, das Royal Ascot Pferderennen, der Super Bowl oder das Masters Golf Tournament in Augusta. Vergleichbare Attraktionen mit globaler Ausstrahlung gibt es in Deutschland nicht. Andererseits spielen die kaum noch zu zählenden Veranstaltungen, Rennen und Wettbewerbe für die auf sportliche Selbsterfahrung ausgerichteten Lebensstile eine viel größere Rolle. Sie werden von spezialisierten Unternehmen professionell arrangiert und auf profitable Wertschöpfungsketten zu gerichtet, bei denen dann vom Fitness-Armband bis zur Spezialernährung weitere gewinnbringende Artikel auf den Markt geworfen werden. Ihre breite Zielgruppe ist die Mittelklasse.

Es geht also auch hier schon lange nicht mehr in erster Linie um Luxuskonsum. Die Sorge um die Kapitalakkumulation, Luxuskonsum und die stete Pflege der Werte »Konkurrenz«, »Autonomie« und »Souveränität« fließen ineinander. In vielen »Sport«-Projekten gelingt ihr Zusammenkommen geradezu vorbildlich: Da konkurrieren etwa manche Eigentümer der Yachten atlantikweit in Rennen miteinander und feiern dabei die ganze Werteskala der *Fähigkeiten* ab, die in der kapitalistischen Wettbewerbskultur gang und gäbe sind. Zugleich gelten bekanntlich Preis und Längenmaß der Groß- und Superyachten zahlreichen Superreichen und Oligarchen dieser Zeit als Selbstversicherung ihrer Identität, wie jüngst Wolfgang Kemp in einem köstlichen Beitrag beschrieb (Kemp 2014). Die deutsche Werftindustrie zum Beispiel hatte Ende 2013 einen Auftragsbestand von über 3 Milliarden Euro für dieses Segment, das die Luxus-Sport-Wertschöpfungsketten Reichlands ganz beträchtlich mit prägt. Ähnlich wie im Fall des *science business* geht es mittlerweile beim Kauf von Vereinen und der Erfindung neuer Sportarten oder den Arrangements globaler Events um globale Politiken strategischer Kapitalanlage und -verwertung.

Kunst

Eine ähnliche Verschiebung zeigen die Aktivitäten auf den Gebieten der Kunst und Kultur, die im Unterschied zum Sport einst ein Feld des Mäzenatentums und der Inszenierung historischer Traditionen und bedeutungsvoller Identität waren. Die Kunstpolitik der Superreichen ist mittlerweile zunehmend auch auf die Platzierung von Kapitalanlagen für unsichere Zeiten konzentriert – schließlich haben die Werte mittlerweile eine Größenordnung erreicht, die zumindest operative Bedeutung hat und es sinnvoll erscheinen lässt, sie zoll- und steuerbegünstigt in Freeports zwischenzulagern. Ein aktuelles Beispiel für diese Verschiebung

ist der Prozess um die »Sammlung Albrecht« im Frühjahr 2015, in dem der Kunstberater Achenbach gestanden hatte, den 2012 gestorbenen Aldi-Erben Berthold Albrecht sowie den Pharma-Unternehmer Christian Boehringer betrogen zu haben: »Achenbach betonte in seiner Aussage, dass er nie schlechte Kunst für gutes Geld verkauft habe. Die Sammlung Albrecht habe beim Verkauf einen Wert von insgesamt 50 Millionen Euro gehabt. Heute seien die Werke von Picasso, Gerhard Richter, Ernst Ludwig Kirchner, Tony Cragg, Roy Lichtenstein und anderen Künstlern sicher 80 Millionen Euro wert. (...) Berthold Albrecht hatte in nur drei Jahren mithilfe von Achenbach Kunstwerke und Oldtimer im Wert von rund 120 Millionen Euro erstanden.«¹⁶

Gleichsam flächendeckend operiert hier dagegen Reinhold Würth, der in den deutschen Reichenlisten mit ca. 8 Mrd. € unter den Top Ten geführt wird und »im Hohenlohischen sein kleines privates Imperium errichtet hat« (Manager Magazin). Er ist ein Feind der Vermögens- und Erbschaftssteuer und lebt seiner Wahrnehmung nach in einer »sozialistisch geprägten Republik«. »Wir müssen aufpassen«, warnte er schon vor einigen Jahren, »dass sich die Regierung nicht in Richtung eines DDR-Zentralkomitees bewegt. Wir befinden uns auf einem geradlinigen Weg in eine DDR-ähnliche Zeit, in eine Edel-DDR.« (Süddeutsche Zeitung v. 10.5.2010). Seine kunstpolitischen Aktivitäten freilich sind ungewöhnlich und ein Instrument stadtpolitischer Präsenz des Konzerns. Die Kunsthalle Würth in Schwäbisch Hall verfügt über Werke von Emil Nolde, Max Ernst, Fernand Léger, Alfred Hrdlicka, Edvard Munch und Pablo Picasso. Würth besitzt nicht nur Museen, Schlösser, Luxushotels, eine Mega-Yacht, Restaurants, Villen und Flugzeuge. Er gründete und erhielt vier Museen und zwölf Dependancen. Darunter befinden sich das Museum Würth und das Museum für Schrauben und Gewinde in Künzelsau sowie die Kunsthalle Würth in Schwäbisch Hall mit moderner Kunst, weiter Kunstmuseen in Dänemark, Österreich, Holland, Norwegen, Italien, Belgien, das Forum Würth Arlesheim in der Schweiz und das Museo Würth La Rioja in Spanien. Seine Sammlung umfasst 16.000 Gemälde. Museen, Schulen, Straßen, Hochschulen, Institute und ein Flugplatz sind nach ihm benannt (»Gott, ich möchte schon ein bisschen was zurückgeben für die Res Publica.«). Aussagen über den Geldwert dieser Investitionen und seine Entwicklung liegen nicht vor. Würths Aktivitäten sind augenfällig.

¹⁶ www.wiwo.de/unternehmen/banken/kunstaendler-gegen-aldi-erben-geschaefte-im-wert-von-120-millionen-euro/11126012-3.html

Immobilien, Grundbesitz und Stadt

Ebenfalls eine auffällige Entwicklung nehmen die Immobilien- und Grundbesitzaktivitäten. Wer in Reichland wohnt oder gar in seinem Superwolkenkratzer residiert, muss sich in allen Fragen des Grundbesitzes, des Landgrabbing und der Gewerbe- wie Wohnimmobilien perfekt auskennen. Genauer: Er muss die profitable Expertise mobilisieren können. Hier geht es weniger um die hergebrachte Vorliebe für Schlösser (so etwa Würth, Finck) oder eigene vergleichbare historische Residenzen, die längst durch Penthouses an der Spitze der neuen Superhochhäuser an der 57sten Straße in New York abgelöst sind (»oben, wo das Geld wohnt« und wo es keinen »Arme-Leute-Eingang« gibt). Vielmehr geht es um die krasse Expansion des Hotel- und Residenzgeschäfts. Auf der einen Seite agieren Milliardäre wie Karl-Heinz Kipp (mittlerweile in der Schweiz ansässig) mit Fokus auf das Hotelgeschäft selbst – Beispiele sind neben diversen Schweizer Nobelhotels wie dem Carlton in St. Moritz oder dem Eden Roc in Ascona einige Wolkenkratzer in New York oder Warenhäuser des Handelskonzerns Metro Group, vergleichbar mit Geschäften mit Gewerbe- und Wohnimmobilien (so das Ehepaar Erich und Helga Kellerhals und ihr Sohn Jürgen). Dazu wird man auch die Milliardärsfamilie Schmidt rechnen können, die 1993 21 ehemalige DDR-Ferihotels von der Treuhandanstalt erworben hatte.

Auf der anderen Seite diversifiziert eine wachsende Anzahl von Milliardären ihre Anlagen durch Landkauf und das Erbauen und Betreiben von Hotels. Ein Beispiel ist Liebherr, eines der größten Unternehmen zur Herstellung von Baumaschinen, das in den letzten Jahren sechs Hotels in Irland, Österreich und Deutschland errichtete. Ganz im Gegensatz dazu hat der Besitzer des Klinikkonzerns Asklepios Bernard Broermann Diversifizierung im vorhandenen Konzern ausgebaut. Er hat Privatkliniken, die auf Hochvermögensgruppen zielen, mit der üblichen Ausstattung von Luxushotels versehen. Ihm gehören die Luxushotels Kempinski Hotel Falkenstein sowie Villa Rothschild in der Nähe seines Wohnorts Königstein im Taunus, das Fünfsternehotel St. Wolfgang im bayerischen Bad Griesbach und neuerdings auch das Hamburger Hotel Atlantic, für dessen Erwerb Asklepios als Begründung formulierte: »Im Atlantic soll demnächst auch das im Falkenstein Grand Kempinski im Taunus erfolgreiche Modell zur Gewinnung von Auslandspatienten umgesetzt werden. Vorbild ist München, wo sich viele Patienten und ihre Angehörigen vor allem aus dem arabischen Raum lange einquartieren.«¹⁷

¹⁷ www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=24265

Die Arrondierung der eigenen Kerngeschäfte ist mit Raumerschließung und -nutzungen im weit größeren Umfang als bisher verbunden, doch selten nur weitet sich dies in den Aufkauf von ganzen Stadtvierteln und Straßenzügen aus. Die oft skizzierten Zusammenballungen von Reicheigentum in globalen Städten wie London, New York City, Tokio oder Moskau und in Deutschland u.a. in Hamburg, Frankfurt, München, Düsseldorf, Starnberg, Grünwald, Kronberg oder Pullach¹⁸ bedeuten nicht, dass sie großräumig die Horizontale des Stadtbilds prägen. Hier geht es weiterhin um die Macht des Vertikalen, um Reichland »da oben«. Für die ökonomisch-politische und auch kulturell-ästhetische, strukturelle Macht der Bewohner der vertikalen Stadt und ihre mittelbaren Auswirkungen auf die urbane Organisation der Horizontalen sind Metropolen wie New York, London, Hongkong oder Dubai herausragende Beispiele. Massive stadt- oder raumpolitische Interventionen durch den Einsatz privater Kapitalmacht sind dennoch auch hierzulande nicht selten, wie zwei sehr unterschiedliche Beispiele verdeutlichen.

Da ist der »bescheidene Milliardär« Dieter Schwarz (Lidl, Kaufland), der sich aktuell mit Georg Schaeffler um Platz 1 in Bloomberts Billionaires Index unter den Milliardären mit deutscher Staatsangehörigkeit streitet. Der Lobgesang auf den »einfachen Kaufmann« und »Heilbronns Stadtmäzen, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, Heilbronn auf dem Weg zur Bildungs- und Wissenschaftsstadt tat- und finanzkräftig unter die Arme zu greifen«,¹⁹ bezieht sich im Kern auf die Etablierung einer Business School, die als Konkurrenz zu einer knappen Handvoll anderer deutscher Business-Privathochschulen zur Unternehmensführung aufgebaut werden soll.²⁰ 2005 wurde von der Dieter-Schwarz-Stiftung die als Stiftungs- und Fachhochschule anerkannte German Graduate School of Management and Law gGmbH (GGS, bis 2009 heilbronn business school, Studiengebühr für das gesamte Studium 29.500 €, Stipendium der Dieter Schwarz Stiftung 40%) gegründet und fortan zu zwei Dritteln finanziert. Daneben und in der Folgezeit wurden mit entsprechendem Privatkapital Förderverträge mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) abgeschlossen – die »kostenlos« (FAZ) auf dem Bildungs-Campus Heilbronns logiert – und eine Studienakademie

¹⁸ S. Manager Magazin v. Oktober 2014, S. 16f.

¹⁹ www.hanix-blog.de/text-archiv-2014/titelthema-die-11-wichtigsten-heilbronner-juni-juli-2014-2.html

²⁰ Ein kritischer Bericht der FAZ v. 9.12.2015, wonach es hier nur um eine »Kaderschmiede der Lebensmittelindustrie« ginge, greift daher zu kurz.

– die Akademie für Innovative Bildung und Management (aim) – sowie eine Aula ebenfalls in Heilbronn errichtet. »Die Hochschulen«, so die Rektorin der Heilbronner DHBW, »produzieren das, was die Unternehmen brauchen, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.« Bislang an staatlichen Einrichtungen platzierte Fächer und Personal wurden an diesen Komplex aggregiert. Weiter wurden neun Stiftungsprofessuren in Heilbronn, Reutlingen, Mannheim, Bruchsal, Halle und Leipzig finanziert, ebenso ein Science Center »Experimenta«. Das ganze Projekt zielt primär auf den Standort eines Umfelds aus bekannten Konzernen wie Stiehl, Audi, Daimler oder Bosch und die Konstruktion eines im weitesten Sinne Kaderentwicklungsprojekts ab. Einzig dieser bornierte Aspekt der Stadtentwicklung ist im Blick.

Anders gelagert ist das zweite Beispiel des Milliardärs, »Bürgerunternehmers« und CEO der Ottobock Firmengruppe (»Weltmarktführer in technischer Orthopädie«) Hans Georg Näder in Duderstadt (Eichsfeld). Wikipedia vermerkt, Näder sei Eigner der Segelyacht Pink Gin, mit der er vor der mallorquinischen Küste den New Zealand Millennium Cup gewann, und besitze außerdem ein Amphibienfahrzeug, mit dem er den Ärmelkanal in Weltrekordzeit überquerte. In seinem Heimatort Duderstadt finanzierte er den Bau einer Kunsthalle und zahlreiche Ausstellungen. Im Wahljahr 2013 spendete er der CDU 119.499 € (»Es ist kein Geheimnis, dass ich ein großer Merkel-Fan bin – schon lange«). So weit, so üblich. Nicht üblich ist aber die Initiative und Förderung eines Projekts nachhaltiger Stadtentwicklung »Duderstadt 2020« sowie jüngst des Folgeprojekts »Duderstadt 2030«, das mit einer Zukunftskonferenz »Duderstadt 2030« vorgestellt wurde – unter Beteiligung von rund 300 Kriegsflüchtlingen aus dem östlichen Mittelmeerraum, der Levante (Syrien). Hier geht es sicherlich kaum um eine alternative Stadtentwicklung und die Resonanz in der Öffentlichkeit war begrenzt – aber es geht nicht, wie im Falle Schwarz, um die massive Profilierung einer unternehmerischen Stadt in der Stadt.²¹

Die Mobilität der Reichländer richtet sich längst nicht mehr nach Müßiggang und Klima, sondern nach den Logiken der Reichtumsbildung und -sicherung. Sie wird bestimmt von Arbeitstreffen, Tagungen wie

²¹ Erwähnenswert ist auch die Intervention des Milliardärs Lutz Helmig, der im Juli 2013 mit einer Spende von 2,1 Mio. € sämtliche Schulden der hessischen Gemeinde Grebenhain beglich. Er hat dort seit 1977 seinen Erstwohnsitz. Die Bedingung war, dass die Gemeinde in den folgenden drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann, s. Frankfurter Rundschau v. 15.8.2014. Die Gemeinde hat dabei offenbar Probleme.

dem *World Economic Forum* in Davos oder die *Milken Institute Global Conference* in Los Angeles, Unterhaltungsereignisse wie Film-Festivals oder Kunstausstellungen und -auktionen in Basel oder Singapur oder Oldtimer-Treffen wie den *Oldtimer-Concours d'Élégance* am Comer See oder in Ludwigsburg. Es geht es um Zugang, Sichtbarkeit, Kommunikation, exklusive Treffen und vor allem ums Geschäft. Zudem um die Pflege des Standorts – und hier kommt ein letzter Punkt ins Spiel: die Politik.

Politik

Ein detailliertes richtungspolitisches Profil der Gruppe der deutschen Milliardäre gibt es nicht. Ein relativ aufschlussreicher Indikator sind sicherlich die allerdings unvollständigen Angaben zu den Parteispenden. Konstant ist etwa die Präferenz einer Reihe von Milliardären für das konservativ-liberale Lager CDU/FDP (Quandt, Oetker, Deichmann, Müller, Engelhorn, Weiss, Mohn, Wild), zuweilen mit Schwankungen ins extrem marktradikale oder ins nationale und gewerkschaftsfeindliche Lager (Würth, Pohl, Wobben, Finck, Loh, Weiss). Eine größere stabile sozialdemokratische oder -liberale Gruppierung ist nicht sichtbar. Bemerkenswert sind allerdings die libertär-liberalen SAP-Eigentümer (Plattner, Tschira, Hector – mit Abstrichen auch Hopp), Milliardäre mit ausgeprägten ökologischen Präferenzen (Haub, Fielmann) oder in Einzelfragen abweichenden Positionen (Rossmann, Scheid und insbesondere Götz Werner).

Auf die ausgeprägten Aktivitäten Reinfried Pohls zur Stärkung der CDU wird andernorts näher eingegangen.²² Die langjährige und ungewöhnlich enge Verknüpfung der Familie und des Firmenkonglomerats mit lokal, regional und national agierenden politischen Figuren und Organisationen geht über die übliche Pflege der politischen Landschaft durch Spendenaktivitäten weit hinaus. Wie ausgeprägt sie war, ist spätestens an der großformatigen Todesanzeige des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl für Pohl in der BILD-Zeitung abzulesen. Dieses richtungspolitische Engagement ist eine Besonderheit im Führungshabitus des Unternehmens – und ob es noch lange hält, ist fraglich. Hier platzierte der »Patriarch« Pohl eine durchaus unübliche politische Position, deren Umsetzung in geschäftliche Profitabilität deshalb gelang, weil sich sowohl in Hessen als auch auf Bundesebene Gelegenheitsfenster in dieses Ambiente ergaben, das zuweilen durchaus offen war für einzelne noch wei-

²² Vgl. dazu insbesondere die Beiträge von Jürgen Nordmann, Nico Biver und Frank Deppe in diesem Band.

tergehende radikale Positionen, von denen sich Pohl jedoch fernhielt. Auch die politische Prominenz, die der Konzern für seine Führungsetagen gewann, ist fast durchweg weder links noch sozialliberal oder sozialdemokratisch, aber eben auch nicht rechtsradikal oder völkisch.²³ Auch die meist als »Partner« vermarkteten Stars aus der Unterhaltungsindustrie sind politisch völlig absent oder richtungsneutral, um ihre Reichweite nicht zu beeinträchtigen.²⁴

»Reinfried Pohl was a role model« (Bohl)

So zitierte 2014 der Nachrichtendienst Bloomberg Business aus der Würdigung Pohls durch Friedrich Bohl. Dieser war von 1991 bis 1998 Chef des Bundeskanzleramtes und dann bis 2009 DVAG-Vorstandsmitglied, bevor er Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns wurde. Seine Formulierung trifft zu. Das Pohl-Image passt durchaus in das serielle Rollenmodell des deutschen Milliardärs.

- Da ist der übliche ausgeprägte Hang zum Hagiografischen und zur Selbstaussellung, spürbar an der inflationären Namensverwendung: Anneliese Pohl Energiezentrum, Hotel VILA VITA Anneliese Pohl Seedorf, Anneliese Pohl – Edelrose, Anneliese Pohl Allee, Anneliese Pohl Stiftung, Anneliese Pohl Krebszentrum, Anneliese Pohl Comprehen-

²³ Zu nennen wären Walter Wallmann, Manfred Kanther, Wolfgang Rölller, Gerhard Stoltenberg, Horst Teltschik, Helmut Kohl, Bernhard Vogel, Dieter Stolte, Friedrich Bohl, Peter Taube, Hans-Peter Friedrich, Theodor Waigel, Friedhelm Ost, Petra Roth und Guido Westerwelle. Waigel, der bis 2002 Beirats- und seit 2003 Aufsichtsratsmitglied war, wurde 2014 als Nachfolger Helmut Kohls Vorsitzender des DVAG-Beirats. Auch Angela Merkel sprach am 20. November 2008 auf einer Vertriebskonferenz der DVAG in Frankfurt und lobte auf dem Höhepunkt der Finanzkrise den inzwischen verstorbenen DVAG-Gründer Reinfried Pohl und dessen Söhne: »Sie haben ein tolles Konzept, ein klassisches Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.« 2013 war sie Rednerin beim Bundesverband Deutscher Vermögensberater (»Ein ganz besonderes Anliegen war es unserer Bundeskanzlerin, im Rahmen ihrer Ansprache die herausragenden Leistungen unseres Firmengründers zu würdigen«, Geschäftsbericht DVAG 2013). »Sie und Ihre Familie«, so die Bundeskanzlerin, »haben ein gutes Stück der Geschichte der sozialen Marktwirtschaft mitgestaltet, denn Sie haben das Angebot von Allfinanzleistungen populär gemacht, Sicherung aus einer Hand, weil es um den Menschen geht und nicht um das Produkt.«

²⁴ Dazu gehörten das Mitsponsoring der »Helene Fischer Stadiontour 2015«, Jürgen Klopp, Johannes B. Kerner, die Gruppe »Pur«, Michael Schumacher, Britta Heidemann, Joachim Löw, Otto Rehhagel, Marco Koch oder Paul Biedermann.

sive Cancer Center, Anneliese Pohl-Psychosoziale Krebsberatungsstelle Marburg, Anneliese Pohl Habilitationsförderung, Anneliese Pohl-Kindertagesstätte, Rua Anneliese Pohl, Anneliese Pohl Gruppenunterstützungskasse der Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft DVAG, Dr. Reinfried Pohl-Zentrum für Medizinische Lehre, Dr. Reinfried-Pohl-Stiftung, Dr. Reinfried Pohl-Stipendium, Reinfried-Pohl-Stiftungsprofessur für Finanzvertrieb, Dr. Reinfried Pohl Platz – und noch manches mehr. Die Marburger Ausstellung (»DVAG-Museum«), welche Pohl und die »Allfinanz« zum welthistorischen Höhepunkt der Finanzgeschichte erhebt, gehört ebenso zu solchen Kulturen der Selbstfeierung wie die in der Branche zudem üblichen hierarchischen Massenmobilisierungen – zuletzt etwa 2014 das »Incentive«-Unternehmen von vier Kreuzfahrtschiffen und 3.500 Vermögensberatern plus Anhang nach Valetta (Malta), das 20 Mio. € gekostet haben soll²⁵ oder im Juni 2015 das »Firmenfest« mit 35.000 Besuchern in der Frankfurter Commerzbank-Fußballarena mit einem Exklusiv-Konzert von Helene Fischer. Die Reichweite solcher Massentransporte der Belegschaften oder der Inszenierung von Vergnügungsevents in Fußballstadien bleibt freilich um Größenordnungen hinter den digitalen Mobilisierungen der Mateschitz u.a. zurück.

- Da ist die in »Familienunternehmen« diesen Zuschnitts unvermeidliche Feier des Familiären, die von den Eigentümern und Profiteuren geradezu exzessiv angerufen wird: »Noch nie hat es ein solch grandioses Familienfest in dieser Größenordnung in einem anderen deutschen Unternehmen gegeben« oder »Man braucht nicht nur im privaten Bereich eine Heimat, in unserer heutigen Zeit braucht man erst recht im beruflichen Bereich eine Heimat, ja eine Familie. Ich kenne keine Gesellschaft in Deutschland, die stärker als wir diese Familiengemeinschaft verkörpert.« (Andreas Pohl auf dem DVG-»Familientag« 2015). Verknüpft wird dies mit den Hymnen der Leistungsrhetorik (»Wir sind leistungsorientiert. Wir fördern Leistung, unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung. Unser transparentes Aufstiegs- und Vergütungsmodell bietet jedem Vermögenberater chancengleiche Karriereöglichkeiten – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Nur die eigene Leistung bestimmt über Ihre Einkommens- und Aufstiegschancen.« Oder »Wie schon sein Vater steht Andreas Pohl für die im Unternehmen gelebten Werte: Leistung, Stärke

²⁵ Handelsblatt v. 26./27./28.9.2014, S. 41.



*Kulinaria
à la Pohl:
Gastronomie-
Supermarkt
(oben),
Esszimmer-
Restaurant
(links),
Aroma-Bistro
(unten)*



und Menschlichkeit.« Oder: »Leistung lohnt sich – bei uns wie im Sport«. Ein meritokratisches Modell der 1950er Jahre, das ausläuft.

- Da ist die zunehmende Schlüsselrolle, die auch in zahlreichen anderen Projekten der Bewohner Reichlands der Kauf von Immobilien und die Etablierung eigener Residenzen und Hotels spielen. Im Fall der Pohls liegt der Fokus auf Deutschland, Österreich und Portugal. Die VILA VITA-Hotelgruppe Pohl ist dafür ein Exempel: 1990 wurde das erste eigene Hotel eröffnet – VILA VITA Burghotel in Dinklage (1990). Es folgten das Schlosshotel Oberstotzingen am Rande des Donaurieds (1990), das Fünf-Sterne Luxus-Strandresort Parc in Porches an der portugiesischen Algarve (1992), das VILA VITA Pannonia im Burgenland (1993), das Fünf-Sterne Superior Hotel VILA VITA Rosenpark in Marburg (2000) und 2011 das VILA VITA Anneliese Pohl Seedorf am mecklenburgischen Plauer See. Zu nennen ist auch die Villa Sonoma in Kalifornien.²⁶ Hinzu kamen ein eigenes Weingut, die »Herdade dos Grous« an der Algarve (1997) und das ebenfalls im Familienbesitz befindliche »Weingut am Nil« nahe bei Bad Dürkheim. Im fünf Kilometer von Marburg entfernten Dorf Dagobertshausen kaufte bzw. installierte Pohl eine ganze Reihe Restaurationen, Lokationen und Pensionen als Kapitalanlage und zur Versorgung von Personal und Kunden, als social business und social investment, wobei der Gedanke einer Milliardärshommage an Dagobert Duck keine Rolle gespielt haben dürfte. Derlei Aktivitäten sind auf die soziale Infrastruktur der Pohl-Konzernaktivitäten und auf ein paar damit eng verknüpfte Privathobbys zugeschnitten – mehr nicht.
- Da ist die übliche Liebe zum Pferd, hier in Sonderheit durch die Errichtung der Reitsportanlage in Dagobertshausen bei Marburg u.a. mit Reithalle, zwei Außenplätzen und einem Hippodrom. Seit 2009 fördert die DVAG das »Internationale Festhallen Reitturnier« in Frankfurt. Der »von der DVAG gestiftete »Große Preis von Hessen« war 2014 mit 75.000,- € ausgeschrieben. Übrigens widmet sich die Pohl-

²⁶ »In diesem Anwesen in den kalifornischen Wäldern machen nur sehr erfolgreiche Vermögensberater der höchsten Karrierestufe Urlaub und arbeiten dort in aller Ruhe am nächsten Karriereziel.« (DVAG: Konzerngeschäftsbericht 2013, S. 51). Noch nicht ganz so hoch postiert ist die firmeneigene Vila Flores in Portugal: »Kein geringerer als der amerikanische Milliardär Paul Getty war einmal Eigentümer der von Zitronen- und Orangenbäumen umgebenen Vila Flores – heute Ziel kleinerer Gruppen von Vermögensberatern, die zu den erfolgreichsten gehören und deshalb ganz besondere Anerkennung verdienen.« Ebd., S. 49.



Pohlsche Immobilien in Dagobertshausen: Restaurant Waldschlösschen (oben), Event- und Kulturscheune (Mitte), ReitSportanlage (unten)

Dependence in Portugal nicht nur der Rinder-, sondern auch der Pferdezucht. Selbst engagiert im Pferdesport ist Nicole Pohl.

- Der Rest ist Business. Die Liebe Pohls zum Fußball – 1996 begann die Kooperation mit dem 1. FC Kaiserslautern, der 2003 Pohl zum Ehrenmitglied ernannte, und die DVAG wurde »Offizieller Hauptsponsor« – verblasste deutlich, nachdem die langjährige lukrative Werbepartnerschaft mit dem Verein nicht, wie 2009 noch geplant, zu einer Beteiligungsinvestition von 9 Millionen € ausgeweitet werden konnte. Die DVAG operiert mittlerweile auf der Ebene von »DVAG-Talenttagen«, Partnerschaften mit Fußballverbänden auf Landesebene, Amateurvereinen oder beschränkt sich auf lokale Events wie den »DVAG-Neujahrs-Cup«, sieht man von dem DVAG-Partner Hansi Flick (Sportdirektor des DFB) ab. Ambitiöser und prominent ausgestattet, aber ebenfalls nur begrenzt wirksam sind die Finanzierungen im Schwimmsport mit Marco Koch und Paul Biedermann als Paten des »DVAG Juniorteams« und dem ehemaligen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich als Schirmherr. Auch das Sponsoring des Deutschen Fechter-Bundes und die Vermarktung der Fechterin Britta Heidemann als Sportpartnerin folgen der üblichen Politik, den Konzern mit einigen bekannten Gesichtern auszustatten.²⁷
- Was die Kontakte zur Wissenschaft, also im Wesentlichen die Marburger Universität, angeht, finden sich auch im Falle Pohl die in der Milliardärszunft einschlägigen Motive für solche Kontakte und Förderaktivitäten wieder wie Anerkennung (Ernennungen zum Ehrensenator, doppelter Ehrendoktor, Professor, Spitzname »Doktor«), persönliche Erfahrungen (z.B. familiäre Todesfälle) und die unverhohlene Nutzung der Hochschulressourcen für den Konzern – hier muss das Beispiel der von Pohl gestifteten »Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht« am Fachbereich Rechtswissenschaften erwähnt werden.²⁸ Seit 2008 kooperiert die DVAG mit der »Fachhochschule der

²⁷ »Jährlich zeichnet die Deutsche Vermögensberatung die besten Fechterinnen und Fechter im Einzel und in der Mannschaft mit Siegelprämien aus. Diese Geldprämien werden in die von der DVAG erarbeiteten Altersvorsorge-Pakete angelegt, um die Zukunft der Top-Athleten bestmöglich abzusichern.« www.dvag-presse-service.de/2010/11/24/deutsche-vermogensberatung-dvag-verlangert-kooperation-mit-dem-deutschen-fechter-bund/#more-6153

²⁸ Im Falle der Reinfried-Pohl-Stiftung und des Ehrendoktors vermerkte Spiegel-Online v. 22.9.2001: »Im Oktober 1998 erhielt er die Ehrensenatorwürde der Alma Mater, nachdem er mit einer großzügigen Spende von mehreren Millionen Mark bei den Juristen eine Forschungsstelle für Finanzdienstleistungen finan-

Wirtschaft« (FHDW) und etablierte 2013 eine Dependence der FHDW als »Kaderschmiede« (Pohl) der DVAG in Marburg. Anders als bei diversen Business Schools oder dem Heilbronner Projekt des Milliardärs Schwarz geht es hier um eng konzernbezogene Kaderausbildung auf verschiedensten Unternehmensebenen.²⁹

- Da sind natürlich auch die Standards der Philanthropie, der Fürsorge und Hilfe wie »Der Kampf gegen Ebola« oder Spenden für »Ein Herz für Kinder« – tue Gutes und anschließend spricht BILD darüber – die seit jeher das Lob der »bescheidene(n) Lebensführung« der Philanthropen als ihr Pendant mit sich bringen.³⁰
- Lassen wir deshalb abschließend eine Berichterstattung über die 22. Kitzbüheler Alpenrallye zu Wort kommen: *»Überraschungsgast bei der Alpenrallye: Der siebenfache Formel 1-Weltmeister Michael Schumacher ging am gestrigen Freitag, 5. Juni 2009, bei der 22. Kitzbüheler Rallye.«*

zierte.« Über die Forschungsstelle sollte 2001 das Preisgeld für Helmut Kohl für den mit 10.000 Euro dotierten Savigny-Preis der Marburger Juristen lanciert werden. Die Landesregierung erklärte auf eine kleine Anfrage im Mai 2002: »Mit dem Preis sollte ein Preisgeld in Höhe von 10.000 verbunden sein. Stifter des Preises ist ... die Forschungsstelle für Finanzdienstleistungsrecht. Das Preisgeld und die darüber hinaus für die Festveranstaltung erforderlichen Mittel sollten, wie der dienstlichen Erklärung des Dekans zu entnehmen ist, von der Dr.-Reinfried-Pohl-Stiftung eingeworben werden. Für die Dr.-Reinfried-Pohl-Stiftung ist die Durchführung der Marburger Savigny-Gedächtnis-Veranstaltung Teil ihres wissenschaftlichen Programms. Sie hat auch in den vergangenen Jahren bereits die Savigny-Gedächtnis-Vorlesung finanziell ermöglicht.« Das Vorhaben misslang. Helmut Kohl war damals bereits Vorsitzender des DVAG-Beirats. Weit anspruchsvoller ist die Beteiligung der DVAG zusammen mit der Deutschen Bundesbank, dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, der Deutschen Bank, Deka Bank, DZ Bank sowie der Landesbank Hessen-Thüringen und zahlreichen weiteren Finanzplayern an der Förderung der »House of Finance-Stiftung« der Universität Frankfurt. Udo Corts vertritt die DVAG im 20-köpfigen Kuratorium.

²⁹ »Zum ersten Mal in der Geschichte der FHDW wurde nicht nur ein Studiengang (Finanzvertrieb) auf einen Kunden (DVAG) hin ausgerichtet, die Hochschule zog auch noch zu ihm hin«, Hinterländer Anzeiger v. 1.10.2014. Zweidrittel des Studiums findet in der DVAG statt.

³⁰ »Aus dem mittellosen Flüchtling ist längst ein wohlhabender und vielfach geehrter Mann (im vergangenen Dezember erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern) geworden, keine Frage. Doch die klassischen Statussymbole des Reichtums sucht man bei den Pohls vergebens. Keine Yacht, keine Millionenvilla. Im Gegenteil. Das Ehepaar Pohl wohnt noch immer in seinem 1960 gebauten Marburger Haus, einmal im Jahr fährt die Familie in Urlaub (natürlich mit Akten), man meidet öffentliche Auftritte.« (Rheinischer Merkur v. 17.5.2007) Zur Frage der Millionenvilla gibt ein Blick in Google Earth Auskunft.

ler Alpenrallye in einem Lagonda LG 45 Rapide, Baujahr 1937, an den Start. Wenn auch nur als Beifahrer: am Steuer sitzt sein Freund und langjähriger Sponsor Andreas Pohl (Deutsche Vermögensberatung AG) (...). »Schumik lotste seinen Fahrer Andreas Pohl aus Marburg/Lahn (D) auf einem seltenen Lagonda LG 45 (Baujahr 37) durch die herrliche Alpenlandschaft in Tirol, Salzburg und Bayern. (...) Bei einigen Sonderprüfungen landete das Team Pohl/Schumacher sogar im Spitzenfeld (Platz 4 von 174 gewerteten Fahrzeugen bei der anspruchsvollen Bergprüfung Sudelfeld!). Letztlich reichte es für die beiden für den 27. Endrang von 78 Startern in der Classic-Wertung.«

Schumacher ist seit 1996 mit der DVAG liiert, sein Vertrag belief sich 2013 auf »bis zu 21 Mio €« (BILD 29.8.2013). Das »Wirtschaftsmagazin« vom November 2009 schreibt hierzu unter der Rubrik Luxus und Lifestyle: »Die Oldtimerszene gilt als elitär. Neuzugänge haben es schwer. Viele Oldtimersammler betrachten ihr Hobby unter dem Aspekt der Geldanlage. Und Oldtimer boomen sogar in Zeichen der Krise. So präsentierte sich Andreas Pohl von der Deutschen Vermögensverwaltung und langjähriger Sponsor von Michael Schumacher gleich mit drei dunkelgrünen Oldtimern im Eggental. Zusammen hatten diese einen Wert von beeindruckenden 6 Millionen Euro.« (S. 54). Ein paar Jahre später ist über einen erneuten Auftritt von Andreas Pohl bei der Kitzbüheler Alpenrallye 2015 zu lesen: »Mit dem Preis für das herausragende Fahrzeug der 20. Kitzbüheler Alpenrallye wurde der Porsche 356 B Carrera GS von Andreas Pohl ausgezeichnet. Ein atemberaubender roter Carrera mit einer erlesenen Geschichte: Der Wagen war im Erstbesitz von Dr. Ferdinand Piëch.«

Der Oldtimer-Geldanlagebestand der Familie Pohl lässt sich etwa vergegenwärtigen, wirft man einen Blick auf einige Concours d'Élégance, bei denen Andreas Pohl mit folgenden Gefährten auftrat: 2014 war es ein 1950 Maserati A6 1500 GT, 2011 ein Bentley 3-litre 1925 und ein Alfa Romeo, 6C 2500 SS von 1946, 2012 ein Coupé Brougham Pininfarina »Jacqueline« 1961, auf der Mille Miglia 2013 ein Porsche 550 Spyder, 2013 ein 1962er Mercedes-Benz 220SE auf der Great South American Challenge, 2015 ein Mercedes-Benz 710 SS aus dem Jahr 1930 (beim Concorso D'Eleganza Villa d'Este in der »Class B – Antidepressants – pre-war sports cars which defied the great depression«). Oldtimer gehören bekanntlich wie Weine oder Gemälde zur Kategorie der Sammler- und Spekulationsobjekte. Die Vermögenspreise für diese Kategorie stiegen im ersten Quartal 2015 um 19,1%. Übrigens wurde auch Reinfried Pohl nicht selten als Freund der Old-

timerszene bezeichnet, in Sonderheit des 1. Deutschen Polizeioldtimer Museums – der Platz zwischen den beiden Hallen des Museums wurde nach seinem Namen benannt (»Dr. Reinfried Pohl Platz«) und im Septembersonntag 2014 wurde seiner gedacht: *»Nach dem Auftritt der Diensthundeführer fand eine Gedenkminute für den früheren Freund und Gönner, Prof. Dr. Reinfried Pohl (...) statt, der im August dieses Jahres im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Der Gründer der Deutschen Vermögensberatung war langjähriger Unterstützer des Clubs und war gerne auch im Marburger Polizeioldtimer Museum zu Gast, an dessen Gründung er maßgeblich mitbeteiligt war.«*

... macht die einen arm

In der »Reichenkolumne« (*rich column*) der »Reichtums-Beilage« der Financial Times (FTWealth) vom Juni 2015 wurde jüngst eine neue Luxussau durchs Kapitaldorf gejagt: das *Vanity Capital*, welches die Steigerung des »Selbstvertrauens durch Selbstverwirklichung mittels ästhetischer Selbstverbesserung« verfolge – von Botox bis zu diamantbesetzten Weihnachtskugeln. In der Kolumne wird berichtet, dass ein Analyst der Bank of America Merrill Lynch den Weltmarkt für das *Kapital der Eitelkeiten* auf 3,7 Billionen \$ (2018) schätzt. Der Unterschied zum *vanity capital* des Hauses Pohl (das wäre etwa die Vorführung eines krisenfesten Sportwagens beim *Concorso D'Eleganza Villa d'Este* in Cernobbio am Comer See) mag hier als gering erscheinen.

Tatsächlich aber ist sie beträchtlich, denn die Pohlschen Selbstverwirklichungen sind die Begleitmusik für einen Vorgang, der mit einem »Kapital der Eitelkeiten« kaum etwas zu tun hat: den von Unternehmen der Finanzindustrie wie der DVAG führend vorangetriebenen Prozessen der Finanzialisierung, die seit 2008 über die Immobilienkrise, die Bankenkrise und die Staatsschuldenkrise zu dem europäischen Krisendestaer geführt haben, das buchstäblich Millionen Menschen in die Armut gestürzt hat. Ein »Allfinanz«-Projekt, das in den Worten von Reinfried Pohl nach dem Vorbild eines Hausarztmodells (»Hausbesuche ... auch abends oder am Wochenende ... wie beim Hausarzt – persönlich und umfassend ... [der] sich um alles kümmert ... am besten jährlich«) am liebsten alle geldwerten Stadtbewohner in die unmittelbare, allseitige und lebenslange Abhängigkeit von solchen Krisendynamiken bringen möchte. Allfinanz *macht* die einen mehr oder weniger arm oder noch ärmer und ein paar andere endlos reich.

Literatur

- Bilanz 9/2014 (Die 500 reichsten Deutschen)
- Boston Consulting Group (2015): Global Wealth 2015: Winning the Growth Game, Boston.
- Forbes v. 23.3.2015: Billionaires 2015
- Frank, Robert (2007): Richistan: A Journey Through the American Wealth Boom and the Lives of the New Rich, New York.
- Hurun Research Institute (2015): Hurun Global Rich List 2015 Shanghai.
- Kemp, Wolfgang (2014): Der Oligarch. Ein Beitrag zur Berufskunde, in: Merkur 8/2014.
- Manager Magazin v. Oktober 2014 und 2015 (Rangliste Die 500 reichsten Deutschen)
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2015): 0,1% – Das Imperium der Milliardäre. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Tax Justice Network (2014): The Price of Offshore, Revisited – supplementary notes, June.
- UBS/PWC (2015): Billionaires. Master architects of great wealth and lasting legacies, Hongkong.
- Wealth-X (2014): Wealth-X and UBS: Billionaire Census, Singapur.
- Westermeier, Christian/Grabka, Markus M. (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 7/2015, S. 123-133.
- Westermeier, Christian/Grabka, Markus M. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151-164.
- Zellweger, Thomas/Kammerlander, Nadine (2014): Family Business Groups in Deutschland: Generationenübergreifendes Unternehmertum in grossen deutschen Unternehmerdynastien, Center for Family Business der Universität St. Gallen, St. Gallen.
- Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Berlin.

Christoph Ehlscheid

Raus aus der rentenpolitischen Sackgasse!

Von der Privatisierung zur sozialstaatlichen Erneuerung der Alterssicherung

»Wir reißen durch diese niedrigen Zinsen ein Loch in bestehende Altersvorsorge-Konzepte der Sparerinnen und Sparer.«¹ Kommentare wie dieser des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) sind derzeit keine Seltenheit. Sicher: Es gibt unterschiedliche Motiv- und Interessenlagen, zumal aus Sicht eines Verbandspräsidenten der Sparkassen, die »Niedrigzinspolitik« der Europäischen Zentralbank zu kritisieren. Doch dass die Sorge um die Altersversorgung der Bevölkerung überhaupt zum Argument in den Debatten um eine angemessene Geldpolitik der Zentralbank werden konnte, ist in erster Linie Resultat sozialpolitischer Weichenstellungen: Mit einer ganzen Serie von Rentenreformen wurden tiefe Schneisen in die Leistungen der gesetzlichen, umlagefinanzierten Rente geschlagen, der Ausbau der kapitalgedeckten privaten Vorsorge propagiert und der Finanzstandort Deutschland gefördert. Alles sehr zum Wohle und zur Freude der Versicherungswirtschaft. So verglich Carsten Maschmeyer, seinerzeit Chef des Finanzdienstleisters AWD, die Riester-Rente mit einer Ölquelle: »Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß, und sie wird sprudeln.«²

Doch was als ein lohnendes Geschäft für die deutsche Versicherungswirtschaft und Finanzdienstleister, wie etwa auch die in diesem Band ausführlich behandelte »Deutsche Vermögensberatung AG« (DVAG), daherkommt, muss aus *versorgungs- und verteilungspolitischer* Sicht längst kein Glanzstück moderner Sozialpolitik sein. Wo steht das deutsche Alterssicherungssystem fast 15 Jahre nach der Riester-Reform? Sind die finanzierungs-, versorgungs- und ordnungspolitischen Weichen richtig gestellt?

¹ Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV); zitiert nach Fokus vom 4.6.2014: www.focus.de/finanzen/banken/vor-der-ezb-zsitzung-enteignung-sparkassen-chef-geisselt-europaeische-zinspolitik_id_3895511.html

² So auf der AWD-Hauptversammlung am 6.6.2005; zitiert nach Blüm 2011.

Transformation der Alterssicherung

Die rot-grüne, die erste schwarz-rote und die schwarz-gelbe Koalition haben Anfang der 2000er Jahre damit begonnen, das deutsche System der Alterssicherung grundlegend umzubauen. Dabei sind die im raschen Tempo aufeinander folgenden »Reformen« Ausdruck eines *Paradigmenwechsels* in der Alterssicherungspolitik:³ Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei von einem leistungsorientierten System (»defined-benefit-system«) zu einem beitragsorientierten System (»defined-contribution-system«) umgebaut. Während bei ersterem die Beitragspolitik dem sozialpolitischen Sicherungsziel der Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Alter folgte, werden nun die Ausgaben dem Ziel der Beitragsatzstabilität und der Beitragsatzsenkung untergeordnet.⁴ Über die Altersvermögensgesetze⁵ (2001), das Alterseinkünftegesetz und das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz (beide 2004) sowie das Altersgrenzenanpassungsgesetz (2007) wurde die gesetzliche Rente von der Lohnentwicklung abgekoppelt und die Regelaltersgrenzen schrittweise angehoben, um mit diesen Leistungskürzungen die Beitragsentwicklung zu bremsen. Zugleich wurde die kapitalgedeckte, private Vorsorge ausgebaut, um die durch den Rückbau der gesetzlichen Rente entstehende Versorgungslücke wieder zu schließen. Der privaten, kapitalgedeckten Vorsorge wird damit im System der Alterssicherung eine neue Rolle zugewiesen. Während ihr vor dem paradigmatischen Wechsel im System der Alterssicherung eine *ergänzende* Rolle zur gesetzlichen Rente zukam, muss sie nunmehr eine *zumindest partiell ersetzende* Rolle übernehmen. Mit anderen Worten: Die private Vorsorge wird zum Ausfallbürgen für die Lücken in der gesetzlichen Rente.

Belegt ist, dass die Finanzdienstleistungsbranche aktiv versucht hat, den Weg in die Teilprivatisierung der Alterssicherung zu beeinflussen und das »Anbohren« der besagten »Ölquelle« durch systematische Lob-

³ Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bis zum Rentenreformgesetz 1992 (RRG 1992) sind eine ganze Reihe von politischen Eingriffen in das Rentenrecht erfolgt, die zu Leistungseinschränkungen führten. Mit dem Reformgesetz von 1992 wurde die Nettolohnorientierung und als weitere gravierende Änderung ein so genannter Rentenzugangsfaktor eingeführt, der versicherungstechnische Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug regelt. Vgl. ausführlich zu den Rentenreformen seit 1957 Deml u.a. 2008.

⁴ Vgl. dazu Sachverständigenrat 2007 und Schmähl 2011.

⁵ Altersvermögensgesetz (AvmG) und Altersvermögensergänzungsgesetz (AvmEG); vgl. dazu Flecken 2011.

byarbeit und »politische Landschaftspflege« mittels Parteispenden zu beeinflussen. Wie hoch allein das finanzielle Engagement dabei war, belegen bereits einige wenige Zahlen: Insgesamt hat die Finanzbranche ihre Mittel für Großspenden an die Bundestagsparteien seit Mitte der 1990er deutlich ausgeweitet. Während alle Großspender zwischen 1995 und 2007 ihre Zuwendungen verdoppelten, weisen die Spendenbilanzen der Finanzbranche im gleichen Zeitraum eine Verfünffachung aus. Alleine die Großbanken spendeten seit Ankündigung der Rentenprivatisierung im Jahr 1998 jährlich 370 Tsd. bis 1 Mio. Euro. Und im Jahr der Beschlussfassung zur Riester-Rente erreichten die Großspenden der Allianz als Marktführer der Versicherungswirtschaft einen »absoluten Höchstwert« (knapp 0,5 Mio. Euro).⁶ Mit ihren Aktivitäten zielte die Finanzbranche nicht allein auf das System der Alterssicherung. Insgesamt ging es darum, den Finanzplatz Deutschland auszubauen, die Finanzmärkte zu liberalisieren und Teile der sozialen Sicherungssysteme zu privatisieren. Und diese Botschaften erreichten die Adressaten: Die Förderung des Finanzstandortes etablierte sich sukzessive als einschlägige Leitlinie der Wirtschafts-, Steuer- und auch Sozialpolitik. So hieß es etwa in der Begründung des Vierten Finanzmarktförderungsgesetzes der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002: »Das Gesetz ist dabei eingebettet in eine umfassende Strategie der Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Finanzsystems (...) Die Steuerreform 2000 erhöht die Attraktivität des Standorts Deutschland und treibt die Entflechtung der ›Deutschland AG‹ voran. Die Rentenreform beschleunigt den Ausbau der privaten Altersvorsorge.«⁷

Das belegt eindrucksvoll: Die Förderung des Finanzmarktkapitalismus und die Privatisierung der Rentenpolitik gingen Hand in Hand. Aus wirtschafts- und strukturpolitischer Sicht ist der Umbau der Alterssicherung »Marktausweitung des Finanzdienstleistungsmarktes und gezielte Nachfragezuführung« (Nullmeier 2001). Aus sozialpolitischer Sicht bettet sich die Transformation des Systems der Alterssicherung in den Wandel des deutschen Sozialstaates vom »marktkorrigierenden Wohlfahrtsstaat« zum »marktschaffenden Aktivierungsstaat« (Urban) ein. Auf dem Weg von der *staatlichen* zur *vermarktlichten Sozialpolitik* werden paritätisch finanzierte Leistungen aus staatlichen Umlagesystemen weitreichenden Kürzungen unterworfen und die Versicherten auf private Märkte ver-

⁶ Sommer/Wehlau 2012: 423. Vgl. auch Wehlau 2009.

⁷ BT-Drucksache 14/8017 v. 18.1.2002, S. 62.

wiesen: »Der Privatisierung der Risikoabsicherung folgt die Kapitalisierung der Risikovorsorge.« (Urban 2010: 15)

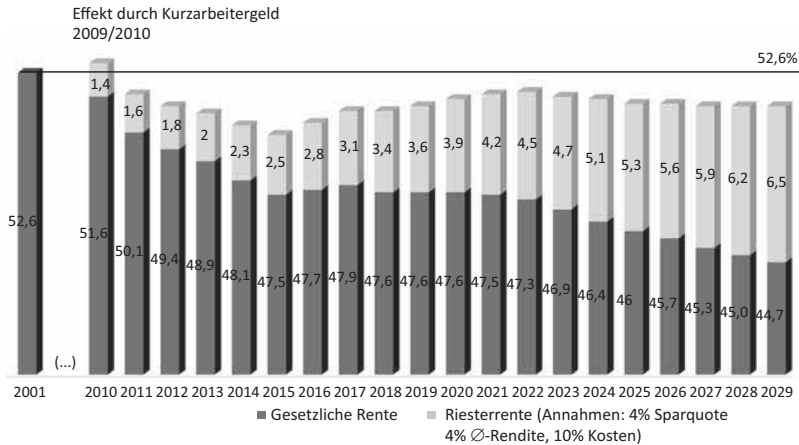
Privatisierung der Vorsorge: Von der »High-Road« ...

Den Protagonisten der kapitalbasierten Privatvorsorge scheint dieser eingeschlagene Weg alternativlos. Nur so ließen sich in Zeiten des demografischen Wandels die Überforderung der jüngeren Generation und die Gefahr explodierender Lohnnebenkosten bannen. Im Vertrauen auf die segensreiche Wirkung der Finanzmärkte lautet die neue »Rentenformel mit Kapitaldeckung«: geringere (Gesamt-)Aufwendungen für die Vorsorge und zugleich höhere Alterseinkünfte, trotz einer gekürzten staatlichen Rente. Zwar müsse *flächendeckend* und *mehr privat* für das Alter vorgesorgt werden. Der Nachteil der zusätzlichen Vorsorge könne aber durch eine entsprechende staatliche Förderkulisse (»Riester-Rente«) und höhere Renditen an den Kapitalmärkten, die über der langfristigen Rendite des Umlagesystems lägen, kompensiert werden. Diese Annahmen wurden von den Befürwortern der Reform wie folgt begründet: Die Renditen des umlagefinanzierten Systems ergeben sich letztlich aus der Wachstumsrate der Lohnsumme, die in Deutschland durch die demografisch bedingt schrumpfende Erwerbsbevölkerung begrenzt ist, selbst wenn die Erwerbsquote weiter steigt. Anders beim Kapitalmarktzins: Während die potenzielle Wachstumsrate einer Volkswirtschaft von der nationalen Bevölkerungsentwicklung abhängt, wird der Marktzins an den internationalen Kapitalmärkten gebildet. Dies bietet die Chance, höhere Erträge in »dynamischeren und weniger von der demografischen Alterung betroffenen Gesellschaften« zu erwirtschaften.⁸

Ganz in diesem Sinne und im Vertrauen in die Finanzmärkte gab sich der seinerzeit zuständige Minister Walter Riester optimistisch, dass mit den im Jahr 2001 verabschiedeten Altersvermögensgesetzen und dem Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge langfristig eine Lebensstandardsicherung auf einem Niveau gewährleistet werden könne, welches »deutlich über dem heutigen Leistungsniveau der Rentenversicherung« liege. Ähnlich optimistisch zeigte sich auch Katrin Göring-Eckardt als Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Sie machte deutlich, dass sie sich einen noch weitergehenden Umbau zulasten der gesetzlichen Rente

⁸ Vgl. ausführlich zu den ökonomischen Annahmen: Gutachten des Sozialbeirats 2012: 37ff.

Abbildung 1: Gesamtversorgungsniveau vor Steuern



Quelle: eigene Darstellung nach Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015 (Kabinettsentwurf), Übersicht B 8, S. 40

vorstellen könne. »Ein Mehr an Zukunftsfähigkeit, zum Beispiel durch noch geringere Beiträge, damit den Leuten noch mehr im Portemonnaie verbleibt, vielleicht auch ein noch geringeres Rentenniveau, um die Notwendigkeit einer privaten Zusatzvorsorge deutlicher zu unterstreichen, vielleicht sogar eine verpflichtende Vorsorge.«⁹

Auch wenn heute – eine Finanzmarktkrise später – kaum mehr ein Politiker einen derartigen »Kapitalmarkt-Optimismus« so offen zur Schau tragen würde, wie dies Anfang des Jahrhunderts durchaus üblich war: Die Grundannahmen sind die gleichen geblieben. Nach wie vor gehen und gingen alle Bundesregierungen seit Verabschiedung der Altersvermögensgesetze davon aus, dass sich das Gesamtversorgungsniveau der Versicherten zumindest annähernd auf dem Stand von vor 2000 halten lassen wird, indem alle Versicherten zumindest 4% ihres Einkommens für die zusätzliche Vorsorge aufwenden, der individuelle Kapitalstock sich mit 4% verzinst und zugleich die Abschluss- und Verwaltungskosten auf maximal 10% begrenzt sind.¹⁰

⁹ Walter Riester und Katrin Göring-Eckardt, zitiert nach Schmähl 2011: 406.

¹⁰ Vgl. dazu Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2014.

... in die Sackgasse

Zwar sind die Verfechter des Umbaus auch heute noch nicht müde, die segensreiche Wirkung der Kapitaldeckung zu propagieren. Die Fakten haben sie freilich längst widerlegt. Eingetreten sind lediglich die negativen Auswirkungen auf die Leistungen der gesetzlichen Rente. Das Netorentenniveau vor Steuern wird bis 2030 auf voraussichtlich rund 43% sinken. Eine Lebensstandardsicherung im Alter rückt damit für viele in weite Ferne. Mehr noch: Heute ist offensichtlich, dass bis weit in die »arbeitnehmerische Mitte« hinein sozialer Abstieg und Altersarmut wieder zu einem ernsthaften Risiko zu werden drohen. Der durchschnittliche Zahlbetrag von Altersrenten liegt beim Zugang 2014 bei 975 Euro bei Männern und bei Frauen bei 533 Euro.¹¹ Auf Basis heutiger Werte ist bereits eine erwerbslebensdurchschnittliche Entgeltposition von 61,43% (= 0,6143 EP/Jahr) des rentenrechtlichen Durchschnittsentgelts (2904,75 € pro Monat in 2014) notwendig, um nach 45 Beitragsjahren eine Nettorente in Höhe des auf den Kalendermonat umgerechneten steuerfreien Existenzminimums (696,17 € in 2014) zu erzielen. Liegt die durchschnittliche Entgeltposition unterhalb dieses Schwellenwertes, so kann das Existenzminimum alleine mit der Nettorente nicht erreicht werden. In Zukunft dürfte dieser Anteil weiter steigen. Zudem scheinen für die kommenden Generationen geschlossene Erwerbsbiografien mit 45 Beitragsjahren eher unwahrscheinlich zu sein.¹²

Das alles ist nicht nur aus versorgungspolitischen Gründen besorgniserregend. Diese Entwicklung bedeutet auch, dass selbst Versicherte mit mittleren Einkommen Jahrzehnte in die Rentenversicherung einzahlen und nur knapp oberhalb der Armutsschwelle landen werden. Zugespitzt formuliert: Die Betroffenen werden letztlich einen großen Teil ihre Beiträge »umsonst« in die Rentenkasse einbezahlt haben. Ihr Alterseinkommen ist nicht höher als dasjenige, das jemand bekommt, der nie in die Rentenkasse eingezahlt hat und immer auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen war. In dem Maße, wie angesichts von Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt (Zunahme von unsteten Erwerbsverläufen und Ausbreitung von Niedriglöhnen) und des sinkenden Rentenniveaus die skizzierte Problematik vom Ausnahmefall, der nur bei spezifisch problematischen Erwerbsverläufen relevant wird, zum Regelfall wird, gerät die

¹¹ Vgl. dazu RV-Statistik 2014.

¹² Vgl. die Berechnungen hierzu von Johannes Steffen: Wenn der Mindestlohn fürs Alter nicht reicht, www.portal-sozialpolitik.de.

gesamte Statik der gesetzlichen Rentenversicherung ins Wanken. Damit sind letztlich auch die *politische Legitimation* und die *verfassungsrechtliche Legitimität* der gesetzlichen Rente bedroht.

Dass die private Vorsorge die Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht schließen kann, ist offensichtlich: Die jüngsten Entwicklungen an den Kapitalmärkten und insbesondere das anhaltend niedrige Zinsniveau strafen alle Prognosen über die vorgebliche Effektivität einer kapitalgedeckten Altersvorsorge Lügen. Von einem Zinssatz von 4% auszugehen, geht an der heutigen Realität der Märkte vorbei. Damit ist das in den Rentenversicherungsberichten ausgewiesene Gesamtversorgungsniveau für die Versicherten nicht erreichbar!¹³ Für die Zukunft muss sogar noch mit weiter sinkenden Renditen gerechnet werden. So kommt etwa der Sozialbeirat in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass die Vermögenspreise auf Grund der demografischen Veränderungen weiter unter Druck geraten und damit auch die am Kapitalmarkt erzielbare Verzinsung mittelfristig sinken dürfte. »Hinzu könnte eine zunehmende Desintegration der Finanzmärkte kommen, die sich im Anlegerverhalten unter anderem in einem ausgeprägten »home bias« niederschlägt, d.h. dass Kapital bevorzugt inländischen Schuldern zur Verfügung gestellt wird. Damit ginge aber ein für die Kapitaldeckung angeführter Vorteil, die internationale Risikostreuung, verloren.« (Gutachten des Sozialbeirats 2012: 38) Und: Bei dieser Prognose sind die Kosten der Bankenrettung und die damit verbundene Niedrigzinspolitik der EZB noch gar nicht in Rechnung gestellt. Zudem ist die Kapitaldeckung aufgrund der Volatilität der Kapitalmärkte mit einer Vielzahl nicht zu kalkulierender volks- und finanzwirtschaftlicher Risiken behaftet.¹⁴

Hinzu kommen eine Reihe weiterer Probleme: So entlässt die kapitalgedeckte Privatvorsorge die Arbeitgeber gänzlich aus der Mitfinanzierung. Hierin liegt sicher – neben den Zweifeln an Rentierlichkeit und Sicherheit der Produkte – der Hauptgrund für die geringe Verbreitung der staatlich geförderten Privatvorsorge. Etwa 34,4 Millionen Förderbe-

¹³ Angaben über die Renditen der geförderten privaten Altersvorsorge liegen der Bundesregierung im Übrigen nicht vor. Das geht aus einer Antwort auf die Kleine Anfrage von Markus Kurth und der Grünen Bundestagsfraktion hervor. »Die Leistungsfähigkeit der Riester-Rente« (BT-Drucksache 18/3467).

¹⁴ So kommt eine Untersuchung des IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung) zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems zu dem Schluss, dass der Übergang zu einer stärkeren Kapitaldeckung nicht nur zu einer ungenügenden Absicherung im Alter führt, sondern auch »Wachstumsprobleme erzeugt«; vgl. Logeay u.a. 2009.

rechtigten stehen bislang nur 16 Millionen »Riester-Verträge« gegenüber und die Entwicklung der Vertragszahlen stagniert. Bei Beziehern unterer und mittlerer Einkommen geht die Zahl der Verträge sogar seit Jahren zurück. Und rund ein Fünftel der Verträge ist ruhend gestellt.

Auch in den Einschätzungen von Betroffenen findet das seinen Niederschlag.¹⁵ Das zeigt etwa die große Beschäftigtenbefragung der IG Metall: So glauben lediglich 28% der Befragten, dass sie für ihr Alter in »*ausreichendem Umfang*« zusätzlich vorsorgen. Der Anteil derer, die gar *keine zusätzliche Altersvorsorge* betreiben, weil sie es sich nicht leisten können, ist bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung mit 40% besonders hoch. An der Problemlage der unteren Einkommensgruppe zeigen sich die Grenzen der privaten Vorsorge besonders deutlich. Gerade diejenigen Gruppen, die angesichts des sinkenden Rentenniveaus am stärksten auf die zusätzliche Vorsorge angewiesen wären, können sie sich schlicht nicht leisten. Da verwundert es wenig, wenn unter den befragten Beschäftigten *arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgungskonzepte* eine besondere Wertschätzung erfahren. Im Bewusstsein, dass kein ausreichendes Alterseinkommen alleine durch *eigene* Aufwendungen zu erzielen ist, schätzen die Beschäftigten eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente besonders hoch. Für 92% der Befragten ist sie *sehr wichtig bis wichtig*.

Mehr Generationengerechtigkeit?

Zweifelsohne hat das Leitbild der Generationengerechtigkeit für die Reformdebatten der letzten beiden Dekaden im Feld der Sozialpolitik im Allgemeinen und für den Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik im Besonderen die *Begründungs- und Legitimationskulisse* gestellt. Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rente und Aufbau einer privaten Vorsorge sollen die nachrückenden Generationen vor Überforderung schützen. So begründete etwa im Jahr 2003 die damalige Regierung Schröder ihre weiteren Eingriffe in die Rentenanpassungsformel und die Kürzungen auf der Leistungsseite (Gesetzgebungsverfahren zum

¹⁵ Die IG Metall hat die Befragung zwischen Mai und August 2013 mit mehr als einer halben Million Rückantworten (n = 514.134), darunter etwa ein Drittel von unorganisierten Beschäftigten (31 %), durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung finden sich in IG Metall Vorstand 2013. Vgl. auch Urban/Ehlscheid 2013.

RV-Nachhaltigkeitsgesetz) mit dem Hinweis, dass die »Richtschnur« für ihre Maßnahmen »der Grundsatz der Generationengerechtigkeit« sei. »Die Jüngeren dürfen nicht durch zu hohe Beiträge überfordert werden.«¹⁶

Und auch in den aktuellen Debatten um das Rentenpaket des Jahres 2014 werden die Kritiker der beschlossenen Leistungsverbesserungen nicht müde, dieses rentenpolitische Mantra zu wiederholen und die Abkehr vom Pfad der Leistungskürzungen als neue, nicht zu rechtfertigende Belastung der jungen Generation zu geißeln. Bereits während der Koalitionsverhandlungen hatte der Sachverständigenrat in seinem Gutachten im November 2013 wuchtig und unmissverständlich den Takt für die Kritiker der in Rede stehenden Sozialreformen vorgegebenen und gerade auch die möglichen Leistungsverbesserungen bei der Rente als massiven Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit kritisiert: Im Gutachten heißt es: »So gehen viele der derzeit diskutierten Maßnahmen, wie etwa die Mütterrente, die Aufstockung von niedrigen Renten oder großzügige Ausnahmen von der Rente mit 67, überwiegend zu Lasten der kommenden Generationen. Die künftigen Herausforderungen werden sogar um ein Vielfaches schwerer zu bewältigen sein, wenn die Reformen der Agenda 2010 verwässert oder in Teilbereichen gänzlich zurückgenommen werden.«¹⁷ Und auch für weite Teile der Medien ist die Sache ebenso klar wie hoch dramatisch. »Bei der Rente droht ein Krieg der Generationen«, titelte beispielsweise »Die Welt« am 4. November 2013, und am 24. Januar 2014 konnte man im Handelsblatt einen an eine Eisenkugel geketteten Säugling im Titelbild bewundern. Die abschlagsfreie Rente der Bundesregierung wurde durch eben jene Eisenkugel symbolisiert!

Die Frage lautet: Stimmt eigentlich diese Kritik, die sich zum Verfechter der Interessen der jungen Generation macht? Liegen die selbsternannten Verfechter der Interessen der Jugend mit ihrer Kritik richtig? Zunächst einmal muss all jenen zugestimmt werden, die auf eine grundsätzlich generationengerechte Verteilung der Lasten und Leistungen bei der Ausgestaltung der Alterssicherung drängen und einzelne Reformvorhaben einer Generationenbilanz unterziehen. Das ist mehr als gerechtfertigt. Denn schließlich können die interpersonale und die inter-

¹⁶ Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag. Drucksache 15/2149 vom 9.12.2003, S.1.

¹⁷ Gutachten des Sachverständigenrates, Kurzfassung 13. November 2013, S. 1.

temporale Umverteilung des Umlagesystems nur dann auf Akzeptanz hoffen, wenn das System den Zahlern von heute übermorgen das gemachte Versorgungsversprechen auch einlösen kann und wenn es dabei – vereinfacht gesprochen – auch »fair« zugeht.

So berechtigt die Frage nach der Generationengerechtigkeit ist, so drastisch ist die Antwort: Die Generationenbilanz ist im System der Alterssicherung in der Tat schwer beschädigt! Aber nicht aufgrund einiger weniger Leistungsverbesserungen des Jahres 2014, sondern gerade aufgrund jener Reformmaßnahmen, die im Namen der Jungen die Leistungen der gesetzlichen Rente gekürzt, die Regelaltersgrenzen heraufgesetzt und die Alterssicherung teilprivatisiert haben. Mit anderen Worten: Die Jungen sind nicht Opfer der Anspruchshaltung der Alten, sondern Opfer jenes paradigmatischen Wechsels in der Rentenpolitik, der ihnen vorgeblich helfen sollte, die Lasten des demografischen Wandels besser bewältigen zu können.

Kurz zusammengefasst lautet die Bilanz kommender Rentnergenerationen wie folgt: Der Anstieg des Beitragssatzes wurde durch die Serie von Leistungskürzungen in der Tat gedrosselt. Diese geringere Belastung wurde aber mit einem sinkenden Rentenniveau und höheren Regelaltersgrenzen erkaufte. Auf die Jungen warten im Alter niedrige Renten und zusätzliche Abschläge, wenn sie die (zu) hohen Regelaltersgrenzen nicht erreichen. Um diese Rentenlücke auszugleichen, muss in erheblichem Umfang vorgesorgt werden, besonders von der jüngeren Generation. Der Entlastung bei den Beitragssätzen steht also eine Belastung bei der privaten Vorsorge gegenüber. Da sich hier aber bei der privaten Vorsorge – wie gezeigt – die unterstellten Renditen bislang nicht einstellen und zukünftig wohl auch nicht einstellen werden, wird die avisierte Entlastung eine *zusätzliche Belastung* der Jungen.

So bleibt am Ende in der verteilungspolitischen Bilanz ein Minus für heutige und kommende Rentnergenerationen bei Leistungen und zusätzlichen Finanzierungslasten. Eine Entlastung können nur die Unternehmen verbuchen. Ihnen nützen die Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente. So sparen sie einen Teil der paritätisch zu finanzierenden Beiträge. Mit einer Obergrenze von 22% in 2030 bedeutet das, dass für Unternehmen die Finanzierungslasten der Alterssicherung bei maximal 11% »eingefroren« sind. Und das bei angesichts des Altersstrukturwandels der Gesellschaft steigenden Kosten. Zudem profitiert die Versicherungswirtschaft von einem zusätzlichen Millionengeschäft. In dieser Hinsicht stellen der faktische Zwang und die staatliche Förderung privater Vorsorge »eine Branchensubventionierung in großem Stil dar«

(Nullmeier 2001), von der auch der größte deutsche Finanzvertrieb, die DVAG, zweifelohne erheblich profitiert hat.

Neuaufbau einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung

Zur Vermeidung von Versorgungsproblemen war in der Rentenpolitik der letzten Jahre der Verweis auf Eigenvorsorge und die Stärkung des privaten Vorsorgesystems die Kernbotschaft der Politik. Heute wird immer deutlicher, dass dem kein schlüssiges sozialstaatliches Sicherungskonzept zugrunde lag. Die Rentenreformen der Vergangenheit haben mit ihren drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt, die sich mit kleineren Korrekturen nicht lösen lassen werden. Daher ist ein Neustart in der Rentenpolitik notwendig. Dafür sprechen neben den versorgungs- auch verteilungspolitische Aspekte. Denn letztlich haben die Rentenreformen auch zu einer nachhaltigen Verschiebung der finanziellen Tragelast zwischen Kapital und Arbeit geführt und die Kapitaleinkommen begünstigt. Als Essentials eines umfassenden Neuaufbaus einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung sind dabei folgende Punkte hervorzuheben:¹⁸

1. Die zur Erwerbstätigenversicherung erweiterte gesetzliche Rente

Die deutsche Rentenversicherung ist im Kern eine Arbeitnehmerversicherung. Sie beruht nach wie vor auf dem Leitbild des tarifvertraglich geschützten Normalarbeitsverhältnisses und verzichtet weitgehend darauf, Erwerbstätige außerhalb des Arbeitnehmerstatus einzubeziehen. Doch das erweist sich in zunehmendem Maße als Achillesverse des Systems: Unstete Erwerbsverläufe mit dem Wechsel von versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, geringfügiger Beschäftigung und Selbständigkeit nehmen deutlich zu. Zudem steigt der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen deutlich an. Ein unzureichender oder kein Versicherungsschutz werden damit für immer mehr Menschen zum Problem. Zugleich wird die Finanzierungsbasis der Rentenversicherung dadurch geschwächt, dass ein wachsender Anteil der Erwerbsbevölkerung nicht in den Solidarverbund einbezogen ist. Angesichts dieses Strukturwandels in der Arbeitswelt ist es notwendig, alle Erwerbstäti-

¹⁸ Vgl. dazu ausführlich Urban/Ehlscheid/Gerntke 2010.

gen in den Finanzierungs- und Solidarverbund einzubeziehen und Versicherungspflicht und -schutz auf alle auszudehnen. Fundament und Zentrum eines modernen und zukunftstauglichen Alterssicherungssystems muss die zur Erwerbstätigenversicherung erweiterte gesetzliche Rente werden.

2. Aufbau statt Rückbau

Auch als solidarische Erwerbstätigenversicherung wird die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben. Daher muss die gesetzliche Rente wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung für alle Beschäftigten leisten. Dazu ist es notwendig, den programmierten Sinkflug des Rentenniveaus zu stoppen und bereits erfolgte Kürzungen auszugleichen. Zudem müssen die Renten wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung der Gesellschaft angekoppelt und damit das Prinzip der dynamischen Rente erneuert werden. Um der massenhaft drohenden Altersarmut entgegenzuwirken, sind für diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie keine ausreichenden Anwartschaften erwerben konnten, zusätzliche Maßnahmen der Absicherung notwendig. Sie müssen vor Armut und sozialem Abstieg im Alter geschützt werden. Um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken, müssen Nachteile am Arbeitsmarkt und die Diskriminierung bei den Einkommen beseitigt, aber auch niedrige Rentenbeträge aufgewertet werden. Notwendig sind daher eine steuerfinanzierte Aufwertung niedriger Einkommen, die Abschaffung der systemwidrigen Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten und der Aufbau von Anwartschaften für Langzeitarbeitslose. Zudem muss die Grundsicherung im Alter deutlich angehoben werden und ein Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Einkommensanrechnung eingeführt werden.

3. Flexibel in den Ruhestand

Die Anhebung der Regelaltersgrenzen kommt für die Mehrzahl der Beschäftigten einer Rentenkürzung gleich. Lassen doch bei einem großen Teil der Beschäftigten der Gesundheitszustand sowie fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten ein Arbeiten bis zum Erreichen einer einheitlichen, gesetzlichen Altersgrenze von 67 Jahren nicht zu. Das zeigt ein Blick auf das reale mittlere berufliche Ausstiegsalter verschiedener Berufsgruppen. Nicht nur beim viel zitierten Dachdecker fordert körperlich verschleißende Arbeit ihren Tribut: Für Maler und Lackierer ist durch-

schnittlich mit knapp 63 Jahren Schluss, in Elektroberufen mit rund 60 und beim Hoch- und Tiefbau mit weniger als 58.¹⁹ Auf die Betroffenen warten dann Krankheit, Arbeitslosigkeit und am Ende gekürzte Niedrig-Renten. Dass es sich hierbei nicht um ein Randphänomen, sondern ein Problem handelt, das ganze Branchen und große Beschäftigtengruppen betrifft, zeigt die Beschäftigtenbefragung der IG Metall. Nach dieser glauben nur 31% der Beschäftigten, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten zu können.²⁰

Statt die Altergrenzen nach oben zu setzen und den flexiblen Übergang in die Rente zu erschweren, ist es erforderlich, mehr Möglichkeiten für einen vorzeitigen, sozial akzeptablen Ausstieg aus dem Erwerbsleben und für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand zu eröffnen. Nötig ist ein Modell flexibler Altersübergänge, das einen erleichterten Rentenzugang für Erwerbsgeminderte ermöglicht, tarifliche Ausstiegsmöglichkeiten öffentlich fördert (neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit) und einen abschlagsfreien Rentenzugang für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten eröffnet.

4. Nachhaltig und verteilungsgerecht finanziert

Vorliegende Konzepte und Vorausberechnungen zeigen, dass sich die notwendigen Aufwendungen durch eine Verbreiterung der Einnahmehasis im Rahmen einer Erwerbstätigenversicherung, den Aufbau einer Demografie-Reserve, einer angemessenen Steuerfinanzierung und einer moderaten Beitragssatzentwicklung nachhaltig und gerecht finanzieren lassen. Im Vergleich zum rentenrechtlichen Status quo würde die Versorgung der Rentnerinnen und Rentner verbessert, die heute Versicherten sogar schrittweise entlastet und die *Arbeitgeber* im Rahmen des paritätisch aufzubringenden Beitragssatzes wieder stärker in die Finanzierung der Alterssicherung einbezogen.

5. Eine Betriebsrente für alle

Erwerbstätigenversicherung und eine verbesserte gesetzliche Rente werden auch zukünftig nicht in der Lage sein, jedem Versicherten den *individuellen*, im Verlauf des Erwerbslebens erworbenen Lebensstan-

¹⁹ Vgl. Brussig/Ribbat 2014. Betrachtet man den sozialrechtlichen Status der Beschäftigten vor dem Rentenbeginn so zeigt sich, dass 2012 gerade mal 23,9% aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in eine Rente wegen Alters gewechselt sind, vgl. DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2013.

²⁰ Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung finden sich in IG Metall Vorstand (2013): Vgl. Urban/Ehlscheid 2013.

dard zu garantieren. Aus sozial- und verteilungspolitischer Sicht bietet sich als individuelle Ergänzung zur ersten Säule die betriebliche Altersversorgung an. Ihre Vorteile gegenüber der Privatvorsorge liegen etwa in den weit reichenden institutionellen Strukturen (geringere Kosten als in der dritten Säule), der Chance auf interne Solidarausgleiche und einer *Tradition anteiliger – zuweilen alleiniger – Arbeitgeberfinanzierung*. Zudem eröffnet sie über das Instrument des Tarifvertrages zusätzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten. Angesichts dieser Vorteile sollte der betrieblichen Altersversorgung ein Teilauftrag zur individuellen Lebensstandardsicherung zugewiesen und sie als zweite tragende Säule zu einem flächendeckenden System der Alterssicherung erweitert und sozialstaatlich ausgestaltet werden.

In der heutigen Form ist betriebliche Altersvorsorge allerdings nicht in der Lage, diesen Teilauftrag zur individuellen Lebensstandardsicherung sicherzustellen. Als Problem erweist sich vor allem ihr *selektiver Charakter*: So sind gegenwärtig Anwartschaften aus Betriebsrentensystemen höchst unterschiedlich und ungerecht verteilt. In der Tendenz lässt sich sagen: In Großbetrieben sind sie häufiger anzutreffen als in kleineren und mittleren Betrieben, Frauen haben deutlich weniger Leistungen zu erwarten als Männer und in Ostdeutschland sind Betriebsrenten weitgehend unbekannt. Hinzu kommt eine eindeutige Verschiebung in der Finanzierung. Die klassische, arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente hat erheblich an Bedeutung verloren.²¹ Daher muss die betriebliche Altersversorgung zukünftig deutlich gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehört, dass die Unternehmen zu einem *obligatorischen Angebot verpflichtet* werden, welches allen Beschäftigten auch die Möglichkeit eröffnet, Anwartschaften zu erwerben (»*Arbeitgeber-Obligatorium*«). Dabei ist die ausreichende und verbindliche Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung sicherzustellen.

Ausblick

Festzuhalten bleibt: Die Strategie des Rückbaus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Aufbau einer kapitalgedeckten Privatvorsorge muss als gescheitert gelten. Die gesetzliche Rente gehörte einst zu den Flaggshippen der deutschen Sozialversicherung. Doch eine ganze Serie

²¹ Zu Verbreitung und Entwicklungstendenzen in der betrieblichen Altersversorgung vgl. BMAS 2014.

von rasch aufeinanderfolgenden Reformen haben dem Rentensystem schwere Schäden zugefügt. Die Privatvorsorge kann diese Lücke nicht schließen. Auch wenn mit dem Rentenpaket der Bundesregierung im Jahr 2014 »kleinere«, für die Betroffenen gleichwohl bedeutende, Korrekturen beschlossen wurden, steht die »große Strukturreform« in der Alterssicherungspolitik noch aus. Doch bereits diese kleinen Verbesserungen treffen auf heftigen Widerstand einer »Anti-Sozialstaats-Allianz« aus wirtschaftsnahen Wissenschaftlern, Medienvertretern der Versicherungswirtschaft und konservativ-liberalen Politikern. So hat der Wirtschaftsflügel der Union die partielle Rücknahme des Agenda-Kurses in der Rentenpolitik nur mit Widerwillen geduldet und seinerseits Forderungen nach einer »Flexi-Rente« erhoben, die das Arbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze befördern soll.²² Das alles zeigt, dass sozialer Fortschritt durchaus möglich ist. Es zeigt aber auch, dass dieser Fortschritt längst nicht sicher ist.

Literatur

- Blüm, Norbert (2011): Meine liebe CDU. Jetzt brauchst du Mut!, in: FAZ v. 6.9., S. 32.
- Brussig, Martin/Ribbat, Mirko (2014): Entwicklung des Erwerbsaustritts: Anstieg und Differenzierung. Altersübergangsreport 2014-01, online: www.iaq.uni-due.de/auem-report/2014/2014-01/auem2014-01.pdf.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2014): Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (BAV 2011), Berlin.
- Deml, Jörg/Haupt, Hanna/Steffen, Johannes (2008): Solidarität statt Altersarmut. Sichere Renten für die Zukunft, Hamburg.
- Flecken, Hans Ludwig (2011): Altersvermögensgesetz und -ergänzungsgesetz. Rentenreform im Überblick, in: Soziale Sicherheit 3/2011, S. 81-88.
- Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2012 und zum Alterssicherungsbericht 2012. Berlin, online: www.sozialbeirat.de/files/sozialbeirat_gutachten_zum_rvb_und_asb_2012.pdf
- IG Metall Vorstand (Hrsg.) (2013): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, Frankfurt a.M.
- Logeay, Camille/Meinhardt, Volker/Rietzler, Katja/Zwiene, Rudolf (2009): Gesamtwirtschaftliche Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems. Zwischen Illusion und Wirklichkeit. IMK-Report 43/November 2009, online: www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_43_2009.pdf
- Nullmeier, Frank (2001): Sozialpolitik als marktregulative Politik, in: Zeitschrift für

²² Zur Debatte um die »Flexi-Rente« vgl. Urban/Ehlscheid 2014.

- Sozialreform 47 (6), S. 645-667.
- Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2014, online: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Rente/rentenversicherungsbericht-2014-kabinettvorlage.pdf?__blob=publicationFile.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007): Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, online: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg07_ges.pdf.
- Schmähl, Winfried (2011): Der Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik: Die Riester-Reform von 2001 – Entscheidungen, Begründungen, Folgen, in: Soziale Sicherheit 12/2011, S. 405-414.
- Sommer, Jörg/Wehlau, Diana (2012): »Spendable Finanzbranche – Privatisierte Alterssicherung?«, in: WSI Mitteilungen 6/2012.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Von den Wandlungen des Sozialstaates, in: Ders./Christoph Ehlscheid/Axel Gerntke (Hrsg.): Der Neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise, Hamburg.
- Urban, Hans-Jürgen/Ehlscheid, Christoph (2013): Plädoyer für ein arbeits- und sozialpolitisches Mandat – Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung der IG Metall, WSI 8/2013, S. 614ff.
- Urban, Hans-Jürgen/Ehlscheid, Christoph (2014): »Flexi-Rente« und Altersübergang: Flexibler Ausstieg oder Arbeiten bis zum Ende?, in: Soziale Sicherheit 7/2014, S. 262-267.
- Urban, Hans-Jürgen/Ehlscheid, Christoph/Gerntke, Axel (Hrsg.) (2010): Der Neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise, Hamburg.
- Wehlau, Diana (2009): Lobbyismus und Rentenreformen. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung, Wiesbaden 2009.

Kai Eicker-Wolf/Achim Truger

Kommunal Finanzen in Hessen: Weiterhin keine Lösung der Finanz- probleme in Sicht

Die Auseinandersetzung um die finanzielle Lage der Kommunen ist in Hessen seit Jahren ein Dauerthema. Dabei steht gegenwärtig vor allem die Politik der Landesregierung im Vordergrund: Das Land hat seine Zuweisungen an die Kommunen ab dem Jahr 2011 deutlich gekürzt und musste nach einem 2013 ergangenen Urteil des Staatsgerichtshofs im Jahr 2015 eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) auf den Weg bringen. Da die vom Land mittlerweile vorgelegten Pläne zur Neugestaltung des KFA die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise nicht besserstellen, ist das Verhältnis von Land und Kommunen nach wie vor angespannt. Vor diesem Hintergrund befassen wir uns etwas ausführlicher mit der Kommunalfinanzsituation in Hessen, auch in Anknüpfung an die beiden letzten Kommunalfinanzberichte von ver.di Hessen (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2012 und 2013b).

Entwicklung der hessischen Kommunal Finanzen seit Mitte der 1990er Jahre

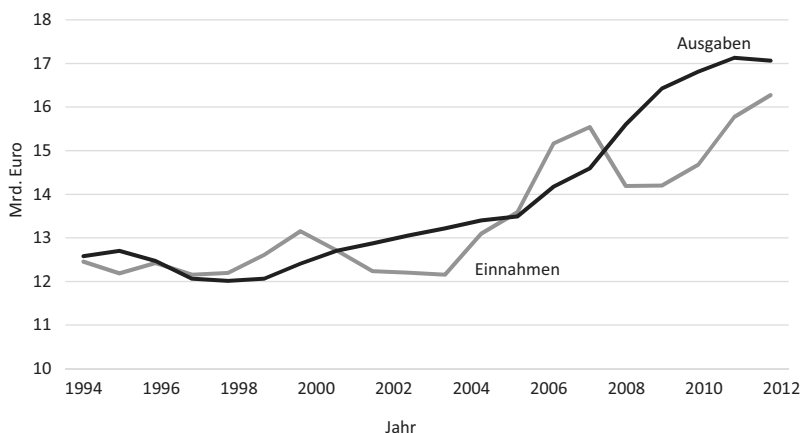
Im Folgenden betrachten wir neben den Gesamteinnahmen und -ausgaben näher die Investitionen und die Kassenkredite.

Einnahmen und Ausgaben

Die Ausgabenentwicklung der hessischen Kommunen fällt im langfristigen Trend recht moderat aus (Abbildung 1): Der durchschnittliche Anstieg pro Jahr lag seit dem Jahr 1994 bei lediglich 1,6%. Dabei ist zu bedenken, dass die Ausgabentätigkeit im Zeitraum 1995-1999 besonders restriktiv war.

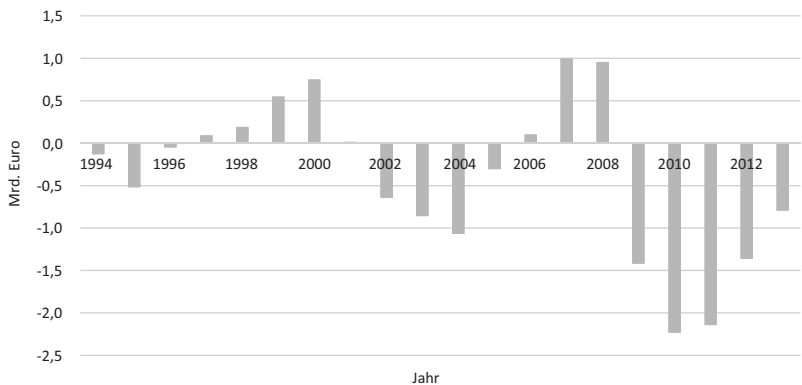
Im Zuge der Weltwirtschaftskrise hat sich in Hessen, auch im Vergleich der Flächenländer, ein großes Defizit herausgebildet, das auch im Aufschwung in den Jahren 2010ff. im Bundesländervergleich sehr groß gewesen ist (Abbildung 2). In diesem Zusammenhang muss beachtet werden, dass das Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen

Abbildung 1: Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben in Hessen 1994-2013



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt

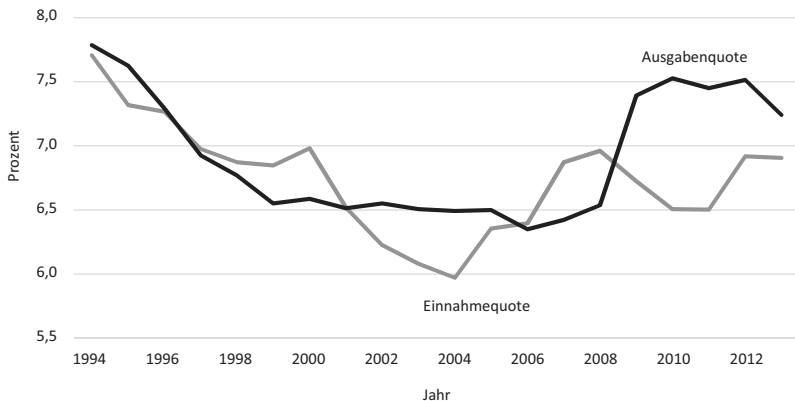
Abbildung 2: Entwicklung des kommunalen Finanzierungssaldos in Hessen 1994-2013



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt

zusammen mit den auf Hessen entfallenden Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes den Kommunen über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zugeleitet worden ist. Aus buchungs-technischen Gründen wird dieser Mittelzufluss aber bei den bereinigten Einnahmen der Kommunen nicht erfasst, während die durch die Konjunkturfördermittel finanzierten Investitionen in den bereinigten Aus-

Abbildung 3: Kommunale Einnahmen- und Ausgabenquote (»Staatsquote«) der Kommunen in Hessen 1994-2013*



*Ausgaben in % des hessischen BIP

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

gaben enthalten sind – dadurch wird für Hessen in den Jahren 2009-2011 im Grunde aus buchungstechnischen Gründen ein zu hohes Defizit ausgewiesen (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2013b: 6ff.). Allerdings fallen die hessischen Defizite auch unter Berücksichtigung der Konjunkturfördermittel auf der Einnahmenseite – und dies gilt auch für Pro-Kopf-Werte – in den Jahren 2009 bis 2011 im Bundesländervergleich hoch aus (vgl. BMF 2013).

Die im Trend deutlich fallende Ausgabenquote der Kommunen – d.h. das Verhältnis der Ausgaben zum hessischen BIP – belegt, dass die hessischen Städte, Landkreise und Gemeinden in den Jahren vor der internationalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise keinen expansiven Kurs verfolgt haben (Abbildung 3). Vor allem in den Jahren vor der Jahrtausendwende ist die Ausgabenquote deutlich gefallen, dann stagniert sie bis zum Jahr 2008. Danach ist ein deutlicher Anstieg auszumachen, der vor allem durch den Einbruch des hessischen BIP im Zuge der Weltwirtschaftskrise und den Anstieg der Investitionsausgaben durch den Zufluss von Konjunkturfördermitteln zu erklären ist. 2014 ist sie gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich gefallen.

Die Einnahmequote der hessischen Kommunen ist seit Mitte der 1990er Jahre ebenfalls gesunken – allerdings kommt der Rückgang im Gegensatz zur Ausgabenquote hier erst im Jahr 2004 zum Stillstand. Nach

einem Anstieg der Einnahmenquote sinkt diese aufgrund des Konjunkturunbruchs im Jahr 2008 wieder – eine Erholung erfolgt nach 2011.

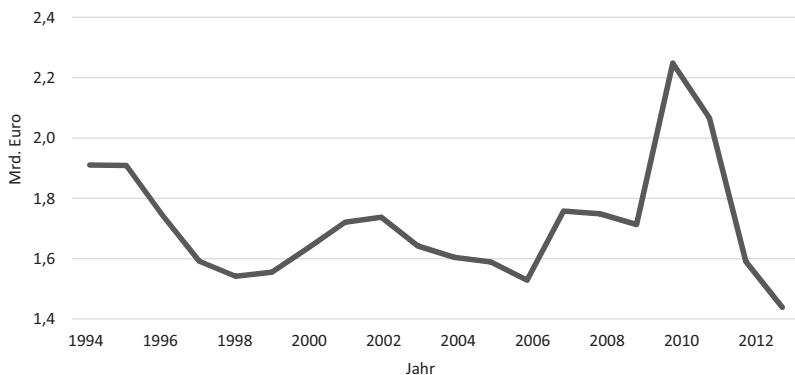
Die finanzielle Situation ist bekanntlich in vielen Kommunen in Deutschland angespannt. Dies verdeutlichen vor allem die Entwicklung der kommunalen Investitionen und der Anstieg der Kassenkredite. Diese beiden Indikatoren zeigen für Hessen, dass die Lage hier besonders schlecht ist. Zunächst wenden wir uns den Investitionen zu.

Kommunale Investitionen

In Hessen sind die kommunalen Investitionen ausgehend von einem Wert in Höhe von 1,9 Mrd. Euro im Jahr 1994 relativ kontinuierlich auf einen Wert von 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2005 gesunken (Abbildung 4). Danach haben sich die Investitionen – wohl aufgrund der konjunkturbedingt besseren Einnahmenentwicklung – etwas erholt. Ein deutlich höheres Investitionsvolumen ist dann durch die Konjunkturfördermittel in den Jahren 2009 bis 2011 auszumachen. Danach sind die Investitionen allerdings stark eingebrochen und liegen im Jahr 2013 mit nur noch gut 1,4 Mrd. Euro nominal (!) auf dem niedrigsten Wert seit Mitte der 1990er Jahre.

Wie dramatisch der Rückgang im Trend der letzten 20 Jahre ausfällt, verdeutlicht die Entwicklung der Investitionsquote (Abbildung 5). Liegt diese im Jahr 1994 noch bei 1,2% des BIP, so ist nach 20 Jahren eine Halbierung auf 0,6% auszumachen. Ins Auge fällt dabei auch, dass selbst im Jahr 2010, als den hessischen Kommunen der größte Teil der Konjunk-

Abbildung 4: Kommunale Investitionen in Hessen 1994-2013

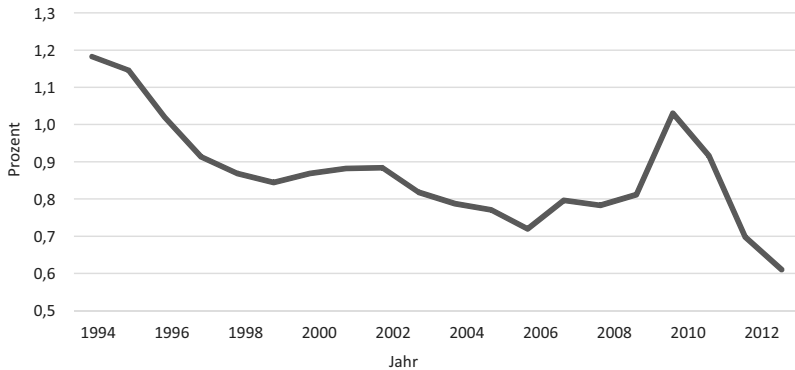


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

turfördermittel zugeflossen ist, die Investitionsquote mit 1,0% deutlich unter dem Wert der Jahre 1994 und 1995 liegt.

Auf welch ein niedriges Niveau die kommunalen Investitionen in Hessen gesunken sind, wird durch einen Pro-Kopf-Vergleich der Bundesländer deutlich (Abbildung 6): Hessen liegt mit einem Wert von 239,- Euro im Jahr 2013 deutlich unter dem westdeutschen Durchschnittswert (285,- Euro), und nur vier Bundesländer (Saarland, Nordrhein-Westfa-

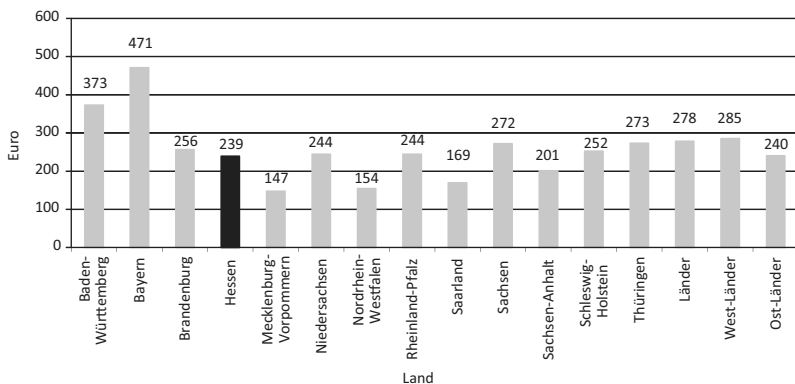
Abbildung 5: Kommunale Investitionsquote in Hessen 1994-2013*



*Investitionen in % des hessischen BIP

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Abbildung 6: Sachinvestitionen der Kommunen je Einwohner in den Flächenländern im Jahr 2013



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

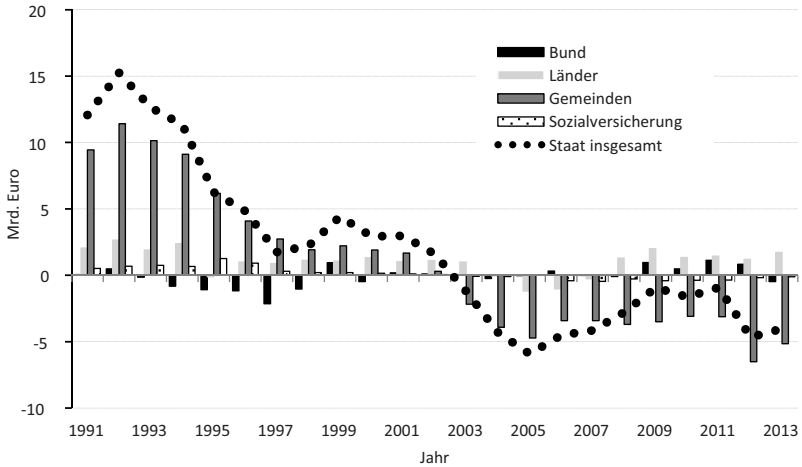
len, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) weisen einen noch geringeren Wert auf.

Erstaunlicherweise spielt die schwache Investitionstätigkeit der Kommunen in den politischen Debatten um die Finanzlage der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise so gut wie keine Rolle. So befasst sich etwa der *Kommunalbericht 2013* des Hessischen Rechnungshofs (Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs 2013) überhaupt nicht mit diesem Thema, und im *Kommunalbericht 2014* (Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs 2014) wird der Investitionsstau der hessischen Kommunen heruntergespielt. Dabei vertritt der Rechnungshof die These, dass die extrem schwache Investitionstätigkeit im Jahr 2013 Folge des Sonderinvestitionsprogramms des Landes sei – die Kommunen hätten aufgrund des Programms Investitionen vorgezogen (ebd.: 35). Tatsächlich kann angesichts des schon vor der Weltwirtschaftskrise bestehenden Investitionsstaus höchstens von *nachholenden* Investitionen gesprochen werden. Außerdem erreichte die kommunale Investitionsquote in den Jahren 2010 und 2011 wie gezeigt nicht einmal das Niveau der Jahre 1994 und 1995.

Dabei ist allgemein anerkannt, dass die öffentliche Hand einen ausreichenden Teil ihrer Einnahmen für Investitionen ausgeben muss, um in angemessenem Umfang die öffentliche Infrastruktur (Straßen, Bildungseinrichtungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung etc.) für die privaten Haushalte und den Unternehmenssektor zur Verfügung zu stellen. Die staatliche Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für private Wirtschaftsaktivitäten. Aus Unternehmensperspektive weist die öffentliche Infrastruktur eine Vorleistungs- bzw. Komplementärfunktion auf: Sie erhöht das unternehmerische Produktionspotenzial und senkt die Produktionskosten. Fallen die staatlichen Investitionen zu gering aus, wird sich dies langfristig negativ auf das Wachstum in dem entsprechenden Wirtschaftsraum auswirken.

Gerade auch im Bildungsbereich können zu geringe öffentliche Investitionen negative Auswirkungen haben. Ist etwa das Lernumfeld von Kindern, also in erster Linie in Schulen und Kindertageseinrichtungen, in einem schlechten Zustand, hat dies Folgen für die Leistung der Schüler und die Effektivität des Unterrichts; zu nennen sind z.B. der Zuschnitt von Klassenräumen, der Lärmpegel, die Beleuchtung, die Akustik usw. Zu bedenken ist ferner, dass unterlassene Investitionen gravierende Umweltprobleme und damit auch Kosten hervorrufen können. Ein Beispiel ist die Abwasserkanalisation, bei der undichte Leitungssysteme

Abbildung 7: Nettoinvestitionen des Staates 1991-2013 (Mrd. Euro)



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

etwa zur Verunreinigung des Grundwassers führen werden. Bedacht werden muss in Bezug auf die öffentliche Investitionstätigkeit, dass gerade mit Blick auf die zwischenzeitliche Unterlassung von Ersatzinvestitionen – wenn etwa Schäden bei Straßen nicht rechtzeitig beseitigt werden – die Kosten im Laufe der Zeit progressiv steigen (vgl. Reidenbach et al. 2008: 76ff.).

Die Werte beruhen noch auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nach dem Europäischen System der VGR (ESVG) 1995 vor der Revision auf Basis des ESVG 2010. Nach dem ESVG 2010 werden u.a. Forschungsausgaben zu den Investitionen gezählt, wodurch sich insbesondere die Werte für Bund und Länder spürbar verbessern. Aus Sicht der hier im Mittelpunkt stehenden Infrastrukturinvestitionen halten wir die Definition nach ESVG 1995 jedoch für aussagekräftiger.

In Deutschland entwickeln sich die gesamten staatlichen Investitionen seit Beginn der 1970er Jahre im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt rückläufig und fallen im internationalen Vergleich niedrig aus. Die Nettoinvestitionen – also die Bruttoinvestitionen abzüglich der Abschreibungen – weisen seit gut zehn Jahren einen negativen Wert auf, das heißt, der Verschleiß liegt über den Investitionsausgaben (vgl. Abbildung 7). Besonders auffällig ist die negative Entwicklung der Investitionen auf der kommunalen Ebene. Genau wie in Deutschland insgesamt

ist auch auf dieser Gebietskörperschaftsebene, die aktuell noch immer rund 50% der Bruttoinvestitionen tätigt, ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Im Falle von finanziellen Engpässen schränken die Kommunen ihre Investitionstätigkeit ein, da diese Ausgabenkategorie im Gegensatz zu anderen Bereichen vergleichsweise flexibel erhöht und gesenkt werden kann (vgl. Zimmermann 2009: 84f.). Im starken Rückgang der kommunalen Investitionen kommt daher die prekäre finanzielle Situation der Kommunen zum Ausdruck.

Nach dem letzten Kommunalpanel der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) beläuft sich der Investitionsrückstand auf der kommunalen Ebene in Deutschland auf 118 Mrd. Euro (KfW-Research 2014). Diesen Rückstand bringt die KfW mit der restriktiven Ausgabenpolitik in Verbindung: »Insgesamt bleibt der Eindruck, dass der Schuldenabbau an vielen Stellen auf Kosten von Zukunftsinvestitionen vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund scheint es notwendig, auch die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Länder und Kommunalaufsichten etwa bei der Förderung des kommunalen Haushaltsausgleichs und Schuldenabbaus kritisch zu hinterfragen.« (ebd.: 9)

Interessant sind auch die Detailergebnisse des KfW-Kommunalpanels: So besteht ein besonders großer Investitionsrückstand im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur, und gerade Kommunen mit einer schwierigen Finanzsituation scheinen »die Spardose der Haushaltskonsolidierung zu sein: Wohlgemeinte Bestrebungen, Kassenkredite abzubauen, gehen in besonderer Weise mit einem hohen wahrgenommenen Investitionsrückstand im Schulbereich einher. Bei den Kommunen mit steigendem Kassenkreditbestand hat etwa die Hälfte (52%) in der Vergangenheit zu wenig investiert.« (ebd.: 16) Konkret beläuft sich der Investitionsstau bei der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur auf gut 30 Mrd. Euro und im Bereich Schule/Erwachsenenbildung auf etwa 24 Mrd. Euro.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Studie des *Deutschen Instituts für Urbanistik* (Difu) zu Zustand und Erneuerungsbedarf der kommunalen Straßenbrücken (Arndt et al. 2013). Für alle Flächenländer ermittelt das Difu vorsichtig geschätzt einen Mittelbedarf für den Ersatzneubau von kommunalen Straßenbrücken in Höhe von 10,7 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030, dies entspricht einem jährlichen Betrag in Höhe von 630 Mio. Euro. Hinzu kommen für den Teilersatzneubau weitere 300 Mio. Euro pro Jahr, sodass ein Gesamtinvestitionsbedarf in Höhe von rund 1 Mrd. Euro pro Jahr zu veranschlagen ist. Nach Einschätzung der Difu-Autorinnen und Autoren ist davon auszugehen, dass sich pro Jahr

ein Investitionsdefizit in Höhe von rund 50% ergeben wird – mit fatalen Folgen: »Nur etwas mehr als die Hälfte der Brücken mit Ersatzneubaubedarf wird bis zum Jahr 2030 auch wirklich ersetzt, was grob geschätzt ein jährliches Investitionsdefizit von 500 Mio. im Ersatzneubau bedeutet. Offenbar reichen die geplanten Investitionsmittel nicht zur vollständigen Deckung des Ersatzneubaubedarfes aus. Dringende Investitionen werden weiter aufgeschoben. Unterlassener Ersatzneubau führt kurzfristig zu erhöhten Instandsetzungsausgaben, aber mittelfristig zu Verkehrseinschränkungen. Die Ausweichverkehre, die durch dann notwendige Brückensperrungen entstehen, haben teilweise erhebliche negative Folgen auf andere kommunale Straßenbrücken (z.B. verursacht die Sperrung der Leverkusener Autobahnbrücke die dreifache Verkehrsbelastung der Mühlheimer Brücke in Köln).« (ebd.: 13)

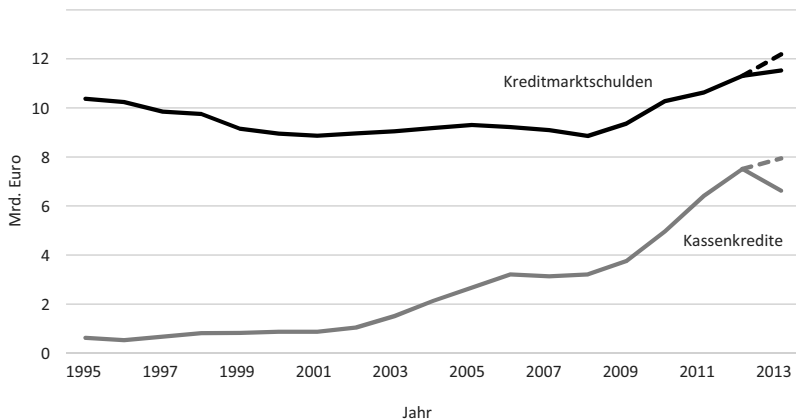
Kassenkredite

Vor allem ein deutlicher und dauerhafter Anstieg der Kassenkredite ist ein klares Indiz für eine schwierige kommunale Finanzsituation. Kassenkredite sollten im Gegensatz zur langfristigen Kreditaufnahme eigentlich nur der Überbrückung kurzfristiger finanzieller Engpässe dienen, sie haben sich aber mittlerweile zu einem Dauerfinanzierungsinstrument entwickelt. Kassenkredite sind ein besonders wichtiger Indikator für die Haushaltslage der Gemeindeebene, da sie bei defizitären Kommunen anfallen, während der Finanzierungssaldo Überschüsse und Defizite der einzelnen Kommunen miteinander verrechnet (vgl. Geiger 2011: 55).

Dieser Sachverhalt lässt sich für Hessen verdeutlichen (vgl. Abbildung 8): Das Volumen der Kassenkredite hat sich von 2002 bis 2006 mehr als verdreifacht und verharrte bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem erreichten Niveau von über 3 Mrd. Euro. Dagegen war das Volumen der Kreditmarktschulden im selben Zeitraum sogar leicht rückläufig. In den Jahren 2009 bis 2012 haben sich die Kassenkredite dann nochmals auf einen Wert von 7,5 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. In Deutschland – und hier ist Westdeutschland bestimmend – ist ein ganz ähnlicher Trend wie in Hessen auszumachen. Im Jahr 2013 ist das Kassenkreditvolumen auf 6,6 Mrd. Euro gefallen – für diese auf den ersten Blick positive Entwicklung ist allerdings der so genannte Kommunale Schutzschirm verantwortlich.

Im Jahr 2012 hat der hessische Landtag das Schutzschirmgesetz verabschiedet und damit beschlossen, über die WIBank Kassenkredite und Kreditmarktschulden der Kommunen in Höhe von 2,8 Mrd. Euro abzu-

Abbildung 8: Die Entwicklung der Kreditmarktschulden und der Kassenkredite in Hessen 2000-2013*



*gestrichelte Linien: zuzüglich Übernahme der kommunalen Schulden durch das Land im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms im Jahr 2013.

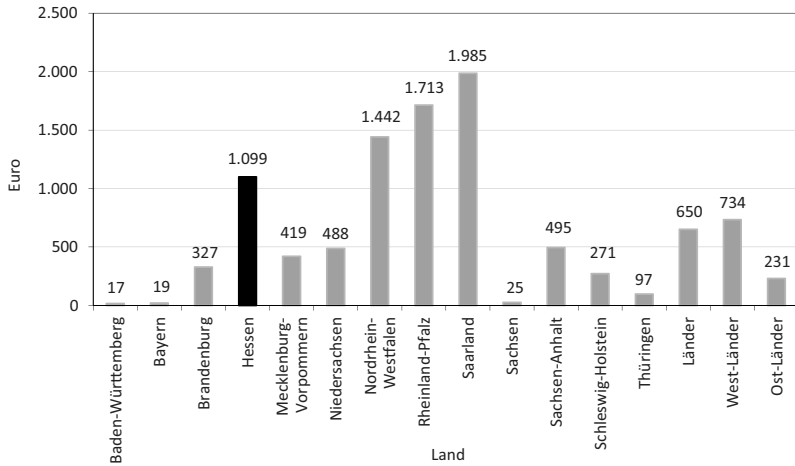
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

lösen.¹ Die Refinanzierung erfolgt auf dem Finanzmarkt, der Zeitraum der Refinanzierung beträgt bis zu 30 Jahre. Das Land zahlt über diesen Zeitraum der WIBank die für die Refinanzierung zu leistenden Beträge. Zudem wird das Land eine Zinsverbilligung von bis zu 434 Mio. Euro gewähren.

Im Jahr 2013 ist bereits der größte Teil der Altschuldenübernahme der konsolidierungsbedürftigen Kommunen erfolgt: Insgesamt hat die WIBank fast 2 Mrd. Euro an Altschulden übernommen. Auf Anfrage per E-Mail hat das Hessische Finanzministerium am 28. Mai 2014 die Auskunft erteilt, dass genaue Angaben zur Verteilung dieses Betrags auf Kassenkredite und Kreditmarktschulden nicht gemacht werden können, aber von einer Verteilung von einem Drittel Kreditmarktschulden zu zwei Dritteln Kassenkredite auszugehen sei. Ohne diese Entlastungen durch den Kommunalen Schutzschirm wären die Kassenkredite in Hessen also weiter auf einen Wert von fast 8 Mrd. Euro gewachsen.

¹ Zum Kommunalen Schutzschirm vgl. Hessisches Ministerium der Finanzen (2014). Eine ausführliche und kritische Auseinandersetzung ist zu finden in Eicker-Wolf/Truger (2013b: 23ff.).

Abbildung 9: Kassenkredite der Kommunen je Einwohner in den Flächenländern im Jahr 2013



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Trotz der Entlastung durch den Kommunalen Schutzschirm weist Hessen mit 1.099 Euro im Ländervergleich nach wie vor einen relativ hohen Pro-Kopf-Wert auf und liegt – wie in den Vorjahren – mit großem Abstand zum nächsten Land auf dem 4. Platz (vgl. Abbildung 9).² Nur in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland liegen die Pro-Kopf-Werte noch höher. Angesichts dessen ist zu hinterfragen, ob die Entlastung in angemessener Höhe erfolgt ist.

Zu den Ursachen der angespannten Lage der Kommunal финанzen in Hessen

Die Ausgabenentwicklung der hessischen Kommunen fällt wie dargestellt im langfristigen Mittel mit Wachstumsraten in Höhe von weniger als 2% seit Mitte der 1990er Jahre sehr moderat aus. Zwar sind die Ausgaben insbesondere im Zuge der Weltwirtschaftskrise mit mehr als 5% überdurchschnittlich gestiegen – diese Entwicklung ist aufgrund ihrer

² Ohne die Entlastung durch den Kommunalen Schutzschirm hätte sich der hessische Pro-Kopf-Wert im Jahr 2013 auf rund 1.190 Euro belaufen.

antizyklischen Wirkung allerdings zu begrüßen und durch die Konjunkturfördermaßnahmen auch angestrebt worden. Ab 2011 ist das Ausgabenwachstum wieder auf Werte unter 3% gesunken: 2011 und 2012 lag die Wachstumsrate im Durchschnitt nur noch bei etwa 2%; im Jahr 2013 gingen die Ausgaben sogar um 0,4% zurück. Allein schon diese Zahlen belegen, dass von einer expansiven Ausgabenpolitik der Kommunen nicht gesprochen werden kann.

Die Ursachen für die problematische Finanzlage der kommunalen Ebene sind dann auch folgerichtig nicht auf der Ausgaben-, sondern auf der Einnahmenseite zu suchen. Hierbei sind zwei Sachverhalte zu berücksichtigen.

Zum einen weist Hessen eine sehr schwache *Einnahmeentwicklung* auf der Gemeindeebene auf. In den Jahren 2008-2011 sind die Einnahmen – hier ist insbesondere die Steuerentwicklung zu nennen und bei den Steuern wiederum die Gewerbe- und die Einkommensteuer – zunächst stärker eingebrochen und in der Folge geringer gestiegen als in Deutschland insgesamt. Die Ursache hierfür dürfte wiederum in der im Ländervergleich äußerst schwachen Entwicklung der hessischen Wirtschaft zu suchen sein: In keinem Bundesland hat sich das BIP pro Kopf seit 2008 so schwach entwickelt wie in Hessen. Gemeinsam mit Hamburg ist Hessen das einzige Bundesland, dessen BIP pro Kopf im Jahr 2012 noch unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008 lag. Erst ab dem Jahr 2012 ändert sich dies und die Entwicklung der hessischen Gesamteinnahmen sowie der Steuereinnahmen weist einen besseren (2011) bzw. einen vergleichbaren Verlauf (2012) wie der deutsche Durchschnitt auf.

Zum anderen muss bedacht werden, dass die hessische Landesregierung den Kommunen ab dem Jahr 2011 rund 350 Mio. Euro durch Kürzungen bei den Landeszuweisungen gestrichen hat – eine Maßnahme, die vonseiten der Kommunen heftig kritisiert wurde und deren Begründung durch die Landesregierung nicht überzeugend gewesen ist (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2013b: 23ff.). Im Mai 2014 hat der Hessische Staatsgerichtshof die Kürzungen des Landes dann tatsächlich für rechtswidrig erklärt. Geklagt hatte die Stadt Alsfeld: Die Gemeinden, so der Staatsgerichtshof, hätten einen – aus dem in der Landesverfassung verankerten kommunalen Selbstverwaltungsrecht – abgeleiteten Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung. Dieser Anspruch bestehe gegen das Land Hessen. Letzteres müsse die Kommunen in die Lage versetzen, Pflichtaufgaben und ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben zu erfüllen. Das Land sei deshalb gegenüber den Kommunen verpflichtet, für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Da das

Land vor seinen ab dem Jahr 2011 beschlossenen Kürzungen keine Finanzbedarfsermittlung vorgenommen habe, verstoße diese Maßnahme gegen die Landesverfassung.³ Zwar kann die bestehende Regel zunächst noch in Kraft bleiben, bis zum Ausgleichsjahr 2016 hat der Staatsgerichtshof dem Gesetzgeber jedoch eine Neuregelung vorgeschrieben.

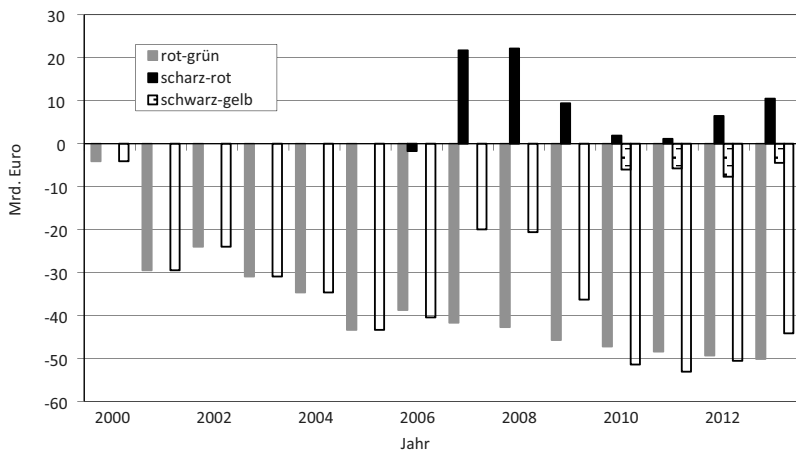
Über die beiden Punkte hinaus spielt für die Einnahmeschwäche der gesamten öffentlichen Hand die Steuerpolitik eine herausragende Rolle.⁴ Sehr hohe Einnahmeausfälle haben die Steuerrechtsänderungen der rot-grünen Bundesregierung zum Ergebnis gehabt, wobei hier besonders die Steuerreform 2000 zu nennen ist. Diese sollte als das zentrale wachstums- und beschäftigungspolitische Instrument fungieren. Tatsächlich aber hat sie zu erheblichen Steuerausfällen geführt, ohne dass dies erkennbar positiv auf das Konjunkturgeschehen gewirkt hätte. Besonders von ihr profitiert haben aufgrund des von 53 auf 42% abgesetzten Einkommensteuerspitzensatzes reiche Haushalte. Und auch der Unternehmenssektor ist sowohl durch die Einkommensteuersenkung als auch durch die Reform der Körperschaftsteuer kräftig entlastet worden, nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) um jährlich 11 Mrd. Euro. Die reformbedingten Einnahmeausfälle während der Kanzlerschaft Gerhard Schröders in den Jahren 2001 bis 2005 liegen zwischen 24 und 43 Mrd. Euro, was gut 1 bis 2% des deutschen BIP im jeweiligen Jahr entspricht.

Unter der dann folgenden Großen Koalition hat die Steuerpolitik bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 in der Summe einen anderen Kurs eingeschlagen: Zwar hat es auch in dieser Zeit zahlreiche steuerliche Entlastungen vor allem für den Unternehmenssektor gegeben – zu denken ist hier insbesondere an die im Jahr 2007 verabschiedete und im Folgejahr in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform 2008, die die Unternehmen um jährlich 5 Mrd. Euro entlastet hat. Per saldo haben die in den Jahren 2006 und 2007 beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen die Haushaltslage jedoch verbessert, da Steuererhöhungen wie der Anstieg der Umsatzsteuer und der Versicherungssteuer zum 1. Januar 2007 und der Abbau von Steuerergünstigungen quantitativ dominiert haben. Wird die Wirkung der Steuerpolitik von Rot-Grün seit 1998 und von Schwarz-Rot in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt betrachtet, dann sind trotz der einnahmeseitigen Konsolidierung durch die Große Koalition hohe steuerre-

³ Eine Zusammenfassung des Urteils ist zu finden in pwc 2014.

⁴ Vgl. dazu ausführlich Eicker-Wolf/Truger 2014.

Abbildung 10: Die steuerreformbedingten Ausfälle aufgrund von Steuergesetzesänderungen seit 1998 von 2000 bis 2013*



* Die Säulen repräsentieren jeweils die Maßnahmen der rot-grünen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen), der schwarz-roten (SPD und CDU/CSU) und der schwarz-gelben (CDU/CSU und FDP) Regierungen. Die grüne Säule stellt den Saldo für das jeweilige Jahr dar.

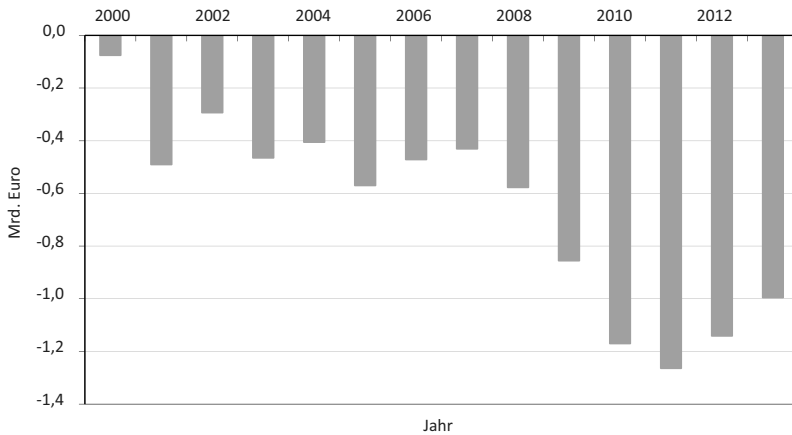
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen und Darstellung.

formbedingte Ausfälle in der Größenordnung von jährlich gut 20 Mrd. Euro auszumachen. Wird die Steuerpolitik der Großen Koalition allein betrachtet, dann bleibt selbst unter Berücksichtigung der oben behandelten Steuersenkungen in den Konjunkturpaketen I und II ein geringer positiver Saldo erhalten.

In Abbildung 10 sind die einnahmeseitigen Auswirkungen der Steuerpolitik seit 1998 für die Jahre 2000-2013 dargestellt. Insgesamt belaufen sich die steuerreformbedingten Ausfälle aktuell auf rund 45 Mrd. Euro jährlich. Auch die Angaben zu den Kommunen in Hessen lassen sich über den Anteil an den Landes- bzw. den Kommunalsteuern die entsprechenden Mindereinnahmen ermitteln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Hessen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs⁵ zu den Geberländern gehört, und dass den Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs Geld vom Land zugewiesen wird. In Abbildung 11 sind

⁵ Zur aktuellen Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs vgl. z.B. Scherf 2010: 483ff.

Abbildung 11: Steuerreformbedingte Einnahmeausfälle 2000-2013 der hessischen Kommunen aufgrund von Steuerrechtsänderungen seit 1998*



*unter Berücksichtigung von Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich

Quelle: IMK, eigene Berechnungen

die steuerreformbedingten Einnahmeausfälle für die Kommunen seit dem Jahr 2000 dargestellt. Ohne die seit 1998 erfolgten Steuerrechtsänderungen hätten Städte, Gemeinden und Landkreise aktuell etwa 1,1 Mrd. Euro mehr in der Kasse.

Die Perspektiven vor dem Hintergrund der aktuellen Politik in Bund und Land

Voranstehend haben wir gezeigt, dass für die hessischen Kommunen eine *strukturelle Unterfinanzierung* auszumachen ist: Beleg hierfür sind zum einen die hohen Kassenkredite und die stark gesunkenen Investitionen. Als weiterer Anhaltspunkt für die Unterfinanzierung kann beispielhaft die mangelhafte Personalausstattung in den hessischen Kitas herangezogen werden. So empfiehlt die EU den folgenden Personalschlüssel (Verhältnis Erzieher/in zu Kindern): 0 bis 2 Jahre 1:3; 2 bis 3 Jahre 1:3 bis 1:5; 3 bis 4 Jahre 1:5 bis 1:8; 4 bis 6 Jahre 1:6 bis 1:8 (vgl. Piltz 2011: 29). Dieser wird in Hessen, aber auch in Deutschland insgesamt nicht annähernd erreicht: In Anlehnung an die EU-Empfehlung schlägt die Bertelsmann Stiftung (2014) für die Altersgruppe der Ein- bis Dreijäh-

rigen einen Personalschlüssel von 1:3 und für die Altersstufe der Drei- bis Sechsjährigen von 1:7,5 vor. Auf dieser Grundlage berechnet sich für Deutschland ein Personalbedarf in Höhe von 117.800 Vollzeitkräften. In Hessen müssten 8.600 Vollzeitbeschäftigte zusätzlich eingestellt werden, um diesen Personalschlüssel zu erreichen – dies entspräche einer Personalsteigerung in Höhe von 34%. Die zusätzlichen Personalkosten würden sich deutschlandweit auf 5 Mrd. Euro belaufen, hiervon entfielen 373 Mio. Euro auf Hessen.⁶

Als Ursache für die strukturelle Unterfinanzierung ist die Steuerpolitik seit der Jahrtausendwende auszumachen, aber auch die kaum als kommunalfreundlich zu bezeichnende Landespolitik: Mit dem angesprochenen Entzug von rund 350 Mio. Euro an Landeszuweisungen wurden die Kommunen ausgerechnet in einer für sie sowieso schon schwierigen Lage zusätzlich unter Konsolidierungsdruck gesetzt. Zwar hat das Land besonders hoch verschuldete Kommunen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms entlastet, diese Entlastung geht aber nicht weit genug und ist außerdem mit harten Sanierungsauflagen verbunden (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2013: 26f.).

Zwar musste das Land im Laufe des Jahres 2015 den Kommunalen Finanzausgleich aufgrund des erwähnten Urteils durch den Hessischen Staatsgerichtshof neu ordnen und hatte dabei eine Bedarfsorientierung vorzunehmen.⁷ Dabei hat das Land nach Auffassung des Staatsgerichtshofs einen erheblichen Spielraum bei der Ermittlung der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen, den es aber weitestgehend zu seinen Gunsten nutzen will⁸ – in der Summe erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise ab dem Jahr 2016 nicht mehr Geld vom Land. Die Politik des Landes muss dabei vor dem Hintergrund der eigenen Unterfinanzierung in Verbindung mit dem Konsolidierungszwang durch die Schuldenbremse gesehen werden.⁹

⁶ Erstaunlicherweise sieht der Hessische Rechnungshof bei den Personalausgaben »Konsolidierungspotenzial für die Kommunen, und er empfiehlt »der kommunalen Familie, die zusätzlichen Standards bei der Fachkraftausstattung in Tageseinrichtungen für Kinder kritisch zu hinterfragen« (Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs 2014: 73). Diese Empfehlung ist angesichts der geschilderten Personalsituation in Kindertageseinrichtungen mehr als befremdlich.

⁷ Zu den Plänen der Landesregierung vgl. das Gutachten von pwc (2014).

⁸ So würde eine 100%ige statt der vorgesehenen 91%igen Abdeckung bei den Pflichtaufgaben den Kommunen fast 1 Mrd. Euro an Mehreinnahmen bringen.

⁹ Vgl. dazu ausführlich Eicker-Wolf/Truger 2013a.

Um die Kommunen, aber auch das Land in Hessen angemessen auszustatten und so den »Weg in den Magerstaat« (Peter Bofinger) zu verlassen, sind Einnahmesteigerungen unausweichlich. Eine Steuerpolitik, die wieder zur Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zurückkehren würde, könnte den Spielraum der öffentlichen Hand deutlich erweitern – hierzu liegen z.B. quantifizierte Steuerreformkonzepte der Gewerkschaften ver.di und GEW vor.¹⁰

Aus Ländersicht stellt insbesondere die viel diskutierte Wiedererhebung der Vermögensteuer sowohl fiskalisch als auch verteilungspolitisch eine attraktive Option dar, da deren Aufkommen vollständig den Bundesländern zufließt und diese ihre Kommunen an den zusätzlichen Mitteln beteiligen können. Eine den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts gerecht werdende, Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen gleichmäßig besteuernde Vermögensteuer könnte ein hohes Aufkommen erzielen. Die am häufigsten diskutierte Variante mit einem Steuersatz von 1% und einem durchschnittlichen Freibetrag für Erwachsene von 1 Mio. Euro und für Kinder in Höhe von 200.000 Euro würde für alle Bundesländer zusammen zu einer Einnahmeerhöhung von 20 Mrd. Euro führen. Für den Hessischen Landeshaushalt wäre unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs mit einem Einnahmepplus in Höhe von 1,56 Mrd. Euro zu rechnen.

Sinnvoll wäre auch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Diese Steuer fällt in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr mäßig aus, weil vor allem reiche Erben kaum belastet werden. Erbschaften stellen für die Begünstigten ein leistungsloses Einkommen – häufig in sehr hohem Umfang – dar. Reiche Erben werden so aufgrund ihrer sozialen Herkunft doppelt privilegiert, da sie in der Regel sowieso schon bessere Bildungs- und damit Verdienstmöglichkeiten haben. Deshalb sollte eine Steigerung des Erbschaftsteueraufkommens von rund 4 auf 10 Mrd. durch eine höhere Besteuerung reicher Erben erfolgen. Dem Bundesland Hessen kämen hiervon rund 500 Mio. Euro zugute – auch hieran könnten die Kommunen beteiligt werden.

Die immer ungleichere Verteilung des Vermögens¹¹ ist unter anderem durch den Wegfall der Vermögensteuer im Jahr 1997 und die viel

¹⁰ Vgl. dazu ver.di 2014 und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2011. Das ver.di-Konzept ist jüngst aktualisiert worden und enthält detaillierte Angaben zur Verteilung auf die einzelnen Bundesländer und ihre Kommunen. Auf diese aktuellen Zahlen wird hier Bezug genommen.

¹¹ Vgl. dazu die neuesten Zahlen von Grabka/Westermeier 2014.

zu geringe Besteuerung von Erbschaften gefördert worden. Insofern ist eine höhere Belastung vermögender Haushalte – aus fiskalischen und aus verteilungspolitischen Gründen – doppelt geboten.

Aus kommunaler Sicht wäre es zudem wichtig, die Gewerbe- zu einer Gemeindefachsteuer auszubauen. Durch die Einbeziehung der gesamten Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, einschließlich der Freiberufler, sollte der Kreis der Steuerpflichtigen ausgeweitet werden. Und um die Ergiebigkeit zu erhöhen und die Schwankungsanfälligkeit zu reduzieren, müsste die Bemessungsgrundlage verbreitert werden (z.B. durch Hinzurechnung aller Zinsen aus Dauerschulden). Zu erwarten wäre ein Mehraufkommen in Höhe von deutschlandweit etwa 8 Mrd. Euro, wovon rund 1,5 Mrd. Euro auf die hessische Gemeindeebene entfallen würden.

Literatur

- Arndt, Wulf-Holger/Beckmann, Klaus J./Eberlein, Marion/Grabow, Busso/Döge, Norman/Fathejalali, Arman/Kämpfer, René (2013): Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf. Difu-Impulse, Bd. 6/2013.
- Bertelsmann Stiftung (2014): Qualitätsausbau in KiTas. Gütersloh.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2014): Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2004 bis 2013. Berlin.
- Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs (2013): Kommunalbericht 2013. Fünfundzwanzigster Zusammenfassender Bericht. Darmstadt.
- Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs (2014): Kommunalbericht 2014. Sechszwanzigster Zusammenfassender Bericht. Darmstadt.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2012): Kommunalfinanzbericht 2012. Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen. Frankfurt a.M.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2013a): Steuersenkungen und Schuldenbremse: Die hessische Landes- und Kommunalfinanzen in der Klemme, in: Eicker-Wolf, Kai/Körzell, Stefan (Hrsg.), Hessen vorne? Zu den Herausforderungen der Landespolitik in Hessen. Darmstadt.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2013b): Kommunalfinanzbericht 2013. Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen. Frankfurt a.M.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2014): German public finances under the debt brake: unmasking the ›model pupil‹, in: Dullien, Sebastian/Hein, Eckhard/Truger, Achim (Hrsg.), Makroökonomik, Entwicklung und Wirtschaftspolitik. Festschrift für Jan Priewe. Marburg.
- Geiger, Christian A. (2011): Kommunale Finanzlage im Gesamtbild: Eine Betrachtung auf Landesebene am Beispiel der niedersächsischen Kommunen, in: Hansmann, Marc (Hrsg.): Kommunalfinanzen in der Krise. Berlin, S. 49-71.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2011): Richtig gerechnet: Gute Bildung

ist finanzierbar. Frankfurt a.M.

Grabka, Markus/Westermeier, Christian (2014): Anhaltend Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 9/2014.

KfW-Research (2014): KfW-Kommunalpanel 2014. Frankfurt a.M.

Piltz, Henrik (2011): Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert – Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems, Studie im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung. Frankfurt a.M.

pwc (2014): Gutachten zur Prüfung der vertikalen Bedarfsermittlung des neuen Kommunalen Finanzausgleichs 2016 in Hessen, im Auftrag des Hessischen Ministers der Finanzen, o.O.

Reidenbach, Michael/Bracher, Tilman/Grabow, Busso/Schneider, Stefan/Seidel-Schulze, Antje (2008): Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Berlin.

Rietzler, Katja (2014): Anhaltender Verfall der Infrastruktur, IMK Report 94-2014.

Scherf, Wolfgang (2010): Kommunalen Finanzausgleich und Entwicklung der Kommunal- und Landesfinanzen im Ländervergleich. Gießen.

Truger, Achim/Eicker-Wolf, Kai/Blumtritt, Marcus (2007): Auswirkungen der (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer auf die hessischen Landesfinanzen, IMK Studies 07, IMK in der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

ver.di (2014): Konzept Steuergerechtigkeit. Ergebnisse der Aktualisierung und Verteilung der Mehreinnahmen auf Bundesländer und ihre Städte und Gemeinden. Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 1, Januar 2014. Berlin.

Zimmermann, Horst (2009): Kommunal финанzen, 2. Aufl. Marburg.

Anhang

1. Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kriterien für die Spendennahme¹

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Universitätsstadt Marburg nimmt die Spende von Professor Dr. Reinfried Pohl über 4 Millionen Euro unter folgenden Festlegungen an:

1. Der Gewerbesteuerhebesatz wird ab 2012 auf 420 Punkte angehoben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis »Vermögensteuer jetzt« (www.vermoegensteuerjetzt.de) bei.
3. Bei der Verwendung der Spende finden ausschließlich das Spenden- und das Haushaltsrecht Anwendung.

Begründung

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können. Es ist Aufgabe der Stadt Marburg, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die richtige Höhe der eigenen Steuereinnahmen zu sorgen, um nicht von privaten Spenden abhängig zu sein. Vor Ort gibt es dafür das Instrument der Gewerbesteuer. In der Vergangenheit hat Rotgrün den Hebesatz gesenkt. Dadurch sind der Stadt Einnahmen in Millionenhöhe entgangen. Der Gewerbesteuerhebesatz ist auf das Gießener Niveau von 420 Punkte anzuheben, um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern und die Abhängigkeit von privaten Spenden zu verringern. Die Mehreinnahmen würden die Spendenhöhe von vier Millionen weit übertreffen.

In den letzten Jahren ist bundesweit ein Trend in Richtung Großspenden durch Privatpersonen und Stiftungen auszumachen. Ursache hierfür ist die massive Zunahme des privaten Reichtums in den Händen weniger. Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich gleichzeitig die Finanzsituation der Öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Privater Reichtum und Öffentliche Armut bedingen einander. Die Einführung einer Vermögensteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Von Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird die Initiative »Vermögensteuer jetzt« parteiübergreifend unterstützt. Die Stadt Marburg könnte durch den Beitritt ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden.

Um dem Verdacht zu entgegnen, die Politik würde sich vom großen Geld unzulässigerweise abhängig machen, ist es notwendig, dass die Stadt deutlich macht, dass über die Verwendung der Mittel einzig und allein die de-

¹ Vorlagen-Nr.: VO/0987/2012 vom 8.2.2012.

mokratisch gewählten Gremien entscheiden. Es darf keinen Zusammenhang zwischen Spenderwillen und den Entscheidungen der Stadt geben. Um möglichen Schaden von der Stadt Marburg abzuwenden, muss der Verdacht, dass ein Milliardär großen Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen kann, unbedingt durch einen entsprechenden Beschluss über die Verwendung der Spende entkräftet werden.

Halise Adsan/Tanja Bauder-Wöhr/Henning Köster-Sollwedel/Jan Schalauske

2. Wahrheit scheinweise²

Zu dem Eingeständnis des SPD-Fraktionsvorsitzenden Steffen Rink, die Marburger SPD habe 2010 eine Großspende von 15.000 Euro bekommen, erklären Jan Schalauske, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE und Stadtverordneter der Marburger Linken, und Nico Biver, ehrenamtlicher Stadtrat:

Rinks Verhalten sei kein Zeichen von Offenheit. Seit zwei Monaten mogele sich die SPD um die Frage herum, wieviele Spenden sie von der Deutschen Vermögensberatung (DVAG) bekommen hat. Der Fraktionsvorsitzende der SPD wolle nicht mit dem Namen des Spenders herausrücken, weil er dies angeblich aufgrund des Parteiengesetzes und von Persönlichkeitsrechten nicht dürfe. »Das ist Unsinn«, erklärt der Kreisvorsitzende der LINKEN, Jan Schalauske. »Das Parteiengesetz verbietet keineswegs die Veröffentlichung von Spendernamen, es sieht sie sogar zwingend vor, wenn die Spende 10.000 Euro überschreitet.« Die SPD würde deshalb nur einen Namen nennen, der ohnehin im Rechenschaftsbericht der Bundespartei stehe, und damit auch keinerlei Persönlichkeitsrechte verletzen, zumal es sich bei dem Spender mit ziemlicher Sicherheit um ein Unternehmen handle. »Ich frage mich, falls die 15.000 Euro wider Erwarten doch nicht von der DVAG stammen, warum Herr Rink und die SPD-Vorsitzende Frau Wölk nicht einfach erklären »Wir haben noch nie Spenden von der DVAG bekommen«. Kein Gesetz und keine Satzung hindern die beiden daran, das zu sagen. Dabei würden sie keinerlei Persönlichkeitsrechte verletzen. Die Heimlichtuerei der SPD-Spitze nährt doch nur den Verdacht, dass DVAG-Gelder an die Marburger Partei geflossen sind. Wann schenkt die SPD den Marburgern in dieser Angelegenheit endlich reinen Wein ein?«

Nico Biver, Magistratsmitglied der Marburger Linken, der die Liste aller Spender mit mehr als 10.000 Euro im Rechenschaftsbericht von 2010 der Bundes-SPD überprüft hat, stellte fest, dass eine Einzelperson als Spenderin von 15.000 Euro ausgeschlossen werden könne. Von Höhe und Stückelung der Spenden her kämen nur drei Verbände der Metallindustrie und sieben Unter-

² Pressemitteilung des LINKEN Kreisverbands Marburg-Biedenkopf vom 21.3.2012.

nehmen in Frage. »Davon haben nur zwei einen Bezug zu Hessen und Marburg: die DVAG und die Allfinanz DVAG.«

Rink habe für den Fall, dass er dies auch zugeben muss, bereits vorgesorgt. Die Spende sei nämlich an den Bezirk Hessen-Nord, dem die Marburger SPD angehört, weitergeleitet worden, hätte also keine Rolle für den Kommunalwahlkampf gespielt. »Das kann ich mir kaum vorstellen«, so Schalauske. Die SPD bleibe außerdem die Antwort auf die Frage schuldig, ob die im Rechenschaftsbericht der Bundes-SPD für das Jahr 2009 ausgewiesene Spende der DVAG von ebenfalls 15.000 Euro nach Marburg geflossen sei. Der abrupte Anstieg der Spenden an den SPD-Bezirk Hessen-Nord im Jahr 2009 und die 10.000-Euro-Spende der DVAG an die Grünen im gleichen Jahr sprächen sehr dafür, dass die Marburger SPD nicht leer ausgegangen sei.

3. Marburg auf dem Weg zur Pohl-City? Oder wessen Stadt ist die Stadt?³

*Kommunale Demokratie ausbauen, Reichtum besteuern
und Investorenhörigkeit beenden*

Die Fraktion der Marburger Linken betrachtet den massiven Einfluss von großen Kapitalgesellschaften auf die Stadtpolitik mit großer Sorge. Insbesondere die Art und Weise, in der die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) versucht, unserer Stadt ihren Stempel aufzudrücken, hat schon in der Vergangenheit von der Marburger Linken heftigen Widerspruch erfahren. Und die Marburger Linke bleibt dabei: Um die kommunale Demokratie zu erhalten und auszubauen, muss der Reichtum in dieser Stadt angemessen zur Kasse gegeben werden, anstatt ihm rote Teppiche auszurollen.

Als Marburger Linke bestehen wir darauf, dass die zentralen stadtentwicklungs-, bau- und verkehrspolitischen Entscheidungen nicht vom Gutdünken, den persönlichen Vorlieben oder unternehmenspolitischen Planungen eines Großinvestors, der sich selbst als Patriarch bezeichnet, dominiert, sondern von den demokratisch gewählten Gremien der Universitätsstadt Marburg sorgfältig diskutiert und entschieden werden. Der Abriss eines denkmalgeschützten Hauses in der Rosenstraße, welches den Plänen der DVAG, das Nordviertel umzugestalten, weichen musste, spricht ebenso Bände für eine Stadtpolitik, die finanzkräftigen Investoren den roten Teppich ausrollt, wie die öffentlich mit viel Spott goutierte Aussetzung von Rechtschreibregeln bei der Benennung einer Straße.

Wir erwarten, dass die demokratisch legitimierte Stadtregierung, der Magistrat, sich nicht vornehmlich an den vermeintlichen Interessen von angebe-

³ Stellungnahme der Marburger Linken, erschienen u.a. in der Zeitschrift »Parioli«, Nr. 20, April/Mai 2013, S.4

lich 60.000 die Stadt besuchende Vermögensberatern, sondern an denen der gesamten Marburger Bevölkerung orientiert. Diesen Menschen ist der Magistrat, sind die Stadtverordneten in erster Linie verpflichtet – nicht den Wünschen und Interessen eines einzelnen Milliardärs und Firmenchefs. Die Marburger Linke ist der Auffassung, dass die alte Universitätsstadt an der Lahn zu schön, zu vielschichtig und zu vielfältig ist, um zu einem einzigen großen Ausbildungs-, Freizeit- und Konsumresort der DVAG entwickelt zu werden. Die Stadt hat es nicht nötig, vom großen Geld aus einem Dornröschenschlaf geweckt und beflügelt zu werden, sondern war und ist eine lebendige, weltoffene, tolerante Stadt, die vom Fleiß und Ideenreichtum ihrer arbeitenden Menschen, ihrer WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen lebt.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung ist kein Bittstellergremium, das mit Hurra-Rufen wie zu Kaisers Zeiten großzügige Spenden zu bejubeln und den Spenderwillen abzunicken hat. Sie ist keinesfalls – weder rechtlich noch moralisch – verpflichtet, drei Millionen für einen Schrägaufzug zu bewilligen, nur weil eine Privatperson sich einen solchen wünscht. Sie kann und sollte auch andere Prioritäten setzen, wie den Ausbau des Marburger ÖPNV zu einem attraktiveren, preiswerten und flächendeckenden Angebot für SeniorInnen, SchülerInnen und alle Menschen, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen wollen.

Die Marburger Linke lässt sich vom großen Geld weder kaufen noch einschüchtern. Wir lassen uns den Mund nicht verbieten. Von unseren WählerInnen haben wir den Auftrag erhalten, die Stadtentwicklung kritisch zu begleiten und uns für eine Stadt für alle Menschen einzusetzen. Ausdrücklich gehört dazu, das große Geld angemessen zur Kasse zu bitten, um Armut und Erwerbslosigkeit zu bekämpfen. Herr Dr. Reinfried Pohl wird damit leben müssen, dass sich eine Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung nicht seinem vermeintlich edlen Spenderwillen verpflichtet fühlt, sondern den vielen Menschen, die zwar den Reichtum in dieser Gesellschaft erarbeiten, aber nicht in den Genuss der Früchte ihrer Arbeit kommen.

Andere Parteien – ob im Bund oder in Marburg – mögen sich über Parteispenden von Herrn Dr. Reinfried Pohl und seinem Firmenimperium freuen. Die Marburger Linke lehnt Parteispenden von Unternehmen ab. Sie bergen immer die Gefahr, dass Politik käuflich wird.

Gerechte Steuern sind notwendig, um ein Gemeinwesen und seine vielen Aufgaben zu bezahlen. Anders als der Eindruck, den Herr Dr. Reinfried Pohl erweckt, ist das Nachkommen der Steuerpflicht keine freiwillige Goodwill-Angelegenheit, sondern eine gesetzliche Pflicht. Viele Tausende MarburgerInnen zahlen regelmäßig ihre Steuern.

Die Marburger Linke hält auch nichts davon, ein Unternehmen zu hofieren, das von der Angst der Menschen lebt, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Das gilt nicht nur für die KundInnen, sondern auch die »selbstständigen« Vermögensberater, deren Einkommen von ihrer »Überzeugungskraft«

abhängt, Produkte der mit der DVAG verflochtenen Firmen zu verkaufen oder selbst neue Vermögensberater zu gewinnen. Das Pohl-Imperium kann dabei auf die Parteien zählen, die von ihm großzügig unterstützt werden, die die sozialen Sicherungssysteme derart durchlöchert haben, dass die Menschen sich bei Firmen vom Schlage der DVAG »Rat« holen müssen, um sich privat abzusichern.

Es ist doch ein Ausdruck verkehrter Verhältnisse, wenn ein Mann wie Dr. Reinfried Pohl mit solchen Finanzgeschäften, deren Methoden von vielen scharf kritisiert werden, ein Privatvermögen von mehreren Milliarden anhäuft, während auf der anderen Seite Millionen Menschen in gesellschaftlich wichtigen Tätigkeitsfeldern zu Löhnen arbeiten müssen, die kaum zum Leben reichen. Im Finanzmarktkapitalismus werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. In der Bahnhofstraße müssen viele Frauen in prekären Verhältnissen im Einzelhandel jobben, im benachbarten Waldtal müssen viele Menschen von Hartz IV leben, während im von Dr. Reinfried Pohl gestalteten Rosenpark für 175 Euro pro Person mit einem Starkoch gekocht und geschlemmt wird. Die Ungerechtigkeit dieser Gesellschaftsordnung, die Spaltung in Arm und Reich, bekommt im Marburger Nordviertel ihr ganz konkretes Gesicht. Manche mögen sich darüber freuen, die Marburger Linke tut dies sicher nicht.

Wenn sich das große Geld einer gerechten Besteuerung entzieht, dann fehlen diese Steuereinnahmen für dringend erforderliche Investitionen und Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich, für bezahlbaren öffentlichen Wohnungsbau, für die Schiene, den ÖPNV und den sozialökologischen Umbau. Und wenn Herr Dr. Reinfried Pohl damit wirbt, einen seiner Firmensitze aus Liebe zur Stadt nach Marburg verlagert zu haben, muss gefragt werden dürfen, ob neben romantischen Gefühlen zu seinem Lebensmittelpunkt auch der niedrige Gewerbesteuerhebesatz, der extra vom Oberbürgermeister gesenkt wurde, für diese Entscheidung eine Rolle gespielt hat.

Folgende Zahlen erhärten diesen Verdacht: Nach eigenen Angaben hat die DVAG in den Jahren 1996 bis 2010 76 Mio. Euro an Gewerbesteuer an die Stadt Marburg gezahlt. Wenn er seinen Firmensitz in Frankfurt am Main belassen hätte, hätte er 17,3 Mio. Euro mehr Gewerbesteuer zahlen müssen. Um diesen Unterschied auszugleichen, müsste noch viel gespendet werden. Zudem zeigt ein Blick auf die Zahlen: Ein höherer Gewerbesteuerhebesatz, wie ihn die Marburger Linke fordert, würde deutlich mehr Einnahmen in den städtischen Haushalt einbringen als die Gewerbesteuererinnahmen, die die Stadt von der DVAG erhält.

Für die Marburger Linke ist das Verhalten des Magistrats, im Dumpingwettbewerb mit den anderen Städten und Gemeinden um den niedrigsten Gewerbesteuerhebesatz zu konkurrieren, zutiefst kritikwürdig. Was im Zeichen von Standortkonkurrenz und Wettbewerb für eine einzelne Kommune scheinbar Sinn ergibt, schadet am Ende der öffentlichen Hand und damit allen Bürgerinnen, die auf einen gut finanzierten Sozialstaat angewiesen sind.

Die Marburger BürgerInnen können sich darauf verlassen: Die Marburger Linke bleibt verlässlich sozial. Sie wird dem großen Geld weder den roten Teppich auslegen, noch in den devoten Personenkult um einen Unternehmenspatriarchen einstimmen. Dafür geben wir uns nicht her.

Die Autoren

Bernd Albert, ehemals Lehrer an beruflichen Schulen, Mitglied der GEW, Mitglied von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.

Nico Biver, Diplom-Volkswirt, seit 2001 Mitglied des Magistrats der Stadt Marburg für die »Marburger Linke«, Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag.

Christian Christen, Referent für Wirtschaftspolitik im Deutschen Bundestag, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Publizist und Wirtschaftswissenschaftler, Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Finanzmarkttheorie, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Sebastian Chwala, Diplom-Politikwissenschaftler, arbeitet als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Dissertation über den Front National in Frankreich.

Frank Deppe, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg, von 2012 bis 2014 Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin).

Christoph Ehlscheid, Bereichsleiter Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall. Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften, seit 1990 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär der IG Metall.

Kai Eicker-Wolf, Referent für Wirtschaftspolitik beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen und Publizist.

Georg Fülberth, Politikwissenschaftler, 1990-1993 und 2007-2011 Stadtverordneter in Marburg, 2001-2006 Kreistagsabgeordneter Marburg-Biedenkopf.

Henning Köster-Sollwedel, ehemals Lehrer, Stadtverordneter in Marburg von 1997 bis 2006 und erneut ab 2011, Vorsitzender der Fraktion »Marburger Linke«.

Jürgen Nordmann, Politologe und Journalist, lebt in Wien. Veröffentlichungen zur Lage der Demokratie, zur Geschichte des Neoliberalismus und zur neoliberalen Gesellschaft.

Rainer Rilling, Apl. Prof. Universität Marburg, Soziologe, Fellow und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik« und Redakteur der Zeitschrift LuXemburg.

Jan Schalauske, Dipl.-Pol., seit 2011 Stadtverordneter für die Fraktion Marburger Linke; Vorsitzender des Landesverbandes Hessen der Partei DIE LINKE.

Christian Schönholz lebt und arbeitet in Marburg. Studium der Europäischen Ethnologie/Kulturwissenschaft, Kunstgeschichte und Soziologie, von 2009 bis 2011 Lehrassistent am Marburger Institut für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft, dort seit 2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Ralf Schrader, bis 2007 Lehrer an der Adolf-Reichwein-Schule in Marburg, GEW-Mitglied, war Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Lehrer_innen beim Staatlichen Schulamt Marburg-Biedenkopf, Mitglied des DGB-Kreisvorstands.

Achim Truger, Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sowie Senior Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

VSA: Alternativen statt Dummheit



Michael Brie (Hrsg.)
Lasst uns über Alternativen reden
Beiträge zur kritischen
Transformationsforschung 3
Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
264 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-677-0
Debatten zu Postwachstum, Care-Arbeit
und Commons/Gemeingütern sind von
transformatorischem Denken getragen,
das den Status quo unserer Gesellschaft
hinterfragt. Das Buch sammelt diese
innovativen Ansätze und versteht sich als
Beitrag zur »Transformationsforschung«.



Alex Demirović
Wissenschaft oder Dummheit?
Über die Zerstörung der Rationalität
in den Bildungsinstitutionen
Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
272 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-572-8
Die Einwände, die gegen die neoliberale
Zurichtung der Bildung erhoben werden,
zielen meist auf »weniger Demokratie«
ab. Aus dem Blick gerät dabei oft, wel-
che Konsequenzen die »Verwertbewer-
lichung« von Bildungsinstitutionen auf
die wissenschaftliche Erkenntnisproduk-
tion selbst hat.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA